

# **Freiheit und das ganze Leben**

***Wir holen uns, was uns zusteht.***

---

**23. ordentliche Landeskonferenz  
der NRW Jusos | 28.-29.09.2024**

# **Liebe Freunde, liebe Genoss\*innen,**

es gibt zahlreiche Gründe mit Blick auf die Weltenlage zu verzagen und zu verzweifeln. Es gibt aber mindestens genauso viele Gründe, hoffnungsvoll und optimistisch nach vorne zu blicken. Und ein ganz großes, hoffnungsfrohes Pfund ist unsere Zusammenarbeit, unser Zusammenhalt als NRW Jusos. Wir haben sehr viele kluge, tatkräftige und empathische Menschen in unseren Reihen, die Tag für Tag daran arbeiten, diese Welt besser zu machen und Verzweiflung zu überführen in gute, linke und optimistische Politik. Ob in der Kommune, im Land, im Bund oder darüber hinaus.

Viele von diesen Menschen kommen vom 28. bis 29. September zur Landeskonferenz der NRW Jusos in Dortmund zusammen.

**Ob als Delegierte\*r oder als Gast: Zusammen holen wir uns, was uns zusteht, nämlich Freiheit und das ganze Leben.**

Ich freue mich, dich bei der Landeskonferenz der NRW Jusos begrüßen zu dürfen.

Solidarische Grüße

*Nina Gaedike*

Landesvorsitzende der NRW Jusos

# Vorschlag für die Tagesordnung

**Beginn: Samstag, 28. September 2024, 11:00 Uhr**

1. Begrüßung und Eröffnung
2. Wahl eines Tagespräsidiums
3. Beschlussfassung über die Tages- und Geschäftsordnung
4. Wahl der Mandatsprüfungs- und Zählkommission
5. Grußworte
6. Politischer Bericht (inkl. Gleichstellungsbericht), Aussprache und Entlastung
7. Abstimmung über die Anzahl weiterer Mitglieder im Juso-Landesvorstand
8. Wahl zum Juso-Landesvorstand
  - a. Juso-Landesvorsitz
  - b. weitere Mitglieder des Juso-Landesvorstandes
9. Beratung über das Arbeitsprogramm des Juso-Landesverbandes 2024-2026
10. Antragsberatung
11. Wahl der Delegation zum Juso-Bundeskongress
12. Verabschiedung der ehemaligen Mitglieder des Juso-Landesvorstandes

**Unterbrechung der Konferenz um ca. 22:00 Uhr**

**Sonntag, 29. September 2024, 09:00 Uhr**

13. Antragsberatung
14. Nominierung Juso-Bundesvorstand
15. Wahl der Delegation zum Bundesausschuss
16. Nominierung der Awareness-Kommission
17. Grußworte
18. Schlusswort Juso-Landesvorsitz

**Ende: ca. 14:00 Uhr**

## Vorschlag für die Geschäftsordnung

1. Stimmberechtigt sind alle von den jeweiligen Kreisverbänden / Unterbezirken gewählten Delegierten, soweit die Quotenvorgaben der Jusos gemäß Organisationsstatut eingehalten werden. Entsprechende Feststellungen trifft die Mandatsprüfungs- und Zählkommission.
2. Die Landeskonzferenz ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der Stimmberechtigten anwesend sind.
3. Die Beschlüsse der Landeskonzferenz werden mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefasst.
4. Die Redeliste wird nach folgendem Verfahren erstellt:
  - Getrennt nach Frauen, Männern und INTA (Inter, Nichtbinär, Trans, Agender) werden die Wortmeldungen in der Reihenfolge ihrer Abgabe notiert. Das Wort erhält dann jeweils im Wechsel eine Frau, ein Mann und eine INTA-Person bzw. umgekehrt (Reißverschlussystem).
  - Wenn keine Frauen oder INTA-Personen mehr auf der Redeliste stehen, ist die Debatte beendet. Auf Antrag kann die Liste noch einmal für drei Männer geöffnet werden. Sobald sich Frauen oder INTA-Personen melden, wird wieder nachquotiert.
5. Die Redezeit für Diskussionsredner\*innen beträgt maximal 3 Minuten. Jede/r Redner\*in kann zu jedem Diskussionsgegenstand zweimal sprechen.
6. Personalvorschläge können bis zum 28. September 2024, 12:00 Uhr beim Tagungspräsidium eingereicht werden.
7. Initiativanträge können nur berücksichtigt werden, wenn die darin behandelten politischen Fragen unerwartet und bis Antragsschluss noch nicht aktuell waren. Sie bedürfen der Unterschrift von 25 Delegierten aus 5 Kreisverbänden / Unterbezirken.  
Initiativanträge müssen beim Tagungspräsidium eingereicht werden. Antragsschluss ist am 28. September 2024, 14:00 Uhr.
8. Änderungsanträge zu den Antragsbereichen A, C, D, G, K können bis Samstag, den 28. September 2024 um 12:00 Uhr eingereicht werden. Änderungsanträge zu den Antragsbereichen B, E, F, I, N, O, U können bis Samstag, den 28. September 2024 um 19:00 Uhr eingereicht werden. Danach können nur noch Änderungsanträge zu Initiativanträgen im Tagungsbüro eingereicht werden. Über Ausnahmen in begründeten Einzelfällen entscheidet das Tagungspräsidium.
9. Anträge zur Geschäftsordnung können mündlich gestellt und begründet werden. Der/die Antragsteller\*in erhält außerhalb der Reihenfolge der Diskussionsredner\*innen das Wort. Über Anträge zur Geschäftsordnung wird abgestimmt, nachdem ein/e Redner\*in für und ein/e Redner\*in gegen den Antrag gesprochen hat.

## Inhaltsverzeichnis

### A - Arbeit und Ausbildung

A01	Wir holen uns, was uns zusteht! Arbeitsprogramm 2024-2026	12
A02	Zeit für mehr Gerechtigkeit- Gerechtigkeit für mehr Zeit. Warum Arbeitszeitverkürzung Klassenkampf ist und wer sie erkämpft	31
A03	Kürzungen im Rechtsreferendariat: Ein Angriff auf die Zukunft der Justiz!	35
A04	Dem Fachkräftemangel in der Erzieherausbildung entgegenzutreten - die praxisintegrierte Erzieher*innenausbildung attraktiver gestalten	38
A05	Stärkung der Arbeitnehmer*innenrechte: Faire Abfindungsregelungen und Urlaubsansprüche sicherstellen	40
A06	Alles Streik oder was? Streikrecht schützen!	42
A07	Privatisierte Ausbildungen stoppen!	45
A08	Zweite Chancen Programm	47

## **B - Bildung, Hochschule und Wissenschaft**

B01	"Not my Hochschulgesetz"	48
B02	Bildungsoffensive für Lehrkräfte	51
B03	Studierendenwerke fair finanzieren - Studiengebühren 2.0 abschaffen!	55
B04	„Schule ohne Rassismus - Schule mit Courage“, aber damit ist das Problem nicht behoben. Landesweite Präventionsprogramme gegen Rassismus und Diskriminierung an Schulen!	57
B05	Weil „Nie wieder“ Jetzt ist- Solidarität mit jüdischen Studierenden	61
B06	Einarbeitungskonzept für Vertretungslehrkräfte	64
B07	Politische Bildung an Schulen stärken	66
B08	OBAS für alle! – Für einen Schulformwechsel zum Referendariat für alle Lehrämter	69
B09	Späterer Unterrichtsbeginn zum Wohle der SchülerInnen	72

**D - Demokratie, Partizipation und freiheitliche Gesellschaft**

D01	Das rheinische Revier nicht an die AFD verlieren - Die Landesregierung muss handeln!	73
D02	Vorsicht vor falscher Vielfalt: Die DAVA-Partei	76
D03	Mehr Gleichheit in der Parteienfinanzierung	80

## **E - Europa und Internationales**

E01	Appeasement klappt nicht mit Verbrechern - für eine konsequente Wende in der Iran-Politik	82
E02	Für eine dauerhafte Sicherheit in Nahost	89
E03	Georgien zwischen Hoffnung und Krise - Wie wir die Demokratiebewegung unterstützen können!	100
E04	Tatsachen statt Phrasen dreschen - für eine stabile Nahost-Politik der SPD	103

**F - Feminismus, Gleichstellung und Diversität**

F01	Kein Platz für Antifeminismus - Incels den Kampf ansagen!	108
F02	Schutz vor Gewalt - autonom und für alle!	112
F03	Alexa, bitte lösche Antifeminismus	116
F04	Awarenessteams auf Großveranstaltungen!	120
F05	Sex on the Beach, nein Danke - gegen patriarchale Ausbeutung von FINTAs und für eine feministische Entwicklungspolitik	123

**G - Gemeinwohl, Sozial- und Gesundheitspolitik**

G01	Menschen vor Märkte: Für eine gemeinwohlorientierte Daseinsvorsorge in NRW	125
G02	Solidarisch gegen Klassismus - Klasse erkennen und antiklassistisch handeln	144
G03	Recht auf Vergessenwerden – Gegen die sozialrechtliche Diskriminierung Krebsüberlebender	149
G04	Lummerland statt leere Kassen - bessere Finanzierung der Jugendhilfe	152
G05	Mobilitätshilfe ernst meinen	153
G06	Prozessuale Verbesserung bei der Überweisung von Haus- zu Fachärzten	156
G07	Schmerz lass nach – Zeit für mehr Aufklärung und Unterstützung bei Endometriose und Adenomyose	157
G08	Ohne Bezahlkarte wird es keinen sozialen Frieden geben!	159
G09	Bessere Versorgung von Lipödem betroffenen	161

## **I - Inneres, Justiz und Verbraucher\*innenschutz**

I01	Sicherheitshalber Links – Für eine jungsozialistische Innen- und Sicherheitspolitik	163
I02	Damit feministische Innenpolitik keine Floskel bleibt	176
I03	Kontrolle und Reformen: Unser Jungsozialistischer Ansatz für Polizeiarbeit	180
I04	Pistorius' Wehrdienstmodell: Eine Scheinlösung auf Kosten der Jugend	187
I05	"Abreuliche Idee" - bis 2018 fand das nur die AfD gut: Die Herkunft von Straftäter*innen als Motiv auslegen	192
I06	Für ein diskriminierungsfreies Anti-Diskriminierungsrecht!	194
I07	Die Diskussion um Grenzkontrollen zu Deutschland sofort beenden!	197
I08	Gesetzesdschungel entrümpeln – mit Synopsen zur Klarheit!	199

## **K - Kommunales, Infrastruktur, Mobilität und Wohnen**

K01	Junge Stimmen, starke Zukunft: Für mehr Jusos in der Kommunalpolitik!	201
K02	Jusos aller Kommunen vereinigt Euch!	204
K03	Schwammstädte für NRW: Nachhaltige Stadtplanung für einen besseren Umgang mit Extremwetter	206
K04	Abschaffung „kleiner Sonderbauten“ in NRW	208
K05	We're all in this together: Junges Wohnen für Azubis und Studierende fördern!	214
K06	Eigenheim ohne böses Erwachen	218
K07	Für mehr Mieter*innenschutz bei Eigenbedarfskündigungen!	220

**N - Netzpolitik, Medien und Kultur**

N01	Echte Meinungen statt Manipulation: Social Bots stoppen, Fake News eindämmen	221
N02	Talahon: Rassistischen Stereotypen auf Social Media entgegenreten!	225
N03	Die Gretchenfrage des WDR	227
N04	Verbot von Glücksspiel in Videospiele - Für ein Unterhaltungssoftware-Monetarisierungs-Gesetz!	229

**O - Organisationspolitik**

001	Back to the roots: die NRW Jusos als Arbeiter*innenjugendverband ernst nehmen	231
-----	---	-----

**U - Umwelt, Energie und Nachhaltigkeit**

U01	Transformation des Energiesektors	235
U02	Wenn das Chaos kommt braucht es einen Plan und Solidarität!	238

## Antrag A01: Wir holen uns, was uns zusteht! Arbeitsprogramm 2024-2026

Antragsteller*in:	Juso-Landesvorstand
Sachgebiet:	A - Arbeit und Ausbildung

1 Krise folgt auf Krise, folgt auf Krise. Der Blick in die Nachrichten ist immer wieder  
2 geprägt von Elend überall auf der Welt, von zunehmenden Erfolgen rechter und  
3 faschistischer Bewegungen und gleichzeitig werden finanzielle Ängste und  
4 existenzielle Sorgen für immer mehr Menschen zur Realität. Immer neue Studien  
5 gewähren einen Einblick in die Perspektivlosigkeit vor allem junger Menschen, während  
6 immer mehr Parteien des demokratischen Spektrums nichts Besseres zu tun haben, als  
7 den angeblich leicht beeinflussbaren jungen Leuten die Schuld am Rechtsruck zu geben.  
8 Konkrete Anerkennung und Lösungen für die sozialen Sorgen und Probleme unserer Zeit?  
9 Fehlanzeige!

10 Während konservative Kräfte lieber Scheindebatten über faule Jugendliche führen und  
11 sich in ihrem Wettkampf um das rassistischste Narrativ in Asyl- und  
12 Migrationsdebatten überschlagen, triumphieren Faschist\*innen bei immer mehr Wahlen.  
13 Ihre "Strategie" beinhaltet vor allem das Abfinden mit vorhandenen strukturellen  
14 Unterdrückungs- und Diskriminierungsformen und das Ausspielen der Schwächsten in  
15 unserer Gesellschaft. Und die politische Linke und unsere stolze Sozialdemokratie?  
16 Eigentlich könnte es so einfach sein. Unser sozialdemokratischer Kanzler könnte sein  
17 Versprechen einer Zeit der Sozialdemokratie und des gesellschaftlichen Aufschwungs  
18 einlösen, verharrt aber in faulen Formelkompromissen und Zugeständnissen an die  
19 Liberalen, die immer mehr ihrem Fanatismus des Sparens verfallen.

20 Als Jungsozialist\*innen wollen wir uns mit keiner dieser Versionen einer vermeintlich  
21 neuen Normalität abfinden. Wenn Konservative unter neuer Normalität das Nachplappern  
22 rechter Parolen verstehen, bedeutet das das Ende der antifaschistischen Brandmauer.  
23 Wenn Rechte und Faschist\*innen als neue Normalität die Hetze gegen migrantisierte,  
24 jüdische und queere Menschen meinen, bedeutet das das Ende der Demokratie. Und wenn  
25 die Sozialdemokratie als neue Normalität den Abgesang auf unseren Sozialstaat etwa  
26 beim Bürger\*innengeld meint, bedeutet das das Ende unserer Vision einer Gesellschaft  
27 der Freien und Gleichen. Als Jungsozialist\*innen stellen wir uns all diesen Politiken  
28 des gesellschaftlichen Stillstands und Rückschritts entgegen und sagen selbstbewusst:  
29 Unsere Normalität ist solidarisch und wir werden nicht stillschweigend zusehen, wie  
30 unsere Demokratie und unsere Zukunft zerstört werden! **Wir holen uns, was uns zusteht!**

31 In den kommenden zwei Jahren wollen wir uns deshalb das große Ziel setzen, unsere  
32 inhaltlich tiefgreifende Arbeit mit einer langfristigen Strategie in Partei und  
33 Öffentlichkeit zu verbinden. Und weil wir der festen Überzeugung sind, dass dies eine  
34 klare und eindeutige Rückbesinnung auf unsere Grundwerte erfordert, wollen wir  
35 unseren inhaltlichen Schwerpunkt auf das Thema Arbeit legen. Denn uns treibt die

36 Erkenntnis an, dass die sozialen Fragen unserer Zeit unweigerlich mit der Ausbeutung  
37 derer verbunden sind, die nichts als ihre Arbeitskraft selbst haben. Und wir erkennen  
38 an, dass der Kampf um unsere Demokratie und eine Perspektive einer sozialistischen  
39 Gesellschaft niemals ehrlich geführt werden kann, wenn wir die Betriebe außer Acht  
40 lassen, in denen Gewerkschaften seit ihrem Bestehen zeigen, dass die Unterdrückten  
41 und Marginalisierten sich nehmen müssen, was ihnen zusteht.

42 Als politischer Jugendverband, der sich in stolzer Historie der  
43 Arbeiter\*innenbewegung versteht, sehen wir es als unseren Auftrag, das Thema Arbeit  
44 inhaltlich in der Breite zu erfassen, mit unseren Bündnispartner\*innen an konkreten  
45 Lösungen zu arbeiten sowie aktiv Debattenschwerpunkte in der Öffentlichkeit und der  
46 Partei zu forcieren. Besonders bei letzterem Punkt wissen wir, dass uns dies nur  
47 gelingen kann, wenn wir unserem Anspruch der kritischen Solidarität gerecht werden.  
48 Ob es allen in unserer Mutterpartei gefällt oder nicht: Wir sind immer Teil der  
49 Sozialdemokratie und deshalb lässt es uns nicht kalt, wenn wir sehen müssen, wie sich  
50 Sozialdemokrat\*innen in Regierungsverantwortung immer wieder im Klein-Klein verlieren  
51 und dabei sozialdemokratische Forderungen wie das Bürger\*innengeld, die  
52 Kindergrundsicherung oder eine wirklich humane Asyl- und Migrationspolitik auf der  
53 Strecke bleiben. In der vertieften Auseinandersetzung mit unseren verbandlichen  
54 Grundwerten wollen wir deshalb in den nächsten zwei Jahren alles daran setzen, dass  
55 die Sozialdemokratie nicht vergisst, wofür sie steht und welche linken  
56 gesellschaftlichen Großprojekte jetzt notwendig sind.

57 Bei all unserer Arbeit treibt uns die Erkenntnis an, dass wir unsere Aufgabe als  
58 Jusos nur dann richtig erfüllen, wenn es uns gelingt, politisch interessierten jungen  
59 Menschen in ganz NRW nicht nur einen Ort des Austausches zu bieten, sondern unser  
60 Versprechen eines politischen Zuhauses für alle einzulösen. Und das heißt, dass wir  
61 all den Ewiggestrigen entgegentreten, die meinen, wir müssten uns mit der Welt  
62 abfinden, wie sie ist. Es bedeutet, dass wir Solidarität statt Hass wählen und uns  
63 holen, was uns zusteht: Freiheit und das ganze Leben!

## 64 **1. Arbeit im Fokus: Warum wir den Wandel der Arbeitswelt** 65 **gestalten müssen**

66 Die Arbeitswelt befindet sich in einem ständigen Wandel. Diese Dynamik wird durch den  
67 Klimawandel, technologische Innovationen und den demografischen Wandel geprägt.  
68 Gleichzeitig werden unsere Kolleg\*innen der DGB-Mitgliedsgewerkschaften immer  
69 härteren Anfeindungen ausgesetzt, während sie an vorderster Front für die Rechte der  
70 Arbeitnehmer\*innen und unsere Demokratie kämpfen. Für uns Jungsozialist\*innen ist die  
71 Frage nach der Zukunft der Arbeit untrennbar mit unseren Idealen von sozialer  
72 Gerechtigkeit, Solidarität und Mitbestimmung verbunden. Unser sozialistisches  
73 Verständnis zielt darauf ab, eine Gesellschaft der Freien und Gleichen zu schaffen,  
74 in der sich die Arbeit das Kapital zu eigen macht und nicht umgekehrt. Frei sein  
75 sollen die Menschen, nicht die Ausbeutung. Gleich sein wollen wir in unseren Rechten  
76 und Lebenschancen, nicht in der Vereinzelung.

## 77 **Klassenkampf**

78 Unsere Analyse der gesellschaftlichen Verhältnisse geht von Klassenkämpfen aus. Diese  
79 sind keine historische Anomalie, sondern ein zentrales Merkmal der kapitalistischen  
80 Gesellschaftsordnung. Der Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit, die systematische  
81 Ausbeutung der Arbeiter\*innenklasse und die Konzentration von Reichtum und Macht in  
82 den Händen weniger sind Herausforderungen, denen wir uns aus jungsozialistischer  
83 Perspektive stellen müssen.

84 Arbeit ist für uns mehr als nur ein Mittel zur Absicherung des Lebensunterhalts.  
85 Arbeit ist Ausdruck gesellschaftlicher Teilhabe und Identität. Deshalb setzen wir uns  
86 für eine Arbeitswelt ein, die die Bedürfnisse und Rechte der Arbeiter\*innen in den  
87 Vordergrund stellt und die gegenwärtige Ausbeutung beendet. Unsere Vision ist eine  
88 demokratisch-sozialistische Gesellschaft, in der die Produktionsmittel demokratisch  
89 verteilt sind. Die Analyse, an welchen Stellen und mit welchen inhaltlichen  
90 Grundlagen der demokratische Sozialismus ein Ansatz sein kann, um die arbeitende  
91 Klasse zu mobilisieren und die Interessen der Arbeiter\*innen zu organisieren, soll  
92 die Leitlinie der kommenden zwei Jahre unserer Verbandsarbeit sein.

93 Das Selbstverständnis der Arbeiter\*innen und das damit einhergehende Potenzial, sich  
94 gegen das Kapital und für die eigenen Interessen zu organisieren, hat durch die  
95 neoliberale Politik der letzten Jahrzehnte und auch durch die von unserer Partei  
96 geprägte Erzählung des „Aufstiegsversprechens“ stark abgenommen. Die erneute Stärkung  
97 des Klassenbewusstseins ist eine der zentralen Herausforderungen für den kommenden  
98 Landesvorstand. Wir wollen zentrales Element innerhalb der Arbeiter\*innenbewegung  
99 sein und dies mit unserer Doppelstrategie auf der Straße und auf der politischen  
100 Bühne deutlich machen.

## 101 **Aktuelle Entwicklungen und Einfluss des gesellschaftlichen Rechtsrucks**

102 Populistische und rechtsextreme Kräfte versuchen überall in Europa die Solidarität  
103 der Arbeitenden untereinander zu brechen und arme Menschen gegen noch Ärmere  
104 auszuspielen, indem sie Unsicherheiten und Ängste schüren. Die Europawahlen haben  
105 gezeigt, dass es der AfD in bedrohlicher Weise gelingt, in der Arbeiter\*innenschaft  
106 Zuspruch zu gewinnen. Das nationalistische und rassistische Denken der faschistischen  
107 Parteien in ganz Europa bedroht dabei auch die Errungenschaften der  
108 Arbeiter\*innenbewegung, deren Leitbild stets die internationale Solidarität und der  
109 Kampf für die Unterdrückten der Gesellschaft ist.

110 Wir sehen es als unsere Aufgabe, dem entgegenzutreten und eine inklusive, gerechte  
111 und solidarische Arbeitswelt zu verteidigen und weiterzuentwickeln. Dabei dürfen wir  
112 nicht nur auf die gegenwärtigen Herausforderungen reagieren, sondern müssen proaktiv  
113 Themen und Inhalte setzen. Wir setzen uns ein für faire Arbeitsbedingungen, gerechte  
114 Bezahlung und starke Arbeitnehmer\*innenrechte und wissen, dass all das nur mit  
115 starken Gewerkschaften zu erreichen ist. Bildung und Qualifikation, ein inklusiver  
116 Arbeitsplatz, starke soziale Sicherungssysteme und die Anerkennung unentgeltlicher  
117 und ehrenamtlicher Arbeit sind zentrale Elemente unserer Politik. Zudem müssen wir

118 die Arbeitswelt nachhaltig gestalten und zukunftsorientierte Arbeitsmarktpolitiken  
119 entwickeln. Wir wollen, dass die Menschen in Zukunft mehr soziale Rechte haben, auf  
120 die sie sich verlassen können.

## 121 **Zukunft der Arbeit**

122 Die Digitalisierung und Automatisierung der Arbeitswelt bringen zahlreiche Chancen,  
123 aber auch erhebliche Herausforderungen mit sich. Diese Entwicklungen stellen große  
124 Anforderungen an Arbeitnehmer\*innen und die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen.

125 Eine dieser Herausforderungen ist die Gefahr von Arbeitsplatzverlusten durch  
126 Automatisierung und digitale Transformation sowie die Verlagerung von  
127 Produktionsprozessen ins Ausland. Viele traditionelle Berufsfelder stehen unter  
128 Druck, und es besteht die Notwendigkeit, immer neue Qualifikationen zu erwerben.  
129 Menschen, die dabei nicht mithalten können, darunter z.B. aufgrund von ungleich  
130 verteilter Care-Arbeit auch viele Frauen, sind besonders gefährdet ihre Jobs zu  
131 verlieren.

132 Die digitale Kluft zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen kann sich weiter  
133 vertiefen. Menschen mit geringem Bildungsniveau oder aus armen oder armutsbedrohten  
134 Verhältnissen haben oft schlechtere Chancen, sich in der neuen Arbeitswelt zu  
135 behaupten. Dies kann zu einer Verstärkung sozialer Ungleichheiten führen, die wir als  
136 Jusos unbedingt verhindern müssen. Das Arbeitsrecht muss an die neuen Bedingungen  
137 angepasst werden. Dies betrifft insbesondere Fragen der Arbeitszeit, des Arbeitsortes  
138 und der Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben. Flexibilisierung darf nicht zu einer  
139 Verschlechterung der Arbeitsbedingungen führen.

140 Arbeitsmigration spielt eine wichtige Rolle bei der Deckung des Fachkräftebedarfs in  
141 NRW. Allerdings führen unzureichende Integrationsmaßnahmen und Diskriminierung zu  
142 einer ungenügenden Nutzung dieses Potenzials. Zudem entstehen durch die  
143 Fachkräftemigration nach Deutschland Probleme wie Braindrain in den Herkunftsländern.  
144 Wir wollen Ideen entwickeln, die die berufliche Qualifikation und Weiterbildung von  
145 Arbeitsmigrant\*innen verbessern, um ihre Integration in den Arbeitsmarkt und in die  
146 Gesellschaft zu erleichtern.

147 In der digitalisierten Arbeitswelt müssen die Mitbestimmungsrechte der  
148 Arbeitnehmer\*innen gesichert und ausgebaut werden. Eine verstärkte Partizipation und  
149 Selbstbestimmung am Arbeitsplatz sind entscheidend für eine positive Gestaltung des  
150 Wandels. Gerade in Zeiten von Überwachung von Arbeitnehmer\*innen im Übermaß durch  
151 Arbeitgeber\*innen, wie zum Beispiel das Tracking von Lieferfahrer\*innen, gewinnt die  
152 betriebliche Mitbestimmung umso mehr an Bedeutung, um solchen Prozessen vorzubeugen.

153 Um soziale Ungleichheiten zu reduzieren, müssen spezifische Förderprogramme für  
154 benachteiligte Gruppen geschaffen werden. Dazu gehört auch die gezielte Unterstützung  
155 von Frauen und INTA Personen (Inter-, Nichtbinär, Trans-, Agender), die in  
156 technischen Berufen oft unterrepräsentiert sind. Wir wollen den Übergang zu einer  
157 digitalisierten und automatisierten Arbeitswelt sozial gerecht gestalten. Die  
158 Selbstbestimmung der Arbeitnehmer\*innen und die Sicherstellung fairer

159 Arbeitsbedingungen stehen dabei im Mittelpunkt unserer Politik. Nur so kann der  
160 Wandel erfolgreich und im Sinne aller gestaltet werden.

### 161 **Faire Bezahlung und Arbeitsbedingungen**

162 Die Frage, wie zufrieden und selbstbestimmt wir arbeiten können, hängt immer auch  
163 wesentlich mit den Bedingungen zusammen, unter denen wir unsere Arbeitskraft  
164 verkaufen und mit dem Preis, zu dem wir sie anbieten müssen. Ein halbes Jahrhundert  
165 des neoliberalen Denkens hat die Debattenkultur zu diesen Fragen so weit verschoben,  
166 dass Streiks immer häufiger als unverhältnismäßig geframed werden. Insbesondere durch  
167 die hohe Inflation in den vergangenen Jahren, ist das Thema der Lohngerechtigkeit  
168 wieder deutlicher zu Tage getreten. Es wird Zeit, dass wir Jusos dem liberalen Mythos  
169 der Lohn-Preis-Spirale etwas entgegensetzen und demonstrieren, dass wir die Expertise  
170 haben, um die Arbeitswelt von morgen zu gestalten.

171 Um die großen Widersprüche zwischen Kapital und Arbeit zu verstehen, möchten wir  
172 Jusos uns in den kommenden Jahren intensiver mit der Frage beschäftigen, wie viel  
173 Arbeit eigentlich wirklich wert ist und welche Akteur\*innen und Strukturen  
174 verhindern, dass die Beschäftigten in Deutschland fair bezahlt werden. Dabei möchten  
175 wir sowohl über die Rolle des Mindestlohns als auch der dahinterstehenden Kommission  
176 nachdenken und herausarbeiten, wie armutsfeste Löhne aus einer sozialistischen  
177 Perspektive heraus gestaltet werden müssen. Wir möchten die Bezahlung von Arbeit  
178 nicht „von unten“, also vom lebensnotwendigen Minimum, sondern vom Mehrwert, der  
179 durch die Arbeit geschaffen wird, denken und einen genauen Blick auf die  
180 gewerkschaftlichen Arbeitskämpfe und Tarifbewegungen der Vergangenheit und Gegenwart  
181 werfen, um eine direkte Anbindung an die Realität der Verhältnisse und die  
182 unersetzliche gewerkschaftliche Organisation zu behalten.

183 Auch die Debatte um kürzere und flexiblere Arbeitszeiten hat in den letzten Jahren  
184 wieder an Fahrt aufgenommen. Wir möchten in den kommenden Jahren einen Fokus darauf  
185 legen, wie Arbeitszeiten die gesellschaftlichen Verhältnisse beeinflussen und welche  
186 Rolle der Kampf um Arbeitszeitverkürzung in der Auseinandersetzung von Unternehmen  
187 und organisierten Beschäftigten spielt.

### 188 **Bildung und Qualifikation**

189 Die gesellschaftliche Abstufung zwischen akademischer Ausbildung und beruflicher  
190 Bildung muss überwunden werden. Beide Bildungswege leisten einen wertvollen Beitrag  
191 zur Fachkräftesicherung und sollten gleichwertig anerkannt werden. Es ist  
192 inakzeptabel, dass berufliche Qualifikationen oft weniger geschätzt werden, obwohl  
193 sie entscheidend für die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Perspektiven sind.  
194 Laut dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) tragen Absolvent\*innen  
195 der dualen Ausbildung erheblich zur Beschäftigungsfähigkeit und zum wirtschaftlichen  
196 Wohlstand bei. Es ist Zeit für eine gerechte Anerkennung und die Schaffung  
197 entsprechender Rahmenbedingungen.

198 Lebenslanges Lernen ist kein Luxus, sondern eine Notwendigkeit. Die Anpassung von

199 Fortbildungsangeboten an die individuellen Lebensrealitäten der Arbeitnehmer\*innen  
200 ist unerlässlich für deren berufliche Entwicklung. Auch die lückenhafte  
201 Bildungsberatung in Deutschland ist ein Hindernis für eine gerechte  
202 Bildungsteilnahme.

### 203 **Inklusiver Arbeitsplatz**

204 Migrantische Arbeitskräfte sind das Rückgrat vieler Branchen, gleichzeitig sind sie  
205 oft mit schlechteren Arbeitsbedingungen und Diskriminierung konfrontiert. Eine Studie  
206 der Friedrich-Ebert-Stiftung zeigt, dass Migrant\*innen häufig in Niedriglohnssektoren  
207 arbeiten und weniger Aufstiegsmöglichkeiten als ihre deutschen Kolleg\*innen haben.  
208 Wir wollen uns mit den notwendigen stärkeren arbeitsrechtlichen Schutzmaßnahmen und  
209 gezielten Integrationsprogrammen auseinandersetzen. Wir wollen erschließen, welche  
210 gesetzlichen Änderungen und Integrationsprogramme notwendig sind, um sicherzustellen,  
211 dass migrantische Arbeitskräfte gleiche Rechte und Arbeitsbedingungen wie  
212 einheimische Arbeitskräfte erhalten. Für viele Migrant\*innen ist die Sprachbarriere  
213 das größte Hindernis bei der Integration in den Arbeitsmarkt. Bessere  
214 Sprachkenntnisse erhöhen die Beschäftigungsfähigkeit und die beruflichen  
215 Aufstiegschancen erheblich. Wir wollen uns daher damit befassen, wie  
216 berufsorientierte Sprachkurse ausgebaut werden können und der Zugang vereinfacht  
217 werden kann.

218 Barrierefreiheit am Arbeitsplatz ist für Menschen mit Behinderung eine  
219 Grundvoraussetzung für die Teilhabe am Arbeitsleben. Laut dem Bundesministerium für  
220 Arbeit und Soziales sind jedoch viele Arbeitsplätze noch nicht barrierefrei. Es ist  
221 an der Zeit, massiv in barrierefreie Infrastruktur und Technologien zu investieren  
222 und herauszuarbeiten, wie die vollständige Inklusion auf dem Arbeitsmarkt gelingt.  
223 Die Integration von Menschen mit Behinderungen in den allgemeinen Arbeitsmarkt ist  
224 unerlässlich für eine inklusive Gesellschaft. Dennoch sind viele Menschen mit  
225 Behinderungen in Werkstätten beschäftigt und ihnen wird selten der Übergang in den  
226 regulären Arbeitsmarkt ermöglicht. Die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention  
227 ist in Deutschland bisher mangelhaft. Gerade im Bereich der Arbeit muss viel  
228 nachgebessert werden. Wir wollen uns in den nächsten Jahren damit auseinandersetzen,  
229 wie die UN-Behindertenrechtskonvention in Deutschland nachhaltig umgesetzt werden  
230 kann.

231 Der Gender Pay Gap in Deutschland beträgt laut dem Statistischen Bundesamt immer noch  
232 etwa 18 Prozent (unbereinigt) bzw. 6% (bereinigt). Diese Ungerechtigkeit ist  
233 inakzeptabel und erfordert dringende Maßnahmen zur Lohntransparenz und zur Förderung  
234 von Frauen - insbesondere im Hinblick auf den Zugang zu Erwerbsarbeit in Vollzeit und  
235 Führungspositionen. Welche das konkret sind, wollen wir in den kommenden Jahren  
236 erarbeiten. Alleinerziehende - überdurchschnittlich oft Frauen - stehen besonders oft  
237 vor unüberwindbaren Herausforderungen, Beruf und Familie zu vereinbaren. Sie haben  
238 ein höheres Armutsrisiko und finden seltener Vollzeitstellen. Flexible  
239 Arbeitszeitmodelle und bessere Kinderbetreuungsangebote sind essenziell, um ihre  
240 beruflichen Chancen zu verbessern. Wir wollen die Frage beantworten, welche Maßnahmen

241 notwendig sind, um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie für alleinerziehende  
242 Arbeitnehmer\*innen zu verbessern und ihre Teilhabe am Arbeitsmarkt zu erhöhen.

### 243 **Soziale Sicherungssysteme**

244 Arbeit macht den Großteil unseres Lebens aus und soll garantieren, dass man in jeder  
245 Lebenslage ausreichend versorgt ist. Dafür gibt es die sozialen Sicherungssysteme.  
246 Doch selten reicht das staatliche System aus, und immer mehr Menschen greifen auf  
247 private Versorgungssysteme, beispielsweise bei der Rente, zurück. Das ist für uns als  
248 Jungsozialist\*innen nicht der Anspruch an einen Sozialstaat. Wir Jusos wollen uns in  
249 den nächsten zwei Jahren damit auseinandersetzen, wie wir das soziale  
250 Sicherungssystem gerecht und tatsächlich sicher gestalten können. Die Garantie  
251 sozialer Sicherheit hängt für uns eng mit Verteilungsfragen zusammen. Vermögende und  
252 Arbeitgeber\*innen müssen stärker in die Verantwortung genommen werden.

253 Für jede fünfte Person droht auch nach 45 Arbeitsjahren weniger als 1200€ Rente und  
254 damit die Altersarmut. Betroffen davon sind vor allem Menschen, die im  
255 Niedriglohnssektor arbeiten, Frauen, die jahrelang Care-Arbeit geleistet haben und  
256 Menschen mit Migrationsgeschichte, die durch schlechtere Arbeitsverträge schon heute  
257 weniger Rente bekommen. Auch bei jungen Menschen ist jetzt schon laut Befragungen die  
258 Altersvorsorge eine der größten Ängste. Altersarmut wird für viele immer mehr die  
259 Realität, und obwohl sich die Bundesregierung immer wieder mit der Rente  
260 auseinandersetzt, fallen dabei immer wieder die falschen Schlagworte. Anstatt über  
261 Verteilungsfragen zu sprechen, soll – wenn es nach FDP und Union ginge - das  
262 Renteneintrittsalter erhöht werden. Das ist insbesondere für armutsbetroffene  
263 Menschen ungerecht, da diese ohnehin schon eine geringere Lebenserwartung haben.

264 Auch das Thema Sozialversicherungen hat einen großen Einfluss auf die individuelle  
265 Lebenssituation. Zwar hat sich auch die SPD mittlerweile die Einführung einer  
266 Bürger\*innenversicherung anstelle der Zwei-Klassen-Versorgung auf die Fahne  
267 geschrieben, doch fehlt es sowohl an dem politischen Willen, das Thema anzugehen, als  
268 auch an einer umsetzungsfähigen Initiative. Auch hier müssen wir über eine stärkere  
269 Beteiligung durch Arbeitgeber\*innen sprechen. Das Ausmaß von Berufsunfähigkeits- und  
270 Unfallversicherungen darf keine Frage des privaten Geldbeutels sein.

271 Zum sozialen Sicherungssystem gehört auch die Frage, wie man Menschen unterstützen  
272 kann, die gerade nicht arbeiten können. Das Bürger\*innengeld bedarf dringend einer  
273 Reform, sodass wir keine Wiederholung von Hartz 4 erleben. Statt mit Sanktionen zu  
274 drohen, muss aktiv durch bessere Arbeitsvermittlung und an Inflation angepasste  
275 Regelsätze unterstützt werden. Auch die Arbeitsvermittlung muss überdacht werden -  
276 Wir wollen unter anderem einen Anspruch auf qualifikationsorientierte Vermittlung und  
277 Weiterbildungsangebote für Arbeitsuchende.

278 Bei der Verbesserung der Situation von Wohnungslosen wollen wir uns auch wieder  
279 intensiver mit Mechanismen wie "Housing First" auseinandersetzen, denn die deutsche  
280 Bürokratie legt Arbeitssuchenden ohne gemeldete Adresse zusätzliche Steine in den  
281 Weg.

## 282 **Unentgeltliche und ehrenamtliche Arbeit**

283 Arbeit ist für uns nicht nur Lohnarbeit. Noch heute führt uns der Gender Care Gap  
284 regelmäßig vor Augen, wie viel Care Arbeit in Deutschland tatsächlich unentgeltlich  
285 erbracht wird. So leisteten Frauen im Jahr 2022 fast 30 Stunden unbezahlte Arbeit pro  
286 Woche, Männer knapp 21 Stunden. Wenn wir über unentgeltliche Arbeit reden, dürfen wir  
287 aber auch die ehrenamtlichen Tätigkeiten nicht außer Acht lassen. Schließlich  
288 engagieren sich ca. 40 % der Menschen ab 14 Jahren ehrenamtlich - sei es im Sport,  
289 der Kultur und Musik oder im sozialen Bereich. Fakt ist damit, dass unbezahlte Care-  
290 Arbeit und ehrenamtliche Tätigkeit aktuell ein Grundpfeiler dafür sind, dass unsere  
291 Gesellschaft, unser Zusammenleben und unser Miteinander funktionieren.

292 Hier drängt sich unmittelbar die Frage auf, ob der aktuelle Umgang mit ehrenamtlicher  
293 und Care-Arbeit im kapitalistischen System angemessen ist. In den kommenden Jahren  
294 möchten wir uns daher damit auseinandersetzen, wie wir die Bedeutung und den Wert  
295 unentgeltlich erbrachter Arbeit anerkennen und fördern können. In diesem Zusammenhang  
296 möchten wir uns auch mit der Frage beschäftigen, wie die politischen Grundlagen für  
297 eine Arbeitswelt aussehen müssen, die eine bessere Vereinbarkeit von Ehrenamt, Care-  
298 Arbeit, ggf. Familie und Beruf ermöglichen und zugleich die Geschlechtergerechtigkeit  
299 verbessern.

300 Letztlich möchten wir uns auch mit Freiwilligendiensten auseinandersetzen. Ob  
301 Freiwilliges Soziales Jahr, Freiwilliges Ökologisches Jahr oder  
302 Bundesfreiwilligendienst, auch diese Tätigkeiten leisten zum Teil elementare Beiträge  
303 zu einer funktionierenden Gesellschaft. Auch hier möchten wir uns damit eingehend  
304 beschäftigen, ob die Freiwilligendienste eine angemessene Anerkennung ihrer  
305 erbrachten Arbeit erhalten und welche Möglichkeiten es zur Stärkung und Förderung von  
306 Freiwilligendienstler\*innen gibt. In diesem Zusammenhang müssen wir uns aber auch mit  
307 immer wieder auflebenden Ideen in Richtung „zurück zur Wehrpflicht“ kritisch  
308 auseinandersetzen.

## 309 **Nachhaltigkeit in der Arbeitswelt**

310 In Zeiten der Klimakrise kommen wir nicht an der Frage vorbei, wie man ökologische  
311 Nachhaltigkeit in der Arbeitswelt verankern kann. Endliche Ressourcen, steigende  
312 Treibhausgase und CO<sub>2</sub>-Emissionen beschäftigen uns weltweit. Die Klimaziele in  
313 Deutschland und in der EU sind hochgesteckt, aber immer noch nicht ausreichend und  
314 werden dennoch teilweise aufgeweicht. Für uns als Jusos ist das nicht hinnehmbar,  
315 weswegen wir weiter laut gegen die Klimakrise kämpfen werden.

316 Klimakrise und Kapitalismus sind eng miteinander verwoben. Wir wollen uns damit  
317 beschäftigen, wie Unternehmen durch Greenwashing scheinbar nachhaltig handeln. Dabei  
318 muss beispielsweise die Effizienz von CO<sub>2</sub>-Zertifikaten und anderen Maßnahmen kritisch  
319 hinterfragt werden. Wir stellen uns als Jusos entschieden dagegen, dass sich  
320 Unternehmen unter dem Deckmantel des Klimaschutzes noch weiter bereichern und somit  
321 der Umwelt nur noch mehr schaden.

322 Nachhaltigkeit spielt auch auf dem Arbeitsweg eine Rolle. Fast 70% der erwerbstätigen

323 Menschen in Deutschland fahren täglich mit dem Auto und weniger als ein Fünftel mit  
324 dem ÖPNV zur Arbeit. Zwar hat sich nach Einführung des Deutschland-Tickets die  
325 Nutzung des ÖPNVs erhöht, doch mangelt es nach wie vor am Angebot. Gerade im  
326 ländlichen Raum bleibt die tägliche Nutzung des Autos unabdingbar, da Bus und Bahn  
327 den Bedarf noch lange nicht decken können. Ein Ausbau und eine Strategie gegen den  
328 Personalangel im ÖPNV sind lange überfällig. Deshalb wollen wir uns auch damit  
329 auseinandersetzen.

330 In NRW spielt für uns auch die sozialverträgliche Transformation langfristig eine  
331 Rolle. Bis der Arbeitsplatz ökologisch nachhaltig wird, scheint es noch ein langer  
332 Weg zu sein. Dabei ist für uns klar, dass das Auslagern klimaschädlicher Industrien  
333 in andere Länder keine Lösung für die deutschen Klimaziele sein kann. Der Klimawandel  
334 kennt ebenso wie der Kapitalismus keine staatlichen Grenzen. Dass wir aber nicht mehr  
335 lange Zeit haben, ist uns Jusos klar, also wollen wir in den zwei Jahren Antworten  
336 darauf finden, wie unsere Arbeitswelt ein ökologisch nachhaltiger Ort wird.

### 337 **Arbeitsmarktpolitik**

338 Der gesellschaftliche Diskurs über arbeitsmarktpolitische Themen bewegt sich aktuell  
339 zwischen der Forderung, dass sich „Arbeit wieder lohnen“ müsse und Vorurteilen  
340 gegenüber Empfänger\*innen von Bürgergeld und anderen Sozialleistungen. Wir als Jusos  
341 stehen in der Verantwortung, immer wieder daran zu erinnern, dass die Lösung der  
342 Probleme nicht sein kann, Sozialleistungen zu streichen und bei den Ärmsten unserer  
343 Gesellschaft einzusparen. Unsere jungsozialistische Antwort auf diese Forderungen  
344 muss der Weg zu einer gerechten Verteilung des Wohlstands sein. Das zeigt uns auch  
345 die Umsetzung der Ausbildungsplatzgarantie, die aktuell vor allem an der  
346 Finanzierungsfrage scheitert. Die von der DGB Jugend immer wieder gestellte und von  
347 uns unterstützte Forderung einer Umlagefinanzierung, also einer Umverteilung der  
348 Kosten von Ausbildung, hätte diese Frage durch das Prinzip der Umverteilung leicht  
349 beantworten können.

350 Aktuell müssen wir uns nicht nur einem Fachkräfte-, sondern auch einem reinen  
351 Arbeitskräftemangel stellen. Die Bekämpfung dieses Mangels kann und sollte in erster  
352 Linie darin liegen, mehr Menschen in Arbeit zu begleiten. Die Bekämpfung der immer  
353 noch hohen Jugendarbeitslosigkeit, u.a. durch Instrumente wie der  
354 Ausbildungsplatzgarantie, ist ein erster wichtiger Schritt. Doch wir müssen noch  
355 weiter gehen, denn viel zu oft werden gerade junge Menschen in vollschulische  
356 Maßnahmen der Bundesagentur für Arbeit vermittelt, statt in eine duale Ausbildung. Am  
357 Ende dieser Maßnahmen steht ihnen dann genau die Perspektivlosigkeit bevor, der sie  
358 sich schon zu Beginn entgegengesehen haben.

359 Mit dem demografischen Wandel geht vor allem auch unsichere Zukunftsaussichten  
360 hinsichtlich unseres Rentensystems einher. Es ist auch unsere Aufgabe, neben  
361 neoliberalen Erzählungen von der Aktienrente und privaten Rentensparplänen,  
362 langfristige Lösungen zu erarbeiten, die vor allem jungen Menschen wieder eine  
363 Zukunftsperspektive bieten. Nicht zuletzt sollten wir uns als säkularer Verband

364 weiterhin klar für die Abschaffung des kirchlichen Arbeitsrechts aussprechen, welches  
365 vor allem für Lohn- und Gehaltsunterschiede zwischen kirchlichen und wirtschaftlichen  
366 Trägern sorgt.

### 367 **Arbeitnehmer\*innenrechte**

368 Während die konkreten Maßnahmen des Arbeitskampfes von den DGB-Gewerkschaften  
369 ergriffen werden, muss es unsere Aufgabe sein, die gesetzlichen Entwicklungen rund um  
370 das Streikrecht, insbesondere auch für Auszubildende, zu begleiten und anzukurbeln.

371 Dabei ist es uns wichtig, dass wir eine genaue Vorstellung davon haben, wie  
372 Arbeitskämpfe, sowohl in Deutschland als auch im Ausland, ablaufen und welche  
373 Rahmenbedingungen sie erfolgreich machen oder auch scheitern lassen. Es hat sich  
374 gezeigt, dass starke Gewerkschaften und ein effektives Streikrecht der einzige Garant  
375 für bessere Arbeits- und Ausbildungsbedingungen sowie faire Löhne sind.

376 Ein weiterer zentraler Punkt ist der Schutz der persönlichen Daten von  
377 Arbeitnehmer\*innen. Arbeitgeber\*innen dürfen keine übermäßigen oder unzulässigen  
378 Daten erheben, speichern oder verarbeiten. Klare und verbindliche Richtlinien für den  
379 Datenschutz am Arbeitsplatz sind notwendig, um die Privatsphäre der  
380 Arbeitnehmer\*innen zu gewährleisten und Missbrauch zu verhindern. Dies umfasst auch  
381 die Beschränkung der Überwachung am Arbeitsplatz, wie etwa durch Kameras oder  
382 Software zur Überwachung von Computeraktivitäten. Der Schutz sensibler Daten, wie  
383 Gesundheitsinformationen oder persönliche Kommunikationsinhalte, muss gewährleistet  
384 sein. Mit der Frage, wie Persönlichkeitsrechte am Arbeitsplatz stärker geschützt  
385 werden können, wollen wir uns intensiver auseinandersetzen. Die Förderung  
386 genossenschaftlicher Betriebe ist ein weiterer wichtiger Aspekt unserer  
387 bevorstehenden Arbeit. Genossenschaften bieten Arbeitnehmer\*innen Mitspracherechte  
388 und direkte Beteiligung am Unternehmenserfolg. Staatliche Anreize und  
389 Unterstützungsprogramme zur Gründung und Entwicklung von Genossenschaften sind daher  
390 zentral, um die Solidarität und Selbstbestimmung der Beschäftigten zu stärken.  
391 Genossenschaftliche Betriebe ermöglichen eine gerechtere Verteilung von Gewinnen und  
392 können stärker auf die Bedürfnisse der Arbeitnehmer\*innen ausgerichtet sein als  
393 andere Unternehmen. Sie können eine nachhaltige Alternative in einer von Ungleichheit  
394 geprägten Wirtschaft bieten und gleichzeitig Innovation und wirtschaftliche  
395 Stabilität fördern. Daher möchten wir uns mit diesen Modellen von Unternehmen aus  
396 einer jungsozialistischen Perspektive beschäftigen.

397 Wir möchten im gesamten Verband ein fundiertes Verständnis dafür herstellen, warum  
398 Tarifverträge für eine faire Arbeitswelt wichtig sind, welche Rolle sie in der  
399 Auseinandersetzung zwischen Arbeit und Kapital spielen und welchen Mehrwert im Leben  
400 des Einzelnen ein Tarifvertrag und die demokratische Mitbestimmung im Betrieb als  
401 Ganzes, darstellen kann.

402 Außerdem spielt die Erfassung von Arbeitszeit durch den Anstieg von unverbindlicheren  
403 Arbeitszeitmodellen eine immer größere Rolle in der Arbeitsrealität der Menschen in  
404 Deutschland. Daher müssen wir uns in den kommenden Jahren verstärkt damit

405 beschäftigen, welche politischen Rahmenbedingungen nötig sind, damit die  
406 Arbeitszeiterfassung, die auch die Grundlage jeder fairen Vergütung ist, geregelt  
407 wird. Wir müssen dafür sorgen, dass Beschäftigte nicht um ihre geleistete Arbeitszeit  
408 betrogen werden können.

409 Die betriebliche Mitbestimmung, gesichert durch die gewerkschaftliche Arbeit, ist ein  
410 fundamentales Element für die Gestaltung gerechter Arbeitsbedingungen und die  
411 Stärkung der Arbeitnehmer\*innenrechte. Wir setzen uns dafür ein, die Mitbestimmung in  
412 Betrieben auszubauen und weiter zu stärken, insbesondere durch die Förderung von  
413 Betriebsräten und Personalvertretungen. Die Mitbestimmung ermöglicht es den  
414 Beschäftigten, aktiv an unternehmerischen Entscheidungen teilzunehmen und ihre  
415 Interessen direkt zu vertreten. Wir unterstützen daher Initiativen, die die Gründung  
416 und Stärkung von Betriebsräten erleichtern, und setzen uns für eine rechtliche  
417 Absicherung der Mitbestimmungsrechte ein. Ebenso wollen wir die Transparenz und  
418 Mitsprache in Fragen der Unternehmensführung fördern, etwa durch die Einführung von  
419 Mitbestimmungsrechten bei Unternehmensverkäufen oder Umstrukturierungen. Dabei gilt  
420 es, die Erfahrungen aus erfolgreichen Mitbestimmungsmodellen in Deutschland und  
421 anderen Ländern zu nutzen und innovative Wege zu finden, um die Mitbestimmung weiter  
422 zu fördern.

## 423 **2. Unsere Grundwerte**

424 Unsere Grundwerte – Feminismus, Sozialismus, Antifaschismus, Antirassismus und  
425 Internationalismus – sind für uns unverhandelbar. Sie sind entscheidend, um unsere  
426 politische Arbeit zu stärken und zu vertiefen. Diese Grundwerte sind das Fundament  
427 unseres Handelns. Wir müssen sie hochhalten und effektiv in unser politisches Handeln  
428 integrieren. Es ist von entscheidender Bedeutung, eine Verbindung zwischen diesen  
429 festen Prinzipien und ihrer praktischen Umsetzung herzustellen. Wir dürfen sie nicht  
430 nur auf dem Papier bewahren, sondern müssen sie aktiv in die Praxis umsetzen.

431 Die Ergebnisse der Europawahl zeigen, dass Konservative an Zuspruch gewinnen und die  
432 Geschichte lehrt uns: Auf sie muss Verlass sein, um die Gefahr von Rechts zu bannen!  
433 Wir dürfen nicht zulassen, dass rechte Politiker\*innen wie Meloni und Le Pen weiter  
434 an Einfluss gewinnen, und das mitunter durch Konservative erst ermöglicht wird. Hier  
435 trägt aber auch die SPD eine große Verantwortung: Sie muss rechte Erzählweisen,  
436 besonders in der Asylpolitik, vermeiden und darf nicht nur einseitig an Konservative  
437 appellieren. Das Aufnehmen rechter Narrative schreckt nicht nur unsere Mitglieder und  
438 potenzielle Wähler\*innen ab, sondern stärkt die Position der Rechten.

439 Die Aufarbeitung der Niederlage muss zwingend auf die Wiederbesinnung auf  
440 sozialistische Werte zur Förderung von Würde und Teilhabe fokussieren. In Zeiten von  
441 Inflation, Krieg in Europa und Klimakatastrophe ist unser Kampf gegen soziale Härten,  
442 Rassismus, Patriarchat, Antisemitismus, Ableismus und Queerfeindlichkeit wichtiger  
443 denn je.

## 444 **Sozialismus als Bollwerk gegen globale Ungerechtigkeit**

445 Wir NRW Jusos verstehen uns als sozialistischer Richtungsverband und kämpfen für eine  
446 Gesellschaft der Freien und Gleichen, in der jede\*r ein Leben ohne Ausbeutung, Gewalt  
447 und Unterdrückung gestalten kann. Dafür ist ein ausgewogenes Zusammenspiel  
448 ökonomischer, sozialer und ökologischer Ansprüche an eine gerechte Gesellschaft  
449 notwendig. Wir sind überzeugt, dass dies innerhalb der kapitalistischen Verhältnisse  
450 nicht erreichbar ist. Unser Bekenntnis zum demokratischen Sozialismus ist daher auch  
451 ein Bekenntnis zur Überwindung des Kapitalismus als konkretes Ziel unserer  
452 politischen Arbeit.

453 Damit der demokratische Sozialismus nicht zur historischen Erzählung verkommt, ist  
454 eine aktive Auseinandersetzung mit sozialistischer Theorie und kontinuierlicher  
455 Bildungsarbeit im Verband unerlässlich. Sozialismus ist ein zentrales  
456 Querschnittsthema, das in allen Bereichen unserer Arbeit berücksichtigt werden muss.  
457 Diesem Anspruch wollen wir in den kommenden Jahren gerecht werden.

#### 458 **Der Klasse bewusst werden**

459 Der demokratische Sozialismus kann nicht ohne Klassenbewusstsein erreicht werden. Für  
460 die NRW Jusos hat dies eine doppelte Bedeutung. Zum einen müssen wir unser  
461 Verständnis des Klassenbegriffs und dessen theoretische Grundlagen und Folgen neu  
462 überdenken. Dabei ist es wichtig, die historischen und aktuellen Dimensionen von  
463 Klassenverhältnissen zu analysieren und deren Auswirkungen auf die Gesellschaft zu  
464 verstehen. Dies umfasst auch die Reflexion über die Rolle des Staates, der  
465 Institutionen und der internationalen Zusammenhänge, die Klassenstrukturen prägen.  
466 Zum anderen ist es unsere Aufgabe, insbesondere jungen Erwerbstätigen,  
467 Auszubildenden, Studierenden und all jenen, die nichts außer ihrer Arbeitskraft zu  
468 verkaufen haben, zu vermitteln, dass sie durch gemeinsame Klasseninteressen verbunden  
469 sind. Hierfür bedarf es einer intensiven Bildungs- und Aufklärungsarbeit, die  
470 aufzeigt, wie soziale Ungleichheit und Klassenkonflikte entstehen und welche  
471 Strategien zur Überwindung dieser Ungerechtigkeiten notwendig sind. Dies beinhaltet  
472 auch die Förderung von Gewerkschaftsarbeit, politischen Kampagnen und sozialen  
473 Bewegungen, die sich für die Rechte und Interessen der arbeitenden Klasse einsetzen.  
474 Durch gemeinsames Engagement können wir die Grundlagen für eine gerechtere und  
475 solidarische Gesellschaft schaffen.

#### 476 **Feminismus – Unsere Kampfansage gegen das Patriarchat**

477 Die NRW Jusos sind ein feministischer Verband. Das ist für uns kein Lippenbekenntnis,  
478 sondern geht mit dem Anspruch einher, unsere gesamte politische Arbeit feministisch  
479 und intersektional zu gestalten. Als Jusos verstehen wir uns als vorderste  
480 Kämpfer\*innen gegen patriarchale Unterdrückung und Gewalt. Unsere Bildungsarbeit muss  
481 das Ziel haben, den Mitgliedern neben feministischen Grundlagen auch aktuelle  
482 feministische Debatten näherzubringen. Intersektionaler Feminismus ist ein  
483 Querschnittsthema und soll sich deshalb als lila Faden durch all unsere Themen und  
484 Veranstaltungen ziehen.

485 Feminismus ist und bleibt ein Kampf, der nur gemeinsam bestritten werden kann. Wir  
486 sehen uns weiterhin mit der Tatsache konfrontiert, dass die große Mehrheit unseres  
487 Verbandes aus cis Männern besteht und unsere Strukturen für Frauen nicht immer  
488 zugänglich sind. Daher ist es unabdingbar, dass besonders die, die vom Patriarchat  
489 profitieren den feministischen Kampf auch als ihren begreifen müssen. Wir wollen die  
490 Unterbezirke und Kreisverbände hierbei weiter unterstützen. Ein denkbare Instrument  
491 ist ein Leitfaden, der die UB/KV in der Umsetzung feministischer Strukturen  
492 unterstützt und fördert. Dies soll sicherstellen, dass feministische Anliegen in  
493 allen Bereichen unseres Verbandes verankert werden. Unser Ziel ist es dabei stets  
494 auch, den Anteil von Frauen und INTA-Personen unter unseren Mitgliedern zu steigern.  
495 Zu feministischer Arbeit gehört auch eine ehrliche Selbstreflexion und kritische  
496 Auseinandersetzung mit den bestehenden Strukturen und bisherigen Angeboten. Daher  
497 wollen wir unter anderem INTA-Personen stärker in die feministische Arbeit  
498 einbeziehen, damit auch ihre Perspektiven gehört und berücksichtigt werden.  
499 Unsere Gesellschaft und Parteienlandschaft driften immer weiter nach rechts. Damit  
500 geht ein Wiedererstarken reaktionärer und antifeministischer Tendenzen einher. Als  
501 NRW Jusos wollen wir daher weiterhin über das Phänomen Antifeminismus aufklären und  
502 Gegenstrategien entwickeln, insbesondere, aber nicht ausschließlich für den digitalen  
503 Raum.

#### 504 **Internationalismus – Hoch die internationale Solidarität**

505 Die derzeit chaotische Weltlage erfordert eine jungsozialistische Perspektive, die  
506 uns als internationalistischer Verband gerecht wird. Wir streben einen Ansatz an, der  
507 sowohl Aufklärung über internationalistische Grundsatzfragen als auch aktuelle  
508 internationale Geschehnisse berücksichtigt. Daher wollen wir Bildungsangebote über  
509 die historischen Entwicklungen globaler Verhältnisse und unterschiedlichen  
510 Perspektiven bereitstellen. Globale Entwicklungen wollen wir nicht kontextlos  
511 betrachten, sondern stets in ihren Zusammenhängen verstehen. Auf unseren  
512 Veranstaltungen wollen wir eine internationale Perspektive einnehmen und den  
513 Internationalismus als übergreifendes Thema begreifen. Ein drängendes Beispiel, das  
514 es zu berücksichtigen gilt, ist die Lage in Nahost. Sie zeigt, wie wichtig  
515 grundlegende Bildungsangebote des Verbandes sind. Als NRW Jusos ist unser Anspruch  
516 aktuelle komplexe internationale Konflikte durch konkrete Bildungsarbeit für die  
517 Breite des Verbandes zu erschließen.  
518 Unser Anspruch ist es auch, feministische Kämpfe auf internationaler Ebene nicht in  
519 Vergessenheit geraten zu lassen. Wir müssen uns stärker bewusst machen, dass  
520 Klassenfragen in einer globalisierten Welt themenübergreifend betrachtet werden  
521 müssen. Dazu gehört für uns eine Reflexion der Machtstrukturen in Europa und der EU  
522 sowie über die Rolle der EU in der Welt. Postkolonialismus und Deutschlands  
523 Verantwortung als ehemalige Kolonialmacht müssen in unsere Analysen einfließen, wenn  
524 wir über internationale und feministische Entwicklungszusammenarbeit nachdenken.

**525 Antifaschismus – Antifa bleibt Handarbeit!**

526 Die letzten zwei Jahre haben uns vor Augen geführt, wie wichtig eine starke  
527 antifaschistische Politik 460 ist. Immer häufiger gehen wir auf die Straße. Denn wir  
528 beobachten mit großer Sorge, dass die extreme Rechte an Stärke gewinnt. Als  
529 Jungsozialist\*innen ist es uns ein besonderes Anliegen, ein starkes Bollwerk gegen  
530 alle rechten Strömungen zu sein. Insbesondere den ins bürgerliche Spektrum  
531 hineinwirkenden Kräften wie der sogenannten neuen Rechten und der AfD möchten wir  
532 überall entgegentreten. Antifaschismus ist eine Aufgabe, die uns alle angeht und die  
533 wir nur gemeinsam lösen können. Deswegen sind unsere Bündnispartner\*innen ein ganz  
534 wichtiger Teil unseres gemeinsamen Kampfes gegen Rechts. Auch dürfen wir unsere  
535 Genoss\*innen im Osten nicht vergessen und müssen sie weiterhin aktiv in ihrem  
536 antifaschistischen Kampf unterstützen.

537 Es ist uns ein zentrales Anliegen, uns mit einem breiten Themenspektrum zu befassen.  
538 Dazu gehört auch, sich mit unterschiedlichsten faschistischen Strukturen und ihren  
539 Ideologien auseinanderzusetzen. Dabei dürfen wir nie die politischen Ursachen dieser  
540 Bewegungen aus dem Auge verlieren. Gerade für die kommenden Wahlen ist es uns ein  
541 großes Anliegen, zu wissen, wie die extreme Rechte arbeitet, um sie zu verhindern.  
542 Deshalb möchten wir gerne weiterhin Praxis wie Demo-Trainings oder Schulungen zum  
543 Demonstrationsrecht durch die Vernetzung oder auf Verbandswochenenden in den Verband  
544 tragen.

545 Unser antifaschistisches Grundverständnis ist für uns eine Herzensangelegenheit.  
546 Diese Einstellung möchten wir gerne aktiv in die Partei tragen und uns auch kritisch  
547 mit der Übernahme rechter Rhetorik und Talking Points durch die SPD  
548 auseinandersetzen.

**549 Erinnern heißt verändern!**

550 In Zeiten des Rechtsrucks gewinnt eine bewusste Erinnerungskultur zunehmend an  
551 Bedeutung. Die AfD zeigt sich immer wieder skeptisch gegenüber der Finanzierung von  
552 NS-Gedenkstätten und hinterfragt Erinnerungskonzepte, die rechtsterroristischen und  
553 rassistischen Anschläge der neueren Zeit thematisieren. Wir möchten uns mit einem  
554 modernen und kritischen Verständnis von Erinnerungskultur auseinandersetzen, dass  
555 eine klare antirassistische und antifaschistische Haltung einnimmt. Dazu möchten wir  
556 den Austausch mit betroffenen Verbänden und Interessensvertretungen suchen.

**557 Antirassismus muss Praxis bleiben**

558 Rassismus darf in unserer Gesellschaft keinen Platz haben. Er nimmt hierzulande immer  
559 weiter zu. Als Jusos ist es unsere Pflicht, dem etwas entgegenzusetzen. Wir werden  
560 uns daher, wie in den letzten zwei Jahren, für Antirassismus innerhalb und außerhalb  
561 des Verbandes einsetzen. Daher werden wir in den kommenden zwei Jahren wieder  
562 Veranstaltungen zu den Grundlagen des Antirassismus durchführen und uns intensiv mit  
563 der Thematik auseinandersetzen. Unser Antirassismusverständnis ist und bleibt  
564 intersektional. Wir begreifen Rassismus nicht als für sich alleinstehende

565 Unterdrückungsform, sondern arbeiten auch die Verknüpfungen mit Sexismus, Klassismus  
566 und anderen Formen der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit heraus. Dies muss auch  
567 bei den Veranstaltungen im nächsten Jahr weiterhin Berücksichtigung finden. Außerdem  
568 werden wir vor allem für weiße Mitglieder im Verband die Möglichkeit schaffen, sich  
569 mit Rassismus auseinanderzusetzen. Dabei geht es um seine Ursprünge, Ideologie und  
570 Wirkung. Wir werden uns nicht nur mit „Critical Whiteness“ im Sinne einer  
571 individuellen Auseinandersetzung mit dem eigenen rassistischen Verhalten und  
572 Denkweisen befassen, sondern auch die komplexen Zusammenhänge zwischen Rassismus und  
573 Kapitalismus thematisieren. Wir wollen unsere Mitglieder im derzeitigen politischen  
574 Klima gegen rassistische Stereotype und Narrative stärken. Wir sind das linke  
575 Gewissen der SPD und stellen uns gegen jegliche menschenfeindliche Rhetorik und  
576 Gesetzgebung.

### 577 **3. Unsere Strategie**

578 Die wichtigsten inhaltlichen Anliegen bringen uns in unserem Kampf für eine  
579 Gesellschaft der Freien und Gleichen nicht weiter, wenn es uns nicht gelingt, sie  
580 über unseren Verband und unsere Mutterpartei hinaus in die Breite der Gesellschaft zu  
581 tragen. Unsere Strategie zur Durchsetzung unserer hoch gesteckten  
582 gesellschaftspolitischen Forderungen speist sich daher aus dem bewussten Gang raus  
583 aus der eigenen Bubble, der gelebten Praxis kritischer Solidarität mit der SPD sowie  
584 einem lebendigen Verbandsleben, das allen Mitgliedern und Interessierten unseren  
585 Verband als politisches Zuhause öffnet.

#### 586 **Raus aus der Bubble! - Unsere Öffentlichkeitsarbeit**

587 Öffentlichkeitsarbeit ist ein wichtiger Bestandteil unserer Arbeit. Hier wollen wir  
588 sowohl nach außen, an politisch interessierte junge Menschen, aber auch allgemein in  
589 die breite Gesellschaft mit unseren linken Inhalten wirken. Auch wollen wir intern  
590 kommunizieren, um unsere Mitglieder zu informieren und zu mobilisieren, sowie  
591 politisch interessierte junge Menschen auf unsere Arbeit aufmerksam zu machen.  
592 Für die vornehmlich innerverbandliche Kommunikation setzen wir auf ein breites  
593 Angebot. So wollen wir weiterhin auf unser Verbandsmagazin STADT.LAND.LINKS setzen,  
594 wo wir aktuelle politische Debatten kommentieren. In den Broadcasts sollen zudem  
595 weiterhin Mitglieder und UB/KVs informiert, motiviert und mobilisiert werden. Auch  
596 unser E-Mail-Newsletter ist eine Möglichkeit der einfachen Kommunikation, die  
597 beibehalten werden soll.  
598 Mit unserer Webseite können wir sowohl intern als auch extern wirken, daher haben wir  
599 das Ziel, sie fortlaufend in Hinblick auf niedrigschwellige Erreichbarkeit zu  
600 verbessern. Mit dem Beschluss-Wiki ist die inhaltliche Grundlage des Verbandes hier  
601 leicht zugänglich. Blogbeiträge, in denen Stellung zu aktuellen Themen geliefert  
602 wird, dienen ebenfalls zur Klarstellung unserer Positionen und Inhalte.  
603 Unsere Social-Media-Arbeit ist darüber hinaus einer der zentralen Pfeiler unserer  
604 öffentlichen Kommunikation. Über Instagram informieren wir über Veranstaltungen und

605 mobilisieren damit Mitglieder und Interessierte. Zudem nehmen wir hier Stellung zu  
606 politischen Themen und machen auf tagesaktuelle Ereignisse aufmerksam.  
607 Neben Instagram, wo es durch Maßnahmen, die politische Inhalte einschränken, immer  
608 schwieriger wird, über die eigene Bubble hinaus zu wirken, muss zukünftig ein noch  
609 stärkerer Fokus auf TikTok gelegt werden. Hier gilt es rechten, menschenverachtenden  
610 Stimmen den Raum nicht zu überlassen.  
611 Ein Großteil der landesweiten Social-Media-Arbeit soll jedoch weiterhin dezentral  
612 durch die UB/KVs stattfinden, der Landesverband soll zukünftig dafür digitale  
613 Unterstützung zur effizienteren Kampagnenfähigkeit in der Breite des Verbandes  
614 bereitstellen. Möglichkeiten des kurzfristigen Austausches, Workshopangebote im  
615 Bereich der Social-Media-Arbeit sowie Rahmenkampagnen durch die Landesebene sollen  
616 diese Effizienz ermöglichen.  
617 Im Einklang mit unseren Kampagnen im Rahmen der Social-Media-Arbeit, wollen wir auch  
618 die Pressearbeit nicht vernachlässigen. Ziel muss es sein, durch eine Vielzahl an  
619 Medien möglichst viel außerhalb unserer verbandsinternen Kreise zu wirken. In unserer  
620 Kommunikation wollen wir generell auf Barrierefreiheit setzen, indem wir Inhalte  
621 verständlich gestalten und in jeglichen Formaten zudem auf Diversität achten.  
622 Mitglieder zu informieren und zu mobilisieren, linke Inhalte gezielt zu platzieren  
623 und Zielgruppen außerhalb der eigenen Bubble mit unserer jungsozialistischen,  
624 antifaschistischen, feministischen, internationalistischen und antirassistischen  
625 Arbeit zu erreichen, sind grundsätzliche Schwerpunkte unserer Öffentlichkeitsarbeit.

#### 626 **Aus purer Liebe alles geben - unser Verbandsleben**

627 Unser reges Verbandsleben stellt einen zentralen Baustein im Fundament unseres  
628 politischen Daseins dar. Teil dessen sind unsere Bildungs-, Vernetzungs- und  
629 Empowermentangebote. Wir legen großen Wert auf eine breite Beteiligung sowohl aus dem  
630 Verband selbst als auch von Bündnispartner\*innen und externen Referent\*innen. Durch  
631 Bildungsveranstaltungen, methodische Schulungen und Empowerment-Maßnahmen wollen wir  
632 unsere Mitglieder, Interessierte und den Verband stärken, um so unserem Anspruch  
633 gerecht zu werden jungen Menschen in ganz NRW eine Stimme zu verleihen.  
634 Unsere Bildungsarbeit soll auch weiterhin in vielfältigen Veranstaltungsformaten  
635 stattfinden, um die verschiedenen inhaltlichen Bereiche unseres Arbeitsschwerpunktes,  
636 unserer Grundwerte und tagespolitische Fragestellungen optimal abzudecken. Dazu  
637 gehören beispielsweise Gedenkstättenfahrten, Delegationsreisen, Online-  
638 Veranstaltungen, Thementage und Verbandswochenenden oder Tagesausflüge,  
639 beispielsweise in Form von Betriebsbesichtigungen. Unser Anspruch ist es, diese  
640 Veranstaltungen inklusiv zu gestalten, unterschiedliche Wissensstände zu  
641 berücksichtigen und stets niederschwellige Zugänge zu schaffen. Dies betrifft sowohl  
642 die Vielfalt der Veranstaltungen als auch die inhaltliche Arbeit. Alle unsere  
643 Veranstaltungen sollen für jedes unserer Mitglieder erschwinglich und zeitlich sowie  
644 räumlich möglichst erreichbar sein. Um besonders finanzielle Hürden abzubauen, soll  
645 die Gründung eines Fördervereins geprüft werden.

646 Wir werden sowohl die Neumitgliederseminare als auch die Funktionär\*innenschulung für  
647 erfahrenere Genoss\*innen beibehalten. In den vergangenen zwei Jahren haben wir NRW  
648 Jusos unser Konzept der landesweiten Teams verwirklicht. Zu verschiedenen  
649 Themenbereichen haben engagierte Menschen starke inhaltliche Arbeit geleistet. Den  
650 Gedanken der langfristigen inhaltlichen Arbeit zu unterschiedlichen Themen auf  
651 Landesebene halten wir weiterhin für sehr sinnvoll. Aufgrund der nachlassenden  
652 Teilnahme in den letzten Monaten soll der Landesvorstand, die jetzige Struktur der  
653 Teams überprüfen und ggf. anpassen. Wir möchten weiterhin versuchen, die Teams zu  
654 einem starken inhaltlichen Ort des Diskurses innerhalb unseres Landesverbandes zu  
655 machen.

656 Das Empowerment von BIPOC, FINTA und queeren Menschen sowie das Schaffen von Safer  
657 Spaces im Verband ist eine wichtige Aufgabe für unseren Verband. Unsere BIPOC-  
658 Vernetzungen und Empowerment-Angebote sollen auch in Zukunft weitergeführt werden.  
659 Darüber hinaus wollen wir unsere Vernetzungsangebote für queere Menschen  
660 weiterentwickeln. Als feministischer Richtungsverband ist es unser Kernanliegen,  
661 FINTA im Verband zu stärken und den Anteil von FINTA an der Mitgliedschaft zu  
662 steigern. Unsere FINTA-Rhetorikschulung bietet in diesem Sinne Raum zur individuellen  
663 Förderung. Um die unersetzlichen Empowermentmaßnahmen der UB/KV optimal zu  
664 unterstützen, sollen die Vernetzungen für die Gleichstellungsbeauftragten  
665 weitergeführt werden. Formate, die nach einem ähnlichen Konzept dezentrale Awareness  
666 Strukturen unterstützen, werden wir etablieren. Unseren Grundwert des Antifaschismus  
667 wollen wir auch zukünftig durch die Antifa-Netzwerkstelle auf Landesebene  
668 aufrechterhalten.

669 Die Anbindung der Unterbezirke und Kreisverbände an den Landesverband und die damit  
670 verbundene Teilnahme von Mitgliedern an Veranstaltungen der NRW Jusos variieren  
671 stark. Um keine weißen Flecken auf der NRW Juso-Karte entstehen zu lassen, wollen wir  
672 die Betreuungsstruktur des Landesvorstands stärken und die Mitglieder des  
673 Landesvorstandes ermutigen, verstärkt eigeninitiativ den Kontakt zu den betreuten  
674 Gliederungen zu suchen. Den neu eingeführten UB/KV-Tag erachten wir als sehr  
675 erhaltenswertes Erfolgsprojekt, das wir um Austauschmöglichkeiten für die  
676 Vorsitzenden aus strukturschwachen Gliederungen, insbesondere im ländlichen Raum,  
677 ergänzen möchten. Der Katalog mit den Inputangeboten der einzelnen  
678 Landesvorstandsmitglieder soll weitergeführt werden, genauso wie das monatliche  
679 Austauschformat zwischen Landesverband und UB/KV-Vorsitzenden. Es soll geprüft  
680 werden, ob ein Vorschlagstool für Themenwünsche und -ideen auf der Website  
681 eingerichtet werden kann. Weiterhin gilt zu prüfen, wie das Einrichten einer Börse  
682 für Mitfahrgemeinschaften technisch und rechtlich umsetzbar ist, um auch Genoss\*innen  
683 aus weniger gut angebundenen Regionen die Teilnahme an Präsenzveranstaltungen zu  
684 ermöglichen.

685 Über unseren eigenen Landesverband hinaus ist es uns ein Anliegen, die inhaltliche  
686 themenbezogene Zusammenarbeit mit anderen Juso-Landesverbänden und Bezirken zu  
687 intensivieren. Ein gutes Verhältnis mit den Juso-Hochschulgruppen und der Juso-

688 Schüler\*innen- und Auszubildendengruppe in NRW ist für uns weiterhin sehr wichtig.

**689 Es lebe die kritische Solidarität! - Unser Verhältnis zur Partei**

690 Im strategischen Umgang mit unserer Partei wollen wir auf klare Forderungen setzen  
691 und dabei auch unangenehme Themen ansprechen. Dabei wollen wir die Unterschiede und  
692 Gemeinsamkeiten zwischen SPD und Jusos sowohl innerhalb des Verbandes als auch  
693 öffentlich betonen. Wir sind ein eigenständiger politischer Verband, aber vergessen  
694 dabei nie, dass wir Teil der Sozialdemokratie sind und bleiben. Wir wollen deshalb  
695 unser Prinzip der kritischen Solidarität leben und in den kommenden zwei Jahren an  
696 der Schärfung des Verständnisses der sozialdemokratischen Zielgruppe aktiv mitwirken.  
697 Wir sind der festen Überzeugung: Die Sozialdemokratie wird gebraucht und ist der  
698 einzige parteipolitische Garant für gesellschaftlichen Fortschritt. In Hinblick auf  
699 die inhaltliche Debatte mit der Partei, wollen wir deshalb unseren Themenschwerpunkt  
700 Arbeit so gut wie möglich in jegliche gemeinsame Arbeit einfließen lassen.

701 Mit Blick auf die Bundestagswahl 2025 wollen wir verstärkt auf die Bedürfnisse junger  
702 Menschen eingehen. In diesem Zusammenhang ist es unsere Aufgabe, uns weiterhin mit  
703 Juso-Kandidierenden solidarisch zu zeigen, welche die Bedürfnisse junger Menschen in  
704 den Vordergrund stellen.

705 Auch die Arbeit aus unserem Themenschwerpunkt soll sich in der inhaltlichen Planung  
706 für die Bundestagswahl niederschlagen. Darüber hinaus wollen wir den Verband  
707 bestmöglich auf den Bundestagswahlkampf vorbereiten und Juso-Kandidierende bei ihren  
708 Wahlkämpfen unterstützen. Für die Unterbezirke und Kreisverbände bieten wir daher  
709 wieder eine Wahlkampfschulung an. Die vom Bundesverband gestellte Juso-  
710 Wahlkampfkampagne wollen wir als Landesverband mit Ergänzungen erweitern.

711 Auf Landesebene pflegen wir einen intensiven Austausch mit der NRWSPD, den anderen  
712 Arbeitsgemeinschaften sowie unserer Landtagsfraktion, was sich auch in gemeinsamen  
713 Veranstaltungen niederschlagen kann. Schon lange setzen wir uns dabei für lebendigere  
714 Debattenorte innerhalb unserer Mutterpartei ein und wollen unsere Bemühungen  
715 besonders in Hinblick auf die inhaltliche Planung des Landtagswahlprogramms 2027  
716 verstärken. Das bedeutet konkret, dass wir besonders unseren aktuellen inhaltlichen  
717 Schwerpunkt im Bereich Arbeit in konkrete Forderungen auch an die Landespartei  
718 übersetzen, damit diese ihren Weg in den Landtagswahlkampf 2027 finden. In Hinblick  
719 auf die 2025 anstehenden Neuwahlen für den Landesvorstand der NRWSPD werden wir  
720 erneut eine Juso-Nominierung für einen Posten als stellvertretende\*r Vorsitzende\*n  
721 aussprechen.

722 Entscheidende Bedeutung kommt der Kommunalwahl 2025 zu. Wir setzen uns aktiv für eine  
723 Altschuldenlösung ein, welche unsere Kommunen endlich wieder handlungsfähiger macht.  
724 Gleichzeitig wissen wir, dass in unserem schönen NRW auch ganz unterschiedliche  
725 kommunale Probleme auf jungsozialistische Antworten warten. Als Landesverband wollen  
726 wir einerseits junge Kandidierende auf ihrem Weg zu einem kommunalpolitischen Mandat  
727 verhelfen, als auch dafür Sorge tragen, dass die kommunale Ebene als unersetzliche  
728 Verfechterin der sozialen Daseinsvorsorge die inhaltliche Beachtung erfährt, die sie

729 verdient.

730 Wir wollen junge Kandidierende für kommunale Ämter, etwa durch Bildungs- und  
731 Vernetzungsangebote unterstützen. Hierbei soll unser Fokus vor allem auf jungen FINTA  
732 und BIPOC Kandidierenden liegen. Zusätzlich wollen wir inhaltliche Einstiegsseminare  
733 für die Breite des Verbandes anbieten, um für kommunale Themen zu begeistern.

#### **734 Bündnisarbeit ist kein Selbstzweck - Unsere Bündnisarbeit**

735 Um unsere Ziele und Ideale bestmöglich umzusetzen, brauchen wir starke und diverse  
736 Bündnispartner\*innen aus Politik und Gesellschaft. Dabei ist die Bündnisarbeit für  
737 uns kein Selbstzweck: Ein gutes Bündnis bedeutet Zusammenarbeit und Vertrauen, es  
738 ermöglicht uns Themen, Impulse und Perspektiven verschiedener Partner\*innen in unsere  
739 Arbeit einfließen zu lassen und vom breiten Expert\*innenwissen außerhalb des  
740 Verbandes zu profitieren.

741 Unsere Bündnisarbeit gestaltet sich so vielfältig wie unsere möglichen  
742 Bündnispartner\*innen, seien es die DGB-Gewerkschaftsjugend, sozialdemokratisch und  
743 sozialistisch geprägte Verbände und Vorfeldorganisationen, Partei-Jugend oder  
744 sonstige Interessensvertretungen. Es bedarf insofern verschiedenster Formate in der  
745 Zusammenarbeit. Sei es die klassische Netzwerkarbeit, die Demonstration oder der  
746 Thementag: Durch Bündnisse können wir Menschen mobilisieren und Aufmerksamkeit durch  
747 Multiplikator\*innen schaffen. Unsere Bündnisarbeit mit der DGB Jugend und den  
748 Jugendlichen der DGB-Mitgliedsgewerkschaften im Rahmen unseres Jugendgewerkschaftsrates  
749 liegt uns besonders am Herzen. Besonders hier wollen wir im Rahmen unseres  
750 inhaltlichen Schwerpunktes Synergieeffekte nutzen sowie immer unserem  
751 innerverbandlichen Anspruch gerecht werden, gewerkschaftliche Arbeitskämpfe  
752 solidarisch zu unterstützen.

#### **753 Wir holen uns, was uns zusteht!**

754 Als NRW Jusos verschreiben wir uns unseren Grundwerten Sozialismus, Antifaschismus,  
755 Feminismus, Antirassismus und Internationalismus und träumen nicht nur von einer  
756 besseren Zukunft. Wir wollen politisches Zuhause für alle jungen Menschen in NRW  
757 sein, die sich dem politischen wie gesellschaftlichen Rechtsruck entgegenstellen  
758 wollen und sich mit der immer wieder propagierten neuen Normalität der Dauerkrisen  
759 nicht zufriedengeben. Als Verband vereinen wir uns gemäß unserem Selbstverständnis,  
760 um aus purer Liebe alles zu geben und uns zu holen, was uns zusteht: Freiheit und das  
761 ganze Leben!

# Antrag A02: Zeit für mehr Gerechtigkeit- Gerechtigkeit für mehr Zeit. Warum Arbeitszeitverkürzung Klassenkampf ist und wer sie erkämpft

Antragsteller*in:	UB Märkischer Kreis
Sachgebiet:	A - Arbeit und Ausbildung

1 Im Kapitalismus befinden sich Arbeitnehmer\*innen und Arbeitgeber\*innen stets in einem  
2 großen Konflikt um den Mehrwert, den die Arbeitnehmer\*innen mit ihrer Arbeitskraft  
3 erwirtschaften und den sich die Kapitalisten aneignen wollen.

4 Wer bewerten will, wo entlang dieser Konfliktlinie sich die Beschäftigten eines  
5 Unternehmens oder einer Branche befinden, wird wahrscheinlich zunächst auf die  
6 Entgelttabellen schauen. Und natürlich sagt die Höhe der Löhne viel darüber aus, wie  
7 gut es den Beschäftigten gelungen ist, ihre Interessen gegen die der Kapitalisten  
8 durchzusetzen. Aber ebenso wichtig wie die Löhne, ist die Frage nach der Arbeitszeit.

9 Die Frage, welchen Teil des Tages und wieviele Tage unseres Lebens, wir damit  
10 verbringen unter fremder Kontrolle zu Arbeiten, beschäftigt die  
11 Arbeiter\*innenbewegung schon sehr lange. Seit der Industrialisierung sind wir weit  
12 gekommen- die Höchstarbeitszeiten sind gesunken und die Ansprüche auf Urlaub,  
13 Krankengeld oder Rente sind gestiegen. In Deutschland ist die Arbeitszeit ein  
14 Verhandlungsgegenstand von Tarifverhandlungen. Gesetzlich sind lediglich  
15 Rahmenbedingungen wie eine tägliche Höchstarbeitszeit oder Regeln für den  
16 Jugendschutz verankert. Da allerdings seit vielen Jahren die Tarifbindung, also der  
17 Anteil der Beschäftigten, die unter einem Tarifvertrag arbeiten, sinkt, lastet eine  
18 größere Verantwortung auf der Politik, Arbeitspolitik zu diskutieren und umzusetzen.

## 19 **Wer hat an der Uhr gedreht? Die aktuelle Debatte**

20 In den vergangenen Monaten hat die Diskussion um Arbeitszeiten in der Öffentlichkeit  
21 wieder spürbar Fahrt aufgenommen. Anfang des Jahres legte die GdL (Gewerkschaft  
22 Deutscher Lokomotivführer) den deutschen Bahnverkehr medienwirksam und nachhaltig  
23 lahm, um in ihrer Tariffbewegung die Verringerung der Wochenarbeitszeit für  
24 Schichtarbeitende von 40 auf 35 Stunden durchzusetzen. Trotz des großen öffentlichen  
25 Drucks, der auf der Gewerkschaft lastete, setzte sie sich am Ende durch und erreichte  
26 eine Reduzierung auf 35 Stunden bis 2029, wobei die Beschäftigten freiwillig bei 40  
27 Stunden bleiben können- dann mit deutlich besserer Bezahlung. Das Modell, auf das  
28 sich GdL und Bahnvorstand geeinigt haben, wird von Expert\*innen als zukunftsweisend  
29 bezeichnet, weil es flexibel genug ist, um verschiedenen Bedürfnissen einer  
30 individueller werdenden Arbeitnehmer\*innenschaft zu begegnen.

31 Dennoch gehen einige Akteur\*innen der Bundes- und Landespolitik auf die Barrikaden:  
32 Angesichts des sich immer stärker auswirkenden Fachkräftemangels träumt etwa die FDP  
33 davon Überstunden bei Vollzeit steuerfrei zu machen<sup>[1]</sup> oder gleich das Streikrecht  
34 einzuschränken<sup>[2]</sup>, um sich gegen unliebsame Arbeitskämpfe zu wehren. Währenddessen

35 würde Sachsens Ministerpräsident Kretschmer das Recht auf Teilzeit am liebsten ganz  
36 abschaffen<sup>[3]</sup>.

37 Union und FDP möchten außerdem die bestehenden Höchstarbeitsgrenzen anheben-  
38 ungeachtet der damit verbundenen steigenden Gefahr von Unfällen und Krankheiten.<sup>[4]</sup>

39 Nur weil in den Büros von Investmentbankern auch nach 12 Arbeitsstunden keine  
40 schweren Arbeitsunfälle passieren, heißt das nicht, dass wir auf diese wichtigen  
41 Arbeitsschutzgesetze verzichten können.

42 All diese Beispiele zeigen: Wenn Liberale und Konservative sich in die Debatte um  
43 Arbeitszeitverkürzungen einmischen, tun sie das meist destruktiv und unsachlich. Das  
44 hilft weder den Arbeitnehmer\*innen, noch den Unternehmen, denn rückwärtsgewandte  
45 Ansätze werden den Arbeitskräftemangel nicht bekämpfen.

46 Sachlich betrachtet stellt sich die Realität auf dem deutschen Arbeitsmarkt ohnehin  
47 anders dar: Noch nie wurden in Deutschland so viele Stunden gearbeitet wie 2023!

48 Konservative und Liberale argumentieren darum stattdessen gerne mit der  
49 durchschnittlichen Arbeitszeit pro Kopf, die in Deutschland tatsächlich deutlich  
50 unter dem EU-Schnitt liegt. Der wichtigste Grund dafür: Seit einigen Jahren nimmt die  
51 Zahl der Frauen, die arbeiten, stetig zu. Da jedoch das Betreuungssystem für Kinder,  
52 insbesondere in Westdeutschland, noch immer viel zu unzuverlässig und unzureichend  
53 funktioniert und Care Arbeit auch 2024 in den meisten Partnerschaften nicht fair  
54 verteilt wird, arbeitet fast die Hälfte der Frauen in Deutschland in Teilzeit.

55 Gemeinsam mit den insgesamt in Deutschland geleisteten Arbeitsstunden, liegt so auch  
56 die Teilzeitquote auf einem historischen Höchststand. Frauen bilden auf diese Weise  
57 nach wie vor das größte Potential für Fachkräftegewinnung.

#### 58 **Feministisch Arbeiten- Arbeitszeit verkürzen**

59 Die 40-Stunden-Woche als Goldstandard für die Erwerbstätigkeit stammt aus der Mitte  
60 des 20. Jahrhunderts. Damals standen Frauen nur in Ausnahmefällen in  
61 Beschäftigungsverhältnissen- gearbeitet wurde trotzdem:

62 Es waren Frauen, die ihre Familien bekochten, ihnen hinterher putzten und die oft  
63 allein für die ganztägige Betreuung der Kinder zuständig waren. Nur durch die unfaire  
64 Verteilung unbezahlter Arbeiten innerhalb von Partnerschaften war es möglich,  
65 Wochenarbeitszeiten von über 40 Stunden zu erreichen. Diese Verteilung der  
66 Arbeitszeit zementiert patriarchale Rollenbilder und hat ganze Generationen von  
67 Frauen in wirtschaftliche Abhängigkeiten von ihren Ehepartnern geführt, was sich im  
68 Rentenniveau auch noch Jahrzehnte später bemerkbar macht. Unser Steuersystem  
69 begünstigt diese Form der Arbeitsverteilung durch das sog. "Ehegattensplitting" sogar  
70 noch. Die Aufweichung von starren Arbeitszeiten und vor allem die allgemeine  
71 Reduzierung der Wochenarbeitszeit ist daher eine wichtige Bedingung für eine fairere  
72 Aufteilung der Care-Arbeit zwischen Männern und Frauen.

73 Noch immer besteht ein bemerkenswert hoher "Gender-Care-Gap", also eine Lücke  
74 zwischen der Care-Arbeit, die von Frauen und derjenigen Care-Arbeit, die von Männern  
75 geleistet wird.

76 Um diesen Gap zu schließen und Frauen den Weg in den Arbeitsmarkt zu ebnen, muss die  
77 Wochenarbeitszeit sinken. Dabei ist der Kampf um eine hohe Frauenerwerbsquote nicht  
78 nur eine volkswirtschaftliche Notwendigkeit, sondern auch eine feministische Pflicht!

### 79 **Vorteile von Verkürzter Arbeitszeit**

80 Die Vorteile von kürzeren Arbeitszeiten, egal in welcher zeitlichen Aufteilung sie  
81 schlussendlich auftreten, sind vielfältig. Unternehmen, in denen mit der Vier-Tage-  
82 Woche experimentiert wird, berichten beispielsweise davon, dass der Umgangston unter  
83 den Arbeitnehmer\*innen entspannter geworden sei. Ebenso zeigt sich, dass die  
84 Krankentage der Beschäftigten sinken- die Arbeitnehmer\*innen also offensichtlich  
85 gesünder sind und sich besser von der Arbeitswoche erholen können. Sie können  
86 außerdem mehr Zeit für Sport, gesunde Ernährung und Schlaf einsetzen.

87 Handwerker\*innen, Industriearbeiter\*innen und alle anderen, die körperlich schwere  
88 Tätigkeiten während ihrer Arbeitszeit ausführen müssen, profitieren hier besonders.  
89 Wenn es gelingt, dass mehr körperlich stark beanspruchte Arbeitnehmer\*innen regulär  
90 in Rente gehen können, sorgen kürzere Arbeitszeiten sogar für ein höheres  
91 Arbeitsvolumen der einzelnen Arbeitnehmer\*innen, wenn man ihr gesamtes Erwerbsleben  
92 betrachtet.

### 93 **Was tun?**

94 Die Arbeitszeitverkürzung ist ein langfristiger und dynamischer Prozess. Es wird noch  
95 Jahre dauern, bis bspw. die 35-Stundenwoche zur Norm geworden sein wird und mehr und  
96 mehr Unternehmen die Vorzüge der Vier-Tage-Woche erkennen werden. Wir Jusos erkennen  
97 aus unserer marxistischen Analyse die Notwendigkeit der Arbeitszeitverkürzung als  
98 klassenkämpferisches Mittel und unterstützen die Gewerkschaften in ihrem Kampf im  
99 Sinne der Beschäftigten. Unsere politischen Ziele richten sich in erster Linie an den  
100 Bedürfnissen der arbeitenden Menschen aus, nicht an der Personalentwicklung von  
101 Unternehmen. Anstatt künstlich die Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt zu bremsen,  
102 konzentrieren wir uns darauf, dem Arbeitskräftemangel konstruktiv zu begegnen. Das  
103 bedeutet konkret, dass wir weiterhin marktpopulistischen Ideen wie der 41 Stunden  
104 Woche, der Erhöhung des Renteneintrittsalters oder der Aufhebung der täglichen  
105 Höchstarbeitszeit klare Absagen erteilen.

106 UnsereArbeitsmarktpolitik basiert hingegen auf Migration und der guten Integration  
107 von Migrant\*innen in den Arbeitsmarkt, ebenso wie dem Einbinden von Frauen in das  
108 Erwerbsleben und der umlagefinanzierten Ausbildungsplatzgarantie für junge Menschen.

109 Deshalb fordern wir:

- 110 • **Die politische Stärkung der Gewerkschaften und der Tarifbindung**
- 111 • **Den Erhalt der momentanen Arbeitszeitgesetze, insbesondere der täglichen**  
112 **Höchstarbeitszeit**
- 113 • **Einen massiven Ausbau der Ganztagskinderbetreuung, sowohl für Kinder im KiTa**  
114 **Alter, als auch in den Schulen**
- 115 • **Das Recht für Eltern, nach der Elternzeit wieder in das vorige**

116 **(Vollzeit)Arbeitsverhältnis zurückzukehren**

117 • **Die Weiterentwicklung der aktuellen Ausbildungsplatzgarantie zu einer**  
118 **umlagefinanzierten Ausbildungsplatzgarantie**

119 • **Eine vollständigere Sprachbildung für Geflüchtete und die Anerkennung ihrer**  
120 **Abschlüsse, wo dies möglich ist**

121 [\[1\]](#)

122 [https://www.tagesspiegel.de/politik/erst-ab-der-41-wochenstunde-lindner-plant-](https://www.tagesspiegel.de/politik/erst-ab-der-41-wochenstunde-lindner-plant-steuerfreiheit-fur-uberstunden-nur-bei-vollzeit-11543810.html)  
123 [steuerfreiheit-fur-uberstunden-nur-bei-vollzeit-11543810.html](https://www.tagesspiegel.de/politik/erst-ab-der-41-wochenstunde-lindner-plant-steuerfreiheit-fur-uberstunden-nur-bei-vollzeit-11543810.html)

124 [\[2\]](#)

125 <https://www.jacobin.de/artikel/fdp-streikrecht-einschraenkung>

126 [\[3\]](#)

127 [https://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/michael-kretschmer-will-rueckkehr-zur-40-](https://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/michael-kretschmer-will-rueckkehr-zur-40-stunden-woche-recht-auf-teilzeit-abschaffen-a-a6cabfc7-55f9-433e-8b8b-68d9960bd24d)  
128 [stunden-woche-recht-auf-teilzeit-abschaffen-a-a6cabfc7-55f9-433e-8b8b-68d9960bd24d](https://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/michael-kretschmer-will-rueckkehr-zur-40-stunden-woche-recht-auf-teilzeit-abschaffen-a-a6cabfc7-55f9-433e-8b8b-68d9960bd24d)

129 [\[4\]](#)

130 [https://www.boeckler.de/de/boeckler-impuls-langere-arbeitszeiten-verscharfen-](https://www.boeckler.de/de/boeckler-impuls-langere-arbeitszeiten-verscharfen-personalprobleme-60577.htm)  
131 [personalprobleme-60577.htm](https://www.boeckler.de/de/boeckler-impuls-langere-arbeitszeiten-verscharfen-personalprobleme-60577.htm)

## Antrag A03: Kürzungen im Rechtsreferendariat: Ein Angriff auf die Zukunft der Justiz!

<b>Antragsteller*in:</b>	UB Wuppertal, UB Solingen, UB Kreis Mettmann, UB Mülheim Ruhr, UB Remscheid, UB Düsseldorf
<b>Sachgebiet:</b>	A - Arbeit und Ausbildung

1 Das Rechtsreferendariat ist ein Teil der juristischen Ausbildung, der im Anschluss an  
2 die universitäre Ausbildung und das erste Staatsexamen absolviert wird. Das  
3 Referendariat endet mit dem zweiten Staatsexamen, dessen Bestehen zum Richteramt  
4 befähigt. Während des Referendariats erhalten die Referendar\*innen eine  
5 Unterhaltsbeihilfe. Alle Jurist\*innen, die in der Justiz als Richter\*innen,  
6 Staatsanwält\*innen oder in anderer Funktion als Volljurist\*innen arbeiten wollen,  
7 brauchen diese Befähigung zum Richteramt und müssen folglich ein Referendariat  
8 absolviert haben.

9 Schon Ende 2018 warnte der Deutsche Richterbund, dass bis 2030 40 % der Jurist\*innen  
10 in der Justiz in Pension gehen, wodurch 10.000 Richter\*innen und Staatsanwält\*innen  
11 fehlen werden. Die Justiz sucht bundesweit händeringend Nachwuchs, um diese Lücke zu  
12 schließen. Es wäre naheliegend, entsprechend des Bedarfs, deutlich mehr Jurist:innen  
13 auszubilden als dies heute der Fall ist.

14 Doch das Gegenteil ist der Fall: Das NRW-Justizministerium will über 30% der Stellen  
15 für das Rechtsreferendariat kürzen. Von 4500 Stellen will das Justizministerium 1500  
16 streichen. Schon jetzt betragen die Wartezeiten auf den Beginn des Referendariats  
17 nach dem bestandenen 1. Examen in Metropolen und Universitätsstädten wie Köln und  
18 Düsseldorf bis zu 6 Monate, mit der Neuerung ist von Wartezeiten von bis zu einem  
19 Jahr auszugehen.

20 Die Neuerungen haben noch weitere katastrophale Folgen:

21 Schon 2023 gab es 226.000 offene, also unerledigte Verfahren bei den  
22 Staatsanwaltschaften in NRW. 2022 mussten bundesweit insgesamt 73 Verdächtige aus der  
23 Untersuchungshaft freigelassen werden, weil sich die Verfahren zu lange  
24 hinauszögerten. Je größer der Personalmangel wird, desto öfter wird dies der Fall  
25 sein müssen.

26 Grund genug, um sich mit der Reform des Rechtsreferendariats zu befassen und die  
27 derzeitigen Probleme zu erläutern.

28 Neben der Verringerung der Stellenanzahl verschlechtert die Landesregierung auch mit  
29 weiteren Maßnahmen die Rechtsstellung und Arbeitsbedingungen der Referendare.

30 In der Vergangenheit wurde den Referendar\*innen vor ihrer abschließenden mündlichen  
31 Prüfung noch ein freier Monat gewährt, in welchem die Referendar\*innen sich unter  
32 Fortzahlung der Unterhaltsbeihilfe auf diesen für sie so wichtigen Tag vorbereiten  
33 konnten. Dieser Monat war an die übliche Ausbildungszeit angehängt und stellt den  
34 einzigen Monat im Referendariat dar, in dem die Referendar\*innen keine sonstige

35 Leistung in ihren Stationen erbringen müssen, sondern nach dem Erhalt ihrer  
36 schriftlichen Ergebnisse den Grundstein für ihre spätere Berufstätigkeit legen  
37 können. Vor dem Hintergrund noch immer strenger Notengrenzen, vor allem in der  
38 Justiz, ist dies leider unabdingbar. Nun soll die Unterhaltsbeihilfe für diesen  
39 letzten Monat des Referendariats gestrichen werden, was vor allem marginalisierte  
40 Personengruppen ohne finanzielle Rücklagen treffen wird.

41 Im Allgemeinen ist die Höhe der Unterhaltsbeihilfe der Rechtsreferendar\*innen in  
42 ihrer jetzigen Höhe unzureichend. Sie wird vom Gesetzgeber bestimmt und lässt die  
43 jüngsten inflationsbedingten Preissteigerungen und die Kosten für Wohnraum  
44 unberücksichtigt. Stattdessen fällt die Unterhaltsbeihilfe den Sparplänen der  
45 gegenwärtigen Landesregierung zum Opfer.

46 Darüber hinaus steigt der psychische Druck auf Referendar\*innen immens. In einer von  
47 der Referendariatskommission initiierten Umfrage gaben circa 90 Prozent der Befragten  
48 an, dass sie durch den juristischen Vorbereitungsdienst psychischen Druck empfinden.  
49 Das ist auch kein Wunder. Schließlich müssen Referendar\*innen ihre Aufmerksamkeit auf  
50 die Arbeit in den Referendarstationen, den Arbeitsgemeinschaften, der eigenen  
51 Examensvorbereitung und ggf. einer beruflichen Nebentätigkeit aufteilen. Das sorgt  
52 für vorprogrammierten Stress. Dabei sollte das Referendariat eine Zeit sein, in der  
53 man sich darauf konzentrieren kann, die verschiedenen Facetten des juristischen  
54 Berufslebens kennenzulernen und nicht von einer stressigen Examensphase in die  
55 nächste zu rutschen.

56 Ein weiteres Problem ist die Hinzuverdienstgrenze. Nach dieser dürfen  
57 Referendar\*innen maximal 8 Stunden in der Woche einer nicht-juristischen  
58 Nebentätigkeit nachgehen und maximal 10 Stunden für juristische Nebentätigkeiten. Je  
59 nach individueller Lebenslage reicht das einfach nicht aus. Es ist angebracht, die  
60 Hinzuverdienstgrenzen zu erhöhen.

61 Vor Antritt des Referendariats stellt sich für alle Nachwuchsjurist:innen die Frage,  
62 wo sie das Referendariat absolvieren wollen. Schnell stellt man fest, dass das  
63 Referendariat in jedem Bundesland anders geregelt ist. Dies betrifft nicht nur  
64 unwesentliche Regelungen, sondern z.B. die Höhe der Unterhaltsbeihilfe, die Anzahl  
65 der Stationen, die zu absolvieren sind, den Umfang der Arbeitsgemeinschaften und  
66 vieles mehr. Sogar das Anstellungsverhältnis kann völlig unterschiedlich sein. In MV,  
67 Hessen, Sachsen und Thüringen besteht die Möglichkeit zum\*r Beamten\*in auf Widerruf  
68 ernannt zu werden. Die Verbeamtung bietet viele Vorteile.

69 Zum Beispiel ist sie interessant für Referendar\*innen, die nach ihrem  
70 Vorbereitungsdienst im öffentlichen Dienst weiterarbeiten wollen, da hierdurch zwei  
71 Dienstjahre für die Pensionierung angerechnet werden können. Das ist eine attraktive  
72 Möglichkeit, mehr Jurist\*innen für den Staatsdienst zu gewinnen und sollte daher  
73 bundesweit eingeführt werden.

74 Ein klassisches Diskussionsthema unter Jurist\*innen ist das veraltete Notensystem.  
75 Das juristische Notensystem besteht aus einer Skala von 1 bis 18 Punkten, wobei 18  
76 Punkte die höchste erreichbare Punktzahl ist. Mit 4 Punkten hat man bestanden und mit

77 9 Punkten im Examen ist man im überdurchschnittlichen Bereich (das sogenannte  
78 Vollbefriedigend) angekommen. Mehr als 14 Punkte werden nur sehr selten vergeben. Die  
79 Messlatte zum Bestehen, also zum Erreichen von vier Punkten, ist hierbei hoch  
80 angesetzt. Dass darüber hinaus, zumindest theoretisch, weitere 14 Punkte erreicht  
81 werden können, verursacht gerade zu Beginn des Studiums enormen psychischen Druck.  
82 Eine einfache Lösung wäre die Abschaffung des juristischen Unikats  
83 "Vollbefriedigend", sodass eine "normale" 15 Punkteskala auch im Jura-Studium  
84 besteht.

85 Eine objektive Notengebung ist in jedem Studium essentiell, in Jura aber bei weitem  
86 nicht gegeben. Eine Studie der LMU München fand heraus, dass die durchschnittliche  
87 Differenz in der Benotung von ein und derselben Leistung zwischen Korrektor\*innen bei  
88 6,47 Punkten liegt. In einem Fall wurde festgestellt, dass dieselbe Klausur von  
89 eine\*r Korrektor\*in mit vier Punkten bewertet wurde und von einem\*r anderen mit 14  
90 Punkten. Die Punktzahl einer Klausur ist also vor allem von einem bestimmt: Glück!  
91 Das ist so nicht hinzunehmen.

92 Die NRW Jusos fordern daher:

- 93 - Die bevorstehende Streichungen der Referendariatsstellen darf nicht stattfinden,  
94 stattdessen müssen mehr Plätze geschaffen werden, um die Wartezeiten zu verkürzen
- 95 - Der freie Monat zur Vorbereitung für die abschließende mündliche Prüfung muss  
96 bestehen bleiben. Außerdem muss Referendar\*innen mehr Zeit neben der Arbeit in den  
97 Stationen für die Prüfungsvorbereitung gewährt werden
- 98 - Die Unterhaltsbeihilfe muss inflationsbedingt angepasst werden
- 99 - Die Hinzuverdienstgrenze für Referendare muss angehoben werden
- 100 - Das Referendariat soll bundesweit angenähert werden. Explizit muss die Möglichkeit  
101 einer Verbeamtung auf Widerruf bundeseinheitlich bestehen
- 102 - Das juristische Notensystem ist marode und ungerecht. Vollbefriedigend soll  
103 abgeschafft werden
- 104 - Langfristig sind Noten kein objektiver Bewertungsmaßstab, daher müssen sie  
105 abgeschafft werden

## **Antrag A04: Dem Fachkräftemangel in der Erzieherausbildung entgegentreten - die praxisintegrierte Erzieher\*innenausbildung attraktiver gestalten**

<b>Antragsteller*in:</b>	KV Recklinghausen
<b>Sachgebiet:</b>	A - Arbeit und Ausbildung

- 1 Seit 2022 gilt in NRW der Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz. Ab 2026 wird ebenso in  
2 NRW der Rechtsanspruch auf einen OGS-Platz gültig. Schon jetzt macht sich der  
3 Fachkräftemangel an den Kitas und offenen Ganztagschulen bemerkbar und der Bedarf  
4 wird in den kommenden Jahren weiter spürbar steigen. In NRW werden bis 2030 rund  
5 20.000 zusätzliche Fachkräfte benötigt. Es ist daher dringend notwendig, die  
6 Attraktivität der Erzieher\*innenausbildung in NRW zu stärken.
- 7 Sowohl in den Kindertagesstätten als auch im Bereich der offenen Ganztagschulen  
8 macht sich der Fachkräftemangel mit aller Härte bemerkbar. Für die wertvolle und  
9 unerlässliche pädagogische Arbeit benötigen wir hier Erzieher\*innen in ausreichender  
10 Anzahl für die Kitas und offenen Ganztagschulen. Perspektivisch müssen wir darauf  
11 vorbereitet sein, dass die Bedarfe mit der Einführung des Rechtsanspruches auf einen  
12 OGS-Platz weiter steigen werden.
- 13 Eine wichtige Säule in der Sicherung von Fachkräften bildet die Ausbildung. Aktuell  
14 kann die Erzieher\*innenausbildung in einer vollschulischen Variante (konsekutive  
15 Ausbildung) und einer praxisintegrierten Ausbildung (PiA) absolviert werden. Im  
16 Gegensatz zur klassischen vollschulischen Ausbildung liegt der Vorteil bei der PiA in  
17 einer frühen und regelmäßigen Einbindung der Auszubildenden im Berufsfeld. Hier fällt  
18 weniger Unterricht in den Berufsschulen an, stattdessen werden die Stunden in Form  
19 von "Unterricht am anderen Ort" ausgegliedert in die Praxis. Für die Arbeit bei den  
20 Praxisträger erhalten die PiA-Auszubildenden dazu auch eine Vergütung. Das steigert  
21 die Attraktivität der Ausbildung durch einen erhöhten Praxisanteil und ermöglicht  
22 eine frühe Mitwirkung der Auszubildenden in pädagogischen Tätigkeiten. Dazu benötigen  
23 die Anwärter\*innen vor der PIA-Ausbildung sowohl einen Platz an einer Berufsschule  
24 als auch einen Arbeitsvertrag mit einer Einrichtung. So drohen Ausbildungen an  
25 fehlenden Standorten zu scheitern - wenn der Platz an einer Schule vorliegt, die  
26 Zusage der Einrichtung aber noch fehlt, kann die Ausbildung nicht angetreten werden.
- 27 Unser Ziel muss es sein, dort landesweit für mehr Verbindlichkeit und Sicherheit zu  
28 sorgen.
- 29 Um das gewährleisten zu können, müssen Kooperationsverträge zwischen den  
30 Berufsschulen und den jeweiligen Trägern der Kindertagesstätten und offenen  
31 Ganztagschulen geschlossen werden. Es muss klar sein: Wer einen PiA-Platz an einer  
32 Berufsschule bekommt, wird auch Einrichtung zugewiesen bekommen.
- 33

34 **Deshalb fordern wir:**

- 35 • eine landesweite Bestrebung zur Schaffung von Kooperationsverträgen zwischen den  
36 Fachschulen und den berufsbegleitenden Trägern im Rahmen eines  
37 “Ausbildungspaktes Erziehung” in NRW.

38

39 Quellen:

40 [https://www.land.nrw/pressemitteilung/erste-nordrhein-westfalen-weite-studie-liefert-](https://www.land.nrw/pressemitteilung/erste-nordrhein-westfalen-weite-studie-liefert-daten-zu-fachkraeftesituation-der)  
41 [daten-zu-fachkraeftesituation-der](https://www.land.nrw/pressemitteilung/erste-nordrhein-westfalen-weite-studie-liefert-daten-zu-fachkraeftesituation-der)

## Antrag A05: Stärkung der Arbeitnehmer\*innenrechte: Faire Abfindungsregelungen und Urlaubsansprüche sicherstellen

<b>Antragsteller*in:</b>	UB Kreis Mettmann, UB Solingen, UB Wuppertal, UB Düsseldorf, UB Remscheid
<b>Sachgebiet:</b>	A - Arbeit und Ausbildung

### 1 **Recht auf Abfindung**

2 Nach einer Kündigung erhalten Arbeitnehmer\*innen oft eine Abfindung. Diese soll  
3 helfen, Streitigkeiten zu vermeiden oder zu beenden und ein reibungsloses  
4 Auseinandergehen zu ermöglichen. Die sogenannte Regelabfindung beträgt normalerweise  
5 ein halbes Bruttomonatsgehalt pro Jahr der Beschäftigung im Betrieb.

6 Allerdings gibt es keinen gesetzlichen Anspruch auf eine Abfindung. Wenn  
7 Arbeitgeber\*innen nicht bereit sind, eine Abfindung zu zahlen, ist es  
8 für Arbeitnehmer\*innen schwierig, diese einzufordern. Nur in Ausnahmefällen, wie etwa  
9 bei ungerechtfertigten Kündigungen, können Arbeitnehmer\*innen eine Abfindung gegen  
10 den Willen der Arbeitgeber\*innen durchsetzen. Dies ist beispielsweise der Fall, wenn  
11 eine weitere Zusammenarbeit unzumutbar ist, etwa bei sexueller Belästigung am  
12 Arbeitsplatz.

13 In solchen Fällen kann ein Gericht eine Abfindung anordnen, doch dies kommt selten  
14 vor. Die gesetzliche Regelung ist hier sehr eng gefasst und sieht solche Abfindungen  
15 nicht als Standard vor. Dabei sollte in solchen Fällen der Wille der  
16 Arbeitnehmer\*innen berücksichtigt werden, da Arbeitgeber\*innen durch die  
17 ungerechtfertigte Kündigung im Unrecht sind.

18 Besonders bei ungerechtfertigten fristlosen Kündigungen ist die aktuelle Regelung  
19 ungerecht. Ein solcher Vertrauensbruch führt oft dazu, dass Arbeitnehmer\*innen nicht  
20 mehr für das Unternehmen arbeiten möchten und sich eine neue Stelle suchen.  
21 Arbeitgeber\*innen haben hier wenig zu verlieren. Trotz einer rechtlich unwirksamen  
22 Kündigung können sie Arbeitnehmer\*innen loswerden, ohne finanzielle Einbußen zu  
23 erleiden, während die Arbeitnehmer\*innen mit finanziellen und persönlichen  
24 Schwierigkeiten konfrontiert sind, oft monatelang arbeitslos sind.

25 Die Abfindung, die eigentlich den Verlust des Arbeitsplatzes ausgleichen und die  
26 Suche nach einer neuen Stelle erleichtern soll, wird den Arbeitnehmer\*innen verwehrt.

### 27 **Bundesurlaubsgesetz:**

28 Auch das Bundesurlaubsgesetz muss zugunsten der Arbeitnehmer\*innen geändert werden.  
29 Aktuell werden Urlaubstage anteilig für volle Monate im Jahr gewährt.

30 Arbeitnehmer\*innen müssen also vom 13. eines Monats bis zum 13. des Folgemonats  
31 beschäftigt sein, um einen Urlaubsanspruch für diesen Zeitraum zu erhalten. Dies ist  
32 unproblematisch, wenn das Arbeitsverhältnis am 1. eines Monats beginnt und zum  
33 Monatsende endet. Schwierigkeiten entstehen jedoch, wenn Arbeitsverhältnisse zum  
34 Beispiel am 15. eines Monats enden oder beginnen oder ohne festes Enddatum befristet

35 sind und mit kurzer Kündigungsfrist beendet werden können. In diesen Fällen verlieren  
36 Arbeitnehmer\*innen den Urlaubsanspruch für diesen Monat. Die geleistete Arbeitszeit  
37 wird nicht auf den Urlaub angerechnet. Für einzelne Arbeitnehmer\*innen mag dies  
38 gering erscheinen, doch insgesamt ist dies vor allem für Beschäftigte in prekären  
39 Arbeitsverhältnissen ein erheblicher Nachteil. Eine Änderung des Gesetzes ist daher  
40 dringend nötig.

41 Die NRW Jusos fordern daher:

- 42 • Die gesetzlichen Grundlagen des Kündigungsschutzes so zu ändern, dass bei jeder  
43 unwirksamen Kündigung eine Abfindung gezahlt werden muss, die mindestens der  
44 Regelabfindung entspricht, wenn Arbeitnehmer\*innen sich gegen eine Fortsetzung  
45 des Arbeitsverhältnisses entscheiden.
- 46 • Urlaubsansprüche sollen nicht nur für volle Beschäftigungsmonate, sondern auch  
47 für anteilige Beschäftigungsmonate entstehen. Angefangene Urlaubstage sollen  
48 weiterhin aufgerundet werden.

## Antrag A06: Alles Streik oder was? Streikrecht schützen!

Antragsteller*in:	UB Rhein-Erft, KV Recklinghausen
Sachgebiet:	A - Arbeit und Ausbildung

1 "Zeige mir ein Land, wo es keine Streiks gibt, und ich zeige dir ein Land, wo es  
2 keine Freiheiten gibt" – Samuel Gompers. Das Streikrecht ist nicht nur ein  
3 fundamentaler Bestandteil unseres Grundgesetzes<sup>[1]</sup>, sondern ein unverzichtbares  
4 Bollwerk gegen eine arbeitspolitische Willkür von Arbeitgeber\*innen. Die  
5 Streikbewegungen des letzten Jahres haben neben kräftigen Lohnzuwächsen, die die  
6 Beschäftigten vor der steigenden Inflation geschützt haben, auch einige unerwünschte  
7 gesellschaftliche Nebenwirkungen nach sich gezogen - darunter das Versagen einzelner  
8 Politiker\*innen und politischer Parteien

9 In einer Zeit, in der die soziale Ungleichheit immer weiter zunimmt<sup>[2]</sup> und immer mehr  
10 Menschen sich in A-typischen Beschäftigungsformen<sup>[3]</sup> wiederfinden, ist es  
11 inakzeptabel, dass führende Politiker\*innen wie Friedrich Merz<sup>[4]</sup>, Robert Habeck<sup>[5]</sup>  
12 und Christian Lindner<sup>[6]</sup> wiederholt die Einschränkung des Streikrechts fordern. Diese  
13 Angriffe sind nicht nur ein Schlag ins Gesicht der Arbeitnehmer\*innen, sondern ein  
14 gefährlicher Angriff auf die Grundpfeiler unserer Demokratie. Die Einschränkung des  
15 Streikrechts als Wahlkampfmanöver zu benutzen ist nicht nur schäbig und  
16 realitätsfern, sondern auch gefährlich und Demokratiezersetzend.

17 Streiks sind unbequem – gerade das macht sie so erfolgreich. Unbequem vor Allem für  
18 die Kapitalisten\*innen und nicht – wie oben genannte Blindgänger\*innen es sich  
19 zurechtlegen – für die Gesellschaft. Natürlich ist es ärgerlich, wenn der Bus oder  
20 die Bahn nicht kommt – schlimmer wäre es, wenn nie wieder Busse fahren würden oder  
21 KiTas öffnen könnten, weil niemand unter den gegebenen Arbeitsbedingungen bereit  
22 ist, diesen Job zu machen<sup>[7]</sup>. Die Streiks des letzten Jahres waren für die  
23 Gesellschaft also ebenso wichtig, wie für die Beschäftigten. Insbesondere die DGB  
24 Gewerkschaften haben dadurch mehr für die Menschen erreicht<sup>[8]</sup>, als die Ampel über  
25 Sozialpolitik streiten konnte. Wer das Streikrecht angreift, greift Menschenrechte  
26 an!

27 Die NRW Jusos fordern:

28 **1. Unbedingte Verteidigung des Streikrechts:** Die NRW Jusos lehnen jegliche Versuche,  
29 das Streikrecht zu beschneiden oder zu beschränken, kategorisch ab. Wir verurteilen  
30 diese Angriffe als direkten Angriff auf die Demokratie und die Rechte der  
31 Arbeitnehmer\*innen.

32 **2. Ausweitung des Streikrechts:** Streikrecht ist Menschenrecht! Wir fordern, dass das  
33 Streikverbot für Beamte\*innen, gemäß der europäischen Sozialcharta, aufgehoben wird.  
34 Für kritische Infrastruktur wie Polizei, Militär oder Gesundheitsversorgung sollen  
35 verpflichtende Regelungen mit Gewerkschaften gefunden werden, wie dies in vielen  
36 Fällen bereits der Fall ist.

37 **2.1 Versammlungsgesetz NRW**

38 Die beschlossenen Verschärfungen des Versammlungsgesetzes von 2021 kriminalisieren  
39 legitimen Protest und bedrohen die Meinungsfreiheit. Wir fordern daher die umgehende  
40 Rücknahme dieser Änderungen, um das verfassungsmäßig garantierte Recht auf friedliche  
41 Versammlung zu schützen und die Demokratie in Nordrhein-Westfalen zu stärken.

42 **3. Solidarität und Unterstützung für Streikende:** Die NRW Jusos stehen an der DGB  
43 Gewerkschaften und werden diese in ihrem Kampf mit allen uns zur Verfügung stehenden  
44 Mitteln unterstützen. Wir werden uns aktiv an Arbeitskämpfen beteiligen und die  
45 Streikposten stärken, wo immer es notwendig ist.

46 **4. Schutz vor Repressionen:** Es muss eine gesetzliche Garantie geben, dass  
47 Arbeitnehmer\*innen, die streiken, vor jeder Form von Repressalien, wie Kündigung,  
48 Gehaltskürzung oder beruflichen Nachteilen, geschützt sind. Arbeitgeber\*innen, die  
49 gegen diese Regeln verstoßen, sollten mit hohen Strafen belegt werden.

50 **5. Förderung der Streikkultur durch Bildung:** Streiks und Arbeitskämpfe sollten fester  
51 Bestandteil der politischen Bildung sein. Die NRW Jusos fordern, dass Streikrecht,  
52 Gewerkschaftsgeschichte als Demokratiebildung verstärkt in Schulen, Berufsschulen und  
53 Universitäten gelehrt werden, um ein Bewusstsein für die Bedeutung dieser Themen zu  
54 schaffen. Die NRW Jusos gehen mit gutem Beispiel voran und werden diese Themen in  
55 ihrem Bildungsprogramm verankern. Wenn möglich in enger Kooperation mit der DGB  
56 Jugend NRW.

57 **6. Verhandlungspflicht für Arbeitgeber\*innen:** Wir fordern eine gesetzliche  
58 Verhandlungspflicht der Arbeitgeber, wenn die zuständige einen Organisationsgrad  
59 jenseits von 30% erreicht hat. Die Gewerkschaften bleiben hiervon unberührt, sollten  
60 sie nicht verhandeln wollen.

61 **7. Wirkungsvolle Steigerung der Tarifbindung:** Die Bundesregierung muss unverzüglich  
62 die Zielvorgabe der europäischen Kommission von 80% Tarifbindung in Deutschland  
63 erreichen. Dazu zählen ein Tariftreuegesetz, leichtere Möglichkeiten Tarifverträge  
64 Allgemeinverbindlich zu erklären, als auch alle oben genannten Maßnahmen.

65 **8. Die SPD respektiert die Tarifautonomie:** Die Jusos und die SPD verstehen, dass  
66 Arbeitsbeziehungen am besten von den Sozialpartnern und nicht der Politik bestimmt  
67 werden. Gesetze wie Mindestlohn sind nur Notlösungen, welche die Symptome und nicht  
68 die Ursache bekämpfen – eine sinkende Tarifbindung in Deutschland. Diskussionen zu  
69 Arbeitszeiten, Urlaub, Löhne und weiteren Fragen der Arbeitsbeziehungen gehören auf  
70 den Verhandlungstisch der Sozialpartner und nicht auf Parteitage oder Konferenzen!

71 Wir lassen nicht zu, dass das Streikrecht in Deutschland zur Verhandlungsmasse  
72 neoliberaler Politik verkommt. Unsere Antwort auf die Angriffe von Merz, Habeck,  
73 Lindner und Co. ist klar: Wir werden das Streikrecht verteidigen. Es ist Zeit für  
74 eine kämpferische Politik, die sich nicht duckt, sondern offensiv für die Rechte der  
75 Arbeitenden eintritt.

76 Diese zusätzlichen Forderungen sollen das Streikrecht in Deutschland nicht nur  
77 verteidigen, sondern umfassend stärken und ausweiten, um sicherzustellen, dass

78 Arbeitnehmer\*innen auch in Zukunft ihre Rechte wirksam und ohne Einschränkungen  
79 verteidigen und ausbauen können.

80 [\[1\]](#) Artikel 9 Absatz Grundgesetz

81 [\[2\]](https://www.oxfam.de/ueber-uns/publikationen/bericht-soziale-ungleichheit-2024)<https://www.oxfam.de/ueber-uns/publikationen/bericht-soziale-ungleichheit-2024>

82 [\[3\]](#)

83 [https://www.destatis.de/DE/Themen/Arbeit/Arbeitsmarkt/Glossar/atypische-  
84 beschaeftigung.html#:~:text=Zu%20den%20atypischen%20Besch%C3%A4ftigungsformen%20werde  
85 n,befristete%20Besch%C3%A4ftigungen%20sowie%20Zeitarbeitsverh%C3%A4ltnisse%20gez%C3%A4  
86 hlt.](https://www.destatis.de/DE/Themen/Arbeit/Arbeitsmarkt/Glossar/atypische-beschaeftigung.html#:~:text=Zu%20den%20atypischen%20Besch%C3%A4ftigungsformen%20werde n,befristete%20Besch%C3%A4ftigungen%20sowie%20Zeitarbeitsverh%C3%A4ltnisse%20gez%C3%A4hlt.)

87 [\[4\]](#)

88 [https://www.zdf.de/nachrichten/politik/deutschland/bahn-streik-konsequenzen-merz-  
89 dobrindt-duerr-klingsbeil-100.html](https://www.zdf.de/nachrichten/politik/deutschland/bahn-streik-konsequenzen-merz-dobrindt-duerr-klingsbeil-100.html)

90 [\[5\]](#)

91 [https://www.spiegel.de/wirtschaft/robert-habeck-kritisiert-streik-forderung-nach-  
92 weniger-arbeitszeit-a-039d4d68-3afe-42b5-8d30-c27653c3fd94](https://www.spiegel.de/wirtschaft/robert-habeck-kritisiert-streik-forderung-nach-weniger-arbeitszeit-a-039d4d68-3afe-42b5-8d30-c27653c3fd94)

93 [\[6\]](#)

94 [https://www.fr.de/wirtschaft/fdp-streikrecht-beschneiden-masslose-streikgier-streiks-  
95 gewerkschaften-zr-92897891.html](https://www.fr.de/wirtschaft/fdp-streikrecht-beschneiden-masslose-streikgier-streiks-gewerkschaften-zr-92897891.html)

96 [\[7\]](#)

97 [https://www.br.de/nachrichten/deutschland-welt/bahn-studie-55-millionen-menschen-  
98 ohne-ausreichenden-oepnv,Sn0gw7C](https://www.br.de/nachrichten/deutschland-welt/bahn-studie-55-millionen-menschen-ohne-ausreichenden-oepnv,Sn0gw7C) ;  
99 [https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/fachkraeftemangel-2024/548767/fach-und-  
100 arbeitskraeftemangel-ohne-ende/](https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/fachkraeftemangel-2024/548767/fach-und-arbeitskraeftemangel-ohne-ende/)

101 [\[8\]](#)<https://www.tagesschau.de/wirtschaft/konjunktur/tarifrunde-127.html> ;

102 [https://www.tagesschau.de/wirtschaft/konjunktur/tarifforderungen-verhandlungen-  
103 101.html](https://www.tagesschau.de/wirtschaft/konjunktur/tarifforderungen-verhandlungen-101.html)

## Antrag A07: Privatisierte Ausbildungen stoppen!

<b>Antragsteller*in:</b>	KV Recklinghausen
<b>Sachgebiet:</b>	A - Arbeit und Ausbildung

1 Zunehmend bieten private Bildungsträger trägergestützte Ausbildungen parallel zum  
2 regulären dualen Ausbildungssystem, wie im Berufsbildungsgesetz (BBiG)  
3 vorgeschrieben. Hier schließen Betriebe mit ihren "Auszubildenden" einen Arbeits-,  
4 Praktikums-, Ausbildungs- oder Qualifizierungsvertrag über eine dreijährige  
5 praktische Ausbildung etwa zu Sport- und Fitnesskaufleuten oder Kaufleuten zu  
6 Versicherungs- und Finanzanlagen ab. Diese so deklarierten "Ausbildungsverträge", die  
7 rechtlich keine sind, werden nicht bei der Industrie- und Handelskammer (IHK)  
8 eingereicht, eine Beschulung erfolgt nicht wie in der Regel über Berufsschulen,  
9 sondern über den entsprechenden Bildungsträger. Zum Ende der dreijährigen  
10 "Ausbildung" beantragen die Teilnehmenden dann selbst die Zulassung zu der IHK-  
11 Abschlussprüfung als so genannte "externe Prüfungsteilnehmer\*innen" nach § 45 Abs. 2  
12 BBiG. Zu dieser werden sie jedoch aufgrund mangelnder Voraussetzungen oft nicht  
13 zugelassen, obwohl die Bildungsträger selbst mit einer IHK-Anerkennung des  
14 Abschlusses werben.

15 Eine weitere Methode der Bildungsträger ist es, sich als "sonstige  
16 Bildungseinrichtungen" auszugeben und so über § 43 Abs. 2 BBiG eine Zulassung zu  
17 erwirken. Dieser regelt die Voraussetzungen, unter denen Absolventen des  
18 Bildungsgangs einer berufsbildenden Schule oder einer sonstigen  
19 Berufsbildungseinrichtung zur Abschlussprüfung nach BBiG zugelassen werden. In  
20 Nordrhein-Westfalen werden solche Bildungsgänge über die Berufskolleganrechnungs- und  
21 -Zulassungsverordnung (BKAZVO) im Konsensverfahren in ganz besonderen Konstellationen  
22 abgedeckt. Letztlich setzen sich hier Bildungsträger an die Stelle der Berufskollegs.  
23 In diesem Fall haben die Industrie- und Handelskammern wenig Handhabe, da in normalen  
24 Zulassungsverfahren die Voraussetzungen ( § 43 Abs. 1 BBiG) vorlägen und nur der  
25 Verstoß gegen die Schulpflicht der Teilnehmenden unter 21 Jahren geahndet werden  
26 könnte. Für die Überwachung dieser sind die Bezirksregierungen zuständig.

27 Das Konstrukt der privatisierten Ausbildung umgeht den Schutz Auszubildender durch  
28 das BBiG und die Schulpflicht, da die Teilnehmenden über die Bildungsträger  
29 "beschult" werden. Die privatisierten Ausbildungen sind meist kostenpflichtig, die  
30 Auszubildenden bekommen also nicht wie in der regulären dualen Berufsausbildung ein  
31 Ausbildungsgehalt (mind. Mindestausbildungsvergütung), sondern zahlen für ihre  
32 Ausbildung drauf - und das nicht gerade wenig, eine solche private Ausbildung kostet  
33 die Teilnehmenden rund 5.000 bis 15.000 Euro. Es besteht zudem die Gefahr, dass die  
34 Berufsausbildung nach BBiG durch derartige Konstruktionen ausgehöhlt wird und die  
35 Schutzmechanismen des BBiG, wie beispielsweise die Überwachung der Berufsausbildung  
36 durch die IHK-Ausbildungsberatung, die Sicherung der Eignung von Ausbildungsstätte  
37 und Ausbildungspersonal oder die Rechte Auszubildender aus dem

38 Berufsausbildungsverhältnis unterlaufen werden.

39 **Deshalb fordern wir:**

- 40 • Eine Ausweitung der Berufsschulpflicht auf alle Auszubildenden, unabhängig vom
- 41 Alter und eine konsequente Überwachung dieser durch die Bezirksregierungen.
- 42 • Eine Schärfung des Berufsbildungsgesetzes in § 45 und § 43, um privaten
- 43 Bildungsträgern keine Grauzonen zu überlassen.
- 44 • Eine Aufklärungskampagne auf Social Media, die junge Menschen auf die
- 45 Unterschiede zwischen privatisierten Ausbildungen und dualen Berufsausbildungen
- 46 aufmerksam macht.

## Antrag A08: Zweite Chancen Programm

<b>Antragsteller*in:</b>	UB Duisburg
<b>Sachgebiet:</b>	A - Arbeit und Ausbildung

- 1 Kommunen in Deutschland sollen Bewerber\*innen, welche sich bei ihrer Kommune um einen
- 2 Job beworben haben, aber durch den Eignungstest gefallen sind, eine zweite Chance
- 3 ermöglichen. Konkret soll dieser Personenkreis durch die jeweilige Kommune im zweiten
- 4 Verfahren zusätzliche Unterstützung in der jeweiligen, schwerfallenden Thematik wie
- 5 z.B. Grammatik oder Mathematik, erhalten. Eigens dafür sollen Zusatzkurse
- 6 bereitgestellt werden.

### Begründung

Trotz der aktuell sehr guten Bedingungen für junge Menschen auf dem Ausbildungsmarkt, stellen wir fest, dass es immer noch viele jungen Menschen gibt, die aufgrund ihrer schulischen Bildung Schwierigkeiten haben in eine Berufsausbildung zu starten. Auch die kommunalen Stadtverwaltungen erreichen jedes Jahr viele Bewerbungen für einen Ausbildungsplatz. Eine Vielzahl von Bewerberinnen und Bewerber erfüllen die formalen Voraussetzungen, um eine Ausbildung bei ihren Kommunen beginnen zu können, dennoch scheitern sie bereits im Auswahlverfahren am schriftlichen Einstellungstest. Dieser Personenkreis soll die Chance erhalten, in einem Vorbereitungslehrgang die notwendigen Grundlagen zu erwerben, um nach erfolgreichem Abschluss eine Ausbildung bei ihrer Kommune beginnen zu können. Dabei soll das Ziel sein, diese Bewerberinnen und Bewerber im Anschluss an die Qualifizierung direkt in eine Ausbildung zu übernehmen.

## Antrag B01: "Not my Hochschulgesetz"

<b>Antragsteller*in:</b>	KV Recklinghausen, Juso-Hochschulgruppen NRW
<b>Sachgebiet:</b>	B - Bildung, Hochschule und Wissenschaft

1 Nach der großen Novellierung des Hochschulgesetzes Nordrhein-Westfalen im Jahr 2019,  
2 bei der zentrale studentische Forderungen, wie die Anwesenheitspflicht und die  
3 Beteiligungsmöglichkeiten Studierender an studentischen Gremien hart eingeschnitten  
4 wurden, hat sich die aktuelle Landesregierung einige Neuerungen für eine Novellierung  
5 in diesem Jahr vorgenommen.

6 Die diesjährige Novellierung des Hochschulgesetzes steht unter dem Titel "Gesetz  
7 betreffend die Abfederung des Fachkräftemangels durch Hochschulbildung  
8 (Hochschulfachkräftegesetz)". Hochschulbildung soll in Zukunft also vermehrt dazu  
9 beitragen, den Fachkräftemangel abzufedern. Bei einem Fachkräftemangel, der vor allem  
10 Ausbildungsberufe betrifft, stellt sich nicht nur die Frage, wie der Fachkräftemangel  
11 durch weitere Studierende abgedeckt werden kann sondern auch, ob das Vorgehen nicht  
12 die Gleichwertigkeit der beruflichen und der akademischen Bildung gefährdet.

13 *Deshalb fordern wir, dem Fachkräftemangel durch Stärkung der beruflichen Ausbildung  
14 entgegenzuwirken und die umlagefinanzierte Ausbildungsgarantie in NRW zu realisieren!*

### 15 **Mit der Novellierung kommt die Mitbestimmung**

16 Für die studentische Mitbestimmung bedeutet die Novellierung des Hochschulgesetzes  
17 eine deutliche Verbesserung. Sie fordert die Viertelparität in Senaten als  
18 Standardmodell für die studentische Mitbestimmung. Dadurch sollen in den Gremien der  
19 Hochschulen und Universitäten alle vier Statusgruppen gleichermaßen vertreten werden.  
20 Das betrifft Studierende, Professor\*innen, wissenschaftliche Mitarbeiter\*innen sowie  
21 Mitarbeiter\*innen in Technik und Verwaltung. Mit den Einschränkungen der  
22 studentischen Mitbestimmung, die mit der Novellierung 2019 kamen, ging allerdings  
23 auch die Verpflichtung der Universitäten zu Studentische Hilfskräfte-Räten (SHK)  
24 verloren, die sich an den Universitäten als "betriebliche" Interessenvertretung für  
25 die Belange der Studentischen Hilfskräfte einsetzen.

26 *Deshalb fordern wir die Wiederaufnahme der SHK Räte ins das Hochschulgesetz, sowie  
27 eine Erweiterung der Viertelparität auf alle universitären Gremien! Ausgehend davon  
28 fordern wir faire Arbeitsbedingungen an Hochschulen und Universitäten. Neben einer  
29 fairen Bezahlung gehören dazu auch feste und verpflichtende Mindestlaufzeiten für  
30 Arbeitsverträge.*

### 31 **Lebenslanges Lernen**

32 Mit der Novellierung sollen Universitäten systematisch in den Bereich der  
33 Weiterbildung einsteigen. Im Sinne des lebenslangen Lernens mag das zunächst  
34 attraktiv klingen. Mit Blick auf die Kosten, die mit den Weiterbildungen an

35 Universitäten einhergehen, ist dieser charmante Gedanke jedoch schnell verfliegen. Mit  
36 Semesterbeiträgen von mehr als 500€ (pro Semester), werden Weiterbildungen zu einer  
37 Möglichkeit, die nur wenige Studierende und Arbeitende wahrnehmen können. Mit  
38 Weiterbildungen gehen vor allem verbesserte Chancen auf dem Arbeitsmarkt einher.  
39 Diese sollten allen barrierefrei zugänglich gemacht werden und nicht vom eigenen  
40 Geldbeutel abhängig sein. Wir kämpfen für Weiterbildung für alle!

41 *Daher fordern wir die Abschaffung der Studiengebühren für Weiterbildungsstudiengänge.*  
42 *Daher stellen wir uns gegen jede Art von Studiengebühren, Eignungstests und jegliche*  
43 *weitere Hürden. Wir kämpfen für ein faires Studium und für faire*  
44 *Weiterbildungsmöglichkeiten, die Menschen unabhängig ihres Hintergrundes zugänglich*  
45 *gemacht werden.*

#### 46 **Oh, wie schön ist Bielefeld!**

47 Die Verbesserung der Studienbedingungen sollten grundsätzlicher Bestandteil der  
48 Novellierung und Diskussion des Hochschulgesetzes sein. Doch davon ist in der  
49 aktuellen Novellierung wenig zu finden.

50 *Es braucht klare Regelungen zu Anwesenheitspflichten! Sie müssen (auf den ganzen*  
51 *Studiengang bezogen) geeignet, erforderlich und verhältnismäßig sein. Sie müssen den*  
52 *Lebenssituationen der Studierenden gerecht werden und den Abschluss in*  
53 *Regelstudienzeit realistisch machen.*

54 Die Semesterferien sind fester Bestandteil des Studienalltags, um sich auf Klausuren  
55 vorzubereiten, in den Ferien zu arbeiten um sich das Studium zu finanzieren und  
56 (Pflicht-) Praktika zu absolvieren. Mit der diesjährigen Novellierung fordert die  
57 Landesregierung, die Festlegung der Vorlesungszeiten in die Hände der Hochschulen zu  
58 legen, um das Studium "familienfreundlicher" zu gestalten und es an die Schulferien  
59 anzupassen.

60 *Auch wenn wir die Idee eines familienfreundlicheren Studiums unterstützen, braucht es*  
61 *weiterhin einheitliche Semesterferien, um Arbeit und Studium miteinander in Einklang*  
62 *bringen zu können und Praktika, die auch zur späteren Berufsorientierung dienen,*  
63 *absolvieren zu können. Ein familienfreundliches Studium beinhaltet auch hochschulnahe*  
64 *finanzierte Betreuungseinrichtungen für Kinder von Studierenden. Diese sollen*  
65 *Langzeit- sowie kurzfristige Angebote anbieten und damit auch für Studierende mit*  
66 *Kindern ein flexibles Studium ermöglichen.*

67 *Aber für eine tatsächliche familienfreundliche Gestaltung des Studiums braucht es*  
68 *auch ein besseres KiTa-Angebot an Universitäten, eine Lockerung der*  
69 *Anwesenheitspflicht und ein leistungs- und elternunabhängiges BAföG! Hier dient das*  
70 *"Bielefelder Studienmodell" als bereits etabliertes Konzept, welches flächendeckend*  
71 *an Universitäten eingeführt werden sollte. Mit dem Bielefelder Modell gehen unter*  
72 *anderem die unendliche Wiederholbarkeit aller Prüfungen, die Abschaffung der*  
73 *Prüfungsanmeldung und die Abschaffung der Anwesenheitsregelungen einher.*

#### 74 **NRW international**

75 Mit dem neuen Fachkräfteeinwanderungsgesetz, sollen zudem auch vermehrt Fachkräfte  
76 aus dem Ausland für Arbeit und Ausbildung zu uns nach Deutschland kommen. Auch das  
77 neue Hochschulgesetz möchte das Studium in NRW international attraktiver machen. Um  
78 jungen Menschen unabhängig von ihren finanziellen Mitteln im Herkunftsland die  
79 Perspektive auf ein Studium in Deutschland zu ermöglichen, ist es notwendig, dass die  
80 enorm hohen Studiengebühren für internationale Studierende abgeschafft werden!

#### 81 **Dauerstellen für Daueraufgaben**

82 Mit der Novellierung gehen so einige Forderungen und Ideen zur Optimierung der  
83 Universitätsverwaltung und der Lehre (Digitalisierung der Lehre) einher. Um diesen  
84 Ansprüchen gerecht zu werden, braucht es auch an Universitäten gut ausgebildetes  
85 Personal. Allerdings arbeiten Hochschulen immer noch mit Kettenbefristungen, die die  
86 Universität als Arbeitsplatz unattraktiv und unsicher machen.

87 *Wir fordern, dass sich die Hochschulen an Quoten für Festanstellungen halten und*  
88 *nicht weiter auf befristete Arbeitsverträge setzen. Es braucht Dauerstellen für*  
89 *Daueraufgaben und damit einhergehend verbindlich zu entwickelnde*  
90 *Dauerstellenkonzepte! Für die Vielzahl studentischer Hilfskräfte braucht es zudem*  
91 *bessere Arbeitsbedingungen und einen TVStud! Wir wollen gemeinsam mit unseren*  
92 *Partner\*innen, den Gewerkschaften, an den Hochschulen und Universitäten für einen*  
93 *höheren gewerkschaftlichen Organisationsgrad kämpfen.*

# Antrag B02: Bildungsoffensive für Lehrkräfte

Antragsteller*in:	UB Dortmund
Sachgebiet:	B - Bildung, Hochschule und Wissenschaft

## 1 Analyse der derzeitigen Lehrkräfteaus- und weiterbildung

Das derzeitige System der Lehrkräfteausbildung in NRW steht vor mehreren signifikanten Herausforderungen:

### 1. Theorieorientierung und Praxisferne:

Die Lehrkräfteausbildung in NRW ist stark theorieorientiert, was zu einer unzureichenden Vorbereitung auf die Praxis führt. Die Studierenden verbringen den Großteil ihrer Ausbildungszeit mit theoretischem Wissen, ohne ausreichend praktische Erfahrungen zu sammeln, was zu viel Frustration führt. Ebenso bedeutet es einen Mangel an praktischen Fähigkeiten und an der Fähigkeit, theoretisches Wissen effektiv in das Unterrichtsgeschehen zu übertragen. Das bestehende Einführungs- und Orientierungspraktikum zu Beginn des Lehramtsstudiums und das Praxissemester zum Ende hin genügen nicht.

### 2. Unzureichende Fortbildung:

Das bestehende Fortbildungssystem für ausgebildete Lehrkräfte ist weder ausreichend strukturiert noch verpflichtend genug. Viele Lehrkräfte nehmen an Fortbildungen nicht teil, da es an Anreizen und flexiblen Fortbildungsangeboten mangelt. Laut der Universität Potsdam fehlt es zudem an nachhaltigen Fortbildungen, die langfristige Verbesserungen im Unterricht ermöglichen. Die Fortbildungen sind oft zu theoretisch, von Laien gehalten oder wenig praxisnah, was ihre Wirksamkeit stark einschränkt.

### 3. Hierarchische Strukturen und mangelnde Zusammenarbeit:

Die Ausbildung ist geprägt von hierarchischen Strukturen, die Innovationen und Eigeninitiative der Lehramtsanwärter\*innen behindern. Das Lernen im Studienseminar wird oft als Einbahnstraße beschrieben, bei der die zukünftigen Lehrkräfte keine Möglichkeit haben, aktiv am Lernprozess teilzunehmen und ihre Ideen einzubringen. Dies führt zu einem Gefühl der Ohnmacht und Frustration unter den Lehramtsanwärter\*innen und zu einer Innovationsbremse.

### 4. Mangelnde digitale Kompetenzen:

Die Integration digitaler Kompetenzen in die Ausbildung ist unzureichend. Viele Lehrkräfte sind nicht ausreichend auf den Einsatz moderner Technologien im Unterricht vorbereitet. Es fehlen systematische Schulungen und kontinuierliche Unterstützung, die den Einsatz digitaler Medien im Unterricht fördern und technische Probleme lösen könnten. Vor allem Ausbildungslehrkräfte sind häufig schon begeistert von der kontinuierlichen Nutzung des Beamers oder Smartboards statt des OHP oder der klassischen Tafel, nur das allein macht keinen besseren Unterricht durch digitale Hilfsmittel.

37 **5. Unzureichende Unterstützung und hoher Druck:**

38 Lehrkräfte erleben hohen Druck und eine Überlastung durch administrative  
39 Aufgaben und fehlende Unterstützung im schulischen Alltag. Auf viele dieser  
40 Aufgaben werden die Lehrkräfte in ihrer Ausbildung auch nicht vorbereitet und  
41 überfordert diese, sobald sie zum Beispiel Gutachten über Schüler\*innen  
42 schreiben müssen. Dieses hohe Stresslevel führt zu Burnout und einer  
43 Verringerung der Unterrichtsqualität. Es fehlen unterstützende Strukturen, die  
44 Lehrkräfte in ihrer beruflichen Entwicklung begleiten und entlasten.

45 **Lösungen in der Lehrkräfteausbildung**

46 Ein zentrales Element der Reform sollte die Einführung eines dualen Studiums sein,  
47 das Theorie und Praxis eng verzahnt. Dieses duale Studium sollte mindestens 16  
48 Semester dauern und den Studierenden ab dem ersten Semester ermöglichen, praktische  
49 Erfahrungen in Schulen zu sammeln. Ihre Arbeitsbereiche sollen hier vor allem die  
50 bestehenden Lehrkräfte entlasten und die zukünftigen Lehrkräfte besser auf ihren  
51 Berufsalltag vorbereiten. Dies bedeutet, dass ihnen der Entwurf oder die Korrekturen  
52 der Klausuren, die kontinuierliche Beobachtung von Einzelnen Schüler\*innen und die  
53 Formulierung der Gutachten über diese oder die Versuchsvorbereitung in dem MINT-  
54 Fächern obliegt. Im späteren Verlauf der Ausbildung kann die\*der duale Studierende  
55 im Teamteaching einzelne Aufgabenbereiche stärker übernehmen, bis er zum Ende  
56 ihrer\*seiner Ausbildung unabhängig den Unterricht leitet. Frühzeitige praktische  
57 Erfahrung ist entscheidend, da sie den Studierenden ermöglicht, frühzeitig im  
58 schulischen Umfeld zu agieren und wertvolle Einblicke in den Beruf zu gewinnen und  
59 die in den theoretischen Seminaren benannten Strategien direkt in der Praxis zu  
60 erproben und z.B. in Kolloquien zu diskutieren. Bevor die dualen Studierenden jedoch  
61 eine Klasse (mit-)unterrichten dürfen, sollten diese eine verpflichtende  
62 psychologische Therapie machen, um so ein tiefes Verständnis für die eigenen  
63 Entwicklungsprozesse und die eigene Persönlichkeit zu gewinnen. Selbstreflexion ist  
64 bereits ein großer Anteil im theoretischen Teil der Ausbildung von Lehrkräften, dies  
65 weiter auszubauen wäre also nur logisch. Angehende Lehrkräfte würden in ihrer  
66 Resilienz gestärkt, könnten eigene erlernte Emotionen und Muster aus ihrer  
67 Lebensgeschichte verstehen, bearbeiten und überwinden, um diese nicht zu  
68 reproduzieren. Ebenso würden Sie als Vorbildsfunktion in die Gesellschaft wirken und  
69 Therapien enttabuisieren. Insgesamt sollen so angehende Lehrkräfte  
70 Hochprofessionalisiert im Feld zwischen Praxis und Theorie ausgebildet werden, ihr  
71 eigenes Handeln und Erleben besser wahrnehmen, kommunizieren und damit umgehen können  
72 und eine Verzahnung stattfinden lassen zwischen Forschung und Praxis.  
73 Ein monatliches Gehalt von mindestens 1500 Euro für die dual Studierenden senkt den  
74 finanziellen Druck und steigert die Attraktivität des Berufs bzw. der Ausbildung.

75 **Fortbildungssystem der Zukunft**

76 Ein effektives Fortbildungssystem muss kontinuierliche, praxisorientierte und  
77 flexible Angebote bereitstellen. Regelmäßige Fortbildungen sollten für alle

78 Lehrkräfte verpflichtend sein, um die pädagogischen und digitalen Kompetenzen der  
79 Lehrkräfte kontinuierlich zu erweitern. Digitale Fortbildungsangebote und modulare  
80 Systeme können hier eine hohe Flexibilität gewährleisten. Anreize wie  
81 Gehaltserhöhungen oder Bonuszahlungen sollen die erfolgreiche und nachhaltige  
82 Teilnahme an Fortbildungen zusätzlich fördern. In Ländern wie Japan zeigt sich, dass  
83 eine kontinuierliche berufliche Entwicklung und Unterstützung fester Bestandteil des  
84 Systems sind und die Lehrkräfte besser auf die Herausforderungen des Schulalltags  
85 vorbereiten. Eine solche kontinuierliche Unterstützung und Entwicklung der Lehrkräfte  
86 ist essenziell für die Verbesserung der Unterrichtsqualität und die Anpassung an sich  
87 verändernde gesellschaftliche Rahmenbedingungen.

## 88 **Verbesserung der Arbeitsumstände von Lehrkräften**

### 89 *Zusammenarbeit und Teamarbeit*

90 Die Ausbildung und der Berufsalltag sollten auf flachere Hierarchien und eine  
91 kooperative Lernkultur setzen. Lehramtsanwärter\*innen sollen als gleichwertige  
92 Kolleg\*innen betrachtet und aktiv in Entscheidungsprozesse miteinbezogen werden.  
93 Agile Methoden und digitale Tools können die Zusammenarbeit und die Ausbildung  
94 modernisieren und effektiver gestalten. In Finnland arbeiten Lehrkräfte eng mit  
95 Forschungseinrichtungen zusammen und erproben ständig neue pädagogische Ansätze.  
96 Diese Zusammenarbeit führt zu einer kontinuierlichen Verbesserung der Lehrmethoden  
97 und einer höheren Unterrichtsqualität. Dafür ist eine verstärkte Verzahnung zwischen  
98 den Universitäten bzw. Forschungseinrichtungen und den Bildungseinrichtungen  
99 notwendig. Teamteaching und Multiprofessionelle Teams sollten an jeder  
100 Bildungsanstalt in NRW der Mindeststandard sein.

### 101 *Dienstrechtliches*

102 Das Dienstrecht muss reformiert werden, um die Arbeitsbedingungen der Lehrkräfte zu  
103 verbessern. Zum einen muss der Status der Verbeamtung mit dem erfolgreichen Abschluss  
104 des dualen Studiums einhergehen und sich nicht nur auf Lehrkräfte, sondern auch auf  
105 andere Kräfte im Bildungsbereich wie Erzieher\*innen, Bildungstechnolog\*innen und  
106 Sonderpädagog\*innen erstrecken. Es muss eine flexiblere Gestaltung der Arbeitszeiten  
107 ermöglicht werden, um eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu  
108 gewährleisten. Arbeitsstunden müssen zeitgenau, auch im HomeOffice, erfasst werden  
109 und Überstunden müssen entlohnt werden. Ebenso müssen Bonusprogramme geschaffen  
110 werden, die ein gesundes Leben und eine psychologische Unterstützung von Lehrkräften  
111 gewährleisten. Alle müssen in eine zu schaffende Bürgerversicherung einzahlen und für  
112 ihre Pension in den allgemeinen Rententopf, um eine gerechtere Verteilung der  
113 sozialen Lasten zu gewährleisten.

## 114 **Finanzielles**

115 Zur Finanzierung dieser und weiterer Maßnahmen sollen die Bildungsinvestitionen auf  
116 10-20% des BIP erfolgen. Dafür ist eine entsprechende gesetzliche Verankerung

- 117 notwendig. Die Investitionen haben einen Multiplikatoreffekt, denn jeder Euro, der in  
118 Bildung investiert wird, bringt eine dreifache Wertsteigerung in der Zukunft. Eine  
119 vollumfänglich auskömmliche Finanzierung des Bildungssystems ist notwendig, um eine  
120 hohe Bildungsqualität zu gewährleisten und die Chancengleichheit zu fördern.

## Antrag B03: Studierendenwerke fair finanzieren - Studiengebühren 2.0 abschaffen!

Antragsteller*in:	UB Köln
Sachgebiet:	B - Bildung, Hochschule und Wissenschaft

1 Ein Studium ist teuer und für viele junge Menschen nur schwer zu finanzieren. Die  
2 Situation hat sich durch Inflation und steigende Mieten in den letzten Jahren  
3 deutlich verschärft. Um die soziale Lage der Studierenden zu verbessern und ein  
4 sozial gerechtes Studium zu ermöglichen, gibt es eigentlich die Studierendenwerke.  
5 Theoretisch stellen sie den Studierenden Wohnheimplätze, Mensaessen und weitere  
6 Angebote zu günstigen Preisen zur Verfügung, in der Praxis sind die Studierendenwerke  
7 jedoch seit vielen Jahren chronisch unterfinanziert und können ihrem eigentlichen  
8 Auftrag kaum gerecht werden. Im Jahr 2022 standen den 590.432 Studierenden in NRW nur  
9 39.281 Wohnheimplätze zur Verfügung, was einer Quote von gerade einmal 6,7%  
10 entspricht. Mehr ist für die Studierendenwerke finanziell nicht machbar. Die Aussicht  
11 für junge Menschen, unter diesen Bedingungen einen Wohnheimplatz zu bekommen, ist  
12 mehr als ungewiss und kein Angebot, auf das man sich verlassen kann.

13 Um zu verstehen, warum die Studierendenwerke unterfinanziert sind, muss man die  
14 Entwicklung ihrer Finanzierung in den letzten Jahrzehnten betrachten. Neben den  
15 Umsätzen durch den Betrieb von z.B. Mensen und Wohnheimen gibt es zwei  
16 Haupteinnahmequellen: die staatlichen Zuschüsse und die „Sozialbeiträge“ der  
17 Studierenden.

18 Vor 30 Jahren, im Jahr 1994, zahlten alle Studierenden in NRW zusammen umgerechnet  
19 23,7 Mio. € an Sozialbeiträgen. Gleichzeitig zahlte das Land NRW umgerechnet 38,8  
20 Mio. € an die Studierendenwerke. Im Jahr 2022 zahlten die Studierenden dann 108,1  
21 Mio. € und das Land NRW 52,3 Mio. €. Die Kostensteigerungen wurden in den letzten  
22 Jahrzehnten also sehr ungleich zwischen dem Land NRW und den Studierenden verteilt.  
23 Der Beitrag der Studierenden erhöhte sich um ca. 356,00%, der Beitrag des Landes nur  
24 um etwa 35,00%. Die Studierenden werden also durch die Steigerung mehr als 10-mal  
25 stärker belastet als das Land NRW.

26 Die Kosten steigen, das Land NRW stiehlt sich aus der Verantwortung und die  
27 Studierenden zahlen die Zeche. In Zahlen pro Semester: Uni Köln 110,00€, Uni Münster  
28 119,77€, Uni Duisburg-Essen 110,00€, Uni Bonn 115,00€ und an der RWTH Aachen  
29 108,00€.

30 Das ist nicht nur ungerecht, sondern ein Angriff auf die Bildungsgerechtigkeit. Denn  
31 durch die Kostenexplosion ist aus dem Sozialbeitrag, der eigentlich ein sozial  
32 gerechtes Studium ermöglichen sollte, eine finanzielle Hürde geworden, die besonders  
33 junge Menschen aus nicht Akademiker\*innen-Familien von der Bewerbung an Hochschulen  
34 abschreckt. Das Studium wird Luxusgut. Diese Studiengebühren 2.0 können wir nicht  
35 akzeptieren. Zudem ist es nicht hinnehmbar, dass die „Sozialbeiträge“ der

36 Studierenden im Verhältnis deutlich schneller steigen als der Beitrag des Landes. Das  
37 Land NRW darf sich nicht der Verantwortung für die Studierendenwerke entziehen!  
38 Deshalb fordern wir:  
39 1. Die Übernahme der Sozialbeiträge aller Studierenden in NRW durch das Land NRW.  
40 2. Die Erhöhung des Landeszuschusses um die Summe, die notwendig ist, damit die  
41 Studierendenwerke ihre Aufgabe wieder vollumfänglich erfüllen können.  
42 Mit diesen Maßnahmen können wir die Studierenden einfach und unbürokratisch entlasten  
43 und gleichzeitig die Studierendenwerke wieder zu der wichtigen Säule machen, die ein  
44 sozial gerechtes Studium für alle ermöglicht.

45 \_\_\_\_\_

46 Quelle: Leistungsbilanz 2022 der Studierendenwerke NRW

47 <https://www.studierendenwerke-nrw.de/veroeffentlichungen/>

## **Antrag B04: „Schule ohne Rassismus - Schule mit Courage“, aber damit ist das Problem nicht behoben. Landesweite Präventionsprogramme gegen Rassismus und Diskriminierung an Schulen!**

<b>Antragsteller*in:</b>	RuhrJusos
<b>Sachgebiet:</b>	B - Bildung, Hochschule und Wissenschaft

1 Rassismus und Diskriminierung sind Teil des alltäglichen Schullebens in Deutschland  
2 und auch in NRW. Diskriminierendes Verhalten zeigt sich dabei auf unterschiedlichen  
3 Ebenen und reicht von geteilten Beiträgen, Kommentaren und Posts mit rechtsradikalem  
4 Gedankengut in sozialen Netzwerken oder WhatsApp-Gruppen bis hin zu Ausgrenzung und  
5 Mobbing im Klassenzimmer oder dem Pausenhof, und somit Rassismus- und  
6 Diskriminierungserfahrung in mitten des Schulalltags.

7 Als Jungsozialist\*innen bildet der Kampf gegen Rassismus, Ausgrenzung und  
8 Diskriminierung jeglicher Art eine zentrale Säule unseres Handelns. Demnach wollen  
9 wir dieses Problem anerkennen und so eine Schulkultur schaffen, die geprägt ist von  
10 Akzeptanz, Empathie und Zusammenhalt.

11 “Schule ohne Rassismus - Schule mit Courage” - dieser Titel wird seit knapp 30 Jahren  
12 an Schulen in Deutschland vergeben. Das Programm bildet mittlerweile mit mehr als  
13 3000 Schulen das größte Schulnetzwerk Deutschlands und fördert damit das Engagement  
14 der Schulen vor Ort gegenüber Rassismus und Diskriminierung. Es zielt darauf ab,  
15 Schulen zu Orten des respektvollen Miteinanders und der Vielfalt zu machen und dabei  
16 Schüler\*innen vor allem zu ermutigen aktiv gegen Rassismus, Diskriminierung und  
17 Ausgrenzung vorzugehen. Doch wird die Verpflichtung gegenüber dem Konzept „Schule  
18 ohne Rassismus, Schule mit Courage“ überhaupt ernstgenommen? - Wir sagen: Nicht  
19 genug!

20 Die meisten Schulen tragen das Siegel mit ganzem Stolz und halten es bei jeder  
21 Veranstaltung vor die Kamera, doch letztendlich wird präventiv nur unzureichend etwas  
22 unternommen.

23 Es sollte nicht als ein Siegel zur Selbstdarstellung angesehen werden, sondern als  
24 eine tatsächliche Verpflichtung und ein kontinuierlicher Prozess zur Schaffung einer  
25 inklusiven und respektvollen Schulumgebung. Dafür wollen wir, die NRW Jusos, uns  
26 stark machen, denn wir erkennen, dass Symbole alleine nicht ausreichen, um echten  
27 Wandel zu bewirken!

28 Schule ist ein Ort, an dem junge Menschen nicht nur Wissen erlangen, sondern auch  
29 Werte und Einstellungen entwickeln. Rassismus kann das Lernumfeld stark negativ  
30 beeinflussen, indem er Schüler\*innen diskriminiert, ausgrenzt und verletzt. Durch die  
31 tatsächliche Umsetzung von "Schule ohne Rassismus, Schule mit Courage" soll eine  
32 Atmosphäre geschaffen werden, die Vielfalt, Toleranz, und Respekt fördert und so

33 allen Schüler\*innen hilft, sich sicher und akzeptiert zu fühlen, unabhängig von ihrer  
34 Herkunft, Hautfarbe oder Religion.

35 Insgesamt wird dadurch die Botschaft deutlich, dass Rassismus nicht toleriert wird  
36 und das jeder dazu beitragen kann eine respektvolle Umgebung zu schaffen. Denn indem  
37 Rassismus an Schulen bekämpft wird, bewirken wir echte Veränderungen in der  
38 Bildungslandschaft und legen den Grundstein für eine inklusive Gesellschaft, in der  
39 jeder die gleichen Chancen verdient und wertgeschätzt wird.

40 **Daher fordern wir:**

41 Die Umsetzung des Programms „Schule ohne Rassismus, Schule mit Courage“ und damit  
42 konkrete Maßnahmen, um die Ziele dieses Programms zu verwirklichen.

43 Es braucht:

44 **a) Bildung und Sensibilisierung:**

45 Die Lösung muss es sein, Rassismus zum Unterrichtsthema zu machen. Lehrkräfte müssen  
46 in der Lage sein, den Schüler\*innen ein Verständnis von Rassismus auch im Alltag zu  
47 vermitteln und das Bewusstsein für Vorurteile zu schärfen. Die Schule muss ein  
48 Lernort sein, an dem aktive präventive Arbeit gegenüber Diskriminierung und Rassismus  
49 geleistet wird.

50 In diesem Zuge muss die Bedeutung des Siegels „Schule ohne Rassismus, Schule mit  
51 Courage“ für alle bewusst gemacht werden. Nur so kann ein tieferes Verständnis  
52 erreicht werden.

53 Genauso muss eine diverse Erinnerungskultur gestärkt werden, die eine Sonderstellung  
54 im Geschichts-/Politikunterricht erhalten muss. Dabei muss in gleichermaßen auf  
55 aktuelle Ereignisse eingegangen und diese ggf. miteinander in Beziehung gesetzt  
56 werden.

57 Wir, als NRW Jusos, setzen uns dafür ein, dass an allen Schulen in NRW  
58 antirassistische Präventionsprogramme flächendeckend und regelmäßig finanziert und  
59 angeboten werden. Dabei sollten Angebote sowohl für Schüler\*innen als auch  
60 spezifische Fortbildungen für Lehrkräfte gestellt werden.

61 Mögliche Angebote sind beispielsweise:

- 62 • Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus NRW (MOBIM)[1]: Durch die jeweiligen  
63 Bezirksregierungen durchgeführte Beratungen und Unterstützung gegen  
64 Rechtsextremismus.
- 65 • “90 Minuten gegen Rechts”[2]: Ein Konzept der DGB-Jugend. In einem Workshop  
66 setzen sich beispielsweise Schulklassen in unterschiedlichen Modulen mit  
67 Rechtsextremismus auseinander.
- 68 • Angebote des Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismuarbeit in  
69 Nordrhein-Westfalen (IDA NRW)[3]: Das IDA-NRW bietet Angebote zur  
70 Auseinandersetzung mit Rassismuskritik und Rechtsextremismus in Institutionen,  
71 um beispielsweise bei der Jugendarbeit eine angemessene Pädagogik zu  
72 unterstützen.

73 **b) Einbeziehung der Schulgemeinschaft**

74 Eine relevante Voraussetzung dafür ist eine auf das Problem sensibilisierte  
75 Schulgemeinschaft.

76 Es ist entscheidend, die gesamte Schulgemeinschaft aktiv in Maßnahmen gegen Rassismus  
77 einzubeziehen. Schüler\*innen, Lehrkräfte, Eltern und das nicht-pädagogische Personal  
78 sollten gemeinsam daran arbeiten, eine inklusive und respektvolle Umgebung zu  
79 schaffen.

80 **c) Klare Richtlinien und Konsequenzen/ Verhaltenskodex:**

81 Lehrkräfte sollten über die Problematiken Bescheid wissen und es sollten  
82 flächendeckend Richtlinien und Verfahren zur Bekämpfung rassistischer Vorfälle in der  
83 Schulgemeinschaft festgelegt werden. Diese Richtlinien sollten von allen respektiert  
84 und durchgesetzt werden, um ein Nulltoleranzklima für Rassismus zu schaffen.

85 Auch wenn das bereits an vielen Stellen gut funktioniert, zeigen Erfahrungen aus der  
86 Praxis immer wieder auch negative Beispiele im Umgang mit Rassismus und  
87 Diskriminierung an Schulen. Das Problem liegt dort im fehlenden Bewusstsein.  
88 Lehrer\*innen reproduzieren gesellschaftliches Verhalten. Rassismus im Alltag wird  
89 beispielsweise in einigen Fällen gar nicht als solcher wahrgenommen - so beschreibt  
90 es Prof. Dr. Fereidooni [4].

91 Im Zuge dessen müssen Lehrkräfte auf ihre Neutralitätspflicht hingewiesen werden und  
92 insbesondere im Politikunterricht auf den Beutelsbacher Konsens  
93 (Überwältigungsverbot, Kontroversität, Schülerorientierung).

94 **d) Etablierung einer unabhängigen Meldestelle „Rassismus an Schule“**

95 Jede Schule in NRW sollte über eine unabhängige Meldestelle „Rassismus an Schule“  
96 verfügen mit Lehrkräften als Antidiskriminierungsbeauftragte für spezielle Fälle.  
97 Somit könnten Schüler\*innen rassistische Vorfälle ohne Angst vor Repressalien melden.  
98 Zudem trägt die Meldestelle dazu bei, dass rassistische Vorfälle ernst genommen und  
99 angemessen behandelt werden (Prävention und Intervention), was zur Schaffung eines  
100 respektvollen und inklusiven Schulklimas beiträgt.

101 **e) Kontinuierliche Evaluation:**

102 Eine regelmäßige Überprüfung und Bewertung der Bemühungen der Schule im Kampf gegen  
103 Rassismus ist wichtig. Durch eine kontinuierliche Evaluation durch Umfragen an die  
104 Schulgemeinschaft können Schwachstellen identifiziert und Maßnahmen zur Verbesserung  
105 entwickelt werden.

106 **f) Förderung von Diversität und Inklusion:**

107 Die Schule sollte Programme und Aktivitäten fördern, die die Vielfalt der  
108 Schüler\*innen und Kulturen feiern. Durch die Förderung von Diversität und Inklusion  
109 wird eine Atmosphäre geschaffen, in der sich alle Mitglieder der Schulgemeinschaft  
110 akzeptiert und respektiert fühlen.

111 Quellen:

112 [1] <https://www.mobile-beratung-nrw.de/>.

113 [2] <https://90-minuten-gegen-rechts.de/>.

114 [3] <https://www.ida-nrw.de/>.

115 [4] Kuhn, Annette (2021): "Es gibt keine Schule ohne Rassismus". Deutsches

116 Schulportal der Robert Bosch Stiftung. Im Internet unter:

117 <https://deutsches-schulportal.de/schulkultur/es-gibt-keine-schule-ohne-rassismus/>

## Antrag B05: Weil „Nie wieder“ Jetzt ist- Solidarität mit jüdischen Studierenden

<b>Antragsteller*in:</b>	UB Düsseldorf, UB Münster, Juso-Hochschulgruppen NRW, UB Wuppertal, UB Remscheid, UB Solingen, UB Kreis Mettmann
<b>Sachgebiet:</b>	B - Bildung, Hochschule und Wissenschaft

1 Antisemitismus war nie verschwunden. Wann immer Menschen einfache Lösungen auf  
2 gesellschaftliche Probleme suchen, sorgen tief verinnerlichte antisemitische  
3 Einstellungen für eben diese einfachen Antworten, indem antisemitische Narrative  
4 bedient werden. Es ist ein Motiv, das gerade deshalb so gefährlich ist, weil es in  
5 bürgerlichen, religiösen, linken und rechten Kreisen geteilt wird. Am 7. Oktober 2023  
6 griff die islamistische Terrororganisation Hamas, Israel mit dem größten Pogrom an  
7 Jüd\*innen seit dem Holocaust an. Die Zahl jüdischer Studierender und  
8 Hochschulangehöriger, die sich aus Angst vor Angriffen von den Universitäten  
9 zurückziehen und sich auf ihrem Campus unsicher fühlen, nimmt seitdem deutlich zu.  
10 Damit werden 86 Jahre nach den Novemberpogromen Angriffe auf jüdische Studierende und  
11 Hassbotschaften gegenüber Jüd:innen in Deutschland im Jahr 2024 wieder zur Realität.  
12 Insbesondere Hochschulen standen in den vergangenen Monaten im Mittelpunkt, wenn es  
13 um Antisemitismus ging. Gruppen nutzen antisemitische Stereotype und übertragen sie  
14 auf Israel, um den Staat an sich zu dämonisieren, auch mit Forderungen nach der  
15 Auslöschung des einzigen Schutzraums jüdischen Lebens. Bei der sogenannten *Langen*  
16 *Nacht der Bildung* der Fachschaften Politikwissenschaft und Soziologie der Universität  
17 Münster wurden genau solche Aussagen dokumentiert. In Berlin markierten Gruppen  
18 Räume, von beispielsweise Dozent:innen, mit dem umgedrehten Dreieck, das ein Symbol  
19 der Hamas zur Markierung ihrer Gegner ist. In den vergangenen Monaten wurde es immer  
20 wieder auf die Wände israelischer Restaurants, an die Büros von  
21 Antisemitismusforscher\*innen oder Politiker\*innen gesprüht. In Bonn projizierten sie  
22 den Ruf nach einer neuen Intifada an das Hauptgebäude der Uni und bezeichnen als pro-  
23 israelisch vermutete Kommiliton\*innen als „Zionazi“. An der Heinrich-Heine-  
24 Universität in Düsseldorf kam es ebenso zu antisemitischen Vorfällen. So wurden an  
25 Wände in Seminarräumen antisemitische Sprüche wie „Happy Holocaust“ oder „Juden ->  
26 Gas“/„Juden -> Auschwitz“ geschrieben. Als Jusos nehmen wir es niemals hin, dass  
27 sich jüdische Studierende, Dozent:innen oder auch Unterstützer:innen bedroht fühlen.  
28 Wir nehmen das Sicherheitsbedürfnis jüdischer Menschen an den Hochschulen sehr ernst  
29 und müssen **immer** laut sein, wenn es zu solchen verbalen und nonverbalen  
30 Ausschreitungen kommt.  
31 Der Austausch über Antisemitismus ist im Rahmen des wiederaufflammenden  
32 Nahostkonflikts zu einer besonderen Herausforderung geworden, weil sich in der  
33 öffentlichen Debatte besonders die lauten Stimmen zeigen. Unser Anspruch als Jusos  
34 muss es aber sein, dass wir dem großen Leid der israelischen Geiseln, ihren  
35 Angehörigen, den Opfern und ihren Hinterbliebenen und ebenso den unter dem Krieg

36 leidenden Menschen in Gaza Raum geben. Dafür brauchen wir gesellschaftlich einen  
37 angstfreien, respektvollen und sicheren Umgang. Menschen, die von dem großen Leid  
38 betroffen sind, müssen Raum bekommen, ohne direkt Hass und Verunglimpfung zu  
39 erfahren. Das bedeutet, dass wir diese Räume auch gegen laute, unversöhnliche  
40 Akteur\*innen verteidigen müssen. Als Jusos erkennen wir dabei an, dass ganz  
41 unterschiedliche Sozialisierungen Antisemitismus hervorbringen können. Die  
42 Antisemitismus-Arbeitsdefinition der Internationalen Allianz zum Holocaustgedenken  
43 (IHRA) ist eine fundierte Grundlage für unsere politische Positionierung, sie ist  
44 international und wissenschaftlich anerkannt.

45

46 Antisemitismus ist eine bestimmte Wahrnehmung von Jüdinnen und Juden, die sich als  
47 Hass gegenüber Jüdinnen und Juden ausdrücken kann. Der Antisemitismus richtet sich in  
48 Wort oder Tat gegen jüdische oder nichtjüdische Einzelpersonen und/oder deren  
49 Eigentum sowie gegen jüdische Gemeindeinstitutionen oder religiöse Einrichtungen.

50 Als Erklärung schreibt die IHRA:

51 Erscheinungsformen von Antisemitismus können sich auch gegen den Staat Israel, der  
52 dabei als jüdisches Kollektiv verstanden wird, richten. Allerdings kann Kritik an  
53 Israel, die mit der an anderen Ländern vergleichbar ist, nicht als antisemitisch  
54 betrachtet werden. Antisemitismus umfasst oft die Anschuldigung, die Juden betrieben  
55 eine gegen die Menschheit gerichtete Verschwörung und seien dafür verantwortlich,  
56 dass „die Dinge nicht richtig laufen“. Der Antisemitismus manifestiert sich in Wort,  
57 Schrift und Bild sowie in anderen Handlungsformen, er benutzt unheilvolle Stereotype  
58 und unterstellt negative Charakterzüge.

59

60 Mit diesem Antrag bekräftigen wir, dass die IHRA-Arbeitsdefinition unser Handeln  
61 leitet. Unser Anspruch ist es weiterhin, auf den Antisemitismus anderer Gruppen und  
62 der Öffentlichkeit gemäß dieser Arbeitsdefinition hinzuweisen. Wir übernehmen diese  
63 Verantwortung für diesen gesamtgesellschaftlichen Kampf gegen Antisemitismus, auch  
64 wenn er ungemütlich ist, weil er andere linke Gruppen betrifft. Dabei ist uns stets  
65 bewusst, dass wir aufgrund der deutschen nationalsozialistischen Geschichte eine  
66 besondere Verantwortung tragen und setzen uns für eine konsequente Aufarbeitung ein.  
67 Dabei stellen wir uns gegen rechte Narrative, die den Fokus auf einen “importierten  
68 Antisemitismus” lenken wollen. Wir wollen alle Formen des Antisemitismus klar  
69 benennen und bekämpfen.

70

71 Uns ist wichtig:

- 72 1. Alle Hochschulangehörigen sollten, sicher und frei vor Angst und Diskriminierung  
73 forschen, studieren, lehren und lernen können.
- 74 2. Dazu gehört, keine Toleranz für antisemitische Symbole, Anfeindungen und  
75 Bedrohungen von Menschen zu zeigen.

- 76 3. Solidarität mit denjenigen, die aufgrund ihres Jüdischseins oder ihrer  
77 Unterstützung angefeindet, diskriminiert und angegriffen werden.
- 78 4. Institutionalisierung und Verstärkung des Austausches mit jüdischen Genoss:innen,  
79 außerverbandlichen und innerverbandlichen Selbstorganisationen und Veranstaltungen.

## Antrag B06: Einarbeitungskonzept für Vertretungslehrkräfte

<b>Antragsteller*in:</b>	KV Düren/Jülich, KV Heinsberg, KV Euskirchen, UB Aachen-Stadt, UB in der Städteregion Aachen
<b>Sachgebiet:</b>	B - Bildung, Hochschule und Wissenschaft

### 1 **Forderungen:**

2 Eine Stelle als Vertretungslehrkraft bietet vor allem Lehramtsstudierenden die  
3 Möglichkeit vor Beginn des Referendariats erste Erfahrungen in der Berufspraxis zu  
4 sammeln, da die Inhalte im Lehramtsstudium und der Unterrichtsalltag an den Schulen  
5 meilenweit auseinanderliegen.

6 Diese erhebliche Differenz zwischen Theorie und Praxis in der Lehrkräfteausbildung  
7 kann dazu führen, dass den Vertretungslehrkräften das Gleiche widerfährt, wie vielen  
8 Referendar\*innen: ein Praxisschock, der gepaart mit Überforderung und Doppelbelastung  
9 durchs Studium zu einem Burnout führen kann. Und dies bevor der praktische Teil der  
10 Lehramtsausbildung überhaupt begonnen hat.

11 Grund dafür ist, dass die Einarbeitung der Vertretungslehrkräfte Aufgabe der Schulen  
12 ist, die häufig personell so stark unterversorgt sind, dass keine angemessene  
13 Einarbeitung stattfinden kann und die Vertretungslehrkräfte ab Tag eins voll  
14 eingebunden sind. Die besondere Situation vieler Vertretungslehrkräfte, die dadurch  
15 gekennzeichnet ist, dass es sich um eine erste Stelle ohne Vorerfahrung parallel zum  
16 Studium handelt, wird hierbei von den Schulen sehr häufig ausgeklammert. Hieraus  
17 ergibt sich der Kern dieses Antrags, und zwar die Forderung nach

### 18 **Einer verpflichtenden vierwöchigen Einarbeitungszeit für Vertretungslehrkräfte.**

19 Ziel dieses Antrags ist es, diese besondere und potenziell überfordernde Situation  
20 von Vertretungslehrkräften anzuerkennen und sie vor Ausbeutung zu schützen. Dies soll  
21 realisiert werden, in dem den Vertretungslehrkräften in den ersten vier Wochen ein  
22 ähnlicher Status wie Praxissemester-Studierenden zuteilwird.

### 23 **Zeit zum Ankommen: Kein eigenverantwortlicher Unterricht und keine Vertretungsstunden**

24 Während diesen ersten vier Wochen soll der Fokus auf dem Kennenlernen der Schule, der  
25 Lerngruppen und der Unterrichtspraxis liegen und es soll die Möglichkeit gegeben  
26 werden, dass die Vertretungslehrkräfte sich an die schulpraktischen Abläufe gewöhnen,  
27 ohne ab Tag eins in Leistungsbemessung, Schulentwicklung oder Ähnliches eingebunden  
28 zu sein. Aus diesem Grund, wird gefordert, dass die Vertretungslehrkräfte in diesen  
29 ersten vier Wochen nicht eigenverantwortlich unterrichten oder ausfallenden  
30 Unterricht vertreten. Außerdem sollen sie eine\*n Mentor\*in zur Seite gestellt  
31 bekommen.

32 Zusammenfassend ergeben sich folgende Forderungen:

- 33 • Jede Schule, die Vertretungslehrkräfte einstellt, muss diese innerhalb der  
34 ersten vier Wochen der Tätigkeit ausreichend einarbeiten, so dass diese ihrer

- 35 zukünftigen Verantwortung gerecht werden können.
- 36 • Innerhalb dieser ersten vier Wochen, dürfen die Vertretungslehrkräfte keinen  
37 eigenverantwortlichen Unterricht abhalten und keinen ausfallenden Unterricht  
38 vertreten.
- 39 • Ein\*e Mentor\*in soll als Ansprechpartner\*in zur Verfügung gestellt werden.
- 40 • Es soll primär in den zukünftigen Lerngruppen hospitiert werden.
- 41 • Klassenregeln müssen transparent sein.
- 42 • Das Einarbeitungskonzept muss von einer unabhängigen Instanz der  
43 Bezirksregierung regelmäßig überwacht und kontrolliert werden.

## **Begründung**

Vertretungslehrer\*innenstellen sind meistens durch einen Sachgrund (z.B. längerfristige Erkrankung einer Lehrkraft oder Schwangerschaft) befristete Anstellungen beim Land NRW 1. Diese Stellen sind im Regelfall darauf ausgelegt, dass sie von vollausgebildeten Lehrkräften besetzt werden. Die Realität sieht jedoch so aus, dass sich sehr häufig Studierende auf diese Stellen bewerben und aufgrund des Lehrkräftemangels auch, trotz fehlender Erfahrung, eingestellt werden.

Dieser Antrag zielt darauf ab, die besondere Situation von Vertretungslehrkräften anzuerkennen und ihnen ausreichend Zeit zu geben, sich in der neuen Rolle einzufinden und vor Überforderung zu schützen, da es sich für viele Studierende um die erste Anstellung als Lehrkraft handelt.

In Zeiten des Lehrkräftemangels kann unser Schulsystem es sich nicht leisten junge motivierte Nachwuchslehrkräfte noch vor dem Start ihrer schulpraktischen Ausbildung massiv unter Druck zu setzen und womöglich zu riskieren, dass diese dringend benötigten Nachwuchslehrkräfte sich gegen den Lehrer\*innenberuf entscheiden.

1 Vgl. Ministerium für Schule und Bildung des Landes NRW (2024). Vertretungseinstellung und andere befristete Beschäftigung nach Angebot. Online unter: <https://www.schulministerium.nrw/vertretungseinstellung-und-andere-befristete-beschaeftigung-nach-angebot> [letzter Aufruf: 16.08.2024]

## Antrag B07: Politische Bildung an Schulen stärken

<b>Antragsteller*in:</b>	UB Bonn, JSAG NRW
<b>Sachgebiet:</b>	B - Bildung, Hochschule und Wissenschaft

1 Politische Bildung hat das Ziel, junge Menschen zu befähigen, das demokratische  
2 Bewusstsein zu festigen, Kompetenzen für politisches Handeln und die Mündigkeit zu  
3 fördern. Politische Bildung ist eine der Hauptaufgaben der schulischen Bildung. Viele  
4 Kinder und Jugendliche kommen in der Schule erstmals mit der Demokratie in Kontakt.  
5 Sei es durch die Wahl von Klassensprecher\*innen, das Engagement in der  
6 Schüler\*innenvertretung (SV) oder durch den Politik- und SoWi Unterricht. Politische  
7 Bildung ist essenziell für die Förderung der Demokratie und zur politischen  
8 Meinungsbildung der Schüler\*innen. Gleichzeitig konnten wir in den letzten Jahren  
9 beobachten, wie die Meinung vieler Jungendlicher geprägt ist durch Unwahrheiten,  
10 Verschwörungstheorien und rechte Narrative. So ist bereits seit einigen Jahren auch  
11 bei Jugendlichen und besonders in der Schule eine allgemeine Diskursverschiebung in  
12 Richtung des rechten Randes zu erkennen. Auf vielen Schulhöfen gehören Rassismus,  
13 Ableismus oder Queerfeindlichkeit leider zum Alltag. Unter anderem auch, weil eine  
14 ausreichende politische Bildung an vielen Schulen zu kurz kommt. Durch eine nicht  
15 ausreichend vermittelte Medienkompetenz fallen einige Schüler\*innen auf Fake-News  
16 durch Nius und andere Nachrichtenformate und auf rechten Populismus herein.  
17 Dadurch und durch mangelnde Aufklärung über demokratische Prozesse und Institutionen  
18 wird auch das Misstrauen gegenüber demokratischen Institutionen gestärkt und  
19 verstärkt und ein allgemeiner Hass gegen alles „von oben“ macht sich deutlich. Hinzu  
20 kommt, dass die wenigen Austauschmöglichkeiten mit Politiker\*innen auch eine gewisse  
21 Distanz zwischen Schüler\*innen und Demokratie bringt und Politiker\*innen oft nur zu  
22 Vorstellungsrunden vor Wahlen eingeladen werden. Diese Veranstaltungen sind oft  
23 zeitlich viel zu knapp geplant und gefährdet von rechtem Populismus eingenommen zu  
24 werden, der nur viel zu selten durch beispielsweise Lehrer\*innen eingeordnet wird,  
25 als mit ausführlichen Erklärungen und Lösungen.  
26 Die Schüler\*innenvertretungen sind oft anders strukturiert und sie widmen sich oft  
27 nicht ihrem eigentlichen Aufgabenfeld, stattdessen werden sie viel zu oft als  
28 Aushilfsgruppe bei Schulveranstaltungen missbraucht. Somit verlieren viele  
29 Schüler\*innen ihr Interesse an demngagement in Schüler\*innenvertretungen und in der  
30 Demokratie im Allgemeinen. Auch in anderen Fächern kommt die politische Bildung  
31 häufig zu kurz. Auf dem Papier wird der politischen Bildung in NRW vermeintlich ein  
32 hoher Stellenwert eingeräumt, da in NRW zwar das Prinzip der fächerübergreifenden  
33 politischen Bildung gilt, was bedeutet, dass die Politische Bildung nicht nur im  
34 Politikunterricht stattfinden soll, sondern auch in anderen Fächern. Oftmals fehlen  
35 jedoch Rückbezüge auf die heutige Situation im Geschichtsunterricht oder auch queere  
36 Repräsentation im Biologieunterricht.  
37 Ein wichtiger Faktor der politischen Bildung in Deutschland und damit auch NRW ist

38 bereits die Beschäftigung mit der Shoah und der NS-Zeit. Zwar nimmt dies  
39 glücklicherweise in unterschiedlichen Fächern viel Zeit in Anspruch, dennoch ist die  
40 Unterrichtsgestaltung aber offensichtlich wenig effektiv. Viele Schüler\*innen  
41 scheinen gelangweilt und trotz dieser Erinnerungskultur nimmt der Antisemitismus auch  
42 an Schulen weiter zu. Die Ursache dafür ist wie so oft die gleiche. Für viele  
43 Schüler\*innen scheinen diese Ereignisse zu weit weg und keinen gravierenden und  
44 spürbaren Bezug zu ihrem Leben zu haben. Der Unterricht bleibt auch bei diesem  
45 wichtigen Thema oftmals zu trocken und theoretisch, anstatt beispielsweise durch  
46 regelmäßige Veranstaltungen wie Zeitzeug\*innengespräche oder dem Besuch von  
47 Gedenkstätten den Schüler\*innen ein reales Bild vor Augen zu führen, oder auch durch  
48 das Darstellen der aktuellen politischen Situation Parallelen beispielsweise in der  
49 Debattenführung darzustellen.

50 Durch diese Faktoren zeigen viele Jugendliche ein sehr geringes Interesse an  
51 politischen Themen, lassen sich leichter beeinflussen, gehen erst gar nicht zur Wahl  
52 oder entscheiden sich aktiv für rechte Narrative und Parteien.

53 Daher fordern wir:

- 54 • Politische Bildung soll bereits in der Grundschule in den Unterricht integriert  
55 werden, die Themen sollen altersgerecht vermittelt werden um das Interesse an  
56 unserer Demokratie bereits bei jungen Schüler\*innen etablieren.
- 57 • Der Politikunterricht soll an allen Schulen in NRW möglichst praxisorientiert  
58 gestaltet sein und durch Debatten innerhalb des Kurses oder durch Gespräche mit  
59 lokalen Politiker\*innen möglichst interessant und abwechslungsreich gestaltet  
60 werden.
- 61 • In den Lehrplänen für das Fach Politik/Sowi soll mehr Raum für zur Beschäftigung  
62 mit aktuellen politischen Themen geschaffen werden.
- 63 • Die Vermittlung von Medienkompetenz soll an Schulen in NRW ein fester  
64 Bestandteil der politischen Bildung werden.
- 65 • Die fächerübergreifende politische Bildung soll gestärkt werden. So soll im  
66 Geschichtsunterricht mehr Bezug auf die aktuellen politischen Situationen  
67 genommen werden. Auch in Fächern wie Biologie muss mehr über unterschiedliche  
68 Geschlechtsidentitäten und Sexualitäten aufgeklärt werden.
- 69 • Die Schüler\*innenvertretungen sollen an allen Schulen inklusiv gestaltet werden,  
70 um allen Schüler\*innen mehr Möglichkeiten zur Partizipation zu bieten.
- 71 • Alle Schüler\*innen in NRW sollen im Laufe ihrer Schulzeit an verpflichtenden  
72 Veranstaltungen (insb. dem Besuch von Gedenkstätten für die NS-Verbrechen) zur  
73 Erinnerung an die Shoah teilnehmen müssen. Wir fordern, dass das Gesehene nicht  
74 unkommentiert bleiben soll, sondern im Unterricht auch mit Bezügen auf die  
75 Gegenwart ausführlich aufgearbeitet werden soll.
- 76 • Die Fächer Geschichte und Wirtschaft-Politik müssen in der gesamten  
77 Sekundarstufe I mit jeweils mindestens 8 Wochenstunden belegt werden. Wir  
78 fordern diese Zahl zu erhöhen. Politikunterricht muss fortlaufend in allen

- 79 Jahrgangsstufen an allen Schulformen unterrichtet werden.
- 80 • Wir fordern ebenfalls, die politische Bildung an berufsbildenden Schulen in NRW
- 81 auszuweiten und zu stärken.

## Antrag B08: OBAS für alle! – Für einen Schulformwechsel zum Referendariat für alle Lehrämter

<b>Antragsteller*in:</b>	KV Düren/Jülich, KV Heinsberg, KV Euskirchen, UB Aachen-Stadt, UB in der Städteregion Aachen
<b>Sachgebiet:</b>	B - Bildung, Hochschule und Wissenschaft

### 1 **Forderungen:**

2 Im bundesdeutschen Gesamtgebiet und in NRW herrscht Lehrkräftemangel. Das bedeutet,  
3 dass bis zum Schuljahr 2035/36 rund 85.000 Lehrkräfte fehlen werden<sup>[1]</sup>. Dieser  
4 Missstand wird nicht behoben, indem Absolvent\*innen von Mangellehrämtern durch ein  
5 gewollt unflexibles System in ihrer Laufbahn gehalten werden und gleichzeitig der  
6 Seiteneinstieg beworben wird.

7 Eine Tatsache, die weniger über den aktuellen Lehrkräftemangel bekannt ist, ist, dass  
8 in NRW gleichzeitig ein Überschuss an Absolvent\*innen besteht, die Lehramt für  
9 Gymnasium/Gesamtschule studiert haben. Mit anderen Worten bedeutet das, dass der  
10 Lehrkräftemangel sich im Speziellen auf Lehrkräfte für das Lehramt an Grundschulen  
11 und für das Lehramt an Haupt-, Real-, Sekundar- und Gesamtschulen bezieht<sup>[2]</sup>. Die  
12 Absolvent\*innen, die Lehramt für Gymnasium/ Gesamtschule studiert haben, haben die  
13 Möglichkeit mit dem Ableisten des berufs begleitenden Vorbereitungsdienstes in eines  
14 der beiden zuvor beschriebenen Mangellehrämter zu wechseln.

15 Für Absolvent\*innen ebendieser Mangellehrämter besteht diese Möglichkeit nicht. D.h.  
16 ein Schulformwechsel ist nur dann möglich, wenn eine weitere Lehrbefähigung, durch  
17 mindestens den entsprechenden Masterabschluss erworben wird. Diese Ungerechtigkeit  
18 ist gewollt, um einen Wechsel möglichst unattraktiv zu gestalten, da die Aufnahme  
19 eines weiteren Studiums Zeit, Geld und Kapazitäten kostet und denjenigen vorbehalten  
20 ist, die nicht in Sorgearbeit eingebunden sind und im Ernstfall durch ihr  
21 sozioökonomisches Sicherheitsnetz aufgefangen würden. Hieraus leitet sich für uns der  
22 Kern dieses Antrags ab:

### 23 **Die Ermöglichung des berufs begleitenden Vorbereitungsdienstes OBAS für** 24 **Absolvent\*innen aller Lehramtsstudiengänge mit dem Master of Education**

25 Somit bleibt das Angebot eines Schulformwechsels zu Beginn des Vorbereitungsdienstes  
26 nicht mehr ausschließlich den Absolvent\*innen des Master of Education Lehramt für  
27 Gymnasium/Gesamtschule vorbehalten.

### 28 **(Fach-)didaktik-zentrierte Ausbildungsinhalte im Referendariat**

29 Aus der Tatsache, dass das Angebot des OBAS ausschließlich für Absolvent\*innen des  
30 Studiengangs Lehramt für Gymnasium/ Gesamtschule existiert, lässt sich ableiten, dass  
31 das CDU-geführte Bildungsministerium der Meinung ist, ein fachwissenschaftliches  
32 Studium sei einem fachdidaktischen Studium überlegen. Mit der Exklusivität des  
33 Angebots zum Schulformwechsel wird impliziert, dass die schulformspezifischen  
34 fachdidaktischen Inhalte, die im Studium für Lehramt an Haupt-, Real, und

35 Gesamtschulen bzw. Lehramt an Grundschulen einen erheblichen Teil umfassen, ohne  
36 Qualitätsverlust *on-the-job* im Referendariat erworben werden können.

37 Mit diesem Antrag wird gefordert, dass an dieser Stelle ein Umdenken stattfindet und  
38 Lehrkräfte nicht mehr danach kategorisiert werden, ob sie Expert\*innen für ihre  
39 Fächer sind, sondern danach, ob sie Expert\*innen für ihre Schüler\*innen sind. Hierzu  
40 gehört, dass zusätzlich zu einer Flexibilisierung eines Schulformwechsels zum  
41 Referendariat, auch die schulformspezifischen (fach-)didaktischen und pädagogischen  
42 Inhalte angepasst werden und im Vordergrund stehen.

### 43 **Neutrale und sachliche Beratung durch die Bezirksregierungen**

44 Die Informationswege und Zuständigkeiten müssen transparent und nachvollziehbar sein.  
45 Ziel der Beratung sollte sein, die angehende Lehrkraft in ihren Belangen zu  
46 unterstützen, so dass sie ihren Beruf mit Freude ausüben kann. Dabei sollten die  
47 Neigungen und Wünsche der angehenden Lehrkraft respektiert werden. Übergeordnetes  
48 Ziel sollte der Verbleib der angehenden Lehrpersonen im Beruf sein und nicht primär  
49 der Verbleib an ihrer studierten Schulform.

50 Zusammenfassend ergeben sich für uns, folgende Forderungen:

- 51 • Der berufsbegleitende Vorbereitungsdienst OBAS soll für Absolvent\*innen aller  
52 Lehramtsstudiengänge mit dem Abschluss Master of Education, zwecks Wechsel in  
53 eine andere Schulform, angeboten werden.
- 54 • Eine schulformspezifische Anpassung der Lehramtsausbildung an den Zentren für  
55 schulpraktische Lehrerausbildung ist von Seiten der Bezirksregierungen sicher zu  
56 stellen.
- 57 • Beratungspersonal der Bezirksregierungen muss dazu verpflichtet werden die  
58 Absolvent\*innen neutral und sachlich in ihrem Sinne zu beraten.

## **Begründung**

Die Ungerechtigkeit der aktuellen Regelung zur Aufnahme des berufsbegleitenden Vorbereitungsdienstes (OBAS) wird im Folgenden durch ein Fallbeispiel verdeutlicht. In einem beispielhaften Szenario würde eine Masterabsolventin<sup>[3]</sup> der Ingenieurwissenschaften ohne Restriktionen den Seiteneinstieg in ein Lehramt ihrer Wahl machen können, indem sie den berufsbegleitenden Vorbereitungsdienst OBAS<sup>[4]</sup> ableistet und nach erfolgreichem Abschluss verbeamtet wird und in dem Beruf arbeitet, als hätte sie nie etwas anderes studiert. Eine Masterabsolventin, die Lehramt für Haupt-, Real-, Sekundar- und Gesamtschulen studiert hat, aber an die Grundschule wechseln möchte, müsste ein Zweitstudium absolvieren, um die Grundschullehrbefähigung zu erhalten und verbeamtet zu werden. Die Lage scheint noch absurder, wenn man bedenkt, dass zeitgleich Gelder in Marketing-Kampagnen gesteckt werden, die den Seiteneinstieg bewerben<sup>[5]</sup>.

Ein Bildungssystem, dem in absehbarer Zukunft eine erhebliche Anzahl an Lehrkräften fehlen wird und dem Jahr für Jahr immer mehr Leistungsträger\*innen aufgrund von Überlastung wegbrechen, kann es sich nicht leisten die nachfolgenden Generationen so zu behandeln und sie durch Zwang und Diskriminierung an einen Werdegang zu binden. Lehrkräfte, die aus finanziellem Druck weiterhin an ihrer Schulform bleiben, obwohl sie eigentlich lieber gewechselt hätten, sind Kandidat\*innen für Burnout und andere psychosomatische Krankheiten, die eine Unzufriedenheit im Beruf mit sich bringt. Die erheblichen Kosten für den Staat sind nicht nur absehbar, sondern

überwiegen den „Mehrwert“ der aktuellen Regelung bei weitem. Die aktuelle Regelung zeigt, dass an dem Narrativ der unterschiedlichen Wertigkeit der Lehrämter festgehalten wird, welches Fachwissenschaft über Fachdidaktik stellt und nicht nur in den unterschiedlichen Besoldungsstufen, also der Tatsache, dass Lehrer\*innen der Sekundarstufe II lange Zeit mehr verdient haben als Lehrer\*innen der Sekundarstufe I und der Primarstufe, zum Ausdruck kommt.

[1] vgl. Statista (2024) Prognosen zum Mangel an Lehrerinnen und Lehrern bis zum Schuljahr 2035/36: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1364023/umfrage/prognose-lehrkraeftemangel/> [letzter Aufruf: 16.08.24]

[2] Vgl. Kesper (2023) Lehrermangel: Wo ab 2024 die meisten Lehrkräfte fehlen!: <https://karriere.unicum.de/lehrer/lehtermangel-2024> [letzter Aufruf: 16.08.24]

[3] Zur besseren Lesbarkeit wird im folgenden Beispiel das generische Femininum verwendet. Männer sind mitgemeint.

[4] OBAS steht für Ordnung zur berufsbegleitenden Ausbildung von Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteigern und der Staatsprüfung. siehe: [https://recht.nrw.de/lmi/owa/br\\_bes\\_text?sg=0&menu=1&bes\\_id=13006&aufgehoben=N&anw\\_nr=2](https://recht.nrw.de/lmi/owa/br_bes_text?sg=0&menu=1&bes_id=13006&aufgehoben=N&anw_nr=2) [letzter Aufruf: 16.08.2024]

[5] Vgl. Ministerium für Schule und Bildung des Landes NRW (2024): Was ist deine Lehrkraft?. Online unter: <https://www.lehrkraft-werden.nrw/seiteneinstieg-ins-lehramt> [letzter Aufruf: 16.08.2024]

## Antrag B09: Späterer Unterrichtsbeginn zum Wohle der SchülerInnen

<b>Antragsteller*in:</b>	KV Rheinisch-Bergischer-Kreis
<b>Sachgebiet:</b>	B - Bildung, Hochschule und Wissenschaft

- 1 Die Landeskonferenz der NRW Jusos möge beschließen, dass ein späterer
- 2 Unterrichtsbeginn angestrebt wird. Keinesfalls soll obligatorischer Unterricht vor
- 3 8:30 Uhr beginnen. Die genaue optimale Uhrzeit soll im weiteren Verlauf durch die
- 4 Landesverwaltung ausgearbeitet werden, wobei der Prozess durch Politik,
- 5 Interessenvertretung (SchülerInnen, LehrerInnen, Eltern) und Wissenschaft begleitet
- 6 werden soll

### Begründung

Nach wie vor beginnt der Unterricht an Schulen in NRW um acht Uhr oder noch früher. Dabei zeigt die wissenschaftliche Evidenz, dass dieser frühe Schulbeginn massive negative Auswirkungen auf SchülerInnen hat und ein späterer Schulbeginn umso breitgefächerte Vorteile für die SchülerInnen und sogar die gesamte Gesellschaft hätte. Vor allem hängt dies damit zusammen, dass der Biorhythmus bei Jugendlichen nach hinten verschoben ist, so dass sie kaum vor 23 Uhr schlafen können und unter entsprechendem chronischen Schlafentzug leiden.

Verschiedenen internationalen Studien zufolge würde eine Verlegung des Schulbeginns schon eine halbe Stunde weiter auf 8:30 Uhr ein **geringeres Depressionsrisiko**, eine **geringere Selbstmordrate** und ein **Rückgang der Fettleibigkeit** unter Teenagern bewirken. Auch würde es zu **weniger Verkehrsunfälle** durch übermüdete SchülerInnen führen, sowie zu **deutlich besseren Leistungen** und **besseren Lerneffekten**. Viel mehr noch hat ein späterer Unterrichtsbeginn **positive Auswirkungen auf die gesamte Volkswirtschaft** und würde so die einmalig entstehenden Kosten für die Umstellung von Fahrplänen, Verwaltungsarbeit etc. mehr als auffangen.

Diese wissenschaftlichen Erkenntnisse in Maßnahmen umzusetzen, die so breite positive Auswirkungen haben, ist längst überfällig. In diesem Sinne: Wacht auf, Verdammte dieses Landes (aber etwas später).

## Antrag D01: Das rheinische Revier nicht an die AfD verlieren - Die Landesregierung muss handeln!

Antragsteller*in:	UB Rhein-Erft
Sachgebiet:	D - Demokratie, Partizipation und freiheitliche Gesellschaft

1 Das Rheinische Revier, eine der traditionsreichsten Industrieregionen Deutschlands,  
2 steht vor einem tiefgreifenden Wandel. Jahrzehntlang war die Region durch den  
3 Kohleabbau und die damit verbundene Energieerzeugung geprägt. Diese Industrie bildete  
4 das wirtschaftliche Rückgrat und sorgte für Wohlstand und Beschäftigung. Doch mit dem  
5 beschlossenen Kohleausstieg wird diese Grundlage in den kommenden Jahren wegfallen.  
6 Dieser Wandel ist notwendig und muss unumkehrbar sein, um wichtige und Klimaziele zu  
7 erreichen und eine nachhaltige Energieversorgung zu gewährleisten. Sie stellt die  
8 Region jedoch vor enorme Herausforderungen.

9 Viele Menschen haben ihr gesamtes Berufsleben in diesem Sektor verbracht. Mit dem  
10 Rückgang der Kohleförderung und der Schließung der Kraftwerke droht der Verlust  
11 tausender Industriearbeitsplätze<sup>[1]</sup> insbesondere im Bereich der Chemieindustrien oder  
12 der Zulieferunternehmen. Dies hätte nicht nur gravierende wirtschaftliche Folgen für  
13 die betroffenen Familien, sondern könnte auch die soziale Stabilität der gesamten  
14 Region gefährden. Die Perspektivlosigkeit und die Angst vor sozialem Abstieg schaffen  
15 einen Nährboden für politische Radikalisierung, wie der zunehmende Zuspruch zur AfD  
16 in der Region zeigt<sup>[2]</sup>. Der Verlust von Arbeitsplätzen und die damit verbundene  
17 Unsicherheit können tiefgreifende soziale und psychologische Auswirkungen haben.  
18 Arbeitslosigkeit und Perspektivlosigkeit führen häufig zu einem Verlust des  
19 Selbstwertgefühls und können soziale Isolation und andere psychische Probleme nach  
20 sich ziehen. Dies trifft insbesondere auf eine Region wie das Rheinische Revier zu,  
21 wo die Identität vieler Menschen stark mit der Kohleindustrie verbunden ist.<sup>[3]</sup>

22 Ein Strukturwandel in einer Region, die so stark von einem einzelnen Industriezweig  
23 abhängig ist, stellt eine immense Herausforderung dar. Ohne gezielte Maßnahmen droht  
24 ein wirtschaftlicher Abstieg der Region, da nicht nur Arbeitsplätze verloren gehen,  
25 sondern auch zahlreiche kleine und mittelständische Unternehmen, die vom günstigen  
26 Strom der Kohleindustrie abhängig sind. Ein erfolgreicher Strukturwandel muss daher  
27 nicht nur den Erhalt von Arbeitsplätzen im Fokus haben, sondern auch neue,  
28 zukunftsfähige Wirtschaftssektoren entwickeln und fördern, die klimaneutral besser  
29 aber klimapositiv sind.

30 Die AfD hat in den letzten Jahren in der Region an Zuspruch gewonnen, indem sie die  
31 Ängste der Menschen vor sozialem Abstieg und Verlust ihrer Lebensgrundlage und  
32 Identität instrumentalisiert. Insbesondere während der Europawahl hat die AfD  
33 beispielsweise im nördlichen Rhein-Erft-Kreis dazugewonnen<sup>[4]</sup>. Wenn es nicht gelingt,  
34 den Strukturwandel sozial gerecht und wirtschaftlich erfolgreich zu gestalten,  
35 besteht die Gefahr, dass diese Kräfte weiter erstarken und die Region in eine

36 politische und soziale Krise stürzen. Es ist daher dringend notwendig, den  
37 Strukturwandel so zu gestalten, dass er breite gesellschaftliche Unterstützung findet  
38 und die Menschen in der Region mitnimmt.

39 Um die genannten Probleme zu bewältigen, sind massive Investitionen, wie die bereits  
40 14,8 Milliarden bewilligten Gelder [\[5\]](#), und eine klare politische Strategie  
41 erforderlich. Die Landesregierung ist gefordert, eine aktive Rolle im Strukturwandel  
42 zu übernehmen und die notwendigen Rahmenbedingungen zu schaffen, damit das Rheinische  
43 Revier zu einer Modellregion für nachhaltige Entwicklung und Innovation wird. Dies  
44 umfasst sowohl Investitionen in die Infrastruktur und die Schaffung neuer  
45 Arbeitsplätze und vieles mehr. Gleichzeitig müssen die Menschen vor Ort aktiv in den  
46 Wandel eingebunden werden, um die Akzeptanz und Unterstützung für die notwendigen  
47 Veränderungen zu sichern.

48 Die NRW Jusos fordern:

49 **Fokussierung auf die Schaffung von Arbeitsplätzen und Schaffung von Perspektiven für**  
50 **junge Menschen**

- 51 • Die Schaffung neuer zukunftsorientierter Arbeitsplätze muss oberste Priorität  
52 haben, um soziale Sicherheit zu gewährleisten. Dafür bedarf es einem Anspruch  
53 auf Weiterbildungen und auf eine Anschlussbeschäftigung oder eine Möglichkeit  
54 zur Fortführung einer angefangenen Ausbildung.
- 55 • Ausbildungszentren von RWE müssen übernommen und von anderen Unternehmen  
56 weitergeführt werden.
- 57 • Insbesondere für junge Menschen im rheinischen Revier bedarf es Sicherheit, so  
58 sollen besonders Unternehmen mit zukünftigen Ausbildungsplätzen gefördert  
59 werden.

60 **Fokussierung der Investitionen auf klimafreundliche und nachhaltige Infrastrukturen.**

- 61 • Wir fordern einen besonderen Anschluss der alten Kohlschienennetze an die  
62 allgemeinen ÖPNV-Netze durch einen angepassten Ausbau.
- 63 • Durch direkte Wirtschaftsförderungen sollen besonders klimaneutrale oder  
64 klimapositive Unternehmen im rheinischen Revier angesiedelt werden.
- 65 • Eine neue geplante Vision des rheinischen Reviers insbesondere in Anbetracht der  
66 Neugestaltung von Orten muss unter nachhaltigen und klimafreundlichen und  
67 klimapositiven Aspekten geschehen.
- 68 • Industrieflächen müssen unter den oben genannten Forderungen Bestand haben und  
69 ein neuer Ort von zukunftsorientierter Industrie werden.

70 **Respekt - Gewalt und Diffamierungen der Arbeitenden gegenüber stoppen**

- 71 • Als linke Bewegung ist uns bewusst, dass sich der direkte Kampf gegen  
72 Beschäftigte nie an die Richtigen richtet. Daher appellieren wir an einen  
73 respektvollen Umgang mit den Arbeitenden vor Ort.

74 **Landesregierung muss handeln**

- 75 • Die Landesregierung hat noch 6 Jahre Zeit, um eine gesamte Region zu

76 transformieren. 6 Jahre sind wenig Zeit, um eine Infrastruktur zu verändern,  
77 Arbeitsplätze, Perspektiven, neue Wirtschaft und vor allem Verständnis zu  
78 schaffen. Umso wichtiger, jetzt Tempo zu gewinnen. Es braucht weniger  
79 bürokratische Hürden, um die 14,8 Milliarden Strukturwandel Gelder besser und  
80 effektiver zu vergeben, sowie eine klare Prioritätensetzung der Landesregierung.  
81 Bis 2027 sollen 70% der Flächen im rheinischen Revier entwickelt werden, damit  
82 die nötigen Veränderungen noch rechtzeitig umgesetzt werden können.

83 [\[1\]](#)

84 <https://www.mags.nrw/system/files/media/document/file/esf-tjtp-rheinisches-revier.pdf>

85 [\[2\]](#)

86 <https://www.rundschau-online.de/region/rhein-erft/kommentar-zur-europawahl-darum-ist-die-afd-im-norden-von-rhein-erft-stark-808233>

88 [\[3\]](#)<https://www.sueddeutsche.de/politik/kohle-rheinland-kraftwerk-1.5502789>

89 [\[4\]](#)

90 <https://www.rundschau-online.de/region/rhein-erft/kommentar-zur-europawahl-darum-ist-die-afd-im-norden-von-rhein-erft-stark-808233>

92 [\[5\]](#)

93 <https://www.land.nrw/pressemitteilung/rheinisches-revier-land-unterstuetzt-strukturwandel-von-green-economy-und#:~:text=Bis%20zu%2014%2C8%20Milliarden,erste%20Antragsphase%20des%20Projektaufrufs%20REVIER.>

## Antrag D02: Vorsicht vor falscher Vielfalt: Die DAVA-Partei

<b>Antragsteller*in:</b>	UB Kreis Mettmann, UB Mönchengladbach
<b>Sachgebiet:</b>	D - Demokratie, Partizipation und freiheitliche Gesellschaft

1 Nur weil Demokratie draufsteht, heißt es nicht, dass Demokratie wirklich drinsteckt.  
2 Im Januar 2024 wurde die Demokratische Allianz für Vielfalt und Aufbruch, kurz DAVA,  
3 gegründet. Auf den ersten Blick hören sich die Forderungen der Partei gut an:  
4 Bekämpfung von Islamfeindlichkeit und Diskriminierung im Alltag sowie die Forderung  
5 nach mehr Repräsentation von Minderheiten in Deutschland. Doch auf den zweiten Blick  
6 offenbaren sich äußerst kritisch zu bewertende Programmatiken und Persönlichkeiten.

### 7 **Programmatik & Problematik der DAVA**

8 Zum einen weist das Programm massenhaft Queerfeindlichkeit auf. Das zeigt sich nicht  
9 zuletzt durch die Verwendung des Begriffes "Gender-Ideologie" im Parteiprogramm zur  
10 Europawahl. Die DAVA fordert so beispielsweise, dass Bildungspolitik auf "faktischem  
11 Wissen und traditionellen Werten basieren" soll. Darunter verstehen sie sinngemäß die  
12 Rückbesinnung auf klassische Geschlechterrollen.

13 Dies impliziert natürlich, dass die DAVA queere Identitäten nicht faktisch anerkennt.  
14 Dieses Verständnis entspricht nicht unserem Verständnis einer freiheitlich-  
15 demokratischen und offenen Gesellschaft. Die DAVA möchte, dass queere Identitäten aus  
16 den Lehrplänen verschwinden - entgegen den Erkenntnissen der modernen Biologie.

17 Zum anderen will die DAVA alle muslimischen Verbände als Körperschaften des  
18 öffentlichen Rechts einstufen.

19 Zum Kontext ist zu erläutern, dass eine große Anzahl muslimischer Verbände in  
20 Deutschland dem extremistischen Spektrum zuzuordnen sind. Man denke dabei nur an die  
21 DITIP oder die ATIP (Dachorganisation der Grauen Wölfe-Bewegung), welche beide mit  
22 dem Recht ausgestattet würden, Steuern zu erheben, Beamte zu ernennen und in den  
23 Genuss von speziellen Regelungen im Arbeits- und Sozialrecht zu kommen.

24 Im Allgemeinen zeichnet sich auch nicht ab, inwieweit die DAVA der  
25 verfassungsrechtlich gebotenen Trennung von Staat und Religion nachkommen will. Zwar  
26 steht es einer Partei frei muslimische Verbände fördern zu wollen, jedoch steht die  
27 Religion bei der DAVA im Mittelpunkt des Programms und steckt auch in dem Auftreten  
28 ihrer Mitglieder. Sie zeigt keine erkennbaren Bemühungen die Religion vom Staat  
29 strikt trennen zu wollen. Der Name der Partei erinnert zudem an den arabischen  
30 Begriff "DAWA" (= islamische Missionierung). Dieser Begriff fällt gehäuft unter der  
31 Anhängerschaft von Erdoğan. Die Mehrdeutigkeit des Begriffs sei wohl nach Aussagen  
32 des Parteivorsitzenden sogar gewollt.

33 Eine weitere Problematik zeichnet sich darin ab, dass Funktionär\*innen der Partei den  
34 Massenmord der Türkei an den Armenier\*innen als "Mythos" deklarieren, wie es bspw.  
35 der Parteivorsitzende Teyfik Özcan im entsprechenden Wortlaut tat. Wir Jusos erkennen

36 den Völkermord und das den Armenier\*innen, auch unter deutscher Beteiligung,  
37 zugefügte Leid an und stellen uns entschieden gegen jede Relativierung dieser  
38 Verbrechen.

39 Die konservativ-nationalistische Haltung der Partei ist nicht immer direkt erkennbar.  
40 Sie versteckt sich oft im Detail. Die Partei setzt sich u.a. gegen Islamfeindlichkeit  
41 oder auch Diskriminierung im Alltag ein. Das ist zunächst positiv, leitet sich  
42 angesichts des Verhaltens der Anhänger\*innen aber nicht aus einer Haltung gegen  
43 Diskriminierung ab, sondern aus dem Kalkül, von Diskriminierung Betroffene für  
44 konservativ-nationalistische Ideen zu begeistern. Es ist ein Trugschluss zu glauben,  
45 dass eine Partei, die Anhänger\*innen aus dem türkisch-rechtsextremen Spektrum  
46 beinhaltet, sich gegen Diskriminierung in Deutschland einsetzt. Gerade Kurd\*innen,  
47 Alevit\*innen und Armenier\*innen sind nach Ansicht von DAVA-Funktionär\*innen nicht vom  
48 Anti-Diskriminierungsschutz inkludiert. Die Verfassungsfeindlichkeit einer Partei  
49 leitet sich auch nicht immer nur aus dem Programm allein her, sondern auch aus dem  
50 Verhalten der Anhänger\*innen. Dieser Gedanke liegt auch dem Grundgesetz zugrunde.

#### 51 **Verbindungen zur AKP**

52 Die DAVA ist nicht die erste Partei, die die Nähe zur türkischen Regierungspartei AKP  
53 (Adalet ve Kalkınma Partisi) sucht und in Deutschland politisch Einfluss nehmen will.  
54 2019 wurde dies beispielsweise vom Bündnis für Innovation und Gerechtigkeit (BIG)  
55 versucht. Teilweise erhielten sie bei der letzten Europawahl in einzelnen  
56 Wahlbezirken über 30 % der Stimmen, schafften es 2020 jedoch in keinen einzigen  
57 Stadtrat einzuziehen. Mittlerweile hat die Partei keine nennenswerte Bedeutung mehr.  
58 Ihre Nähe zur AKP hat die Partei des Öfteren, besonders auf den sozialen Medien,  
59 abgestritten. Schaut man sich die Mitglieder und die Kandidierenden zur Europawahl  
60 genauer an, sind die Verbindungen zur türkischen Regierung leicht nachzuvollziehen.  
61 Der DAVA-Spitzenkandidat zur Europawahl, Fatih Zingal, war zuvor bei der "Union  
62 Internationaler Demokraten" (UID) aktiv. Die UID ist eine Lobby-Organisation der AKP  
63 und wurde vom Verfassungsschutz als Instrument zur Einflussnahme auf Menschen mit  
64 türkischer Migrationsgeschichte eingestuft. Außerdem wird sie im Bereich der  
65 Nachrichtendienste der Republik Türkei geführt (Also den Geheimdiensten). DAVA-  
66 Gründungsmitglied Mustafa Yoldaş sagte im Interview mit dem NDR: "Wenn man von uns  
67 einfordert, dass wir uns explizit gegen die Türkei wenden (...) oder gegen Erdoğan -  
68 das werden wir nicht tun". Hieran erkennt man die mangelnde Bereitschaft sich gegen  
69 das autoritäre Regime in der Türkei zu stellen. Während DAVA-Politiker\*innen den  
70 türkischen Staatspräsidenten und sein Regime öffentlich verteidigen, streitet die  
71 Partei online ihre Nähe zu Erdogan gerne ab. Mit unserer Sorge vor einem Erstarken  
72 der DAVA-Partei sind wir nicht allein: Der Vorsitzende der Kurdischen Gemeinde  
73 Deutschlands, Ali Ertan Toprak, warnte ebenfalls vor der DAVA und stufte sie als  
74 antidemokratisch ein. Auch Kontakte der Partei Funktionär\*innen zu den  
75 rechtsextremistischen Grauen Wölfen sind bei weitem keine Seltenheit. Wie oben  
76 gespiegelt, zeigt sich dies auch in der Programmatik.

## 77 **Verbindungen zur SPD**

78 Auch zu beachten sind die Verbindungen zur SPD. Fatih Zingal, Spitzenkandidat zur  
79 Europawahl, war kurz vor der Gründung der DAVA noch SPD-Mitglied. Für die Solinger  
80 SPD war er sogar Mitglied im Integrationsrat. So war auch Teyfik Özcan, der  
81 derzeitige Vorsitzende, früher Mitglied in unserer Partei. Es ist nicht das erste  
82 Mal, dass sich unter SPD-Funktionär\*innen türkische Extremist\*innen wiederfinden. Ein  
83 prominentes Beispiel ist die Liste der SPD Filderstadt, auf der sich Anhänger\*innen  
84 der Grauen Wölfe wiederfanden. Dass sich solche Fälle in den letzten Jahren gehäuft  
85 haben, zeigt uns, dass sich die SPD in all ihren Gliederungen sorgfältiger darum  
86 bemühen muss, nationalistische Tendenzen bei potenziellen Mitgliedern zu erkennen und  
87 ihnen keinen politischen Handlungsraum zu eröffnen.

## 88 **Einordnung nach der Europawahl**

89 Die Europawahl 2024 ist die erste Wahl bei der die DAVA angetreten ist. Laut der DAVA  
90 sei die Europawahl nur ein Zwischenschritt vor der „eigentlichen Wahl“- der  
91 Bundestagswahl 2025. Die DAVA-Parteiführung geht dabei von einem  
92 Wähler\*innenpotential von bis zu 5 Millionen Menschen aus. Entgegen ihrer  
93 Erwartungen, gelang es der DAVA bei der Europawahl 2024 nicht, Abgeordnete in das  
94 europäische Parlament entsenden zu können. Bei einem Ergebnis von insgesamt nur 0,4%  
95 der Stimmen, fallen vor allem Stimmbezirke im Duisburger Norden auf, in denen die  
96 DAVA teils mehr als 40 % der Stimmen erhalten hat. Die Wahlbeteiligung war dort mit  
97 rund 25 % überaus niedrig. Fakt ist: die Dava-Partei kam in Duisburg auf insgesamt  
98 2,5 % Prozent. Das Ergebnis liegt somit zwar über dem Bundestrend, ist aber eine  
99 Niederlage für die Partei. Auch für die Zukunft schätzen Expert\*innen die Chancen der  
100 Partei eher gering ein. Wie schon erwähnt ist es kein neues Phänomen, dass AKP-  
101 Ableger versuchen in Deutschland politisch Fuß zu fassen und dann relativ schnell aus  
102 der Politik-Landschaft verschwinden. Und dennoch sollten wir die Gründung der Dava-  
103 Partei nicht auf die leichte Schulter nehmen. Wenn Parteien sich mit türkisch-  
104 nationalistisch-konservativen Forderungen in der deutschen Parteienlandschaft  
105 etablieren können, zeigt das vor Allem, wie sehr die deutsche Gesellschaft und  
106 Politik darin versagt hat, türkische Migrant\*innen und ihre Nachkommen zu  
107 integrieren. Jede\*r Wähler\*in der DAVA-Partei muss uns daran erinnern, dass eine  
108 erfolgreiche Integration von Migrant\*innen essentiell für den sozialen Frieden in  
109 Deutschland ist. Bei den Bundestags- und Kommunalwahlen im nächsten Jahr wird sich  
110 zeigen, ob die DAVA-Partei in NRW Fuß fassen kann. Eine klare Positionierung gegen  
111 diese konservativ-nationalistische Partei ist frühzeitig von Nöten.

## 112 **Forderungen**

113 Die DAVA stellt durch ihre ideologischen Hintergründe, Verbindungen zu autoritären  
114 Regimen und diskriminierende Haltungen eine Gefahr für die Demokratie und Vielfalt in  
115 Deutschland dar.

116 Wir fordern daher:

- 117 • Alle Gliederungen der SPD sollen sich fundiert mit nationalistischen Ideologien

- 118 befassen und bei der Aufnahme von Neumitgliedern, sowie Besetzung von Gremien  
119 auf die persönlichen Hintergründe der betreffenden Personen achten
- 120 • Die SPD soll auf keiner politischen Ebene mit der DAVA-Partei zusammenarbeiten
  - 121 • Die SPD soll auf eigenen Veranstaltungen der DAVA-Partei und ihren Mitgliedern  
122 keinen Raum geben
  - 123 • Die Ermöglichung von Aussteigerprogrammen für Anhänger\*innen, in Anlehnung zu  
124 den bereits geforderten Aussteigerprogrammen bei den Grauen Wölfen

## Antrag D03: Mehr Gleichheit in der Parteienfinanzierung

<b>Antragsteller*in:</b>	UB Bochum
<b>Sachgebiet:</b>	D - Demokratie, Partizipation und freiheitliche Gesellschaft

- 1 Wir fordern eine Anpassung des Parteiengesetzes, mit dem Ziel, die Bevorzugung der
- 2 höheren Bevölkerungsklassen in der Parteienfinanzierung zu beenden.
- 3 Wir fordern insbesondere:
- 4 • ein Verbot von allen Parteispenden, die von Unternehmen, Stiftungen und Vereinen
- 5 stammen (juristischen Personen).
- 6 • die Einschränkung von Spenden (inklusive Mitgliedsbeiträgen) durch
- 7 Privatpersonen auf 2500 Euro jährlich .
- 8 • Eine Erhöhung der staatlichen Förderungen für jede Wählerstimme und Einnahmen
- 9 aus Spenden.

### Begründung

In vielen europäischen Ländern sind Parteispenden durch Unternehmen verboten oder stark beschränkt. In Deutschland sind Spenden durch juristische Personen grundsätzlich erlaubt<sup>1</sup>.

Das hat reale Folgen. Deutschland erreicht den letzten Platz in Europa für Rauch- und Werbeverbote<sup>2</sup>, während die Tabakindustrie noch heute Geld an die große Parteien spendet<sup>3</sup>. Es stellt sich die Frage, inwiefern das Geld der Tabakindustrie (wie auch andere) gemeinnützig ist, oder mit versteckten Interessen behaftet.

Auch internationale Organisationen wie die "Group of States against corruption" kritisieren die deutsche Parteienfinanzierung, insbesondere wegen mangelnder Transparenz<sup>4</sup>. Wir fordern darum, dass Spenden durch juristische Personen unterbunden werden müssen, wie es schon heute in anderen europäischen Ländern, wie zum Beispiel Frankreich, der Fall ist<sup>5</sup>.

Der erste Artikel der Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte vom 26. August 1789 nach den französischen Revolution<sup>6</sup> lautet:

"Die Menschen sind und bleiben von Geburt frei und gleichen Rechten. Soziale Unterschiede dürfen nur im gemeinen Nutzen begründet sein."

Während Einkommens- und Vermögensungleichheit grundsätzlich erlaubt sind, sind sie nur akzeptabel, wenn sie dem Wohl der Allgemeinheit dienen. Eine ähnliche Vision ist auch in Artikel 14 des Grundgesetzes unter dem bekannten Abschnitt "Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen." verankert.

Wir wagen zu bezweifeln, dass diese Legitimation der Ungleichheit auch für die Finanzierung der Politik gilt. 1 Dollar 1 Stimme kann kein demokratisches Prinzip sein. Aber auch ein ungleiches Spielfeld zwischen den Parteien verzerrt die Demokratie. Das extreme Beispiel der US bezeugt, wozu eine ungebremste private Parteienfinanzierung führen kann<sup>7</sup>.

1 <https://www.abgeordnetenwatch.de/recherchen/parteispenden/listen-veroeffentlicht-diese-unternehmen-und-lobbyverbaende-zahlten-geld-an-die-parteien>

- 2 <https://www.n-tv.de/panorama/Deutschland-versagt-bei-Tabakpraevention-article21594216.html>
- 3 <https://www.abgeordnetenwatch.de/recherchen/parteispenden/ruestungslobby-immobilienkonzerne-tabakindustrie-von-wem-die-parteien-geld-bekamen>
- 4 <https://www.coe.int/en/web/portal/-/anti-corruption-group-says-that-germany-still-lags-in-efforts-to-make-party-financing-more-transparent>
- 5 <https://fr.boell.org/de/2022/05/10/parteienfinanzierung-der-preis-der-demokratie-frankreich-deutschland>
- 6 <https://www.conseil-constitutionnel.fr/de/erklaerung-der-menschen-und-buergerrechte-vom-26-august-1789>
- 7 <https://www.bpb.de/themen/nordamerika/usa/311280/die-rolle-von-geld-im-us-wahlkampf/>

## Antrag E01: Appeasement klappt nicht mit Verbrechern - für eine konsequente Wende in der Iran-Politik

Antragsteller*in:	UB Mönchengladbach
Sachgebiet:	E - Europa und Internationales

1 „Unser Beileid gilt der Regierung der Islamischen Republik Iran und den Familien der  
2 beim Absturz Getöteten. Mit stillem Gruß, Olaf Scholz“. Mit diesen Worten bekundete  
3 Bundeskanzler Olaf Scholz dem Vizepräsidenten der Islamischen Republik Iran Mohammed  
4 Mokhber sein Beileid nach dem Tod des bisherigen Präsidenten Ebrahim Raisi durch  
5 einen Helikopterabsturz. Es mögen zwar nur wenige Worte sein, doch sie stehen  
6 sinnbildlich für ein Verhältnis zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem  
7 islamistischen Mullah-Regime des Irans, welches einer dringenden Generalüberholung  
8 bedarf.

9 Nach der „Islamischen Revolution“ 1979 war der westdeutsche Außenminister Genscher  
10 der erste westliche Außenminister, der die neue Islamische Republik besuchte. Der  
11 Handel mit dem Iran florierte seitdem. Deutschland war bis 2022 einer der größten  
12 Handelspartner des Irans. Dass in diesem Zeitraum tausende Menschen hingerichtet  
13 wurden und noch viel mehr verhaftet wurden, hat die Bundesregierung und auch die SPD  
14 bisher nicht so groß gestört. Ebenso wenig, dass sie dem Regime damit Stabilität und  
15 Legitimität gegeben haben.

### 16 **Legitimation des iranischen Systems?**

17 Doch mit wem sitzt man im Hinblick auf den Iran eigentlich am Verhandlungstisch? Das  
18 Staatsoberhaupt ist ein auf Lebenszeit ernannter Oberster Führer und Regierungschef  
19 ein zwar direkt gewählter Präsident, der vor der Wahl aber von einem Expertenrat zur  
20 Wahl zugelassen werden muss. Jene Experten werden vom Obersten Führer ernannt.

21 Genauso sieht es mit den Kandidierenden zu Parlamentswahlen aus. Auch diese müssen  
22 vorher durch staatliche Stellen zur Wahl zugelassen werden. Wahlen im Iran sind nach  
23 unserem Verständnis also keineswegs frei und demokratisch, sondern lediglich  
24 Scheinwahlen.

25 Alle Macht geht also nicht vom Volke aus, sondern von fundamentalistischen Klerikern,  
26 von erzkonservativen Juristen und Beamten, von einem kleinen Machtzirkel rund um den  
27 Obersten Führer und seinen engsten Vertrauten.

28 Man lehnt sich also nicht weit aus dem Fenster, wenn man die demokratische  
29 Legitimation dieser Verhandlungspartner in Frage stellt.

### 30 **Die besondere gesellschaftliche Situation ftliche Situation**

31 Die Augen waren nach dem Mord an der Kurdin Jina Amini durch die iranische  
32 "Sittenpolizei" auf das Land und die Menschen gerichtet. Wie es häufig bei  
33 politischen Konflikten in Ländern des globalen Südens ist, ist die Aufmerksamkeit  
34 anfangs groß, lässt aber schnell wieder ab. Vor allem seit dem Mord an Jina Amini,  
35 aber auch schon seit Beginn des Terror-Regimes, kämpfen Iraner\*innen gegen die  
36 Unterdrückung. Damals wurde auch von Seiten des Bundeskanzlers noch die Solidarität  
37 mit den Protestierenden groß geschrieben, heute ist sie kaum noch sichtbar. Auch wenn  
38 die internationale Aufmerksamkeit nicht mehr auf der Situation im Iran liegt,  
39 benötigen die Menschen vor Ort immer noch die volle Solidarität.

40 Das Regime geht weiterhin brutal gegen Demonstrierende vor. Um ein fälschliches Bild  
41 der Bevölkerung abzugeben, werden medial Situationen geschaffen, die sinnbildlich für  
42 die Meinung des Volkes stehen sollen. Zum Beispiel kursierten nach dem Tod des  
43 iranischen Präsidenten Ebrahim Raisi bei einem Helikopter-Absturz Bilder eines  
44 trauernden Volkes, das den Verlust tief betrauerte. Teilweise wurde sicherlich  
45 getrauert, die große Mehrheit des Landes hat aber nicht über den Tod des  
46 Massenmörders getrauert, im Gegenteil. Es gibt zwar keine repräsentativen Umfragen,  
47 Menschenrechtsorganisationen gehen aber davon aus, dass um die 20 % der Bevölkerung  
48 das Regime noch unterstützen, 80 % nicht. Der Großteil der Iraner\*innen sieht, dass  
49 die Mullahs einen Krieg gegen die eigene Bevölkerung führen und sehnen sich nach  
50 einem freien Land. Besonders die iranischen Frauen leiden unter dem Regime, das seit  
51 Jahrzehnten versucht, Frauen unter dem Deckmantel religiöser Gründe zu unterdrücken.  
52 Queere Menschen haben im Iran nicht nur keine Rechte, sie müssen konkret mit ihrem  
53 Leben bezahlen, falls sie sich outen. Die Situation religiöser Minderheiten im Iran  
54 ist von Diskriminierung, Verfolgung und systematischer Benachteiligung geprägt. Der  
55 Iran ist offiziell ein islamischer Staat, in dem die schiitische Ausrichtung des  
56 Islams dominiert. Andere religiöse Gruppen haben nur eingeschränkte Rechte oder  
57 werden stark verfolgt.

58 Um die gesellschaftliche Situation im Iran nachvollziehen zu können, muss man die  
59 Heterogenität der Bevölkerung benennen. Der Iran ist ein Vielvölkerstaat. Unter den  
60 ethnischen Gruppen wie beispielsweise den Balutschis im Südosten, den Turkmenen im  
61 Nordosten, den Kurd\*innen im Westen sowie den arabischsprachigen Menschen im Süden  
62 Irans sind eigene traditionelle Bräuche und Lebensgewohnheiten selbstverständlich.  
63 Ethnische Minderheiten sind im Iran besonders von Repressalien des Regimes betroffen.  
64 Der Kampf den die iranische Bevölkerung gegen das Mullah-Regime führt, wird besonders  
65 durch Bevölkerungsgruppen wie den Kurd\*innen geführt, deren Lebensgrundlage seit  
66 jeher strukturell besonders bedroht ist.

67 Die Menschen im Iran sehnen sich nach einem Land mit Meinungsfreiheit und ohne  
68 staatliche Repressionen. Ihr Streben nach Freiheit wird durch politische,  
69 wirtschaftliche und religiöse Konflikte sowie durch Machteinflüsse blockiert. Als  
70 internationalistischer und feministischer Verband ist es unsere Aufgabe, stets an der  
71 Seite der mutigen Freiheitskämpfer\*innen im Iran zu stehen und sie in ihrem Kampf zu  
72 unterstützen.

73 **Revolutionsgarde auf die Terrorliste - jetzt!**

74 Die Armee der Wächter der Islamischen Revolution (kurz: Revolutionsgarde) ist eine  
75 der mächtigsten Institutionen und Machtinstrumente der Islamischen Republik und ist  
76 allein dem Obersten Führer Rechenschaft schuldig. Durch ihre weitreichenden  
77 Strukturen und Einflussmöglichkeiten, sowie durch ihre Verbindungen in die iranische  
78 Wirtschaft stellt sie einen Staat im Staat dar.

79 Die Revolutionsgarde ist im Inland ein Instrument des Regimes, um Proteste gewaltsam  
80 zu unterdrücken. Das Regime der Mullahs nutzt sie aber nicht ausschließlich im  
81 Inland, um dort die eigene Bevölkerung zu unterdrücken, sondern nutzt sie auch in  
82 anderen Ländern des Nahen und Mittleren Ostens, um dort den Einfluss des Regimes zu  
83 erweitern.

84 So kooperiert die Revolutionsgarde mit den jemenitischen Huthis, mit der  
85 libanesischen Hisbollah und der Hamas im Gazastreifen und setzt Einheiten in  
86 Kriegsgebieten im Irak und in Syrien ein. In allen genannten Fällen ist die  
87 Revolutionsgarde also direkt oder indirekt an Kriegsverbrechen,  
88 Menschenrechtsverletzungen und Terrorismus beteiligt. Das erklärte Ziel der Mullahs  
89 ist es, so zur dominierenden Macht in der Region zu werden und den Staat Israel und  
90 Jüdinnen\*Juden auszulöschen.

91 Vertreter\*innen der iranischen Diaspora und iranische Oppositionelle und  
92 Aktivist\*innen im Iran und im Ausland setzen sich für eine Listung der  
93 Revolutionsgarde auf der Terrorliste der EU und die Einstufung als terroristische  
94 Vereinigung ein. Die Terrorliste der EU wurde nach den Anschlägen vom 11. September  
95 2001 angelegt - auch Al-Qaida und der IS stehen auf dieser Liste.

96 Die Terrorliste wird alle sechs Monate überarbeitet. EU-Mitgliedsstaaten können im  
97 Europäischen Rat Gruppierungen oder Einzelpersonen benennen, die ihrer Ansicht nach  
98 auf diese Liste gesetzt werden sollen. Hier sind die Staats- und Regierungschefs der  
99 EU-Mitgliedsstaaten vertreten. Im Januar und im Juli 2023 forderte auch das  
100 Europäische Parlament den Rat auf, die Revolutionsgarde auf die Terrorliste zu  
101 setzen.

102 Dadurch wird eine EU-weite Strafverfolgung und das sofortige Einfrieren von Geldern  
103 und finanziellen Vermögenswerten in der EU möglich. Europäische Konzerne, Banken oder  
104 sonstige Geldgeber können ihnen nicht mehr länger Geld und wirtschaftliche Ressourcen  
105 zur Verfügung stellen. Zudem wird die Bewegungsfreiheit von Akteur\*innen EU-weit  
106 eingeschränkt.

107 **Daher fordern wir:**

- 108 • dass sich die SPD in der Bundesregierung, die über den Bundeskanzler im  
109 Europäischen Rat vertreten ist, für eine Listung der iranischen Revolutionsgarde  
110 als Terrororganisation einsetzt.

- 111 • dass Amts- und Mandatsträger\*innen der SPD verstärker in den Kontakt mit  
112 iranischen Oppositionellen und Aktivist\*innen treten.

113 **Abschiebestopp - jetzt!**

114 Erst kürzlich sollten eine 17-jährige Schülerin und ihre Großmutter, beides Kurdinnen  
115 aus dem Iran, über die Türkei in den Iran abgeschoben werden. Die Schülerin war bei  
116 Solidaritäts-Protesten für die Menschen im Iran aktiv. Der iranische Geheimdienst  
117 hatte eine Frau an ihrer Schule postiert, die Aufnahmen von den Protesten gemacht  
118 hatte.

119 Die Asylanträge der beiden Frauen wurden vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge  
120 als "offensichtlich unbegründet" abgelehnt. Nur durch den starken, vor allem  
121 medialen, Einsatz von Aktivist\*innen, konnte die Abschiebung am Flughafen verhindert  
122 werden. Solche Fälle sind nicht neu. Solidarisch mit den Frauen im Iran zu sein  
123 heißt, sie nicht in den sicheren Tod zu schicken. Es liegt in der Verantwortung der  
124 deutschen Politik, Menschen vor dem Terror zu schützen.

125 Auf zahlreichen Demonstrationen hier in Deutschland sind Handlanger des iranischen  
126 Regimes unterwegs und schreiben sich Namen und Informationen von Demonstrierenden  
127 auf. Diese Menschen müssen hier in Deutschland Repressionen am eigenen Leibe  
128 erfahren, sowie Repressionen an Freund\*innen oder Familienmitgliedern, die im Iran  
129 leben. Auch bei eventuellen Einreisen oder Abschiebungen in den Iran droht ihnen die  
130 Verhaftung und Repressionen durch iranische Behörden.

131 **Wir fordern daher:**

- 132 • einen dauerhaften Abschiebestopp in den Iran  
133 • den Schutz für Exiliraner\*innen und Angehörige, die auch hier in Deutschland von  
134 Seiten des Mullah-Regimes verfolgt und bedroht werden.

135 **Patenschaftsprogramme stärken!**

136 Das Patenschaftsprogramm der Menschenrechtsorganisation "[HÁWAR.help](https://www.hawar.help)" vermittelt  
137 Patenschaften für politisch Inhaftierte im Iran an Politiker\*innen in Deutschland.  
138 Bei den Inhaftierten handelt es sich um Menschen, die langjährige Haftstrafen  
139 bekommen haben oder auch unmittelbar vor der Hinrichtung stehen. Bislang haben  
140 zahlreiche Abgeordnete Patenschaften übernommen. Sie geben den Inhaftierten damit ein  
141 Gesicht und eine Geschichte und lassen sie nicht zu einer bloßen Zahl in Statistiken  
142 verkommen. Auch die Jusos und andere Partei-Jugenden sind nun Teil des  
143 Patenschaftsprogramms. Die breite Unterstützung für das Patenschaftsprogramm ist sehr  
144 erfreulich. Die Unterstützung muss in den nächsten Jahren weitergehen und noch weiter  
145 ausgebaut werden. Die Zahl der inhaftierten Demonstrant\*innen beläuft sich auf ca.  
146 20.000 Menschen.

147 **Wir fordern daher:**

- 148 • eine dauerhafte Unterstützung der Patenschaften von Seiten der Politik!

- 149 • die Unterstützung und stärkere Zusammenarbeit von Jusos mit Organisationen wie  
150 “Frau-Leben-Freiheit”, [HÄWAR.help](#) und anderen Aktivist\*innen, die sich mit dem  
151 Thema beschäftigen.

## 152 **Zeit das Atomabkommen zu überdenken**

153 Im Juli 2015 wurde nach zwölf Jahren intensiver Verhandlungen, das Atomabkommen  
154 (Joint Comprehensive Plan of Action, JCPOA) zwischen den USA, Russland, China,  
155 Großbritannien, Frankreich, Deutschland und dem Iran geschlossen. Ziel war es, den  
156 Iran daran zu hindern, eine Atombombe zu entwickeln und zur Atommacht zu werden.  
157 Dafür wurden nukleare Aktivitäten stark eingeschränkt und im Gegenzug internationale  
158 Wirtschaftssanktionen aufgehoben.

159 Der Iran musste daraufhin sein Atomprogramm drastisch reduzieren und stand unter  
160 Überwachung durch die Internationale Atomenergiebehörde (IAEO). In vielen Teilen  
161 Europas wurde das Atomabkommen als diplomatischer Erfolg bewertet, da man so die  
162 nukleare Bedrohung durch den Iran dämmen und vermeintlich einen neuen Krieg im Nahen  
163 Osten verhindert hätte. Für den Iran war der Deal auch von Vorteil, da sich so die  
164 Wirtschaft des Landes verbessern konnte.

165 Dadurch, dass US-Präsident Donald Trump 2018 das Abkommen einseitig kündigte und die  
166 Europäischen Ländern nicht in der Lage waren, die wirtschaftlichen Folgen für den  
167 Iran abzumildern, hatte das erhebliche Folgen für das Abkommen. Europäische  
168 Unternehmen zogen sich aus Angst vor US-Sanktionen aus dem Iran zurück, was die  
169 wirtschaftliche Erholung im Land zum Erliegen brachte.

170 Für Deutschland ist das Festhalten am Abkommen schwierig, da man einerseits bisher  
171 eine Politik des Dialogs und der wirtschaftlichen Verflechtung präferiert hat,  
172 andererseits man politisch der USA und ihrem Vorgehen sehr nahe steht.

173 Zudem kommt, dass der Iran sich nach dem Rückzug der USA, begann sich schrittweise  
174 aus seinen Verpflichtungen zurückzuziehen.

175 2019 hat die SPD beschlossen, weiterhin am Atomabkommen festzuhalten und den Dialog  
176 aufrechtzuerhalten.

177 Im Oktober 2022, einem Monat nach dem Mord an Jina Amini, hat sich Saskia Esken für  
178 ein Ende der Gespräche über das Atomabkommen ausgesprochen. In Anbetracht des  
179 Vorgehens des Regimes gegen die eigene Bevölkerung, könne man so nicht weiter  
180 verfahren.

181 Dass der Iran auch schon vorher brutal gegen die eigene Bevölkerung vorgeht und nicht  
182 erst seit 2022 ist kein Geheimnis. Genauso wenig wie die Machenschaften des Mullah-  
183 Regimes in Hinblick auf den Nahen Osten und die Gefahr, die es für den einzigen  
184 jüdischen Staat, Israel, darstellt.

185 Aus unserem Verbandsverständnis heraus, kann es keine ordentlichen Verhandlungen mit  
186 diesem Terror-Regime geben.

187 **Wir fordern daher:**

- 188 • eine grundlegende Änderung in der Iran-Politik. Der Iran war letztes Jahr das  
189 Land mit den meisten Hinrichtungen. Die Menschen im Iran brauchen die  
190 Solidarität demokratischer Mächte und nicht das Terror-Regime. Das Atomkommen  
191 muss überdacht werden und zwingend unter menschenwürdigen Umständen  
192 funktionieren.

193 **So wie es war, darf es nie mehr werden**

194 Vor allem aus einer westlichen Perspektive wird der Iran vor der Islamischen  
195 Revolution romantisiert. Mit Ausschnitten von Frauen, die mit offenen Haaren und  
196 leicht bekleidet durch iranische Straßen und Parks, soll so der Eindruck einer freien  
197 Gesellschaft vermittelt werden. Was diese Videos aber nicht zeigen, sind die fehlende  
198 politische Teilhabe der breiten Bevölkerung und der repressive Polizeiapparat des  
199 Shahs (des Königs) des Irans und der herrschenden Pahlavi-Dynastie, mit dem jegliche  
200 Opposition unterdrückt werden sollte. Frauen hatten bis 1963 gar kein Wahlrecht. Der  
201 Shah versprach der iranischen Bevölkerung Sicherheit und Wohlstand im "Tausch" für  
202 eine autokratische Herrschaft seinerseits. Damals wie heute war die Quelle des  
203 iranischen Wohlstands vor allem das Öl, welches damals an westliche Staaten verkauft  
204 wurde. Nur war dieser Wohlstand keinesfalls gerecht verteilt. Während der Shah und  
205 sein Umfeld in Palästen lebten, wohnten seine Untertanen im Land in Hütten und in  
206 bitterer Armut.

207 Der gefürchtete Geheimdienst des Irans, der SAVAK, ging gnadenlos gegen diejenigen  
208 vor, die die Herrschaft des Schahs hinterfragten. Das berüchtigte Evin-Gefängnis  
209 diente schon vor der Islamischen Republik als das größte Gefängnis für die  
210 politischen Häftlinge des SAVAK. Dazu gehörten Linke und Liberale genauso wie die  
211 islamischen Kleriker, die nach der Revolution die Macht ergreifen sollten. Dort wurde  
212 verhört, gefoltert und hingerichtet. Im Kontext des Kalten Krieges sah der "Westen"  
213 im Iran einen wertvollen und starken Partner gegen die Sowjetunion und den  
214 Kommunismus. Dazu war man gerne bereit, bis zuletzt über Menschenrechtsverletzungen  
215 hinwegzusehen.

216 Wir Jusos wehren uns gegen eine Verklärung und Romantisierung des vorrevolutionären  
217 Irans. Solch ein autoritärer Staat kann für uns keine positive Erinnerung sein.

218 **#JinJiyanAzadī - der Kampf endet nicht!**

219 Wir sind uns bewusst, dass die Mullahs im Iran und ihre Regierung derzeit leider zur  
220 Realität gehören, der wir uns nicht verschließen dürfen. Umso mehr stehen wir an der  
221 Seite derjenigen, die für einen demokratischen, gerechten und freien Iran kämpfen und  
222 dafür auch ihr Leben geben. Wir stehen hinter der iranischen Demokratiebewegung und  
223 den Kämpfer\*innen der feministischen Revolution. Wir geben denen eine Stimme, ein

- 224 Gesicht und eine Geschichte, die vom Unrechtsregime der Mullahs ihrer Freiheit und  
225 ihres Lebens beraubt wurden.
- 226 Wir stehen an der Seite derjenigen, die im Exil ihre Stimme gegen das Regime im Iran  
227 erheben und für einen freien Iran protestieren.

## Antrag E02: Für eine dauerhafte Sicherheit in Nahost

<b>Antragsteller*in:</b>	UB Aachen-Stadt, UB in der Städteregion Aachen, KV Düren/Jülich, KV Euskirchen, UB Gelsenkirchen
<b>Sachgebiet:</b>	E - Europa und Internationales

### 1 **Grundsätzlicher Zweck dieses Antrags**

2 Aus unserem internationalistischen Selbstverständnis brauchen wir nach dem Beschluss  
3 des Bundeskongresses 2023, auf den viele Monate des Krieges in Gaza folgten, eine  
4 weitere Analyse und Formulierung jungsozialistischer Ansprüche an lokale Akteure. Es  
5 braucht eine inhaltliche Grundlage und Richtung für den Landesvorstand, um in Zukunft  
6 öffentliche und parteiinterne Positionierungen mit starker demokratischer  
7 Legitimierung zu ermöglichen. Es braucht eine Abkehr von Nullsummenspiel-Argumenten  
8 in der öffentlichen Debatte, dass Kritik am Verhalten eines Akteurs einen anderen  
9 Akteur implizit relativiert. So kann keine Debatte zur Verhinderung von menschlichem  
10 Leid geführt werden.

11 Es darf keine größere Hürde, keinen geänderten Maßstab gegenüber der Bewertung des  
12 Handelns der israelischen Regierung und der Israeli Defence Forces (IDF) als  
13 gegenüber anderen Regierungen und Armeen geben, unter der Berücksichtigung der  
14 entsprechenden außenpolitischen Gefahren. Notwendiger Schutz für eine Gruppe kann  
15 nicht durch Kompromittierung des Schutzes einer anderen Gruppe herbeigeführt werden.  
16 Es erfolgt bei den Jusos keine qualitative Priorisierung oder Abstufung der  
17 Gefährlichkeit von Antisemitismus oder Rassismus.

### 18 **Die Verantwortung der Hamas**

19 Die Hamas trägt die Verantwortung für die Terrorangriffe vom 7. Oktober 2023. Die  
20 Massaker und Überfälle dieses Tages machen ihn zu einem der einschneidendsten und  
21 brutalsten Ereignisse der israelischen Geschichte. Die Hamas wurde in der  
22 Vorbereitung stark vom Iran unterstützt. Gemäß ihrer ideologischen Grundlage,  
23 verfolgte die Hamas dabei kein rein militärisches Ziel, sondern richtete sich gegen  
24 den israelischen Staat und Gesellschaft als Ganzes. Ihr Ziel war und ist es,  
25 jüdisches Leben zu töten. Vermutlich war der israelische militärische Widerstand  
26 geringer als die Hamas erwartet hatte. Nachdem Terroristen der Hamas die Grenzanlagen  
27 nach Israel überwinden konnten, verübten sie unzählige Gräueltaten an der  
28 israelischen Zivilbevölkerung aus antisemitischem Hass und verschleppten über 200  
29 Menschen als Geiseln.<sup>[1]</sup> Sexuelle Gewalt als systematischer Einsatz durch die Hamas  
30 war dabei eine geplante und häufige Taktik. Wir lehnen Narrative, die von einem Tag  
31 der "Freiheit" oder des "Widerstands" sprechen, entschieden ab und verurteilen  
32 entsprechende Verharmlosungen.

33 Die Hamas ist nicht nur eine Gefahr für den Israelischen Staat, sondern auch für die  
34 Bevölkerung des Gazastreifens selbst. Nachdem sie nach ihrer Machtübernahme 2007 die  
35 demokratischen Systeme des Gazastreifens außer Kraft gesetzt hat, ist sie regelmäßig

36 in kriegerische Auseinandersetzung mit Israel eingetreten und nutzt dabei geschützte  
37 Orte wie Schulen und Krankenhäuser zu ihren militärischen Zwecken, wodurch sie die  
38 Zivilbevölkerung in Gefahr bringt. Diese Praktiken zeigen deutlich, dass die Hamas  
39 nie die Interessen der Bevölkerung des Gazastreifens vertreten hat. Im Verlaufe des  
40 aktuellen Krieges hortet sie Lebensmittel, die sie exklusiv eigenen Mitgliedern zur  
41 Verfügung stellt, während die Bevölkerung unter massiver Lebensmittelknappheit  
42 leidet. [\[2\]](#) Ein weiteres Merkmal des antisemitischen Terrors der Hamas ist der seit  
43 Jahren kontinuierliche und wahllose Raketenbeschuss auf Israel sowie die  
44 inakzeptablen und grausamen Geiselnahmen. Diese Handlungen verdeutlichen ihren  
45 Charakter als antisemitische Terrorgruppe, und müssen jeden Mythos einer "legitimen  
46 Widerstandsbewegung" entstellen.

#### 47 **Handlungen der israelischen Regierung und der IDF**

48 Die israelische Regierung hat seit dem 7.10. Vorbereitung für die Bodenoffensive  
49 getroffen. Ab dem 8.10 wurden gleichzeitig Lebensmittel-, Strom- und Wassersperren  
50 gegen den gesamten Gazastreifen erhoben, die eine Woche später auf großen Druck von  
51 der US-Regierung wieder aufgehoben wurden. [\[3\]](#)[\[4\]](#) Seit dem 7.10. führt das  
52 israelische Militär unzählige Bombenangriffe durch, die durch die hohe  
53 Bebauungsdichte im Gazastreifen zur völligen Zerstörung von zahlreichen Gebäuden und  
54 wichtiger, ziviler Infrastruktur in großen Teilen des Gazastreifens führt. Über  
55 mehrere Monate sind alle Menschen im Gazastreifen in teils unterschiedlichen  
56 Zeiträumen extremer Unterversorgung und Unterernährung ausgesetzt. Der IPC-Bericht  
57 des World Food Program (WFP) spricht von unterschiedlichen Graden, aber einer  
58 grundsätzlich hohen und andauernden Gefahr für eine Hungersnot. Der Bericht begründet  
59 die Nicht-Klassifizierung der Situation im Gaza Streifen als Hungersnot vor allem mit  
60 einer unzureichende Datenlage [\[5\]](#). Eine Hungersnot ist im Sinne des WFP dann gegeben,  
61 wenn Menschen beginnen, aufgrund von Unterernährung und ihren Begleiterscheinungen  
62 wie Krankheiten im signifikanten Maße zu sterben. [\[6\]](#) Parallel dazu versagt die  
63 medizinische Versorgung der Menschen, insbesondere in Rafah. Dort gibt es quasi keine  
64 funktionierende Gesundheitsinfrastruktur mehr. Es gibt im ganzen Gazastreifen  
65 grassierende, leicht übertragbare Krankheiten, die teilweise gar nicht mehr behandelt  
66 werden können. [\[7\]](#)[\[8\]](#)

67 Bereits vor dem 07.10. war die Bevölkerung des Gaza Streifens in hohem Maße abhängig  
68 von Hilfslieferungen, die über die von Israel kontrollierten Grenzübergänge zu  
69 Ägypten per LKW ins Land gelangten. Infolge des Überfalls der Hamas am 07.10.  
70 verhinderte die israelische Regierung die Lieferung der dringend benötigten  
71 Hilfslieferungen. Obwohl der Internationale Gerichtshof (IGH) sie zur Verbesserung  
72 der humanitären Situation und dem Zulassen von Hilfslieferungen aufforderte, ließ die  
73 israelische Regierung im Februar etwas weniger als die Hälfte der beantragten  
74 Hilfslieferung blockieren. [\[9\]](#)[\[10\]](#) Die beantragte Menge an Hilfsgütern wäre immer  
75 noch deutlich weniger als vor dem 7.10. in den Gazastreifen geliefert wurde. [\[11\]](#) Die  
76 israelische Regierung ließ zeitweise sogar Aktivisten gewähren, die einen der  
77 Grenzübergänge, Kerem Shalom, blockierten, um durch Hunger als Druckmittel die

78 Geiseln von der Hamas freipressen zu können.[\[12\]](#) Der Krieg in dieser Form macht die  
79 notwendige Versorgung der Zivilbevölkerung im Gazastreifen unmöglich.  
80 Seit Beginn der Bodenoffensive befinden sich immer mehr Menschen im Gazastreifen auf  
81 der Flucht. Phasenweise sind es 1,5 Mio., also etwas mehr als 70% der knapp 2,1 Mio.  
82 Gesamtbevölkerung. Ein Großteil der Menschen, die im Norden des Gazastreifens gelebt  
83 haben, befinden sich zur Zeit viel weiter südlich, oft in Rafah und Umgebung. Eine  
84 Aufnahme der Geflüchteten durch Ägypten ist weder für Ägypten noch für die Hamas eine  
85 Option. Während Ägypten die Kosten und innenpolitische Herausforderungen durch die  
86 Aufnahme der Geflüchteten fürchtet, ist es für die Hamas von Interesse, das Leid der  
87 Zivilbevölkerung für die eigene Propaganda zu nutzen. Vor dem Hintergrund, das  
88 bereits 11 israelische Kabinettsmitglieder sich mit einer Siedlerorganisation,  
89 Nahalla, die den Gazastreifen wieder besiedeln will, assoziiert, droht eine  
90 Zementierung der Zustände, sollte die Bevölkerung des Gaza Streifens durch Ägypten  
91 Asyl erhalten.[\[13\]](#)  
92 Bis 2005 wurde der Gazastreifen, der nach dem Sechstagekrieg 1967 von Israel besetzt  
93 wurde, durch israelische Siedler\*innen besiedelt. Der Abzug der Besatzung und die  
94 Räumung der Siedlungen erfolgte durch Premierminister Scharon, damals noch Likud-  
95 Mitglied, vor allem aus militärischen Gründen. Die IDF musste durch die Garantie der  
96 Sicherheit der Siedlungen viele Kräfte vor Ort bündeln und konnte ihre Hauptaufgabe,  
97 die Landesverteidigung, neben der Sicherung der Siedlungen im Westjordanland, nicht  
98 mehr adäquat gewährleisten.[\[14\]](#) Aus wahrscheinlich demselben Grund gab es keine  
99 adäquate Grenzsicherung am Gazastreifen im Vorfeld des 7. Oktober.[\[15\]](#) Warnungen  
100 eines bevorstehenden Angriffes wurden von der politischen und militärischen Führung  
101 Israels ignoriert.

## 102 **Kriegsführung der israelischen Regierung**

103 Aus dem Selbstverteidigungsrecht von Staaten kann keine Unbeschränktheit für die Art  
104 der Kriegsführung abgeleitet werden. Es ist auf Verhältnismäßigkeit und Einhaltung  
105 von völkerrechtlichen Standards zu achten.

106 Diese Kriterien erfüllt die israelische Regierung in zwei Aspekten ihrer  
107 Kriegsführung nicht. Die totale Blockade des Gazastreifens im Oktober und die  
108 dauerhafte Begrenzung der Hilfsgüterlieferungen stellen den Versuch dar, mit Hunger  
109 und Durst als Druckmittel die Hamas zum Einlenken bzw. zur Geiselfreigabe zu zwingen.  
110 [\[16\]](#) Dies wird mit einer extrem entmenslichenden Rhetorik von vielen Mitgliedern  
111 der rechten bis rechtsextremen israelischen Regierung begleitet und gerechtfertigt.  
112 [\[17\]\[18\]](#)

113 Auch wenn es ein legitimes Kriegsziel der israelischen Regierung ist alle Geiseln zu  
114 befreien, muss klar sein, dass eine Organisation, die die Verhaltenseigenschaften  
115 einer Terrorgruppe besitzt, nicht bereit sein wird ihre Geiseln zugunsten einer  
116 dauerhaften friedlichen Beendigung des Konfliktes freizulassen. Die Legitimität des  
117 Einsatzes militärischer Mittel zur Befreiung der Geiseln kann nicht als Blankoscheck  
118 für die Kriegsführung der israelischen Regierung genutzt werden.

119 Zusätzlich gefährdet die Bodenoffensive das Leben der Geiseln selbst. Es gab sogar  
120 den Fall, dass Geiseln direkt durch IDF-Soldaten getötet wurden.[\[19\]](#) Etwa ein Drittel  
121 der Geiseln, die nach Gaza verschleppt wurden, sind bereits tot.[\[20\]](#) Es gibt  
122 regelmäßig große Proteste, die teilweise von betroffenen Familien der Geiseln  
123 initiiert werden. Diese Proteste kritisieren Netanjahu und seine Regierung für die  
124 Strategie, die Zerstörung der Hamas über die Befreiung der Geiseln zu priorisieren.  
125 Berater aus Netanjahus Umfeld bestätigen diese Annahme.[\[21\]](#) Aus Solidarität mit den  
126 Familien der Geiseln und den Geiseln selbst ist eine Unterstützung der Proteste in  
127 Israel notwendig. **Für uns gilt das Prinzip der Gleichzeitigkeit der Geiselbefreiung**  
128 **und dem Ende der Bodenoffensive der IDF.** Wir schließen uns der entsprechenden  
129 Forderung von 20 sozialdemokratischen MdBs an.[\[22\]](#)

130 Auch die Verhältnismäßigkeit der Luftsätze der IDF ist nicht gegeben. Zwar  
131 versteckt die Hamas sich und ihre Infrastruktur zum Teil hinter der Zivilbevölkerung  
132 und steht damit deutlich außerhalb des Völkerrechts, was zur Anklage von Hamas-  
133 Funktionären vor dem IStGH (Internationaler Strafgerichtshof) geführt hat. Um aber  
134 die völkerrechtliche Legitimität für einen Angriff sicherzustellen, müsste die IDF  
135 Evakuierungsbemühungen der Zivilisten zeigen. Unangekündigte Bombenangriffe stehen  
136 dem entgegen. Die israelischen Militärationen im Gazastreifen können seit längerem  
137 als Teil einer systematischen und gezielten Taktik der Tötung, die weit über legitime  
138 Verteidigung hinausgeht, beschrieben werden. Diese Beschreibungen beziehen sich auf  
139 die Zielerfassung mittels eines KI-Systems, die mit stumpfen Wahrscheinlichkeiten und  
140 niedrigen Schwellen zum Teil abstruse Ziele generiert.[\[23\]](#)[\[24\]](#) Diese Zielgeneration  
141 geht weit über Abschussbasen von Raketen oder Waffenlagern hinaus.

142 Es werden sogenannte "Power targets" durch dieses KI-System der IDF generiert, wo ein  
143 Hamas-Kommandeur oder Funktionär mit niedrigem Rang in einem hohen oder großen  
144 Gebäude reicht, um das gesamte Gebäude per Luftangriff zu zerstören. Quellen aus der  
145 IDF zufolge geschieht dies als Strategie, um den Rückhalt der Hamas in der  
146 Bevölkerung zu schwächen, unter der Inkaufnahme von teilweise über hundert zivilen  
147 Toten. Das gleiche gilt auch für die Bombardierungen von Geflüchtetenlagern zum Zweck  
148 der Tötung einzelner Personen. Eine Legitimierung solcher Luftangriffe ohne  
149 realistische Evakuierungsbemühungen kommt für uns nicht in Frage, insbesondere dann  
150 nicht, wenn die Verhältnismäßigkeit von zivilen Toten so missachtet wird. Diese Art  
151 der Bekämpfung einer terroristischen Gruppe ist eine Form der Extrajudicial Killings,  
152 wie wir sie aus Afghanistan kennen, nur mit viel geringerer Zielsicherheit,  
153 Verhältnismäßigkeit und mit massivem Schaden an der zum Teil überlebenswichtigen  
154 Infrastruktur.

### 155 **Kriegsziele der israelischen Regierung**

156 Die Umsetzung des israelischen Kriegsziels, die Zerstörung der Hamas, ist fraglich.  
157 Die Kampfbrigaden der Hamas sind im Norden Gazas, wo der Kampf bereits stattgefunden  
158 hat und Infrastruktur zerstört wurde, teilweise wieder aktiv.[\[25\]](#) Die Schwächung der  
159 militärischen Fähigkeiten der Hamas ist nicht mit aktuellen Mitteln auf das  
160 offizielle Kriegsziel erweiterbar. Es gibt keine erkennbare Strategie der

161 israelischen Regierung, die eine Beseitigung der Gefahr durch die Hamas möglich  
162 macht.[\[26\]](#) Bei einer unveränderten Strategie wird die Hamas ideologisch nicht  
163 besiegt. Gibt es keine Besetzung des Gaza-Streifens, ist zu erwarten, dass die Hamas  
164 oder eine Nachfolgeorganisation in wenigen Jahren ihre Kampfbrigaden voll aufgestellt  
165 und Raketenabschussbasen sowie weitere Infrastruktur wiederaufgebaut hat. Dies  
166 passiert mit finanziellen und materiellen Ressourcen aus dem Ausland, die die Hamas  
167 jetzt wahrscheinlich sogar mehr hat als vor dem 7. Oktober. Dann ist Israel wieder im  
168 gleichen Bedrohungsszenario wie vor dem Krieg, mit einer vermutlich noch stärkeren  
169 Hamas. Dieses Szenario ist wahrscheinlich unabhängig davon, wie lange der Krieg  
170 dauert. Um weitere sinnlose Opfer zu vermeiden, ist eine Beendigung des Krieges  
171 notwendig. Im gleichen Zuge braucht es das Ende der Unterstützung der Hamas möglichst  
172 vieler internationaler Akteure.

173 Einige Kabinettsmitglieder wie Ben-Gvir präferieren dagegen offenbar eine Besetzung  
174 mit Besiedlung. Dann droht eine Zementierung der Flucht und damit eine de facto  
175 Vertreibung von 1-2 Millionen Menschen. Ein solcher Zustand würde den Stopp der  
176 internationalen Unterstützung der Hamas durch diplomatischen Druck unmöglich machen.  
177 Die Hamas wäre personell, materiell und finanziell wahrscheinlich sogar besser als  
178 vor dem Krieg ausgestattet. Eine Besetzung, die Netanjahu aktuell zum Glück  
179 öffentlich ausschließt, wäre dann nur noch rassistischer Expansionismus. Eine  
180 Wiederbesiedlung des Gazastreifens lehnen wir aus Gründen der Vertreibung von  
181 Palästinenser\*innen und Sicherheit für Israelis vehement ab. Es braucht stattdessen  
182 den diplomatischen Druck zur Beendigung der internationalen Unterstützung der Hamas.

### 183 **Sicherheit durch Nachbarn**

184 Der Annäherungsprozess zwischen Israel und den Staaten in der Region ist durch den  
185 Krieg nahezu zum Stillstand gekommen. Genau dieser Annäherungsprozess mit Jordanien  
186 und Ägypten hat aber in der Vergangenheit erst dafür gesorgt, dass die Bedrohung  
187 durch die beiden Länder für die Sicherheit Israels quasi verschwunden ist. Dass ein  
188 Land wie Ägypten, das mehrfach Krieg gegen Israel geführt hat, heute als Vermittler  
189 zwischen der Hamas und Israel auftreten kann, ist ein starkes Zeichen für die Kraft  
190 der Diplomatie. Am 13.-14. April 2024 gab es einen großen Luftangriff des Irans auf  
191 Israel mit hunderten Drohnen und Raketen. Viele Drohnen und Raketen wurden bereits  
192 unter anderem im jordanischen Luftraum von der jordanischen und französischen  
193 Luftwaffe abgefangen. Der iranische Angriff zeigt, dass Jordanien sogar proaktiv zu  
194 Israels Sicherheit beitragen kann. Dass Jordanien Flugabwehr gegen iranische Raketen  
195 und Flugdrohnen geleistet hat, ist großes Glück für Israel, denn die jordanische  
196 Regierung steht unter hohem innenpolitischen Druck, sich klar gegen Israel zu  
197 stellen.[\[27\]](#) Frühere jordanische Regierungen hätten das wahrscheinlich nicht getan,  
198 sich vielleicht sogar an Angriffen auf Israel beteiligt wie im Sechstagekrieg 1967.  
199 Es sind diese Beziehungen, die neben dem starken israelischen Militär und einer  
200 konsequenten Unterstützung durch die USA für Israels Sicherheit nach außen sorgen.  
201 Verbesserungen der Beziehungen mit anderen Staaten würde beispielsweise die  
202 Wahrscheinlichkeit erhöhen, dass die Terrorfinanzierung einiger Akteure gestoppt

203 wird. Hunger als Waffe und rücksichtslose Bombardierungen erhöhen nicht die  
204 langfristige Sicherheit des israelischen Staates und der Israelis, wenn sie die  
205 Beziehungen mit den Nachbarstaaten aufs Spiel setzen.

### 206 **Entwicklungen im Westjordanland**

207 Kurz nach dem 7.10. ließ der israelische Minister Ben Gvir kostenlos Schusswaffen an  
208 Siedlergruppen im Westjordanland verteilen. Er erteilte auch im großen Stil  
209 Waffenlizenzen, insbesondere in Siedlungen, in Grenznähe oder in Städten mit einer  
210 größeren arabischen Minderheit.[\[28\]](#) Die Gewalt der Siedlergruppen ist seitdem massiv  
211 angestiegen. Die Vertreibung von palästinensischen Menschen und die Besiedlung im  
212 Westjordanland wird stark intensiviert. Landannexionen durch Israel sind  
213 völkerrechtswidrig und zementieren den Landraub für in Teilen rechtsradikale Siedler.  
214 [\[29\]](#) Wir schließen uns der Forderung aus dem offenen Brief von 20  
215 sozialdemokratischen MdBs an, dass die weitere Besiedlung und Besatzung des  
216 Westjordanlandes beendet werden muss. Der dauerhafte rassistische Zustand der  
217 juristischen Zweiklassengesellschaft zwischen Israelis und Nicht-Israelis in Teilen  
218 von Jerusalem und dem Westjordanland muss enden.  
219 Es sind Konsequenzen seitens der Bundesregierung gegenüber diesem juristischen  
220 Zustand und neuen Siedlungen mit ihren Spitzenkräften und politischen Befürwortern im  
221 Einklang mit unseren BDS-Beschlüssen erforderlich.

### 222 **Rassismus in Israel und die Person Netanjahu**

223 Netanjahu war sein ganzes politisches Leben lang ein rassistischer Politiker, der  
224 sich immer gegen friedliche Lösungen oder politische Rechte für die Palästinenser  
225 gestellt hat und bislang jeden Versuch unternommen hat, Besatzung und Besiedlung  
226 voranzutreiben. Netanjahus Justizreform zeigt auch die gefährliche Erosion des  
227 Demokratieverständnisses in der israelischen Regierung und Teilen der israelischen  
228 Gesellschaft. Netanjahu kann nicht mehr als Demokrat bezeichnet werden, wenn er alles  
229 dafür gibt, die Unabhängigkeit der Justiz fundamental zu untergraben. Ein Abgleiten  
230 der Israelischen Demokratie, analog zu den Vorgängen in Ungarn in den letzten Jahren,  
231 muss verhindert werden, wie es die israelische Demokratiebewegung seit Jahren  
232 versucht.[\[30\]](#) Deutschland braucht einen dauerhaften distanzierten Umgang analog zu  
233 Orban als Handlungsgrundlage deutscher und europäischer Außenpolitik gegenüber der  
234 Person Netanjahu und den rechten und rechtsextremen Parteien, die die israelische  
235 Politik zur Zeit prägen.

236 Wie eine große Untersuchung von CNN und der New York Times zeigt, findet in zwei  
237 Gefangenencamps in Israel entmenslichende Folter und sexuelle Gewalt statt[\[31\]](#).  
238 Darüber gibt es offene Auseinandersetzungen zwischen rechten Soldaten und Aktivisten  
239 und der israelischen Militärpolizei in der entsprechenden Einheit, die Festnahmen von  
240 einigen Soldaten in die Wege geleitet haben.[\[32\]](#) Einige Politiker wie Ben Gvir  
241 fordern hier den offenen Rechtsbruch für die Soldaten und zementieren ihre  
242 Entmenslichungen in ihrem politischen Handeln. Es braucht die Anerkennung, dass die  
243 israelische Gesellschaft eine mindestens in Teilen zutiefst menschenverachtende und

244 rassistische Regierung wählen kann und gewählt hat.

#### 245 **Die Deutsche Debatte**

246 Die zu beobachtende antisemitische Radikalisierung in Deutschland ist inakzeptabel  
247 und schrecklich. Wir unterstützen das Betätigungsverbot gegen die Hamas und Samidoun  
248 in Deutschland. Wir verurteilen Süßigkeitenverteilungen und andere Feierlichkeiten  
249 aufgrund von Terrorangriffen scharf.

250 Wir verurteilen die Versuche beispielsweise aus der Union, den Antrag auf  
251 internationalen Haftbefehl für Teile der israelischen Regierung schon im Grundsatz zu  
252 delegitimieren.[\[33\]](#) Die Gleichzeitigkeit des Haftantrages von Hamas Funktionären und  
253 Teilen der israelischen Regierung ist kein qualitativer Vergleich der vorgeworfenen  
254 Verbrechen.

255 Es braucht außerdem einen Stopp der Versuche der Bundesregierung, die Bearbeitung des  
256 Haftbefehlsantrags gegen Netanjahu und Gallant zu verzögern.[\[34\]](#) Wir untermauern die  
257 Legitimität des Haftantrags gegen Netanjahu, Gallant und Sinwar sowie Al-Masri.[\[35\]](#)  
258 Die dritte Person der Hamas, gegen die der Haftbefehlsantrag eingereicht wurde, ist  
259 bereits getötet worden.

260 Kriterien für wissenschaftliche Förderanträge zur Person außerhalb des Strafrechts  
261 lehnen wir als Methode zur Bekämpfung von Diskriminierung grundsätzlich ab. Diese Art  
262 der Methodik ist extrem anfällig für Machtmissbrauch und Selbstzensur.

263 Wir erkennen an, dass es antisemitismusfreie Proteste gibt, die sich für die  
264 Palästinenser\*innen einsetzen. Wir erkennen die Gefahr, dass eine voreingenommene  
265 Haltung hier rassistische Merkmale aufweisen kann. Ein Trend zu einer Protestform wie  
266 einem Camp allein zeigt noch keine organisatorische Zusammenarbeit und rechtfertigt  
267 keine Verallgemeinerung. Ein Protestcamp in einer Stadt kann antisemitische Haltungen  
268 vertreten, ein anderes parallel dazu oder in einer anderen Stadt nicht. Gewaltvolle  
269 Angriffe auf Camps sind inakzeptabel und zu verhindern.

#### 270 **Konsequenzen**

271 Die Sicherheit Israels muss, insbesondere gegenüber der Hamas und dem Iran,  
272 garantiert werden. Das gelingt aber nicht mit der aktuellen Kriegsstrategie der  
273 politischen Führung in Israel. Die Art der Kriegsführung der israelischen Regierung  
274 bindet massiv militärische Fähigkeiten im Gazastreifen, verschlechtert die Chancen,  
275 die Geiseln lebend zu befreien und befeuert eine breite, einseitige Solidarisierung  
276 mit der Hamas in allen Teilen der Welt. So kann keine politische Isolation der Hamas  
277 erreicht werden. Im Gegenteil, sie besitzt so viel Unterstützung wie noch nie.

278 Auf dem Bundeskongress 2012 haben wir beschlossen, dass die politische Entmachtung  
279 der Hamas unser Ziel ist. Das bedeutet die Unfähigkeit zu jeder politischen oder  
280 terroristischen Handlung und/oder Auflösung dieser Gruppe. Um solch eine Isolation zu  
281 erreichen, braucht es vor allem eine Trockenlegung von Finanz- und Waffenströmen aus  
282 dem Ausland und eine politische und wirtschaftliche Perspektive der palästinensischen  
283 Bevölkerung. Alle terroristischen Gruppen, die aus mangelnder politischer

284 Partizipation von großen Gruppen entstanden sind und die heute keine Anschläge mehr  
285 verüben, konnten in die Entwaffnung und Auflösung gedrängt werden, wenn es eine echte  
286 politische Partizipationsmöglichkeit und keine signifikante Entrechtung der  
287 entsprechenden Minderheit mehr gab. Dies betrifft beispielsweise die irische IRA und  
288 die baskische ETA. Eine solche Lösung muss weiterhin das Ziel unseres politischen  
289 Handelns und das der Bundesregierung sein.

290 Wir fordern als Konsequenz für den Unwillen der israelischen Regierung, eine  
291 völkerrechtskonforme und nachhaltige Strategie zu etablieren, einen  
292 Waffenlieferungsstopp bis zum Ende des Krieges. Von diesem Stopp sind Zulieferteile  
293 für den Iron Dome und Systeme, die essentiell für Israels atomare  
294 Zweitschlagsfähigkeit sind, ausgenommen. Alle anderen Rüstungsgüter, die  
295 Ausfuhrgenehmigungen benötigen, sollen gestoppt werden. Das sind Angaben der  
296 Bundesregierung zufolge vor allem Panzerabwehrwaffen, sowie klein- und großkalibrige  
297 Munition[36]. Seit dem Jahreswechsel 2023/2024 liefert Deutschland kaum noch  
298 nennenswerte Mengen an Kriegsmaterial an Israel[37]. Über die Zahl der Anträge auf  
299 Ausfuhr von Rüstungsgütern informiert die Bundesregierung nicht. Eine bewusste  
300 Reduktion ist somit nicht eindeutig feststellbar. Es braucht aber die  
301 öffentlichkeitswirksame Ablehnung der israelischen Kriegsstrategie für den maximalen  
302 Druck zur Beendigung des Krieges, dessen Ende wir anstreben. Da die Sicherheit der  
303 Menschen in Israel weiterhin durch den Iran und die Hisbollah bedroht ist, braucht es  
304 für die Dauer des Krieges und des Waffenembargos andere Wege des militärischen  
305 Schutzes durch westliche Staaten. Wege, die nicht die Sicherheit der Menschen im  
306 Gazastreifen gefährden. Diese Haltung wollen wir auch explizit in die SPD tragen.

307 Wir schließen uns den Forderungen des Netzwerks feministische Außenpolitik in der SPD  
308 für die Forderungen für eine Nachkriegsordnung im Gazastreifen an. Es braucht nach  
309 dem Krieg einen Wiederaufbau der lebenswichtigen Infrastruktur im Gazastreifen und  
310 ein robustes Wirtschaftssystem, das dauerhaft ein Existenzminimum und langfristige  
311 Perspektiven für die Menschen vor Ort gewährleistet. Wir lehnen die Politisierung von  
312 existenzsichernder humanitärer Hilfe ab. Es braucht darüber hinaus internationale  
313 Unterstützung für eine Beweissammlung der sexuellen Gewalt der Hamas und der IDF und  
314 entsprechende Anklagen. Um das Pochen der Bundesregierung auf völkerrechtliche  
315 Prinzipien z.B. im Ukrainekrieg bei anderen Akteuren glaubhafter zu machen, ist eine  
316 Anwendung dieser Prinzipien insbesondere hier wichtig.

317 [\[1\]](#)  
318 [https://www.hrw.org/news/2023/10/09/israel/palestine-devastating-civilian-toll-](https://www.hrw.org/news/2023/10/09/israel/palestine-devastating-civilian-toll-parties-flout-legal-obligations)  
319 [parties-flout-legal-obligations](https://www.hrw.org/news/2023/10/09/israel/palestine-devastating-civilian-toll-parties-flout-legal-obligations)

320 [\[2\]](#)  
321 <https://www.nytimes.com/2023/10/27/world/middleeast/palestine-gazans-hamas-food.html>

322 [\[3\]](#)  
323 [https://www.spiegel.de/ausland/israel-stellt-wasserversorgung-im-sueden-des-](https://www.spiegel.de/ausland/israel-stellt-wasserversorgung-im-sueden-des-gazastreifens-wieder-her-a-5006e23c-1e59-4f08-a443-68aec19b7dc5)  
324 [gazastreifens-wieder-her-a-5006e23c-1e59-4f08-a443-68aec19b7dc5](https://www.spiegel.de/ausland/israel-stellt-wasserversorgung-im-sueden-des-gazastreifens-wieder-her-a-5006e23c-1e59-4f08-a443-68aec19b7dc5)

- 325 [\[4\]](#)
- 326 [https://www.zeit.de/politik/ausland/2023-10/gazastreifen-blockade-israel-hamas-](https://www.zeit.de/politik/ausland/2023-10/gazastreifen-blockade-israel-hamas-angriff)
- 327 [angriff](#)
- 328 [\[5\]](#)
- 329 [https://www.ipcinfo.org/fileadmin/user\\_upload/ipcinfo/docs/IPC\\_Famine\\_Review\\_Committee](https://www.ipcinfo.org/fileadmin/user_upload/ipcinfo/docs/IPC_Famine_Review_Committee_Report_Gaza_June2024.pdf)
- 330 [e\\_Report\\_Gaza\\_June2024.pdf](#)
- 331 [\[6\]https://de.wfp.org/hunger-beenden](#)
- 332 [\[7\]](#)
- 333 [https://www.emro.who.int/images/stories/palestine/WHO\\_WHO\\_oPt\\_Operational\\_Plan\\_April\\_](https://www.emro.who.int/images/stories/palestine/WHO_WHO_oPt_Operational_Plan_April_2024.pdf?ua=1)
- 334 [2024.pdf?ua=1](#)
- 335 [\[8\]https://www.emro.who.int/images/stories/Sitrep\\_-\\_issue\\_37b.pdf](#)
- 336 [\[9\]](#)
- 337 [https://www.theguardian.com/world/2024/feb/10/israel-appears-to-be-in-breach-of-icj-](https://www.theguardian.com/world/2024/feb/10/israel-appears-to-be-in-breach-of-icj-orders-on-gaza-senior-un-official-says)
- 338 [orders-on-gaza-senior-un-official-says](#)
- 339 [\[10\]](#)
- 340 [https://edition.cnn.com/2024/03/01/middleeast/gaza-aid-israel-restrictions-](https://edition.cnn.com/2024/03/01/middleeast/gaza-aid-israel-restrictions-investigation-intl-cmd/index.html)
- 341 [investigation-intl-cmd/index.html](#)
- 342 [\[11\]https://www.zeit.de/gesundheit/2023-11/humanitaere-situation-gaza-who-ngo](#)
- 343 [\[12\]](#)
- 344 [https://edition.cnn.com/2024/03/08/middleeast/gaza-israelis-aid-trucks-](https://edition.cnn.com/2024/03/08/middleeast/gaza-israelis-aid-trucks-protests/index.html)
- 345 [protests/index.html](#)
- 346 [\[13\]](#)
- 347 [https://www.theguardian.com/world/2024/jan/29/israeli-ministers-attend-conference-](https://www.theguardian.com/world/2024/jan/29/israeli-ministers-attend-conference-calling-for-voluntary-migration-of-palestinians)
- 348 [calling-for-voluntary-migration-of-palestinians](#)
- 349 [\[14\]](#)
- 350 [https://www.fr.de/politik/netanjahu-israel-besiedlung-gazastreifens-traumerei-](https://www.fr.de/politik/netanjahu-israel-besiedlung-gazastreifens-traumerei-radikalen-rechten-92762847.html)
- 351 [radikalen-rechten-92762847.html](#)
- 352 [\[15\]https://www.tagesschau.de/ausland/asien/israel-armee-hamas-angriff-100.html](#)
- 353 [\[16\]https://www.hrw.org/news/2023/12/18/israel-starvation-used-weapon-war-gaza](#)
- 354 [\[17\]](#)
- 355 [https://www.timesofisrael.com/smotrich-it-may-be-justified-to-starve-2-million-](https://www.timesofisrael.com/smotrich-it-may-be-justified-to-starve-2-million-gazans-but-world-wont-let-us/)
- 356 [gazans-but-world-wont-let-us/](#)
- 357 [\[18\]](#)
- 358 [https://www.zeit.de/2024/03/voelkermord-klage-israel-gazastreifen-suedafrika-](https://www.zeit.de/2024/03/voelkermord-klage-israel-gazastreifen-suedafrika-krieg/seite-2)
- 359 [krieg/seite-2](#)
- 360 [\[19\]https://www.tagesschau.de/ausland/asien/israel-geiseln-getoetet-102.html](#)
- 361 [\[20\]https://www.tagesschau.de/ausland/asien/israel-geiseln-tot-100.html](#)
- 362 [\[21\]](#)
- 363 <https://www.timesofisrael.com/israel-wont-end-war-for-deal-to-free-all-hostages-pms->

364 [aide-said-to-tell-families/](#)

365 [\[22\]https://docs.google.com/document/d/1ayfutoMsaTsuhk1ldzH9l7DmAv9WqNtZ/mobilebasic](#)

366 [\[23\]](#)

367 [https://www.derstandard.de/story/3000000198169/waehlt-tatsaechlich-ein-ki-system-die-](#)

368 [ziele-israels-im-gaza-krieg-aus](#)

369 [\[24\]](#)

370 [https://www.theguardian.com/world/2023/dec/01/the-gospel-how-israel-uses-ai-to-](#)

371 [select-bombing-targets](#)

372 [\[25\]](#)

373 [https://edition.cnn.com/interactive/2024/08/middleeast/gaza-israel-hamas-battalions-](#)

374 [invs-intl/](#)

375 [\[26\]](#)

376 [https://www.timesofisrael.com/idf-chief-said-to-unbraid-netanyahu-for-failing-to-lay-](#)

377 [out-post-war-plan-for-gaza/](#)

378 [\[27\]](#)

379 [https://www.tagesschau.de/ausland/asien/jordanien-israel-palaestiner-iran-100.html](#)

380 [\[28\]](#)

381 [https://www.tagesschau.de/ausland/rechtsextreme-krieg-nahost-israel-gaza-hamas-](#)

382 [100.html](#)

383 [\[29\]](#)

384 [https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/igh-israels-besatzung-im-westjordanland-](#)

385 [voelkerrechtswidrig-19867250.html](#)

386 [\[30\]https://www.deutschlandfunk.de/israel-justizreform-netanyahu-100.html](#)

387 [\[31\]](#)

388 [https://edition.cnn.com/2024/05/10/middleeast/israel-sde-teiman-detention-](#)

389 [whistleblowers-intl-cmd/index.html](#)

390 [\[32\]](#)

391 [https://www.haaretz.com/israel-news/2024-07-30/ty-article/.premium/idf-move-troops-](#)

392 [to-base-where-mob-protested-arrest-of-soldiers-for-abusing-gaza-detainee/00000191-](#)

393 [008a-d643-a1d1-b88eb6730001](#)

394 [\[33\]](#)

395 [https://www.zdf.de/nachrichten/politik/ausland/nahost-konflikt-antrag-haftbefehl-](#)

396 [internationaler-straengerichtshof-netanjahu-hamas-100.html](#)

397 [\[34\]https://sz.de/lux.7RQq8xBv5gznqhJmXXZ9Zd](#)

398 [\[35\]](#)

399 [https://www.icc-cpi.int/news/statement-icc-prosecutor-karim-aa-khan-kc-applications-](#)

400 [arrest-warrants-situation-state](#)

401 [\[36\]](#)

402 [https://www.bundestag.de/resource/blob/992664/3b8ffc5891cf570ba0404a444567f0fe/WD-5-](#)

403 [004-24-pdf.pdf](#)

404 [\[37\]](#)

405 <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/deutschland-israel-kriegswaffen-exporte->

406 [100.html](#)

## Antrag E03: Georgien zwischen Hoffnung und Krise - Wie wir die Demokratiebewegung unterstützen können!

<b>Antragsteller*in:</b>	UB Wuppertal
<b>Sachgebiet:</b>	E - Europa und Internationales

1 Seit mehreren Jahren erhebt die georgische Bevölkerung ihre Stimme gegen die  
2 autoritären Tendenzen der Staatsführung und fordert den Beitritt ihres Landes zur  
3 Europäischen Union sowie eine umfassende Demokratisierung des Staates. Diese  
4 anhaltenden Proteste sind Ausdruck eines tiefen Unmuts über stagnierende Reformen,  
5 eine zunehmende politische Polarisierung und anhaltende soziale Probleme, die  
6 Georgien seit seiner Unabhängigkeit im Jahr 1991 belasten. Die Menschen in Georgien,  
7 die sich mutig für Freiheit und Demokratie einsetzen, verdienen unsere  
8 uneingeschränkte Solidarität und Unterstützung.

9 Als ehemalige Sowjetrepublik hat Georgien eine äußerst turbulente Geschichte  
10 durchlebt, die von internen Konflikten und abtrünnigen Provinzen wie Abchasien und  
11 Südossetien geprägt ist. Diese Gebiete haben seit den frühen 1990er Jahren wiederholt  
12 versucht, sich von Georgien abzuspalten, was zu erheblichen Spannungen und  
13 bewaffneten Auseinandersetzungen geführt hat. Der Höhepunkt dieser Spannungen war der  
14 Krieg zwischen Georgien und Russland im Jahr 2008, der zu einer massiven Eskalation  
15 führte und das Land in eine tiefe Krise stürzte. Im Anschluss an diesen Konflikt  
16 wurde ein Waffenstillstandsabkommen, bekannt als der 6-Punkte-Plan, unter Vermittlung  
17 der Europäischen Union ausgehandelt. Dieses Abkommen sollte die Kämpfe beenden und  
18 die Grundlage für eine friedliche Lösung der territorialen Streitigkeiten legen.

19 Der 6-Punkte-Plan, der ursprünglich als Weg zur Deeskalation und Stabilisierung  
20 gedacht war, wurde jedoch nie vollständig umgesetzt. Die wichtigsten Bestimmungen des  
21 Plans – darunter die Rückkehr der georgischen und russischen Truppen auf ihre  
22 Positionen von vor dem Krieg, die Bereitstellung humanitärer Hilfe für die  
23 betroffenen Gebiete und die Einleitung internationaler Gespräche über die Sicherheit  
24 in den abtrünnigen Regionen – blieben weitgehend unerfüllt. Trotz der Unterzeichnung  
25 dieses Abkommens hat Russland weiterhin Truppen in Abchasien und Südossetien  
26 stationiert und unterstützt de facto die separatistischen Regierungen in diesen  
27 Regionen. Dies stellt eine andauernde Bedrohung für die territoriale Integrität und  
28 nationale Sicherheit Georgiens dar und verschärft die sicherheitspolitischen  
29 Herausforderungen, denen das Land gegenübersteht.

30 Neben diesen sicherheitspolitischen Herausforderungen kämpft Georgien auch mit  
31 erheblichen sozialen und wirtschaftlichen Problemen. Ein Drittel der georgischen  
32 Bevölkerung lebt unterhalb der Armutsgrenze, was zu einer tiefen sozialen Kluft und  
33 einer weit verbreiteten Unzufriedenheit in der Bevölkerung führt. Hohe  
34 Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung sind allgegenwärtig, insbesondere in  
35 ländlichen Gebieten, wo die wirtschaftliche Entwicklung stagniert. Diese sozialen

36 Probleme werden durch eine unzureichende Infrastruktur und geringe Investitionen in  
37 Bildung und Gesundheit verschärft, was die Lebensqualität vieler Menschen weiter  
38 beeinträchtigt. Hinzu kommen erhebliche ökologische Herausforderungen, die das Land  
39 belasten. Geringe Umweltschutzstandards und die anhaltende Abholzung von Wäldern  
40 haben zu einer Verschlechterung der Umweltbedingungen geführt. Die Luftverschmutzung  
41 in städtischen Gebieten ist alarmierend hoch und stellt ein ernstes Gesundheitsrisiko  
42 für die Bevölkerung dar. Diese Umweltprobleme verschärfen die ohnehin schwierigen  
43 Lebensbedingungen.

44 Trotz dieser schwierigen Bedingungen hat sich Georgien 2014 dem europäischen  
45 Assoziierungsabkommen angeschlossen. Dieses Abkommen stellt einen wichtigen Schritt  
46 in Richtung einer engeren Integration Georgiens in die Europäische Union dar und  
47 verpflichtet das Land zu umfassenden Reformen in den Bereichen Demokratie,  
48 Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte und nachhaltige Entwicklung. Die Umsetzung dieser  
49 Reformen stellt jedoch eine enorme Herausforderung dar, insbesondere angesichts der  
50 tiefen politischen Spaltungen und der wachsenden gesellschaftlichen Unzufriedenheit.  
51 Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit, insbesondere durch das Bundesministerium für  
52 wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), spielt eine wichtige Rolle bei  
53 der Unterstützung Georgiens auf diesem Weg. Durch gezielte Investitionen in die  
54 nachhaltige Wirtschaftsentwicklung, den Schutz und die nachhaltige Nutzung  
55 natürlicher Ressourcen sowie die Stärkung von Demokratie, Zivilgesellschaft und  
56 öffentlicher Verwaltung trägt Deutschland dazu bei, die Lebensbedingungen der  
57 georgischen Bevölkerung zu verbessern und die demokratischen Strukturen des Landes zu  
58 festigen.

59 Allerdings sehen wir mit großer Sorge die zunehmende politische Polarisierung im  
60 Land, die durch ein eingeschränktes Medienspektrum und unzureichenden  
61 Minderheitenschutz, insbesondere für queere Menschen (LGBTQIA+), weiter verschärft  
62 wird. Diese Polarisierung hat zu einem Klima des Misstrauens und der Intoleranz  
63 geführt, das die demokratischen Prozesse im Land gefährdet und die gesellschaftliche  
64 Spaltung vertieft. Besonders alarmierend ist das sogenannte „Gesetz zur Transparenz  
65 ausländischer Einflussnahme“, das am 14.05.2024 von der georgischen Regierung  
66 verabschiedet wurde. Dieses Gesetz verpflichtet Organisationen, die mehr als ein  
67 Fünftel ihrer Finanzierung aus dem Ausland erhalten, sich als „ausländische Agenten“  
68 zu registrieren. Ein solches Gesetz erinnert stark an die repressiven Maßnahmen in  
69 Russland und wird weithin als Angriff auf oppositionelle Kräfte, unabhängige Medien  
70 und Nichtregierungsorganisationen (NGOs) gesehen. Die Verabschiedung dieses Gesetzes  
71 schwächt die Zivilgesellschaft erheblich und schränkt die Meinungsfreiheit sowie die  
72 Rechte von Minderheiten weiter ein. Es werden auch die Beziehungen zwischen Georgien  
73 und seinen internationalen Partnern, einschließlich der Europäischen Union und  
74 Deutschlands, ernsthaft belastet. Deshalb fordern wir die Bundesregierung auf, klar  
75 und deutlich Stellung gegen dieses Gesetz zu beziehen und die georgische Regierung zu  
76 drängen, das Gesetz zurückzunehmen. Es ist unerlässlich, dass die internationale  
77 Gemeinschaft, insbesondere Deutschland und die Europäische Union, weiterhin Druck auf  
78 die georgische Regierung ausübt, um die demokratischen Rechte und Freiheiten der

79 georgischen Bevölkerung zu schützen.

80 Darüber hinaus sollten wir die Unterstützung der Zivilgesellschaft in Georgien weiter  
81 ausbauen und gezielt Maßnahmen zur Förderung der Menschenrechte und zur Sicherung der  
82 freien Meinungsäußerung vor Ort ergreifen. Die georgische Demokratiebewegung und  
83 zivilgesellschaftliche Initiativen benötigen verstärkte Unterstützung durch die  
84 Bundesrepublik Deutschland und die Europäische Union, um ihre Arbeit fortzusetzen und  
85 die notwendigen Reformen voranzutreiben. Die jüngste Entscheidung, Georgien am 14.  
86 Dezember 2023 den EU- Beitrittsstatus zu gewähren, stellt eine historische Chance  
87 dar, die als Anreiz genutzt werden sollte, um notwendige Reformschritte einzuleiten  
88 und die Integration Georgiens in die NATO und EU voranzutreiben.

89 In diesem Zusammenhang ist es von entscheidender Bedeutung, dass die deutsche  
90 Entwicklungszusammenarbeit weiterhin in die nachhaltige Wirtschaftsentwicklung, den  
91 Umweltschutz und die Stärkung der Demokratie in Georgien investiert. Diese  
92 Unterstützung ist nicht nur für die Stabilität und Entwicklung Georgiens von  
93 entscheidender Bedeutung, sondern auch für die Sicherheit und den Zusammenhalt in der  
94 gesamten europäischen Region.

95 Wir stehen fest an der Seite der georgischen Bevölkerung in ihrem Kampf für  
96 Demokratie und Freiheit und fordern die Bundesregierung und die Europäische Union  
97 auf, klar Stellung gegen das Gesetz zu beziehen und die georgische Regierung  
98 nachdrücklich aufzufordern, dieses Gesetz und ähnliche undemokratische Maßnahmen zu  
99 revidieren. Die Unterstützung der Zivilgesellschaft in Georgien muss ausgebaut  
100 werden, indem gezielte Maßnahmen zur Förderung der Menschenrechte und zur Sicherung  
101 der freien Meinungsäußerung vor Ort ergriffen werden. Es ist notwendig, die  
102 georgische Demokratiebewegung und zivilgesellschaftliche Initiativen durch verstärkte  
103 internationale Unterstützung zu fördern, um die dringend benötigten Reformen  
104 voranzutreiben und die Integration Georgiens in die EU und die NATO zu erleichtern.

105 Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit sollte weiterhin in die nachhaltige  
106 Wirtschaftsentwicklung, den Schutz natürlicher Ressourcen und die Stärkung der  
107 demokratischen Strukturen in Georgien investieren, um die Lebensbedingungen der  
108 georgischen Bevölkerung zu verbessern und zur politischen Stabilität des Landes  
109 beizutragen. Die jüngsten Entwicklungen und die historische Chance des EU-  
110 Beitrittsstatus müssen als Hebel genutzt werden, um die notwendigen Reformen in  
111 Georgien anzustoßen und die Integration des Landes in die euro-atlantischen  
112 Strukturen zu fördern.

## Antrag E04: Tatsachen statt Phrasen dreschen - für eine stabile Nahost-Politik der SPD

Antragsteller*in:	UB Bochum
Sachgebiet:	E - Europa und Internationales

- 1 Mit dem Ziel, dass die Bundesrepublik Deutschland und die SPD als stärkste Partei im  
2 Deutschen Bundestag sich konstruktiv für die **nachhaltige Befriedung des Israel-**  
3 **Palästina-Konflikts** einsetzen,
- 4 • fordern wir die SPD und ihre Abgeordneten im Deutschen Bundestag und im  
5 Europäischen Parlament auf, sich deutlich zum **Völkerrecht**, insbesondere zur  
6 Charta der Vereinten Nationen und zum **Statut des Internationalen**  
7 **Strafgerichtshofs**, zu bekennen. Damit einher muss auch ein eindeutiges  
8 Bekenntnis gehen, die Urteile, Strafmaßnahmen und Haftbefehle des  
9 Internationalen Gerichtshofs (IGH) und des Internationalen Strafgerichtshofs  
10 (IStGH) vorbehaltlos umzusetzen, selbst wenn sich diese gegen verbündete Staaten  
11 und deren Regierungsmitglieder richten sollten.
  - 12 • fordern wir die Bundesregierung auf, aktiv auf die **Umsetzung der UN-Resolutionen**  
13 in Bezug auf den Nahost-Konflikt hinzuwirken (v.a. Resolution 194 zum  
14 Rückkehrrecht der palästinensischen Flüchtlinge, Resolution 1397 zur 2-Staaten-  
15 Lösung, Resolution 2334 zur Illegalität der israelischen Siedlungen, Resolution  
16 2735 zur Waffenruhe im Gazastreifen).
  - 17 • fordern wir von der Bundesregierung, sich aktiv und vehement und in Abstimmung  
18 mit den Europäischen Partnern, den USA und weiteren Verbündeten sowie den  
19 arabischen Staaten und der israelischen Zivilgesellschaft für die **nachhaltige**  
20 **Schaffung eines souveränen palästinensischen Staates** einzusetzen. Dieser kann  
21 nur schrittweise aus der palästinensischen Autonomiebehörde heraus entwickelt  
22 werden und kann keine Beteiligung der Hamas oder anderer islamistischer und  
23 antisemitischer Terrororganisationen bedeuten. Deutschland soll sich dafür  
24 einsetzen, dass möglichst zügig mit der Übertragung derjenigen Kompetenzen über  
25 das Westjordanland, die einen Staat ausmachen, an die Autonomiebehörde begonnen  
26 wird, darunter insbesondere die Souveränität über das Steuerwesen, die Justiz,  
27 die Staatsangehörigkeit und die Infrastruktur. Sicherheitsaufgaben sollen dabei  
28 zunächst in internationale Verantwortung übergehen, bis ein palästinensischer  
29 Staat notwendige Strukturen geschaffen hat. Deutschland soll den Aufbau  
30 staatlicher Strukturen und die Ausbildung entsprechender Kräfte aktiv  
31 unterstützen.
  - 32 • fordern wir, dass ein solcher **palästinensischer Staat niemals eine**  
33 **Sicherheitsbedrohung für die Existenz des israelischen Staates und seiner**  
34 **Bevölkerung** sein darf. Dazu soll die polizeiliche und vor allem die militärische  
35 Kontrolle zuerst in internationale Hand gegeben werden. Langfristig soll dann

36 eine Übertragung an den palästinensischen Staat erfolgen, wenn sicherzustellen  
37 ist, dass keine islamistischen und antisemitischen Akteure an polizeiliche oder  
38 militärische Macht kommen. Ein palästinensischer Staat muss Bedrohungen für den  
39 israelischen Staat, z.B. islamistische Organisationen, die das Existenzrechts  
40 Israels leugnen, aufspüren und aktiv bekämpfen. Liegen berechnete Zweifel vor,  
41 dass der palästinensische Staat dies nicht tut, soll die internationale  
42 Staatengemeinschaft, namentlich die UN, eingreifen.

43 • fordern wir, dass der Fortschritt bei der Umsetzung völkerrechtlicher  
44 Verpflichtungen und zur Zwei-Staaten-Lösung eng von der Bundesregierung und dem  
45 Deutschen Bundestag begleitet und überwacht wird. Die Bundesregierung wird dazu  
46 aufgefordert, diejenigen Akte und Akteure klar zu benennen und zu verurteilen,  
47 die den Bestimmungen des Völkerrechts, dem Selbstbestimmungsrecht der  
48 Palästinenser\*innen und der Völkerverständigung zuwiderhandeln. Im Benehmen mit  
49 den internationalen Partnern muss die Bundesregierung bereit sein, nötigenfalls  
50 **Maßnahmen gegen Einzelpersonen und Organisationen, inkl. Regierungsparteien und**  
51 **-mitglieder**, zu ergreifen, die sich gegen das Selbstbestimmungsrecht des  
52 palästinensischen Volkes einsetzen und/oder die für Kriegsverbrechen und  
53 Hassverbrechen verantwortlich sind (z.B. gewalttätige Siedler). Die  
54 Bundesregierung ist aufgefordert, sich für den Rückbau illegaler Siedlungen  
55 einzusetzen. Kollektive Sanktionen gegen den israelischen Staat wie  
56 Wirtschaftssanktionen oder Waffenexportverbote sollten das das letzte Mittel  
57 sein, doch darf die Bundesregierung nicht vor diesen zurückschrecken, sollte  
58 systematisch eine Lösung des Konflikts durch staatliche Organe hintertrieben  
59 werden. **Maßnahmen des internationalen Rechts** gegen Einzelpersonen oder Staaten  
60 bei Kriegsverbrechen, Hassverbrechen und Weigerung internationales Recht  
61 umzusetzen, sollen geprüft und von der deutschen Regierung in die Wege geleitet  
62 werden.

## Begründung

Der 7. Oktober 2023 wird als das „9/11 Israels“ in die Geschichte eingehen<sup>1</sup>. Durch den brutalen Terrorangriff der Hamas wurden auf israelischer Seite über 1200 Menschen ermordet, mehr als 5400 verletzt und 240 Personen nach Gaza entführt. Es handelt sich um den größten Massenmord an Juden seit dem Holocaust<sup>2</sup>. Die internationale Anteilnahme und Solidarität war groß.

Doch schnell machten sich auch Sorgen vor Israels Reaktion breit. So schrieb der Politikwissenschaftler Cornelius Adebahr von der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik bereits am 9. Oktober im Handelsblatt, dass die USA nach 9/11 durch „Selbstüberschätzung, Alleingänge und die Missachtung des Völkerrechts“ viel Vertrauen, Ansehen und Macht verspielt haben und dass Israel dies besser machen solle<sup>3</sup>. Auch US-Präsident Biden warnt noch im Oktober Ministerpräsident Netanjahu vor **Wiederholung von Fehlern der USA nach 9/11** <sup>4</sup>. Auch die deutsche Politik, auch die SPD und vor allem die deutsche Regierung hätte in diesem Moment eine solidarisch-mahnende Stimme gegenüber Israel sein können und sein müssen. Doch Olaf Scholz spricht am 26. Oktober über Israel von einem „demokratischen Staat mit sehr humanitären Prinzipien“, man könne sich sicher sein, dass die israelische Armee, die Regeln aus dem Völkerrecht beachten werde. Daran habe er keine Zweifel<sup>5</sup>. Am 11. Oktober zitiert Markus

Lanz den israelischen Verteidigungsminister Yoav Gallant bezüglich einer Blockade des Gaza-Streifens: „Wir blockieren das, da gibt es kein Strom, da gibt es kein Wasser, wir hungern euch aus“ – Androhung eines Kriegsverbrechens. SPD-Außenpolitiker Michael Roth sagt daraufhin, dass jetzt nicht die Zeit für mahnende Worte an die Israelis sei. Dass die Zerstörung der Hamas im dicht besiedelten Gaza nicht mit schönen Bildern verbunden und schrecklich sein wird, ist ihm bewusst, müsse man aber hinnehmen<sup>6</sup>.

Israels Reaktion in den folgenden Tagen, Wochen und Monaten bestätigte diese Befürchtungen. Zu nennen sei die **unfassbar hohe Zahl an Verletzten und Toten**. Nach Angaben des palästinensischen Gesundheitsministeriums, welches zwar von der Hamas kontrolliert wird, dessen Zahlen aber als glaubwürdig eingestuft werden<sup>7</sup>, sind seit dem 07. Oktober 2023 ca. 38.000 Palästinenser getötet und ca. 87.000 Palästinenser verletzt worden (Stand 14.07.2024)<sup>8</sup>. Zu den Getöteten und Verletzten werden auch Hamas-Kämpfer gezählt, allerdings sollen bisher mehr als die Hälfte aller Toten Frauen und Kinder seien<sup>9</sup>. Nach Panorama-Angaben sind dies gemessen an der Zahl der Angriffe auf Gaza und an der dort lebenden Gesamtbevölkerung, deutlich mehr getötete Unbeteiligte als bei jedem Feldzug einer westlichen Armee in den vergangenen drei Jahrzehnten<sup>10</sup>.

Von Anfang an werden Israel **Kriegsverbrechen** vorgeworfen: ungeleitete Geschosse in dicht besiedelte Gebiete, Sprengung ziviler Einrichtungen wie Universitäten ohne militärischen Nutzen, gezielte Tötung von Zivilisten, gezielte Tötung von Mitarbeitenden von Hilfsorganisationen, Tötungen von Journalisten, Misshandlung von Gefangenen<sup>11</sup>. Am 20.05.2024 hat der Chefankläger des Internationalen Strafgerichtshof Haftbefehle gegen den israelischen Ministerpräsident Benjamin Netanjahu und den Verteidigungsminister Gallant wegen **Verbrechen gegen die Menschlichkeit** und Kriegsverbrechen beantragt<sup>12</sup>. Vor dem Internationalen Gerichtshof läuft ein Verfahren wegen möglichen Völkermordes Israels an der palästinensischen Bevölkerung, Ende Mai verfügt der IGH ein Stopp des Militäreinsatzes in Rafah<sup>13</sup>. Bereits im Februar hatte ein niederländisches Gericht Waffenexporte an Israel verboten, da eine Mitverantwortung für etwaige Völkerrechtsverstöße in Gaza drohe<sup>14</sup>.

Der Gazastreifen gleicht inzwischen einem unbewohnbaren und unregierbaren Trümmerhaufen, indem sich zwei Millionen Menschen irgendwie am Leben halten. Die Kämpfe gegen die Hamas gehen weiter und aus eigentlich längst erobertem Gebiet werden wieder Raketen der Hamas auf Israel geschossen. Benjamin Netanjahu ist mit seinen Kriegszielen die Hamas zu zerstören und die Geiseln zu befreien, krachend gescheitert. Die Fortführung des Krieges bringt keine weitere Verbesserung, aber auch eine Waffenruhe lehnte Israel bisher ab. Des Weiteren weigert sich die israelische Regierung einen **Plan für den „day after“** – die Zeit nach dem Ende des israelischen Militäreinsatzes in Gaza – vorzulegen. Teile der Israelischen Regierung fordern eine Wiederbesiedlung des Gazastreifens durch israelische Siedler, Netanjahu lehnt diesen Plan offiziell ab<sup>15</sup>. Genauso lehnt er und seine gesamte Regierung die Zwei-Staaten-Lösung und ein Stopp der Siedlungspolitik im Westjordanland ab, die für eine langfristige friedliche Koexistenz unabdingbar sind<sup>16</sup>.

Benjamin Netanjahu gefährdet mit seinem Kurs die **Sicherheit der israelischen Bevölkerung**. Wie es von so vielen befürchtet wurde, hat er mit seinem Kriegseinsatz jegliches Maß verloren, sich und sein Land **international isoliert** und das Ansehen seines Landes und seiner Verbündeten massiv verschlechtert. Der Gazastreifen liegt in Schutt und Asche, die Hamas ist nicht bekämpft und die Anzahl potentieller Terroristen, die Israel am liebsten vernichten würden, dürfte deutlich höher sein als vor dem Terrorangriff der Hamas. Es ist Zeit unsere **historische Verantwortung** gegenüber der jüdischen Bevölkerung ernst zu nehmen und nicht mit einer Verantwortung gegenüber einer rechtsextremen Regierung zu verwechseln. Einen **langfristigen Frieden** und eine **langfristige Sicherheit** für das jüdische Volk kann es nur mit einer Zwei-Staaten-Lösung und somit mit einem israelischen und einem palästinensischen Staat geben. Eine Ablehnung dieser Zwei-Staaten-Lösung und ein negieren des Existenzrechts eines palästinensischen Staates dürfen wir nicht mehr akzeptieren.

Es darf nicht mehr bei Lippenbekenntnissen bleiben. Die Zwei-Staaten-Lösung, der Stopp der Siedlungspolitik im Westjordanland hört man von der Bundesregierung seit Jahrzehnten aber Konsequenzen, wenn Israel wieder und wieder diese notwendigen Schritte bekämpft, sieht man nicht.

Es war absehbar, dass nach der mörderischen Attacke der Hamas vom 7. Oktober ein Rachefeldzug beginnen würde, der Tod und Zerstörung erzeugt. Diese Risiken sehenden Auges missachtet zu haben wird in das Vermächtnis einer SPD-geführten Regierung eingehen. Spätestens jetzt müssen alle möglichen Maßnahmen ergriffen werden um eine Zwei-Staaten-Lösung und somit einen dauernden Frieden zu ermöglichen.

Aktuelle Ergänzungen:

1) Am 18.07.2024 hat das israelische Parlament seine Ablehnung gegen einen palästinensischen Staat bekräftigt und eine entsprechende Resolution verabschiedet<sup>17</sup>.

2) Am 19.07.2024 hat der Internationale Gerichtshof (IGH) sein Rechtsgutachten zur israelischen Besetzung der palästinensischen Gebiete vorgestellt. Der IGH stellt in diesem fest, dass die gesamte israelische Besetzung völkerrechtswidrig und dementsprechend sofort zu beenden sei. Israel betreibe mit seiner Praxis des Siedlungsbaus eine völkerrechtswidrige Annexion (gewaltsame Landnahme/Landraub) der palästinensischen Gebiete<sup>18</sup>.

1 <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/ausland/israel-hamas-angriff-terror-einheit-protest-100.html>

2 <https://www.bpb.de/kurz-knapp/hintergrund-aktuell/547184/sechs-monate-nach-dem-angriff-der-hamas-auf-israel-chronologie-des-kriegsgeschehens/>

3 <https://www.handelsblatt.com/meinung/gastbeitraege/gastkommentar-was-israel-aus-den-anschlaegen-in-den-usa-von-2001-lernen-kann/29435378.html>

4 <https://www.tagesspiegel.de/lassen-sie-sich-nicht-von-wut-verzehren-biden-warnt-israel-vor-wiederholung-von-fehlern-der-usa-nach-911-10649020.html>

5 <https://www.ndr.de/fernsehen/sendungen/panorama/archiv/2024/Todeszone-Gaza-Waffen-aus-Deutschland-,gaza566.html>

6 <https://www.zdf.de/gesellschaft/markus-lanz/markus-lanz-vom-11-oktober-2023-100.html>

7 <https://www.tagesschau.de/faktenfinder/gaza-zahlen-tote-100.html>

8 <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1417316/umfrage/opferzahlen-im-terrorkrieg-der-hamas-gegen-israel/>

9 <https://www.ndr.de/fernsehen/sendungen/panorama/archiv/2024/Todeszone-Gaza-Waffen-aus-Deutschland-,gaza566.html>

10 ebd.

11 ebd.

12 <https://www.lto.de/recht/hintergruende/h/chefanklaeger-istgh-antrag-haftbefehle-hamas-netanjahu-gallant-kriegsverbrechen/>

13 <https://www.lto.de/recht/nachrichten/n/igh-gaza-israel-rafah-offensive-idf-militr-bodenoffensive-krieg-palstina/>

14 <https://www.lto.de/recht/nachrichten/n/den-haag-gericht-niederlande-waffen-krieg-gaza-kriegswaffen-export-ruestungsexport-israel/>

15 <https://www.israelheute.com/erfahren/israelische-abgeordnete-gruenden-ausschuss-fuer-gazastreifen-besiedlung/>

16 <https://taz.de/Netanjahu-und-die-Zweistaatenloesung/!5993144/>

17 <https://www.spiegel.de/ausland/israel-gaza-krieg-israels-parlament-verabschiedet-resolution-gegen-palaestinenserstaat-a-7d32e3b2-8939-4d16-80ff-c96b381f58ab>

18 <https://www.lto.de/recht/nachrichten/n/igh-gutachten-israel-annexion-palaestinensische-gebiete-verstoss-gegen-voelkerrecht/>

# Antrag F01: Kein Platz für Antifeminismus - Incels den Kampf ansagen!

<b>Antragsteller*in:</b>	UB Mönchengladbach
<b>Sachgebiet:</b>	F - Feminismus, Gleichstellung und Diversität

1 Triggerwarnung: Gewalt, Antifeminismus, Sexismus, Antisemitismus  
2 Der Weg in die Bewegung beginnt für Männer meist mit der Suche nach anderen,  
3 frustrierten Gleichgesinnten, die keine Partnerin finden. In der Regel steigert sie  
4 sich zu extremem Frauenhass und endet im schlimmsten Fall in Femiziden. In den  
5 letzten Jahren hat sich die Wirkung des vormaligen Internet Phänomens nach und nach  
6 auch in die echte Welt verlagert und immer mehr Männer zählen sich zu den "Incels".  
7 Die "Incels" (aus dem Englischen "involuntary celibate") sind eine antifeministische  
8 Bewegung, die ihre Wurzeln im Internet hat.

## 9 **Ursprünge der Ideologie**

10 Die Bewegung hat ihren Ursprung in einer Selbsthilfegruppe, die 1997 von Alana, einer  
11 queeren kanadischen Studentin, gegründet wurde. Alana hatte damals Schwierigkeiten  
12 mit ihrer queeren Identität und wollte ein Forum schaffen, das Menschen helfen  
13 sollte, Partner\*innen zu finden. Dieses „Alana’s Involuntary Celibacy Project“ begann  
14 also als Plattform zur Unterstützung bei der Suche nach romantischen Beziehungen.  
15 Die anfängliche Intention wurde durch zunehmend frauenfeindliche Ansichten und eine  
16 toxische Männergemeinschaft ersetzt, die ihre Frustration und ihren Hass gegenüber  
17 Frauen öffentlich machte und sich gegenseitig darin bestärkte. Alana verließ  
18 daraufhin im Jahr 2000 die Plattform. Dabei kommt der Umschwung der Anfangsidee nicht  
19 von ungefähr. Die Ideologie ist auch stark durch die sogenannte "Verführung  
20 Gemeinschaft" bzw. die "Pick-Up-Artist-Bewegung" beeinflusst, die in den 1990er  
21 Jahren in den USA populär wurde.

22 Diese Gruppen propagierten die Vorstellung, dass Männer Frauen durch psychologische  
23 Techniken und manipulative Verhaltensweisen verführen könnten. Frauen wurden in  
24 diesen Diskursen als Objekte betrachtet, die es zu „knacken“ galt. Der tief sitzende  
25 Frauenhass und die Objektivierung von Frauen sind Kernelemente der Pick-Up-Artist-  
26 Bewegung und schufen eine Kultur, in der Frauen als Belohnungen oder Ziele für  
27 männliche „Erfolge“ angesehen wurden. Diese Ansichten spiegeln sich stark in der  
28 ideologischen Grundlage der Incels wider.

## 29 **Was sind Incels?**

30 Der Begriff „Incel“ ist eine Selbstbezeichnung und bedeutet auf Deutsch „ungewollte  
31 Abstinenz“. Er beschreibt Männer, die (vermeintlich) keine romantische und sexuelle  
32 Beziehung mit Frauen haben. Die Incels sind tief in einem antifeministischen Weltbild  
33 verwurzelt. Sie vernetzen sich hauptsächlich in Online-Foren und sozialen Plattformen

34 wie Reddit, wo sie sich als Teil der „Manosphere“ sehen – einem Netzwerk von Männern,  
35 die sich über antifeministische und oft misogynen Ideen austauschen. Grundposition  
36 dieser Bewegung ist, dass Männer ein Recht auf Sex und romantische Beziehungen zu  
37 Frauen hätten, das ihnen von Frauen bewusst vorenthalten werde.

38 Dafür, dass sie keinen Sex mit Frauen haben, machen sie Frauen, den Feminismus und  
39 die sexuelle Revolution verantwortlich. Dadurch, dass Frauen seither selbstbestimmt  
40 leben würden – das Patriarchat ist laut Incels nämlich längst abgeschafft bzw. nicht  
41 existent – befände man sich in einem Zustand, in dem Frauen das Dating-Leben  
42 kontrollieren. Demnach würden sich Frauen ausschließlich nach dem Aussehen ihrer  
43 Partner richten und diese kategorisieren. Die attraktivsten Männer, oft als „Chads“  
44 bezeichnet, würden die meisten romantischen Angebote erhalten, während weniger  
45 attraktive Männer, die als „Incels“ gelten, keinerlei Chancen hätten, da sie von  
46 Frauen als unattraktiv angesehen würden. In ihrer Wahrnehmung gelten Frauen als  
47 oberflächliche Wesen, die andere nur anhand des Aussehens beurteilen. Selbst bewerten  
48 Incels Frauen ebenfalls anhand ihres Aussehens und stufen sie auf Skalen ein. Die  
49 Entmenschlichung von Frauen steht dabei im Fokus.

50 Die Incel-Ideologie nutzt popkulturelle Referenzen, um ihre Weltanschauung zu  
51 verdeutlichen. Das bekannteste Beispiel ist die Analogie zur berühmten Szene aus dem  
52 Film „The Matrix“, in der der Protagonist zwischen der blauen und der roten Pille  
53 wählen muss. Incels sprechen von „bluepilled“ (Illusionsgläubige) und „redpilled“  
54 (die „Wahrheit“ Erkennende). Als „bluepilled“ verstehen sie alle, die nicht wie sie  
55 selbst denken und in einer Art Illusion leben und nicht wie sie „redpilled“ sind und  
56 die „Wahrheit“ der Welt erkannt haben. In den radikalisiertesten Kreisen gibt es  
57 zusätzlich sogenannte „Blackpilled“-Personen, die ein nihilistisches Weltbild und ein  
58 „Beta-Male-Uprising“ anstreben – eine gewalttätige Revolution, bei der Frauen und  
59 sexuell aktive Menschen getötet werden sollen, um anschließend selbst die Macht zu  
60 übernehmen.

61 Die extreme Sichtweise innerhalb der Incel-Community stellt Frauen in eine abwertende  
62 und objektivierende Rolle, was zu einer tiefen Verachtung und aggressiven Haltung  
63 gegenüber Frauen führt. Die Incel-Bewegung ist somit nicht nur ein Ausdruck von  
64 persönlichem Frust, sondern ein zutiefst antifeministisches und frauenfeindliches  
65 Phänomen, das autoritäre Tendenzen und extreme Weltanschauungen fördert.

## 66 **Bedrohung durch Incels**

67 Mittlerweile gibt es eine Vielzahl an Incel-Foren und Untergruppen, die  
68 unterschiedlich extreme Ansichten vertreten und unterschiedlich gewaltbereit sind. So  
69 gibt es immer noch Gruppen, bei denen eher der Frust über eine nicht vorhandene  
70 Partnerin im Fokus steht. Dies darf man jedoch nicht verharmlosen. Eine abwertende,  
71 antifeministische Einstellung ist eine Haupteigenschaft, die sich durch alle Gruppen  
72 zieht. Auch die scheinbar harmloseren Gruppen bieten einen fruchtbaren Boden für  
73 weitere Radikalisierung. Incels mit extremeren Ansichten versuchen oftmals, Menschen  
74 aus anderen Gruppen zu rekrutieren und sie zu radikalisieren.

75 Ihre radikalen Ansichten haben zur Folge, dass einige Incel-Mitglieder extreme  
76 Gewaltfantasien entwickeln. So gibt es unter ihnen eine Strömung, die eine Welt ohne  
77 Frauen oder eine extreme Umverteilung der Sexualität fordert. Hierbei werden  
78 Vorschläge gemacht, alle „Chads“ (attraktive Männer) und alle sexuell aktiven Frauen  
79 zu eliminieren oder dass alle Incel-Mitglieder sich selbst umbringen sollten, um  
80 einen vermeintlich gerechten Zustand herzustellen. Diese gewalttätigen und  
81 selbstzerstörerischen Ideen tragen zur Gefährdung von Gesellschaft und Einzelpersonen  
82 bei.

83 Innerhalb der Incel-Community herrscht eine unheimlich toxische Dynamik, in der  
84 Mitglieder einander attackieren und sich gegenseitig in einem Teufelskreis aus Hass  
85 und Isolation festsetzen. Die Radikalisierung in der Community ging in den letzten  
86 Jahren soweit, dass sie unter anderem in Amokläufen und Femiziden endete, wie in  
87 Kalifornien 2014 oder in Toronto 2018. Die extremistischen Überzeugungen der Incels  
88 sind keine Fantasien, die nur im Internet bleiben. Im schlimmsten Fall enden sie in  
89 tödlicher Gewalt. Die Glorifizierung von Gewalttaten und Attentätern macht die Lage  
90 umso bedrohlicher. Mit Begriffen wie „GO-ER“ wird beispielsweise aktiv dazu  
91 aufgerufen, Amokläufe wie in Kalifornien zu begehen.

## 92 **Überschneidungen mit anderen Diskriminierungsformen**

93 Die Incel-Bewegung zeigt klare Verbindungen zu verschiedenen Diskriminierungsformen  
94 und extremistischen Bewegungen auf. Dazu gehören unter anderem Rassismus,  
95 Antisemitismus und Queerfeindlichkeit. Incel-Ideologie und Antisemitismus  
96 verschmelzen oft, indem beispielsweise die feministische und sexuelle Revolution als  
97 Teil einer jüdischen Weltverschwörung angesehen wird. Der antisemitische Attentäter  
98 von Halle (2019) hatte direkte Verbindungen zur Incel-Community und spielte bei  
99 seinem Livestream während des Attentats ein in Incel-Kreisen populäres Lied ab. Zudem  
100 ist die Ablehnung von allem, was nicht in das binäre heteronormative Weltbild passt,  
101 Bestandteil der Ideologie.

102 Sowohl die Pick-Up-Artist-Bewegung als auch die Incel-Community sind Teil der  
103 „Manosphere“, einer breiteren Online-Subkultur von Männern, die sich gegen Feminismus  
104 und weibliche Empowerment-Phänomene positionieren. Diese Szene weist auch  
105 Überschneidungen mit rechten Bewegungen wie der Alt-Right-Bewegung, die ähnliche  
106 antifeministische und frauenfeindliche Ansichten vertreten, auf. Antifeminismus und  
107 der Wunsch nach starken patriarchalen Rollenbildern sind Elemente, die sich mit  
108 rechtem Gedankengut überschneiden und Verbindungen schaffen.

## 109 **Incels als Ausdruck patriarchaler Missstände**

110 Das grundlegende Gedankengut der Incel-Bewegung ist nicht neu, sondern spiegelt tief  
111 verwurzelte gesellschaftliche und kulturelle Normen wider. Das Verständnis von  
112 Männern und Frauen als „Konkurrent\*innen“ um soziale und romantische Ressourcen ist  
113 in vielen Aspekten unserer Kultur präsent, von Filmen und Serien bis hin zu  
114 alltäglichen Interaktionen. Die Incel-Bewegung nimmt diese Ideen auf und verstärkt

115 sie zu einer extremen Form von Misogynie und Frauenfeindlichkeit.

116 Die Vorstellung, dass Männer aufgrund ihres Aussehens oder ihrer sozialen Stellung  
117 von Frauen abgelehnt würden, ist ein Produkt des sozialen und kulturellen Drucks, der  
118 durch die Medien und die Gesellschaft auf junge Männer wirkt. Ein Druck, der erst  
119 durch das Patriarchat selbst erzeugt wird. Die Bildung des Phänomens der Incels und  
120 ihre rasante Verbreitung sind für uns ein wieder einmal ein klares Zeichen, dass die  
121 Notwendigkeit des feministischen Kampfes hochaktuell ist!

122 **Wir fordern daher:**

123 • Die Entwicklung von Schulungsprogrammen für Sozial\*arbeiterinnen,  
124 Journalist\*innen, Sicherheitsbehörden und politisch Engagierte, um den Umgang  
125 mit antifeministischer Hassrede und die Stärkung der zivilgesellschaftlichen  
126 Resilienz zu fördern.

127 • Frühzeitige und umfassende Bildungsprogramme, um die Fähigkeit zur kritischen  
128 Bewertung von Informationen zu fördern und antifeministische Propaganda zu  
129 erkennen und zu bekämpfen.

130 • Unternehmen zur Verantwortung zu ziehen! Kapitalistische Interessen sollten auf  
131 Plattformen wie Reddit nicht über Gewaltfantasien und Mordaufrufen stehen. Ein  
132 härteres Vorgehen gegen solche Aktivitäten ist dringend von Nöten!

133 • Politische Anerkennung für die nicht nur digitale, sondern reale Gefahr, die von  
134 Incels ausgeht. Die Incel-Bewegung wird von Wissenschaftler\*innen zum Teil als  
135 "stochastischer Terrorismus", also die Radikalisierung einer Gruppe in der  
136 Hoffnung, dass eine Person dann tatsächlich einen Terrorakt begeht, benannt. Der  
137 Schutz unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung ist durch diese  
138 Bewegung in Gefahr. Politische Maßnahmen müssen folgen!

139 Zudem unterstützen wir die Bemühungen der SPD-Landtagsfraktion, Druck auf die  
140 Landesregierung auszuüben, um den Landesaktionsplan gegen Gewalt an Frauen  
141 weiterzuentwickeln. Die konsequente Verstärkung von Maßnahmen gegen antifeministische  
142 und frauenfeindliche Ideologien ist unheimlich wichtig.

143 • Wir fordern zusätzlich eine intensivere Auseinandersetzung der Bundespolitik mit  
144 antifeministischen Ideologien.

## Antrag F02: Schutz vor Gewalt - autonom und für alle!

Antragsteller*in:	RuhrJusos
Sachgebiet:	F - Feminismus, Gleichstellung und Diversität

1 Im Jahr 2022 wurden in Nordrhein-Westfalen rund 64.000 Menschen Opfer von häuslicher  
2 Gewalt. 72 Prozent der Opfer waren weiblich. Im selben Jahr steigt die Zahl der  
3 landesgeförderten Frauenhäuser von 64 auf 69. Bundesweit gibt es aktuell rund 7.000  
4 Plätze in rund 400 Frauenhäusern - in ganz Deutschland.

5 Bundesweit, aber besonders in Nordrhein-Westfalen gibt es zu wenige Häuser mit zu  
6 wenigen Plätzen für Frauen - Mädchen und LBTIN\*-Personen trifft die Situation  
7 besonders schwer. Es gibt multiple Gründe für die schlechten Strukturen, doch allem  
8 vorweg steht die unzulängliche Finanzierung der Frauenhilfe-Infrastruktur. Weitere  
9 Hürden, wie konfessionell gebundene Trägerschaften, binäre Geschlechtervorstellungen  
10 und stereotype Denkmuster stehen einem Schutz für alle Betroffenen noch immer im Weg.

11 **Deshalb fordern wir die Landesregierung auf noch in diesem Jahr folgende Maßnahmen zu**  
12 **ergreifen:**

### 13 **a) Stärkung von autonomer Frauenhilfe-Infrastruktur**

14 Wir wollen eine vielfältige Trägerinnenschaft für die Frauenhilfe-Infrastruktur in  
15 NRW. Wir sehen es als falsch an, wenn nur große Wohlfahrtsverbände wie die Caritas  
16 und die Diakonie in der Frauenhilfe als Träger aktiv sind. Autonome  
17 Frauenhilfestrukturen arbeiten anders, gehen nicht in einem Gesamtkonstrukt auf und  
18 durch die mögliche Vereinsarbeit von autonomen Frauenhilfevereinen wird auch eine  
19 andere politische Auseinandersetzung mit den diversen Themen der Frauenhilfe geführt  
20 werden können. Um dies zu erreichen, muss die Landesregierung u. a. Schulungen für  
21 aktive Frauen in diesen Vorständen anbieten sowie eine öffentlichkeitswirksame  
22 Kampagne durchführen, damit auch Frauen für Nachfolgeregelungen angesprochen werden  
23 und mitarbeiten können, die bisher nicht erreicht wurden. Besonders die Stärkung des  
24 Ehrenamtes in der autonomen Frauenhilfe-Infrastruktur sollte öffentlichkeitswirksam  
25 beworben werden.

### 26 **b) Keine Trägerschaften von konfessionell gebundenen Trägern**

27 Gerade die römisch-katholische Kirche ist in den Grundfesten ihrer eigenen Struktur  
28 misogyn. Wie soll ein Wohlfahrtsverband wie die Caritas, der nach eigenen Aussagen in  
29 der christlichen (katholischen) Tradition steht, glaubwürdig die Interessen von  
30 Frauen vertreten, wenn sie es in ihren eigenen Strukturen nicht schaffen, Frauen und  
31 Kinder vor Gewalt zu schützen?

### 32 **c) Eine Gewaltprävention für ALLE**

33 Die Landesregierung muss ein Konzept vorlegen, wie sie alle sich weiblich  
34 positionierenden Menschen vor Gewalt schützen kann. Bisher entscheidet jedes  
35 Frauenhaus im Einzelfall, ob eine trans\*-, inter\*- oder nicht-binäre Person dort

36 aufgenommen wird. Vom Grundsatz ist dies nicht TIN\*-feindlichkeit, sondern der  
37 Ansatz, dass bei jeder Frau, als auch endo-cis Frauen, eine Einzelfallentscheidung  
38 über eine Aufnahme getroffen wird. Wir benötigen also spezielle Möglichkeiten zur  
39 Unterbringung von LBTIN\*-Weiblichkeiten und dafür gesonderte Strukturen und/oder  
40 Häuser.

41 d) Qualitätsmindestanforderungen in die Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen  
42 zur Förderung von Frauenhäusern

43 Das Ministerium für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration  
44 hat mit dem Runderlass aus dem November 2023 die Frauenhausfinanzierung bis 2028  
45 geregelt. Nicht inbegriffen sind qualitative Mindestanforderungen an Frauenhäuser. So  
46 beschreibt der Erlass zwar eine personelle Untergrenze von zwei  
47 Hochschulabsolventinnen, davon min. eine Sozialpädagogin, einer Erzieherin sowie  
48 einer weiteren Mitarbeiterin sowie, dass ein Frauenhaus min. acht Plätze für Frauen  
49 und ihre Kinder bereitstellen muss, aber nicht ein Wort zu fachlichen Standards die  
50 eingehalten werden müssen.

51 Diese personelle Untergrenze lässt keine 24/7 Begleitung durch Fachkräfte zu Aufgrund  
52 dessen fordern wird eine personelle Mindestausstattung von

53 1. Fünf Hochschulabsolventinnen, davon min. drei SozPäd

54 2. Zwei Erzieherinnen

55 3. Eine Verwaltungsmitarbeiterin

56 4. Bei einem Verhältnis von mehr als 75 % Kinder- zu Frauenplätzen, zwei weitere  
57 SozPäd.

58 Ferner fordern wird die Landesregierung dazu auf, die Mindestplätze von derzeit acht  
59 auf zehn zu erhöhen. Damit verbunden ist eine entsprechende Dynamisierung der Mittel  
60 im Verhältnis zu den damit neu gewonnenen Plätzen und jährlichen Steigerungen wie z.  
61 B. Personal- Immobilien- und Sachkosten.

62 In der Jugendhilfe müssen bspw. Träger\*innen im Vorfeld der Antragstellung für  
63 Zuwendungen anerkannter Träger der Kinder- und Jugendhilfe sein, dies entscheidet der  
64 Kinder- und Jugendhilfeausschuss einer Kommune - wenn dort ein Jugendamt angesiedelt  
65 ist. Daher fordern wir ein landesweites einheitliches und transparentes  
66 Vergabeverfahren zur Vergabe von Frauenhäusern an Träger.

#### 67 **e) Finanzielle Unterstützung schutzsuchender Frauen**

68 Schutzsuchende Frauen benötigen oft finanzielle Unterstützung, die sie meist durch  
69 die Beantragung von Transferleistungen erhalten. Bekommt eine Frau einen Platz im  
70 Frauenhaus, ist es bis zur ersten Auszahlung dieser Transferleistungen meist noch  
71 lang und die Wartezeit muss finanziell überbrückt werden. Deshalb braucht es eine  
72 finanzielle Unterstützung der Schutzsuchenden für die Wartezeit auf staatliche  
73 Leistungen. Um das zu erreichen muss es es für alle schutzsuchenden Frauen einen  
74 Sofortfonds geben, egal, ob sie Leistungen beantragt haben oder nicht. Dieser Fonds  
75 soll von allen Landesregierungen und der Bundesregierung finanziell ausgestattet

76 werden.

77 Der Gewaltschutz muss für alle Frauen zugänglich sein. Das geplante Gewalthilfegesetz  
78 ist ein guter Anfang für eine bundesweite institutionelle Förderung von  
79 Frauenhilfesystem. Nur das kann nach unserem Verständnis die Istanbul Konvention  
80 korrekt umsetzen. Daher fordern wir die Bundesregierung und die Fraktionen von SPD,  
81 Grünen und FDP dazu auf, das Gewalthilfegesetz noch in dieser Legislaturperiode zu  
82 verabschieden und mit ausreichenden finanziellen Ressourcen zu hinterlegen. Ziel muss  
83 sein, dass keine Frau Transferleistungen beantragen muss, um vor Gewalt sicher zu  
84 sein.

#### 85 **f) Stereotype abbauen und Gewaltprävention stärken**

86 Wenn in den Medien über sogenannte Ehrenmorde berichtet wird, steht oft ein Aspekt im  
87 Vordergrund: der Täter wird mit einem islamisch geprägten Herkunftsland in Verbindung  
88 gebracht. Gewaltverbrechen wie sogenannte „Ehrenmorde“ werden in der öffentlichen  
89 Wahrnehmung und medialen Berichterstattung häufig ausschließlich mit migrantischen  
90 Communities in Verbindung gebracht. Während ähnliche Taten, die von nicht-  
91 migrantischen Deutschen verübt werden, meist als Familiendrama oder Eifersucht mit  
92 weniger medialer Aufmerksamkeit abgetan werden, wird bei migrantischen Tätern häufig  
93 ein kultureller Kontext betont, der die Taten als spezifisch für ihre Herkunft  
94 dargestellt. Diese einseitige und stereotype Darstellung verstärkt rassistische  
95 Narrative und fördert die Stigmatisierung von Menschen mit Migrationshintergrund. Es  
96 wird dabei übersehen, dass tödliche Gewalt gegen Frauen ein globales Phänomen ist,  
97 das in allen Kulturen und Gesellschaften vorkommt. Zudem werden die tatsächlichen  
98 Ursachen und Hintergründe solcher Verbrechen, wie soziale Benachteiligungen und  
99 mangelnde Bildung, vernachlässigt.

100 Ehrenmorde alleine am Islam zu festigen versteckt bzw führt am Problem vorbei.  
101 Ehrenmorde so wie die in Medien und der Politik hören ist auch kein Problem des  
102 nahen Osten sondern kommen immer wieder in großen Stil im Bereichen von Südamerika in  
103 Asien aber auch in Bereichen von Afrika. Die Fixierung auf „Ehrenmorde“ als ein  
104 Phänomen, das vermeintlich nur in migrantischen Communities vorkommt, verankert  
105 tiefgreifende Vorurteile und trägt zur Ausgrenzung dieser Gruppen bei. Durch  
106 sozialpsychologische Mechanismen wird die Kriminalität der „Anderen“ als bedrohlicher  
107 und bemerkenswerter wahrgenommen als ähnliche Verbrechen in der  
108 Mehrheitsgesellschaft. Dies führt dazu, dass Gewalt gegen Frauen in migrantischen  
109 Communities besonders hervorgehoben und als kulturell bedingt dargestellt wird,  
110 während die strukturellen, sozialen und wirtschaftlichen Ursachen in den Hintergrund  
111 treten. Um dieser Problematik entgegenzuwirken, ist es unerlässlich, rassistische  
112 narrative und Stereotype zu bekämpfen, die „Ehrenmorde als spezifisches Problem  
113 migrantischer Communities darstellen. Stattdessen muss ein differenziertes  
114 Verständnis gefördert werden, das Gewalt gegen Frauen als gesamtgesellschaftliches  
115 Problem anerkennt. Die Präventionsarbeit sollte sich stärker auf die sozialen  
116 Ursachen von Gewalt, wie Armut, Bildungslosigkeit und soziale Isolation  
117 konzentrieren. Es ist entscheidend, dass migrantische Communities nicht pauschal

118 kriminalisiert werden, sondern dass die spezifischen Herausforderungen, denen sie  
119 begegnen, berücksichtigt werden.

120 Eine wirksame Prävention setzt die gezielte Einbindung von Personen mit  
121 Migrationshintergrund in die Sozial- und Präventionsarbeit voraus. Diese Einbindung  
122 fördert nicht nur das Vertrauen innerhalb der Communities, sondern ermöglicht auch  
123 Veränderungen von innen heraus, die nachhaltiger und effektiver sein können. Darüber  
124 hinaus ist die Förderung der Jungen- und Geschlechterarbeit von zentraler Bedeutung.  
125 Präventionsarbeit muss bereits in der Schule ansetzen und insbesondere migrantische  
126 Jungen in ihren Identitätsbildungsprozessen unterstützen. Ein besonderer Fokus sollte  
127 dabei auf die Gleichberechtigung aller Geschlechter und die Dekonstruktion fragiler  
128 Männlichkeitsbilder und patriarchaler Strukturen gelegt werden.

129 Die größten Leidtragenden patriarchaler Strukturen sind häufig Migrantinnen, die  
130 aufgrund fehlender Bildung, mangelnder Sprachkompetenz und prekären ökonomischen  
131 sowie ausländerrechtlichen Situationen in einer umfassenden Abhängigkeit von ihren  
132 Familien verharren. Diese Abhängigkeit zu durchbrechen, ist die wichtigste präventive  
133 Maßnahme, um familiäre Gewalt bis hin zu Ehrenmorden zu verhindern. Dafür bedarf es  
134 umfangreicher Programme, die Migrantinnen in ihrem Emanzipationsprozess unterstützen,  
135 indem sie Bildungsangebote, rechtliche Beratung und ökonomische Hilfen bereitstellen,  
136 Deswegen braucht es dringend folgende Punkte:

- 137 • Umfassende Bildungsarbeit: Vermittlung von Wissen über die Vielfalt von Kulturen  
138 und Religionen, um Verständnis und Respekt zu fördern und Vorurteile abzubauen.
- 139 • Sensibilisierung der Öffentlichkeit: Aufklärungskampagnen, die die sozialen und  
140 strukturellen Ursachen von Gewalt beleuchten und rassistische Narrative  
141 dekonstruieren.
- 142 • Frühzeitige Förderung von Gleichberechtigung: Integration von Jungen- und  
143 Geschlechterarbeit in den Schulalltag, um toxische Männlichkeitsbilder zu  
144 dekonstruieren und die Gleichberechtigung der Geschlechter zu fördern.
- 145 • Multidisziplinäre Ansätze: Zusammenarbeit von Schulen, sozialen Einrichtungen,  
146 Gemeinden und lokalen Behörden, um eine ganzheitliche und koordinierte  
147 Präventionsarbeit zu gewährleisten.
- 148 • Förderung von interkulturellem Dialog: Schaffung von Räumen für den Austausch  
149 zwischen verschiedenen Kulturen und Gemeinschaften, um gegenseitiges Verständnis  
150 zu fördern und Vorurteile abzubauen.

## Antrag F03: Alexa, bitte lösche Antifeminismus

Antragsteller*in:	UB Rhein-Erft
Sachgebiet:	F - Feminismus, Gleichstellung und Diversität

1 „I think Women belong to the men“ - Andrew Tate. We think antifeminism should vanish  
2 from social media! Antifeminismus und Misogynie in sozialen Medien sind kein  
3 Randphänomen, sondern ein zentrales Problem unserer digitalen Gesellschaft. Die  
4 zunehmende Verbreitung von frauenfeindlichen, sexistischen und antifeministischen  
5 Inhalten stellt nicht nur eine Gefahr für die betroffenen FINTA dar, sondern auch für  
6 die demokratischen Grundwerte unserer Gesellschaft und bietet einen Nährboden für  
7 rechte Ideologien[1]. Diese Formen digitaler Gewalt sind Teil einer größeren  
8 systemischen Problematik, die tief in den Strukturen von Macht, Privilegien und  
9 Ungleichheit verwurzelt ist.

10 In den letzten Jahren haben wir beobachten müssen, wie Antifeminismus und Misogynie  
11 im Netz immer aggressivere und gefährlichere Formen angenommen haben[2]. Plattformen  
12 wie Twitter, Facebook, Instagram und Tiktok sind zu zentralen Schauplätzen für die  
13 Verbreitung von Hassrede und Frauenfeindlichkeit geworden. Diese Inhalte haben  
14 schwerwiegende Auswirkungen: Sie tragen zur Radikalisierung von Menschen bei[3],  
15 schüren Gewalt gegen Frauen und marginalisierte Gruppen und fördern ein Klima der  
16 Angst und Unterdrückung. Für viele Betroffene ist dies nicht nur eine abstrakte  
17 Bedrohung, sondern ein täglicher Angriff auf ihre Würde, ihre Sicherheit und ihre  
18 psychische Gesundheit.

19 Der digitale Raum hat sich in den letzten Jahrzehnten rasant entwickelt, doch die  
20 Regulierung und der Schutz der Nutzer\*innen haben nicht Schritt gehalten[4]. Viele  
21 soziale Medienbetreiber haben zwar Richtlinien gegen Hassrede und Gewalt, doch die  
22 Umsetzung dieser Regeln ist oft inkonsequent und unzureichend. Dies führt dazu, dass  
23 frauenfeindliche und antifeministische Inhalte weiterhin weit verbreitet sind und oft  
24 ungeahndet bleiben. Die bestehenden Gesetze und Maßnahmen zum Schutz vor digitaler  
25 Gewalt sind nicht ausreichend, um diese Herausforderungen zu bewältigen. Hier besteht  
26 dringender Handlungsbedarf, um rechtliche, technische und präventive Maßnahmen zu  
27 schaffen, die der Komplexität des Problems gerecht werden.

28 Besonders alarmierend ist, dass Antifeminismus und Misogynie in sozialen Medien oft  
29 mit anderen Formen der Diskriminierung und des Hasses verknüpft sind. Sie verstärken  
30 Rassismus, Homophobie, Transphobie und andere Formen von Ausgrenzung und Gewalt und  
31 beruhen in vielen Fällen auf Vorurteilen, Falschinformationen und gezielten Angriffen  
32 [5]. Dies zeigt deutlich, dass die Bekämpfung von Antifeminismus und Misogynie nicht  
33 isoliert betrachtet werden kann, sondern Teil eines umfassenderen Kampfes gegen alle  
34 Formen von Ungleichheit und Diskriminierung sein muss. Die Bekämpfung dieser  
35 Phänomene erfordert daher eine breite und koordinierte gesellschaftliche Anstrengung,  
36 die auf allen Ebenen – von der Politik über die Bildung, rechtliche Institutionen bis  
37 hin zur allgemeinen Gesellschaft stattfinden muss.

38 Die NRW Jusos fordern daher:

39 **1. Reform des Netzwerkdurchsetzungsgesetzes (NetzDG):**

- 40 • Einführung strengerer Meldepflichten für soziale Plattformen, insbesondere für
- 41 wiederholte Verstöße gegen das Verbot von Hassrede, antifeministischen und
- 42 misogynen Inhalten.
- 43 • Verpflichtung der Plattformen zur transparenteren Berichterstattung über
- 44 gelöschte Inhalte, Gründe für die Löschung oder Unterlassung und Maßnahmen zur
- 45 Prävention von Hassrede.

46 **2. Verankerung des Themas Gleichberechtigung in der digitalen Aufsicht und**  
47 **Einrichtung einer Behörde für Sicherheit und Gleichberechtigung:**

- 48 • Gründung einer unabhängigen, behördlichen Institution, die bundesweit für die
- 49 Überwachung und Bekämpfung von Hassrede, Antifeminismus und Misogynie in
- 50 digitalen Medien verantwortlich ist.
- 51 • Die Behörde soll in enger Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen
- 52 Organisationen und Betroffenen arbeiten, um gezielte Maßnahmen zu entwickeln und
- 53 durchzusetzen.
- 54 • Einführung eines zentralen Meldesystems, bei dem Betroffene diskriminierende
- 55 Inhalte und digitale Gewalt direkt an die Behörde melden können.

56 **3. Verpflichtung von sozialen Plattformen zur Förderung diverser und inklusiver**  
57 **Inhalte:**

- 58 • Verpflichtung zur Bereitstellung von Tools, die Nutzer\*innen dabei unterstützen,
- 59 sich vor toxischen Inhalten zu schützen (z.B. erweiterte Filtermöglichkeiten,
- 60 Blocklisten).
- 61 • Förderung der algorithmischen Transparenz, um sicherzustellen, dass die
- 62 Verbreitung von Hassrede und diskriminierenden Inhalten nicht durch
- 63 Plattformalgorithmen begünstigt wird.

64 **4. Förderung der digitalen Bildung mit Fokus auf Gleichberechtigung und**  
65 **Menschenrechte:**

- 66 • Einführung eines bundesweiten Programms zur digitalen Bildung, das den Fokus auf
- 67 die Förderung von Gleichberechtigung, Menschenrechten und den Umgang mit
- 68 digitalen Medien legt.
- 69 • Verankerung von Themen wie Antifeminismus, Misogynie und digitale Gewalt in den
- 70 Lehrplänen von Schulen, um Schülerinnen und Schüler frühzeitig zu
- 71 sensibilisieren.
- 72 • Schaffung von Zertifizierungen für Weiterbildungsangebote im Bereich digitale
- 73 Medienkompetenz und Gleichberechtigung, die von Bildungseinrichtungen und
- 74 Arbeitgeber\*innen anerkannt werden.

75 **5. Staatliche Unterstützung und Schutz für Aktivist\*innen und Betroffene:**

- 76 • Einrichtung eines staatlich finanzierten Fonds, der Betroffenen von digitaler

77 Gewalt und Hassrede schnelle finanzielle und rechtliche Unterstützung bietet.

78 • Bereitstellung von Schutzmaßnahmen (z.B. Adresssperren, Anonymitätssdienste) für  
79 Aktivist\*innen, die aufgrund ihres Einsatzes für Gleichberechtigung Ziel von  
80 antifeministischer oder misogynistischer Gewalt werden.

81 • Förderung und Unterstützung von Kampagnen, die sich gegen Antifeminismus und  
82 Misogynie einsetzen, durch staatliche Mittel und Ressourcen.

### 83 **6. Internationale Zusammenarbeit zur Bekämpfung von Antifeminismus und Misogynie:**

84 • Einsatz für ein internationales Abkommen zur Bekämpfung von Hassrede,  
85 Antifeminismus und Misogynie in digitalen Medien, das verbindliche Maßnahmen für  
86 soziale Plattformen und Staaten vorsieht.

87 • Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen, um Best Practices  
88 auszutauschen und globale Initiativen zur Förderung der Gleichberechtigung in  
89 digitalen Medien zu unterstützen.

### 90 **7. Verankerung von Gleichstellungsaspekten in der Plattformregulierung:**

91 • Einführung einer gesetzlichen Verpflichtung für soziale Medien,  
92 Gleichstellungsrichtlinien zu implementieren und regelmäßig zu überprüfen.

93 • Verpflichtung zur regelmäßigen Überprüfung und Anpassung der Community-  
94 Richtlinien von sozialen Plattformen, um sicherzustellen, dass sie den aktuellen  
95 Herausforderungen im Bereich Antifeminismus und Misogynie gerecht werden.

### 96 **8. Stärkung feministischer Netzwerke und Initiativen:**

97 • Finanzielle und organisatorische Förderung von feministischen Organisationen und  
98 Initiativen, die sich gegen Antifeminismus und Misogynie engagieren.

99 • Unterstützung lokaler Aktionsgruppen, die sich gegen Antifeminismus in ihrer  
100 Region engagieren und Projekte zur Stärkung von Mädchen und Frauen initiieren.

### 101 **9. Psychosoziale Unterstützung und Schutzmaßnahmen für Betroffene:**

102 • Aufbau eines flächendeckenden Netzes von Beratungsstellen, die speziell auf die  
103 Bedürfnisse von Menschen ausgerichtet sind, die Opfer antifeministischer und  
104 misogynistischer Hetze in sozialen Medien geworden sind.

105 • Förderung von psychosozialen Unterstützungsangeboten, die durch digitale Gewalt  
106 belasteten Personen helfen, ihre Erfahrungen zu verarbeiten und gestärkt aus der  
107 Situation hervorzugehen.

### 108 **10. Forschung**

109 • Unterstützung von Forschungsprojekten, die das Ausmaß und die Auswirkungen von  
110 Antifeminismus und Misogynie in sozialen Medien untersuchen.

111 • Erstellung regelmäßiger Berichte und Publikationen, die den Fortschritt im Kampf  
112 gegen Antifeminismus und Misogynie dokumentieren.

113 Antifeminismus und Misogynie in sozialen Medien sind nicht nur Symptome einer  
114 gesellschaftlichen Krise, sondern auch Faktoren, die bestehende Ungleichheiten und  
115 Gewalt gegen Frauen und marginalisierte Gruppen verstärken. Es bedarf umfassender und

116 systematischer politischer Maßnahmen, um diesen Herausforderungen wirksam zu  
117 begegnen. Die vorgeschlagenen Forderungen zielen darauf ab, rechtliche,  
118 bildungspolitische und präventive Maßnahmen zu kombinieren, um eine gerechtere und  
119 sicherere digitale Kultur zu schaffen. Nur durch entschlossenes Handeln der Politik  
120 können wir den digitalen Raum zu einem Ort machen, der für alle Menschen  
121 gleichermaßen sicher und zugänglich ist.

122 [\[1\]](#)

123 [https://centreforfeministforeignpolicy.org/2024/02/12/interlinkages-of-anti-feminism-](https://centreforfeministforeignpolicy.org/2024/02/12/interlinkages-of-anti-feminism-and-anti-democratic-developments/)  
124 [and-anti-democratic-developments/](https://centreforfeministforeignpolicy.org/2024/02/12/interlinkages-of-anti-feminism-and-anti-democratic-developments/)

125 [\[2\]](#)

126 [https://www.gwi-](https://www.gwi-boell.de/sites/default/files/uploads/2016/07/digitale_offentlichkeiten_drueeke.pdf)  
127 [boell.de/sites/default/files/uploads/2016/07/digitale\\_offentlichkeiten\\_drueeke.pdf](https://www.gwi-boell.de/sites/default/files/uploads/2016/07/digitale_offentlichkeiten_drueeke.pdf)

128 [\[3\]](#)<https://www.djb.de/presse/pressemitteilungen/detail/st21-18>

129 [\[4\]](#)

130 [https://www.derstandard.de/story/2000138068863/rechtliche-richtlinien-gegen-hass-im-](https://www.derstandard.de/story/2000138068863/rechtliche-richtlinien-gegen-hass-im-netz)  
131 [netz](https://www.derstandard.de/story/2000138068863/rechtliche-richtlinien-gegen-hass-im-netz)

132 [\[5\]](#)

133 [https://www.nsvrc.org/blogs/saam/what-are-connections-between-transphobia-racism-and-](https://www.nsvrc.org/blogs/saam/what-are-connections-between-transphobia-racism-and-sexual-violence)  
134 [sexual-violence](https://www.nsvrc.org/blogs/saam/what-are-connections-between-transphobia-racism-and-sexual-violence)

## Antrag F04: Awarenesssteams auf Großveranstaltungen!

<b>Antragsteller*in:</b>	Region Ostwestfalen-Lippe
<b>Sachgebiet:</b>	F - Feminismus, Gleichstellung und Diversität

1 Übergriffiges Verhalten auf Großveranstaltungen ist ein ernstes und weit verbreitetes  
2 Problem, das die Sicherheit und das Wohlbefinden der Teilnehmer\*innen gefährdet.  
3 Diese Art von Verhalten umfasst eine Vielzahl unangemessener Handlungen, die von  
4 Belästigung, Diskriminierung und sexuellen Übergriffen bis hin zu Gewalt reichen  
5 können. Es tritt in verschiedenen Formen und Kontexten auf, sei es bei  
6 Musikfestivals, Sportveranstaltungen, Volksfesten oder politischen Versammlungen, und  
7 betrifft Menschen jeden Alters, Geschlechts und Hintergrunds.

8 Eine der besorgniserregendsten Formen übergriffigen Verhaltens auf  
9 Großveranstaltungen sind sexuelle Belästigung und Übergriffe. Diese reichen von  
10 unerwünschten Berührungen und anzüglichen Bemerkungen bis hin zu körperlicher Gewalt  
11 und Vergewaltigung. FINTA sind besonders häufig von solchen Vorfällen betroffen. Das  
12 Gefühl von Unsicherheit und Angst, das durch sexuelle Belästigung entsteht, kann die  
13 Erfahrung einer Veranstaltung stark beeinträchtigen und langfristige Auswirkungen auf  
14 die Betroffenen haben.

15 Darüber hinaus kann übergriffiges Verhalten auch andere Formen annehmen, wie zum  
16 Beispiel aggressives Verhalten, Diebstahl, Mobbing oder Diskriminierung aufgrund von  
17 Geschlecht, Herkunft, Religion oder sexueller Orientierung. Diese Art von Vorfällen  
18 kann die Atmosphäre einer Veranstaltung vergiften und das Gemeinschaftsgefühl  
19 beeinträchtigen. Menschen können sich unsicher und unwohl fühlen, was den Genuss der  
20 Veranstaltung oder die aktive Teilnahme daran beeinträchtigen kann.

21 Es ist wichtig, übergriffiges Verhalten auf Großveranstaltungen ernst zu nehmen und  
22 Maßnahmen zu ergreifen, um es zu verhindern und darauf zu reagieren. Veranstalter und  
23 Sicherheitsdienste sollten klare Richtlinien und Verfahren zur Meldung von Vorfällen  
24 implementieren und sicherstellen, dass Betroffene Unterstützung und Schutz erhalten.  
25 Schulungen für das Sicherheitspersonal und Sensibilisierungsmaßnahmen für die  
26 Teilnehmer\*innen können dazu beitragen, das Bewusstsein für das Thema zu schärfen und  
27 die Kultur der Übergriffigkeit zu bekämpfen. Es ist allerdings hier auch wichtig  
28 Rückzugsräume für Betroffene zu schaffen und diese direkt intensiv zu betreuen und  
29 unterstützen. Dies können Sicherheitsdienste häufig nicht leisten.

30 Darüber hinaus ist es wichtig, eine Kultur der gegenseitigen Achtung und  
31 Unterstützung zu fördern, in der übergriffiges Verhalten nicht toleriert wird und  
32 Opfer sich sicher fühlen, Vorfälle zu melden und Unterstützung zu suchen. Indem wir  
33 gemeinsam gegen übergriffiges Verhalten vorgehen und für sichere und respektvolle  
34 Veranstaltungsumgebungen eintreten, können wir dazu beitragen, dass alle  
35 Teilnehmer\*innen ihre Zeit genießen können, ohne Angst vor Belästigung oder Gewalt  
36 haben zu müssen. Leider schauen viele Personen aus der Gesellschaft zu häufig weg und

37 Betroffene fühlen sich nicht verstanden. So wird das Gefühl der Hilflosigkeit  
38 gestärkt und die Teilhabe an Veranstaltungen verhindert.

39 Um diesem Problem entgegenzuwirken, können Awarenessteams einen großen Beitrag  
40 leisten.

41 Awarenessteams auf Veranstaltungen spielen eine wichtige Rolle bei der Förderung  
42 einer sicheren, respektvollen und inklusiven Umgebung für alle Teilnehmer\*innen.  
43 Diese Teams bestehen oft aus geschulten Freiwilligen oder professionellen  
44 Mitarbeitenden, die darauf spezialisiert sind, aufmerksamkeitsstark und proaktiv auf  
45 potenziell problematische Situationen zu reagieren und reaktiv bei Übergriffen zu  
46 handeln. Hier sind einige Aufgaben und Aktivitäten, die Awarenessteams typischerweise  
47 auf Veranstaltungen durchführen:

- 48 1. Präsenz zeigen: Awarenessteams sind oft auf dem Veranstaltungsgelände sichtbar  
49 und erkennbar, um den Teilnehmern das Gefühl von Sicherheit und Unterstützung zu  
50 vermitteln. Ihre Präsenz allein kann dazu beitragen, übergriffiges Verhalten zu  
51 verhindern und ein positives Umfeld zu fördern.
- 52 2. Ansprechpartner\*innen sein: Awarenessteams dienen als Ansprechpartner\*innen für  
53 Teilnehmer\*innen, die Hilfe, Unterstützung oder Informationen benötigen. Sie  
54 stehen zur Verfügung, um Fragen zu beantworten, Bedenken anzuhören und  
55 Ratschläge zu geben, sei es zu Sicherheitsvorkehrungen, Programmabläufen oder  
56 anderen Anliegen.
- 57 3. Konfliktlösung: Bei Konflikten oder Streitigkeiten zwischen Teilnehmer\*innen  
58 können Awarenessteams eingreifen, um die Situation zu deeskalieren und eine  
59 friedliche Lösung herbeizuführen. Sie können vermitteln, zwischen den Parteien  
60 vermitteln und bei Bedarf weitere Unterstützung oder Sicherheitskräfte  
61 hinzuziehen.
- 62 4. Bewusstseinsbildung: Awarenessteams führen oft Sensibilisierungsmaßnahmen durch,  
63 um das Bewusstsein für bestimmte Themen zu schärfen, wie z.B. sexuelle  
64 Belästigung, Diskriminierung, Drogenmissbrauch oder mentaler Gesundheit. Sie  
65 können Informationsmaterialien verteilen oder Informationsstände betreiben, um  
66 die Teilnehmer\*innen zu informieren und zu ermutigen, achtsam miteinander  
67 umzugehen.
- 68 5. Krisenintervention: Im Falle von Notfällen oder akuten Krisensituationen stehen  
69 Awarenessteams bereit, um Erste Hilfe zu leisten, bei Notfällen wie Übergriffen  
70 zu helfen und den Betroffenen zur Seite zu stehen. Sie sind darauf vorbereitet,  
71 schnell und angemessen auf unvorhergesehene Ereignisse zu reagieren und die  
72 Sicherheit aller Teilnehmer\*innen zu gewährleisten.

73 Insgesamt tragen Awarenessteams maßgeblich dazu bei, das Wohlbefinden und die  
74 Sicherheit auf Veranstaltungen zu fördern, indem sie als Ansprechpartner, Vermittler  
75 und Unterstützer für die Teilnehmer\*innen fungieren. Ihre Präsenz und ihr Engagement  
76 tragen dazu bei, eine positive Veranstaltungsumgebung zu schaffen, in der sich alle  
77 willkommen und respektiert fühlen können.

78 Awarenessarbeit ist besonders für FINTA wichtig um sich an Orten der Unsicherheit  
79 wieder sicher fühlen zu können. Wir wollen FINTA die Möglichkeit geben an  
80 Veranstaltungen teilnehmen zu können und einen Safespace zu schaffen. Dies trägt  
81 maßgeblich dazu bei, dass Täter abgeschreckt werden übergriffige Handlungen zu  
82 tätigen.

83 **Wir fordern:**

- 84 • Die Awarenessarbeit mehr durch Kommunikation von öffentlichen Einrichtungen zu  
85 fördern. Professionelle Weiterbildungsmaßnahmen für Awarenessarbeit  
86 flächendeckend zur Verfügung zu stellen
- 87 • Wir fordern Veranstalter zu verpflichten ihre Mitarbeiter\*innen im Bereich  
88 Awareness fortbilden zu lassen. Außerdem soll Awareness Teil der  
89 Sachkundeprüfung für Security Mitarbeit im Rahmen des §34 a GewO werden
- 90 • Eine Pflicht für ein Awarenesssteam mit 5 Personen ab einer Besucher\*innenzahl  
91 von >2.000 Teilnehmenden gleichzeitig. Und pro weitere 1000 Teilnehmende  
92 mindestens 2 weitere Personen im Awarenesssteam sicherzustellen
- 93 • Eine Verpflichtung, aktiv auf den Veranstaltungen auf das Awarenesssteam zu  
94 verweisen und Betroffenen somit einen direkten Zugang für Unterstützung zu geben

# Antrag F05: Sex on the Beach, nein Danke - gegen patriarchale Ausbeutung von FINTAs und für eine feministische Entwicklungspolitik

Antragsteller*in:	RuhrJusos
Sachgebiet:	F - Feminismus, Gleichstellung und Diversität

- 1 Forderung:
- 2 Die Jusos setzen sich dafür ein, dass das Entwicklungsministerium, Programme  
3 unterstützt und selbst Programme entwickelt, die dabei helfen sollen, die mit dem  
4 globalen Sextourismus zusammenhängende sexuelle Gewalt zusammen zu bekämpfen.  
5 Präventiv benötigt es Schutzzentren und Aufklärungs- sowie  
6 Beratungsstellen für FINTA. Einher damit gehen auch weitere kurzfristige bis  
7 langfristige entwicklungspolitische Maßnahmen. Von kommunalen Projekten  
8 vor Ort wie z.B. Aufklärungsarbeit bis hin zum Zugang allgemeiner Bildung.  
9 Um betroffenen FINTA nach der Tat zu helfen, braucht es vor Ort Therapieangebote  
10 und Beratungseinrichtungen zur Bewältigung der traumatischen Ereignisse,  
11 der Gewalt und widerwilligen Handlungen zu denen sich viele genötigt bzw. gezwungen  
12 fühlen oder gezwungen werden. Organisationen, die eine solche Arbeit bereits leisten,  
13 müssen ausreichend finanziell unterstützt werden. Als Beispiel kann hier die  
14 Schutzengel Aktion\* aufgezählt werden, welches das  
15 Entwicklungsministerium bereits Anfang der 2000er unterstützte aber derzeit keine  
16 Mittel erhält.
- 17
- 18 \*Die Aktion „Schutzengel“ der Organisation „Missio-hilft“ ist ein Programm mit dem  
19 Ziel  
20 Aids-Waisen, ehem. Kindersoldaten sowie Prostitutionsopfer zu helfen.
- 21

## Begründung

Weltweit werden FINTA aufgrund ihrer schlechten finanziellen Situation, entstanden und befeuert durch den Kapitalismus und das Patriarchat, ausgebeutet. Viele FINTA in Touristengebieten sind deshalb gezwungen sich zu prostituieren um ihre Kinder, Familie oder sich selbst zu versorgen.

Für uns besteht ein eindeutiger Zusammenhang zwischen der Ausbeutung von FINTA-Körpern und dem Patriarchat und Kapitalismus. Sie sind Voraussetzung und Verstärker der schlechten Lage von FINTA weltweit. Leider befinden sich oftmals auch Minderjährige unter den FINTA die von ihren Familien dazu genötigt werden, um über die Runden zu kommen. 2014 waren gut 123.530 Personen in Thailand in der Sexarbeit tätig von denen gut 40 Prozent Kinder oder Minderjährige unter 18 Jahren waren. Ein Großteil der in der Prostitution tätigen Personen, sind weiblich gelesene Personen. Dies offenbart das Leid, dass insbesondere diese Personengruppe im Patriarchat erleidet. Seit der Überwältigung der Corona-Pandemie boomt nicht nur der

Tourismus wieder in Thailand, sondern auch die Prostitution.

Doch nicht nur dort boomt der Sextourismus, sondern auch in vielen weiteren Länder des globalen Südens wie z.B. Vietnam, Brasilien oder Kenia. Durch die finanzielle Notlage vieler FINTA weltweit profitieren meist alte, weiße, wohlhabende Männer, die dort ihre sexuellen und manchmal illegale Fantasien ausleben.

In vielen europäischen Ländern sind die Prostitutionsgesetze restriktiver. Mit der Reise in jene Gebiete, umgehen diese Männer den Schutz von FINTA durch die Gesetzgebung. Damit einher geht oftmals auch der Handel von FINTA, also Menschenhandel für den Zweck der Zwangsprostitution.

Für die FINTA dort bedeutet dies oftmals traumatische Erlebnisse, Schwangerschaften und Schwangerschaftsabbrüche sowie sexuelle Krankheiten. Die gesundheitlichen Folgen im physischen und psychischen Sinne sind wenig erforscht, da auch in Ländern wie Vietnam, Thailand oder Kenia Prostitution stigmatisiert wird. Wir erkennen an, dass die beste Prävention vor solchen Lebenssituationen ein guter Sozialstaat sowie langfristig das Ende von Kapitalismus und Patriarchat sind, solange dies jedoch noch nicht realisiert ist, benötigt es eine intensivere feministische Entwicklungshilfe. Es existieren bereits jetzt einige Gruppen und Projekte, die es sich zur Aufgabe gemacht haben, diese Missstände zu bekämpfen.

Seit Anfang der 2000er existiert z.B. die „Schutzengel Aktion“ die sich gegen Sextourismus, Projekte für Aidsweisen und für Hilfen für frühere Kindersoldaten einsetzt. Damals wurde das Projekt bereits von dem Entwicklungsministerium unter der Schröderregierung unterstützt und auch der SPD-Parteivorstand unter Sigmar Gabriel bekannte sich 2010 zuletzt öffentlich zu diesem Projekt. Zudem braucht es eine internationale Zusammenarbeit der Länder, um Sextourismus zu bekämpfen. Die Einbindung der Weltorganisation für Tourismus (World Tourism Organization) ist ebenso nötig.

Trotz der Ankündigung einer feministischen Entwicklungspolitik durch Svenja Schulze existiert derzeit kein einziges Projekt im Entwicklungsministerium, welches sich zumindest im Ansatz gegen den internationalen Sextourismus richtet. Langfristig ist unser Kampf gegen Kapitalismus und Patriarchat gerichtet, die die Grundlage für die Ausbeutung von FINTA auf die schlimmste Art und Weise bilden. Kurzfristig fordern wir die Bundesregierung und das Entwicklungsministerium dazu auf Projekte zu unterstützen die Frauen schützen und einen Weg aus der Prostitution eröffnen, sowie, eigene Projekte zu initiieren die den internationalen Sextourismus bekämpfen.

# Antrag G01: Menschen vor Märkte: Für eine gemeinwohlorientierte Daseinsvorsorge in NRW

<b>Antragsteller*in:</b>	Juso-Landesvorstand
<b>Sachgebiet:</b>	G - Gemeinwohl, Sozial- und Gesundheitspolitik

## 1 **Was Gemeinwohl für uns bedeutet**

2 Für uns Jungsozialist\*innen ist das Gemeinwohl mehr als nur ein Ziel. Es ist unser  
3 Kompass, der das Zusammenwirken zwischen Staat, Kommunen und Bürger\*innen leitet. Es  
4 steht für unsere Bestrebungen, eine Gesellschaft zu etablieren, die auf den  
5 Grundprinzipien der Gerechtigkeit, Nachhaltigkeit und Solidarität beruht. Wir sehen  
6 das Gemeinwohl als Basis, auf der eine gerechte Verteilung von Ressourcen und Chancen  
7 gefördert und realisiert werden soll. Es geht uns darum, Bedingungen zu schaffen, die  
8 allen ermöglichen, sich vollständig zu entfalten und ein erfülltes Leben zu führen.  
9 Nur so kann eine Gesellschaft der Freien und Gleichen gestaltet werden, in der das  
10 Wohl aller im Vordergrund steht. Unser Fokus liegt auf der langfristigen Entwicklung  
11 einer soliden Lebensgrundlage für alle Menschen. Wir streben keine kurzfristige  
12 Gewinnerzielung für einige wenige an, schon gar nicht auf Kosten anderer Menschen.

## 13 **Welche Rolle spielt Arbeit für das Gemeinwohl?**

14 Arbeit spielt eine zentrale Rolle für das Gemeinwohl. Arbeit ist nicht nur Mittel zum  
15 Zweck der Einkommenssicherung, sondern auch ein wichtiger Faktor für persönliche  
16 Entfaltung, gesellschaftliche Teilhabe und soziale Gerechtigkeit. Unser Verständnis  
17 von Arbeit geht über die traditionelle Erwerbsarbeit hinaus und umfasst auch andere  
18 Formen der Tätigkeit, die für das Gemeinwohl essentiell sind.

## 19 Erwerbsarbeit und Transformation des Arbeitsmarktes

20 Die Erwerbsarbeit ist nach wie vor ein grundlegender Bestandteil unserer  
21 Gesellschaft. Wir setzen uns dafür ein, dass jeder Mensch die Möglichkeit hat, einer  
22 sinnvollen und fair bezahlten Tätigkeit nachzugehen. Dabei legen wir besonderen Wert  
23 auf gute Arbeitsbedingungen, faire Löhne und die soziale Absicherung aller  
24 Beschäftigten. In einer sich ständig wandelnden Arbeitswelt müssen wir den  
25 Arbeitsmarkt an die Herausforderungen der Digitalisierung und Globalisierung  
26 anpassen. Die Demokratisierung aller Arbeitsbereiche im Sinne einer Stärkung der DGB-  
27 Gewerkschaften ist für uns maßgebend für eine gemeinwohlorientierte Arbeit. Dies  
28 erfordert eine umfassende Transformation, bei der insbesondere auch Arbeitsplätze des  
29 sogenannten zweiten Arbeitsmarktes einbezogen werden. Der zweite Arbeitsmarkt wurde  
30 für Menschen geschaffen, die auf dem regulären Arbeitsmarkt kaum oder keine Chancen  
31 auf eine Anstellung haben. Er wird durch staatliche Maßnahmen reguliert und  
32 subventioniert. Problematisch ist daran jedoch, dass die Beschäftigten oft weit unter  
33 Mindestlohn beschäftigt werden. Es darf nicht sein, dass sozial marginalisierte  
34 Gruppen als günstige Arbeitskräfte ausgebeutet werden, während die Auftraggeber\*innen  
35 Gewinne maximieren. Darunter fallen beispielsweise Behindertenwerkstätten. Im Sinne

36 einer gemeinwohlorientierten Gesellschaft fordern wir echte Teilhabe, einen  
37 armutsfesten Mindestlohn und die Stärkung betrieblicher Eigenorganisation.

### 38 Fürsorgearbeit im Kontext des Gemeinwohls

39 Ein weiterer zentraler Aspekt unserer Arbeitsvorstellung ist die Fürsorgearbeit, auch  
40 Care-Arbeit genannt. Diese umfasst alle Tätigkeiten, die der Pflege, Betreuung und  
41 Unterstützung von Menschen dienen – sei es in der Familie, in sozialen Einrichtungen  
42 oder in der Nachbar\*innenschaft. Care-Arbeit ist oft unbezahlt oder schlecht bezahlt  
43 und wird überwiegend von Frauen geleistet. Niemand sollte durch Arbeit ausgebeutet  
44 werden oder an den Rand der Gesellschaft gedrängt werden. Stattdessen müssen wir  
45 Rahmenbedingungen schaffen, die es allen Menschen ermöglichen, sich durch ihre Arbeit  
46 selbst zu verwirklichen, zum Gemeinwohl beizutragen und davon zu profitieren. Wir  
47 erkennen die immense Bedeutung dieser Arbeit an und setzen uns dafür ein, dass sie  
48 gesellschaftlich gewürdigt und angemessen vergütet wird. Die Gleichstellung aller  
49 Geschlechter und die Anerkennung von Care-Arbeit als Arbeit ist für uns ein zentrales  
50 Element, um Gerechtigkeit in der Gesellschaft herzustellen.

51 Um dies zu unterstützen, halten wir an unserer Beschlusslage ein 7+7 Modell beim  
52 Elterngeld einzuführen, das die Elternzeit gerecht zwischen den Partnern aufteilt,  
53 fest. Das hilft dabei, die Care-Arbeit gleichmäßiger zu verteilen. Außerdem möchten  
54 wir das Ehegattensplitting abschaffen, weil es finanzielle Anreize setzt, die  
55 besonders Frauen oft von bezahlter Arbeit abhalten und stattdessen in unbezahlte  
56 Care-Arbeit drängen. Ferner setzen wir uns für eine 25-Stunden-Woche bei vollem  
57 Lohnausgleich ein, um allen mehr Zeit für persönliche Entwicklung und für die  
58 Teilnahme am Arbeitsmarkt zu geben, ohne die Belastung durch Care-Arbeit zu erhöhen.  
59 Schließlich wollen wir Minijobs rechtlich einschränken, um Frauen voll in den  
60 Arbeitsmarkt zu integrieren und die Lohnunterschiede zwischen Männern und Frauen zu  
61 beseitigen.

### 62 **Welche Rolle spielt Daseinsvorsorge für das Gemeinwohl?**

63 Daseinsvorsorge bedeutet für uns die staatliche Bereitstellung grundlegender  
64 Dienstleistungen, die für das tägliche Leben unverzichtbar sind und die  
65 Grundbedürfnisse der Bevölkerung decken. Dazu zählen beispielsweise sauberes Wasser,  
66 bezahlbarer Wohnraum, Energie, Mobilität, Bildung und Gesundheitsvorsorge. Diese  
67 Punkte sind für uns nicht verhandelbar. Die Daseinsvorsorge ist der Schlüssel für ein  
68 Gemeinwohl, das die umfassendere Verbesserung der Lebensqualität und des  
69 gesellschaftlichen Zusammenhalts anstrebt. Hieraus ergibt sich die Verantwortung für  
70 Kommunen, Land und Staat, einen Zugang zu dieser Grundversorgung herzustellen.  
71 Kurzfristige Lösungen sowie vermeintliche Verbesserungen durch Privatisierung der  
72 genannten Leistungen lehnen wir ab. Stattdessen betonen wir, dass Daseinsvorsorge als  
73 Instrument für Inklusion und Teilhabe dient, indem sie allen Bürger\*innen unabhängig  
74 von ihrem sozialen oder ökonomischen Status Zugang zu essentiellen Diensten  
75 gewährleistet. Daseinsvorsorge ist ein zentrales Instrument zur Armutsbekämpfung,  
76 indem sie vor allem benachteiligten Bevölkerungsgruppen durch Chancengleichheit  
77 ermöglicht, ihre Lebenssituation zu verbessern und an der Gesellschaft teilzuhaben.

78 **Gemeinwohl in der Krise**

79 In Zeiten, in denen die Herausforderungen für das Gemeinwohl immer drängender werden,  
80 ist es unabdingbar, die vielfältigen Krisen unserer Gesellschaft zu erkennen und  
81 entschlossen anzugehen. Junge Menschen sind besonders betroffen, sei es durch die  
82 Unsicherheiten des kapitalistischen Wirtschaftssystems, die verheerenden Auswirkungen  
83 der Klimakrise oder die Schwächen eines ausgehöhlten Sozialstaates. Auch die Themen  
84 Flucht und Zuwanderung sowie die wachsende Bedrohung durch faschistische Ideologien  
85 fordern unser Engagement für eine gerechte und solidarische Gesellschaft heraus.

86 Die "Dauerkrise" Kapitalismus

87 Der Kapitalismus und seine negativen Auswirkungen sind im Alltag junger Menschen  
88 allgegenwärtig. Viele junge Menschen erleben wirtschaftliche Unsicherheit, da ihre  
89 Beschäftigungsverhältnisse in der Regel besonders von prekären Bedingungen und  
90 befristeten Arbeitsverträgen geprägt sind. Dies führt zu finanziellen Sorgen und  
91 Zukunftsängsten. Zudem ist der Zugang zu bezahlbarem Wohnraum ein großes Problem in  
92 vielen Städten NRWs. Die Selbstständigkeit und Lebensplanung junger Menschen werden  
93 dadurch erheblich erschwert. Der Druck, in einem wettbewerbsorientierten  
94 Bildungssystem erfolgreich zu sein, führt häufig zu Stress und psychischen  
95 Belastungen.

96 Der Kapitalismus in seiner derzeitigen Form trägt maßgeblich zur Verschärfung  
97 sozialer Ungleichheiten und ökologischer Zerstörung bei. Wir müssen uns dem  
98 Profitstreben widersetzen und stattdessen das Gemeinwohl in den Mittelpunkt  
99 wirtschaftlicher Aktivitäten stellen. Dies bedeutet, dass wir gerechtere  
100 Verteilungsmechanismen schaffen, Arbeitnehmer\*innenrechte stärken und eine stärkere  
101 demokratische Kontrolle über die Wirtschaft etablieren müssen. Gemeinwohlorientierte  
102 Unternehmen und Genossenschaften sollten gefördert werden, um eine wirtschaftliche  
103 Basis zu schaffen, die auf Solidarität und Nachhaltigkeit beruht.

104 Die Klimakrise

105 Im Alltag junger Menschen äußert sich die Klimakrise durch häufigere und intensivere  
106 Wetterereignisse wie Hitzewellen und Überschwemmungen, die unsere Gesundheit und  
107 Sicherheit gefährden. Die Sorge um die Zukunft und der Druck, sich für stärkere  
108 Klimaschutzmaßnahmen einzusetzen, belasten viele junge Menschen zusätzlich. Die  
109 Fridays-for-Future-Bewegung zeigt das Engagement und die Frustration, die viele junge  
110 Menschen verspüren, da politische Entscheidungen oft zu langsam und unzureichend  
111 sind.

112 Die Klimakrise bedroht das Gemeinwohl in existenzieller Weise. Wir sehen die  
113 dringende Notwendigkeit, unsere Wirtschaft radikal zu transformieren, um eine  
114 nachhaltige und ökologisch verantwortliche Praxis zu etablieren. Es ist unerlässlich,  
115 dass wir ökologische Gerechtigkeit sicherstellen, indem wir die am stärksten  
116 betroffenen und marginalisierten Gemeinschaften in den Mittelpunkt unserer  
117 Klimapolitik stellen. Ein gerechter Übergang zu einer nachhaltigen Wirtschaft muss  
118 gewährleisten, dass niemand zurückgelassen wird und die Kosten der Transformation

119 gerecht verteilt werden. Dazu gehört auch, dass wir in erneuerbare Energien  
120 investieren, umweltfreundliche Technologien fördern und nachhaltige Produktion  
121 vorantreiben. Auch Investitionen in die Klimafolgenanpassung sind unerlässlich, um  
122 Katastrophen wie zuletzt im Ahrtal zu verhindern oder jedenfalls die Auswirkungen  
123 abzumildern.

124 Unser aller Gemeinwohl hängt maßgeblich damit zusammen, ob es uns gelingt, unsere  
125 Existenzgrundlagen in ausreichendem Maße zu schützen.

#### 126 Der fragile Sozialstaat

127 Unser Sozialstaat ist durch neoliberale Politik stark geschwächt worden und kann  
128 seine Schutzfunktion für die Bevölkerung nicht mehr ausreichend wahrnehmen. Wir  
129 wollen nicht hinnehmen, dass Menschen in Armut leben und aufwachsen. Wir wollen nicht  
130 mehr zusehen, wie Bildungschancen und Gesundheitsversorgung vom Geldbeutel der Eltern  
131 abhängen. Wir müssen den Sozialstaat wieder stärken und ausbauen, um soziale  
132 Sicherheit und Chancengerechtigkeit zu gewährleisten.

133 Eine Sanktionierung des Existenzminimums darf es für uns nicht geben. Wir müssen  
134 durch den Abbau von bürokratischen und sozialen Hürden, individuelle  
135 Beratungsangebote und gerechte Arbeitsbedingungen dafür sorgen, dass Menschen, die  
136 Arbeit suchen, auch gute Arbeit finden. Menschen, die arbeitsunfähig sind, müssen wir  
137 als Gesellschaft vollumfänglich unterstützen.

138 Besonders problematisch sind zudem die restriktiven Regelungen zur Sozialhilfe und  
139 das komplizierte Asylverfahren, die viele Geflüchtete in eine prekäre Lebenssituation  
140 bringen. Die Sanktionsregeln und die restriktiven Maßnahmen im Asylrecht, wie etwa  
141 Leistungskürzungen bei angeblichen Pflichtverletzungen, verschärfen die ohnehin  
142 schwierige Situation der Geflüchteten. Auch hier bedarf es einer grundlegenden  
143 Reform.

144 Ein starkes Gemeinwohl kann nur erzielt werden, wenn das Sicherungsnetz auf das wir  
145 uns alle verlassen und in das jede\*r Einzelne jederzeit fallen oder hineingeboren  
146 werden kann stabil genug ist, um tatsächliche Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu  
147 ermöglichen.

#### 148 Flucht und Zuwanderung

149 Internationale Konflikte im Kampf um Rohstoffe werden sich nicht zuletzt aufgrund der  
150 Klimakrise in den kommenden Jahren weiter verschärfen. Hinzu kommen Fluchtbewegungen  
151 aufgrund der Klimafolgen. Zunehmende Flucht und Zuwanderung stellen uns vor die  
152 enorme Aufgabe, gesellschaftliche Teilhabe und Integration zu gewährleisten. Ein  
153 gesellschaftliches Klima, das von Stigmatisierung und Hass geprägt ist, erschwert  
154 dies zusätzlich. Das Gemeinwohl umfasst für uns auch das Wohl von Geflüchteten und  
155 Migrant\*innen.

156 Es muss sichergestellt werden, dass Geflüchtete Zugang zu Bildung - insbesondere auch  
157 Sprachkursen-, Gesundheitsversorgung und sozialer Teilhabe haben. Dazu gehört auch  
158 der grundsätzliche Zugang zum Arbeitsmarkt und die zügige Anerkennung vorhandener  
159 Qualifikationen. Nur durch eine integrative und menschenfreundliche Politik können

160 wir Geflüchteten eine Chance auf ein würdiges Leben und eine echte Teilhabe an  
161 unserer Gesellschaft bieten.

## 162 Faschismus

163 Nicht erst seit den Enthüllungen des Treffens zwischen AfD-Funktionär\*innen und  
164 Gesichtern der “Neuen Rechten” ist für uns klar: Der Faschismus ist wieder auf dem  
165 Vormarsch. Er stellt eine direkte Bedrohung für das Gemeinwohl und die Demokratie  
166 dar. Wir müssen entschieden gegen jede Form von Rassismus, Antisemitismus und  
167 rechtsextremer Ideologie vorgehen. Dies erfordert nicht nur eine klare politische  
168 Haltung, sondern auch präventive Maßnahmen wie die Stärkung der politischen Bildung,  
169 die Förderung von zivilgesellschaftlichem Engagement und die Unterstützung von  
170 Initiativen, die sich gegen Hass und Gewalt einsetzen. Es ist unsere Pflicht, die  
171 demokratischen Werte zu verteidigen und eine Gesellschaft zu schaffen, die auf  
172 Respekt, Toleranz und Solidarität basiert. Ein faschistisches System zielt darauf ab,  
173 das Wohl einzelner über das Wohl der gesamten Gesellschaft zu stellen - das dürfen  
174 wir nicht zulassen!

## 175 **Was Daseinsvorsorge für uns bedeutet**

176 Daseinsvorsorge ist für uns Politik gewordene Solidarität, das konkret ausgeprägte  
177 politische Instrument des Solidarprinzips.

178 Investitionen in die Daseinsvorsorge sind für uns immer auch Investitionen in das  
179 Gemeinwohl und essentiell, um gesellschaftliche und politische Teilhabe für alle  
180 Menschen zu ermöglichen. Daseinsvorsorge ist dabei für uns mehr als nur die Abdeckung  
181 physischer Grundbedürfnisse, durch z.B. Wasser- oder Energieversorgung. Das gute  
182 Leben für alle muss auch bezahlbaren Wohnraum, Zugang zu angemessener  
183 Gesundheitsversorgung, Mobilität, Kultur und demokratischer Beteiligung für jede\*n  
184 bedeuten. Dabei ist für uns klar, dass die Daseinsvorsorge Aufgabe des Staates ist  
185 und in die öffentliche Hand gehört. Die letzten Jahrzehnte der Sparpolitik haben  
186 gezeigt, dass Einsparungen und Privatisierungen in der Daseinsvorsorge zu  
187 schlechteren Lebensbedingungen für alle führen.

188 Daseinsvorsorge kann und darf nicht überall gleich aufgestellt sein, aber sie muss  
189 überall Menschen einen guten Zugang zur Teilhabe am gesellschaftlichen Leben bieten.  
190 Wir brauchen Daseinsvorsorge nicht nur in den Großstädten, sondern auch in  
191 ländlicheren Regionen. Sie muss sich an den konkreten Bedürfnissen der Menschen vor  
192 Ort orientieren. Welche unterschiedlichen Herausforderungen und Lösungsansätze es in  
193 den einzelnen Handlungsfelder der Daseinsvorsorge hierbei gibt, wollen wir nun  
194 skizzieren:

## 195 Mobilität

196 Deutschlands Mobilitätspolitik ist nach wie vor auf Autos ausgerichtet. Diese  
197 autozentrierte Struktur führt nicht nur zu verstopften Straßen und zunehmenden Staus,  
198 sondern beeinträchtigt auch die Lebensqualität durch Emissionen erheblich. Die  
199 bestehenden Subventionen, wie das Dienstwagenprivileg, die Dieselsubvention und die  
200 Pendler\*innenpauschale, verstärken diese Problematik, indem sie die Nutzung von Autos

201 fördern und soziale Ungleichheiten verschärfen. Eine solche Politik bevorzugt  
202 diejenigen, die sich ein Auto leisten können, und vernachlässigt die Bedürfnisse  
203 vieler, insbesondere marginalisierter Gruppen, Jugendlicher und Kinder.

204 Der motorisierte Individualverkehr bietet zweifellos Vorteile. Er ermöglicht eine  
205 hohe Flexibilität und Unabhängigkeit bei der Wahl von Reiserouten und -zeiten, was  
206 besonders für Menschen wichtig ist, die in Gebieten mit unzureichendem öffentlichen  
207 Nahverkehr leben oder arbeiten. Zudem bietet das Auto Bequemlichkeit, insbesondere  
208 bei größeren Entfernungen und dem Transport von Lasten. Diese Vorteile dürfen jedoch  
209 nicht die negativen Auswirkungen überdecken, die dieser Verkehrsträger mit sich  
210 bringt. Es wird Zeit, die autozentrierte Grundstruktur unserer Kommunen zu  
211 überdenken. Die konservative und neoliberale Vorstellung, dass der Ausbau von Straßen  
212 und die Förderung des Autoverkehrs die Lösung für Verkehrsprobleme seien, ist nicht  
213 länger haltbar. Projekte wie zehnspurige Autobahnen sind neoliberaler Größenwahn.

214 Statt auf eine einseitige Förderung des Autos zu setzen, sollten wir einen  
215 umfassenden Ansatz verfolgen, der verschiedene Mobilitätsformen inkludiert. Der  
216 öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) und der motorisierte Individualverkehr werden  
217 oft als gegensätzliche Mobilitätsformen betrachtet. Dabei gibt es bereits viele  
218 vielversprechende Ansätze, die im Sinne des Modal-Splits, also der Aufteilung des  
219 Verkehrsaufkommens auf verschiedene Verkehrsmittel, darauf abzielen, diese  
220 Mobilitätsformen zu kombinieren oder den privaten PKW überflüssig zu machen. Durch  
221 die Kombination von Verkehrsmitteln wie Bus, Bahn, Fahrrad und Car-Sharing kann die  
222 individuelle Autonutzung reduziert werden, ohne dass die Mobilität und Flexibilität  
223 der Nutzer\*innen darunter leidet.

224 Die Förderung umweltfreundlicher Mobilitätsformen wollen wir priorisieren. Dazu  
225 gehört der Ausbau von Radinfrastruktur wie gesicherten Fahrradstreifen,  
226 Radschnellwegen und Fahrradparkhäusern, aber auch die Stärkung des Fußverkehrs.  
227 Zusammen mit Sharing-Angeboten wird das auch als Umweltverbund bezeichnet. Auch aus  
228 feministischer Perspektive ist dies sinnvoll. FINTA (Frauen, Intersexuelle, Nicht-  
229 binäre, Trans- und Agender-Personen) sind im Umweltverbund unterwegs und deutlich  
230 häufiger in Begleitung von älteren Menschen und Kindern als Männer. Daraus  
231 resultieren besondere Anforderungen an die Sicherheit und Zugänglichkeit der  
232 Infrastruktur.

233 Im ländlichen Raum sind die Herausforderungen noch ausgeprägter. Die Abhängigkeit vom  
234 Auto ist hier oft besonders stark, da öffentliche Verkehrsmittel begrenzt verfügbar  
235 und teurer sind. Teilhabe und Mobilität sind hier stark aneinander gekoppelt, da  
236 vorhandene Angebote oft nicht gut erreichbar sind. Um dem entgegenzuwirken, sind  
237 flexible und barrierearme On-Demand-Lösungen wie "MyBus" aus Duisburg denkbar. Auch  
238 Initiativen wie der Nightmover, ein nächtlicher Taxi-Zuschuss in den Landkreisen  
239 Kleve, Wesel und Viersen, zeigen, dass sichere Mobilität außerhalb der regulären  
240 Verkehrszeiten auch im ländlichen Raum realisierbar ist.

241 Planungshürden für den Umweltverbund sollten gesenkt werden, um auch in weniger dicht  
242 besiedelten Gebieten umweltfreundliche Alternativen zu fördern. Jeder Mensch sollte

243 Zugang zu fairer und umweltfreundlicher Mobilität haben, ohne dass bürokratische  
244 Hürden oder Leistungsanforderungen im Weg stehen. Ziel muss es sein, allen Menschen,  
245 unabhängig von ihrer sozialen oder ökonomischen Lage, Zugang zu sicherer und  
246 nachhaltiger Mobilität zu ermöglichen.

#### 247 Wohnen

248 Jeder Mensch verdient einen Ort, den er Zuhause nennen kann – einen Ort, an dem man  
249 sich wohlfühlt und der bezahlbar ist. Doch die Realität in vielen Städten Nordrhein-  
250 Westfalens sieht anders aus. Jeder dritte Haushalt gibt mehr als 30% seines  
251 Einkommens für die Miete aus. Das ist besonders problematisch, da immer mehr  
252 Wohnungen aus der Mietpreisbindung fallen, wodurch der Wohnraum für  
253 einkommensschwächere Haushalte knapp wird. Diese angespannte Wohnungsmarktsituation  
254 betrifft zunehmend mehr Städte.

255 Eine wesentliche Aufgabe der Kommunalpolitik besteht in der Schaffung von ausreichend  
256 Wohnraum durch gezielte Bauleitplanung. In den vergangenen Jahrzehnten hat die  
257 Ausweisung großflächiger Neubaugebiete sowie die Genehmigung zahlreicher  
258 Einfamilienhäuser zu einem erheblichen Flächenverbrauch geführt. In Deutschland  
259 werden täglich rund 52 Hektar in Siedlungs- und Verkehrsflächen umgewandelt, was zu  
260 erschwerten Bedingungen für eine nachhaltige Nutzung führt. Für viele Kommunen stellt  
261 der Verkauf von Bauland eine relativ schnelle Einnahmequelle dar. Sobald die  
262 Grundstücke jedoch verkauft sind, können Schwierigkeiten bei der Steuerung und einem  
263 möglichen Rückkauf auftreten. In Nordrhein-Westfalen wird die Ausweisung neuer  
264 Baugebiete oft als lukrativer Weg betrachtet, um die kommunalen Haushalte zu  
265 verbessern. Dies spielt im Rahmen der derzeitigen kommunalen Fiskalpolitik eine  
266 bedeutende Rolle. Viele private Unternehmer\*innen übernehmen hier im Rahmen von  
267 Public Private Partnership (PPP) kommunale Aufgaben. Während PPP durchaus Vorteile  
268 wie projektbezogenes Know-how und eine effiziente Umsetzung hat, führt es oft zur  
269 Privatisierung ursprünglich kommunaler Aufgabenbereiche. Es gibt Projekte von denen  
270 beide Partner\*innen langfristig profitieren können: Etwa, wenn die Kommune Flächen  
271 für Solarenergie verpachtet und so Einnahmen generiert, ohne selbst Solaranlagen  
272 anschaffen zu müssen und der Private den produzierten Strom verkaufen kann. Aber:  
273 Wenn der Private pleite ist, kehrt die Kommune die Scherben zusammen. Damit Kommunen  
274 nicht auf private Partner\*innen angewiesen sind, benötigen sie eine progressive  
275 Bodenpolitik.

276 Eine progressive Bodenpolitik ermöglicht es Kommunen, strategisch Grundstücke zu  
277 erwerben und langfristig zu sichern. Das wird Bodenvorratspolitik genannt. Anstatt  
278 neu ausgewiesene Grundstücke zu verkaufen, können Kommunen diese auch im Rahmen des  
279 Erbbaurechts vergeben. Dabei behalten die Kommunen das Grundstück im eigenen Besitz  
280 und vergeben das Nutzungsrecht auf lange Zeit an Bauherr\*innen, die dann lediglich  
281 für den Bau des Objekts zahlen, nicht jedoch für das Grundstück selbst. Diese  
282 Vorgehensweise hat Vorteile sowohl für die Kommune als auch für die Bauherr\*innen.  
283 Für die Kommune bleibt das Grundstück in ihrem Besitz und kann langfristig für die  
284 öffentliche Nutzung gesichert werden. Zudem kann mit solchen Flächen nicht spekuliert

285 werden.

286 Die derzeitige Vergaberegulung für Projekte erachten wir nicht als sinnvoll, da  
287 Kommunen, besonders jene in der Haushaltssicherung, noch immer dazu gezwungen sind,  
288 Aufträge vor allem nach finanziellen statt nach qualitativen Kriterien zu vergeben.  
289 Dies ist insofern auch schwierig, da kommunale Bauämter häufig nicht die personellen  
290 Ressourcen haben, um Planungen selbst durchzuführen.

291 Eine weitere Möglichkeit zur Bereitstellung weiterer Wohnflächen stellt das Konzept  
292 der doppelten Innenentwicklung dar. Doppelte Innenentwicklung bedeutet, Kommunen  
293 sowohl baulich zu verdichten als auch urbane Grünflächen zu erhalten und zu  
294 verbessern. Beides muss gemeinsam geplant werden, um die Lebensqualität zu steigern  
295 und Landschaftsräume vor weiterer Bebauung zu schützen. Kaum ein anderer Bereich hat  
296 so viel Potenzial zur Vermeidung und Einsparung von Emissionen wie das Bauen. Die  
297 Renaturierung von Mooren, Wäldern und Flüssen trägt entscheidend zur Verbesserung des  
298 Stadtklimas und der Umweltbilanz bei, indem sie CO<sub>2</sub> speichert und die biologische  
299 Vielfalt fördert.

300 Kommunale Wohnungsbaugesellschaften und genossenschaftliches Wohnen begrüßen wir  
301 ausdrücklich. Auch die Bereitstellung alternativer Wohnformen, Azubi- und  
302 Studiwohnheimen sowie ausreichend inklusivem Wohnraum ist für uns Teil von  
303 Daseinsvorsorge. Für uns gehört dazu auch die Berücksichtigung geflüchteter Personen,  
304 die ein Recht auf Teilhabe und angemessenen Wohnraum haben. Wir setzen uns gegen  
305 menschenunwürdige Unterbringung und die Isolation am Stadtrand und Kommunen ohne  
306 Integrationsmöglichkeiten ein. Stattdessen streben wir eine zentrale  
307 Dezentralisierung von Wohnraum an, um faire und integrierte Wohnmöglichkeiten für  
308 alle zu gewährleisten. „Zentrale Dezentralisierung“ bedeutet in der Stadtplanung,  
309 dass mehrere kleinere Zentren anstelle eines großen Hauptzentrums gefördert werden,  
310 um die kommunalen Einrichtungen besser zu verteilen und allen bessere Zugänglichkeit  
311 zu bieten. Das gilt auch für wohnungslose Personen. Hier wollen wir gemäß des  
312 Konzepts „Housing first“ Betroffenen eine Perspektive ohne Stigmatisierung und  
313 Diskriminierung bieten. Um all diese Ziele zu erreichen, benötigen Kommunen sowohl  
314 finanziellen als auch handlungstechnischen Spielraum durch Land und Bund.

### 315 Gesundheit

316 Die Gesundheitsversorgung in Deutschland steht vor einer Reihe von Herausforderungen,  
317 die sowohl in ländlichen als auch in städtischen Gebieten spürbar sind. Besonders  
318 beunruhigend ist das schleichende Sterben von Arztpraxen. Ländliche Gebiete sind  
319 hiervon besonders stark betroffen, da sie demografisch häufig eine ältere Bevölkerung  
320 mit einem höheren Versorgungsbedarf aufweisen. Dies gefährdet die Sicherstellung der  
321 medizinischen Versorgung. Gründe dafür sind unter anderem unattraktive  
322 Arbeitsbedingungen und fehlende Anreize für junge Mediziner\*innen, sich in ländlichen  
323 Regionen niederzulassen. Aber nicht nur Arztpraxen verschwinden zunehmend, auch  
324 Krankenhäuser geraten immer mehr unter Druck. Rund 70 % der Krankenhäuser in  
325 Deutschland sehen ihre Existenz kurz- bis mittelfristig als gefährdet an. Dies ist  
326 ein Armutszeugnis für eine Politik, die Profite im Gesundheitswesen über die

327 langfristige Sicherstellung der Versorgung stellt.

328 Die derzeitige Krankenhausreform ist ein erster Schritt, das Problem anzugehen,  
329 allerdings ist sie umstritten und ihre Folgen sind schwer abzuschätzen. Eine mögliche  
330 Lösung ist die Rekommunalisierung von Krankenhäusern sein, um ihren Fokus stärker auf  
331 das Gemeinwohl und die Patientenversorgung zu lenken, anstatt auf Gewinnmaximierung.  
332 Dies würde es den Krankenhäusern ermöglichen, flächendeckende, bedarfsgerechte  
333 medizinische Leistungen anzubieten.

334 Unabhängig von der geografischen Lage gibt es zentrale Herausforderungen, die eine  
335 umfassende Reform der Gesundheitsversorgung erforderlich machen. Dazu gehört die  
336 Gewährleistung garantierter medizinischer Dienstleistungen für alle Bürger\*innen,  
337 unabhängig von ihrem Wohnort. Tarifbindung und ein guter Personalschlüssel sind  
338 essentiell, um die Qualität der Versorgung zu sichern und Pflegekräfte zu entlasten.  
339 Ebenso wichtig ist die Modernisierung der Ausbildung und Qualifizierung von  
340 medizinischem Personal, die derzeit noch häufig auf weiße Männer als Standard  
341 ausgerichtet ist. Beispielsweise gibt es kaum Bildungsangebote darüber, wie Hautkrebs  
342 bei nicht-weißer Haut erkannt werden kann. Es braucht neue Standards in der  
343 medizinischen Ausbildung, auch wenn es etwa darum geht, dass Schwangerschaftsabbrüche  
344 kompetent und sicher durchgeführt werden können. Diese Aspekte unterstreichen die  
345 Notwendigkeit einer inklusiven Ausbildung, die die Vielfalt der Patient\*innen und  
346 deren spezifische Bedürfnisse besser berücksichtigt. Zudem ist es höchste Zeit, die  
347 Zwei-Klassen-Medizin zu überwinden und gleiche Bedingungen für alle Patient\*innen zu  
348 schaffen und endlich eine Krankenversicherung für alle aufzustellen. Auch die  
349 psychische Gesundheit sollte stärker in den Fokus rücken, um eine umfassende und  
350 integrative Betreuung zu gewährleisten. Darüber hinaus ist die Stärkung der  
351 Hebammenversorgung und der Ausbildung in der Physiotherapie entscheidend, um den  
352 wachsenden Anforderungen in diesen Bereichen gerecht zu werden.

353 Ein weiterer Aspekt betrifft die Rolle kirchlicher Träger in der  
354 Gesundheitsversorgung. Diese Institutionen betreiben in Deutschland viele  
355 Krankenhäuser, allerdings können religiös motivierte Regelungen und Überzeugungen in  
356 diesen Einrichtungen zu Einschränkungen und Diskriminierungen führen, beispielsweise  
357 bei Themen wie Schwangerschaftsabbrüchen, der Beschäftigung von queeren Personen oder  
358 der Sterbehilfe. Kirchliche Träger dürfen nicht außerhalb von einer  
359 diskriminierungsfreien Daseinsvorsorge laufen, ganz abgesehen davon, dass der Staat  
360 die Hauptverantwortung für gesundheitliche Daseinsvorsorge tragen muss. Nur durch  
361 eine umfassende Reform, die alle diese Aspekte integriert, können wir sicherstellen,  
362 dass die Gesundheitsversorgung in Deutschland gerecht, inklusiv und zukunftsfähig  
363 gestaltet wird.

#### 364 Energie- und Abfallversorgung

365 Wer sich nicht um Energie und Abfall kümmert, sitzt bald im Dunkeln auf einem Berg  
366 aus Dreck. Die Ver- und Entsorgung sind grundlegende Aspekte der Daseinsvorsorge und  
367 gehören zu den ersten Themen, die in diesem Kontext genannt werden. Um eine  
368 zuverlässige Energieversorgung zu gewährleisten, setzen wir uns für den weiteren

369 Ausbau erneuerbarer Energien ein, einschließlich umfassenderer Maßnahmen wie einer  
370 Solarpflicht für Neubauten. Dabei darf nicht übersehen werden, dass unser derzeitiges  
371 Energienetz die Einspeisung von Energie auch an Tagen mit hoher Produktion bewältigen  
372 können muss. Ein entscheidender Aspekt ist hierbei die Weiterentwicklung und der  
373 Ausbau von Speichertechnologien, die es ermöglichen, erzeugte Energie effizient zu  
374 speichern und bedarfsgerecht zur Verfügung zu stellen. In diesem Kontext spielen auch  
375 Synergieeffekte eine wichtige Rolle in einer integrierten Energie- und Abfallpolitik.  
376 Ein Beispiel dafür ist die Kombination von Wasserwerken und Stromerzeugung, bei der  
377 Abwasserbehandlung zur Energiegewinnung genutzt werden kann. Synergieeffekte werden  
378 bisher viel zu wenig genutzt.

379 Ein weiteres wichtiges Anliegen ist die Bekämpfung von Umweltkriminalität, zu der  
380 insbesondere der Transfer und Export von Müll in andere Staaten gehört. Diese Praxis  
381 führt nicht nur zu erheblichen Umwelt- und Gesundheitsproblemen in den betroffenen  
382 Regionen, sondern rächt sich auch langfristig international in Folge von  
383 Klimaschäden. Um diese Umweltverbrechen effektiv zu bekämpfen, sind strengere  
384 Kontrollen sowie eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen den Staaten notwendig.  
385 Auf lokaler Ebene spielen die Einführung und Durchsetzung klarer Vorgaben für  
386 Recycling und Upcycling eine zentrale Rolle. Die EU hat hier mit dem European Green  
387 Deal bereits einige Vorgaben eingebracht. Diese Maßnahmen tragen nicht nur dazu bei,  
388 den ökologischen Fußabdruck zu reduzieren, sondern fördern auch eine  
389 Kreislaufwirtschaft, in der Abfälle als wertvolle Ressourcen behandelt werden. Lokale  
390 Behörden und Unternehmen müssen ermutigt und unterstützt werden, innovative  
391 Recycling- und Upcycling-Technologien zu entwickeln und zu nutzen. Es ist wichtig,  
392 dass Kommunen aktiv in Bildungs- und Sensibilisierungskampagnen investieren, um die  
393 Bevölkerung für die Bedeutung von korrekter Mülltrennung und -verwertung zu  
394 sensibilisieren.

395 Auch die Problematik der Wasserarmut rückt immer weiter in den Vordergrund. In den  
396 letzten 20 Jahren hat Deutschland etwa so viel Wasser verloren, wie es sich im  
397 Bodensee befindet. Die Auswirkungen von Wasserknappheit sind weitreichend und  
398 betreffen nicht nur die Landwirtschaft, sondern auch die Versorgung der Bevölkerung  
399 mit Trinkwasser. Es ist dringend erforderlich, Maßnahmen zur Wassereinsparung und -  
400 rückgewinnung jetzt schon zu betrachten sowie nachhaltige Bewirtschaftungsstrategien  
401 zu entwickeln, um zukünftige Wasserressourcen zu sichern und die ökologischen Folgen  
402 zu minimieren.

#### 403 Kultur

404 Kultur ist allgegenwärtig im Leben junger Menschen und nicht nur verzichtbare  
405 Freizeitbeschäftigung oder Luxusgut, sondern identitätsstiftend und Bestandteil der  
406 Persönlichkeitsentwicklung. Deshalb gehört Kultur für uns auch klar zur  
407 Daseinsvorsorge. Dabei muss nicht nur sichergestellt werden, dass alle die  
408 Möglichkeit haben, Kultur zu erleben, sondern auch durch staatliche Förderung dafür  
409 gesorgt werden, dass nicht nur Mitglieder privilegierter Gruppen die Möglichkeit  
410 haben, Kultur zu schaffen.

411 Leider ist Kultur auch einer der politischen Bereiche, bei denen als erstes gespart  
412 wird. Schwimmbäder werden geschlossen, Fördergelder nicht länger gezahlt,  
413 Eintrittsgelder für Museen und Ausstellungen werden erhöht und die Kneipen vor Ort  
414 machen die Schotten dicht. Das bedeutet nicht nur mehr Hürden und weniger kulturelle  
415 Teilhabe für alle, sondern auch prekärere Beschäftigungsverhältnisse und permanente  
416 Zukunftsangst für Kulturschaffende, in einer Branche, die ohnehin von schlechten  
417 Arbeitsbedingungen und oft fehlender gewerkschaftlicher Anbindung geprägt ist. Zudem  
418 wird der berufliche Einstieg in den Kultursektor so noch mehr erschwert und bleibt  
419 vor allem Menschen aus wohlhabenden Elternhäusern vorbehalten.

420 Auch jungen Menschen, die im ländlichen Raum leben, wird der Zugang zu Kultur,  
421 besonders durch weniger Angebote vor Ort, das Club- und Kneipensterben und schlechte  
422 ÖPNV-Anbindungen erschwert. Hier müssen Finanzierungsmechanismen einsetzen, die das  
423 kulturelle Angebot auf dem Land besonders fördern.

424 Also: Weg mit dem Narrativ, dass Kultur nur ein Luxusgut sei, das man sich leisten  
425 können muss. Auch Investitionen in Kultur sind wichtiger Bestandteil, um  
426 demokratische Bildung und Teilhabe zu fördern. Gerade deshalb dürfen Bund, Länder und  
427 Kommunen hier nicht länger einsparen.

428 Vor allem in Zeiten, in denen medial und politisch oft der Kulturkampf  
429 heraufbeschworen wird, müssen Kultur und kulturelle Vielfalt besonders von  
430 staatlicher Seite gefördert und geschützt werden. Es bedarf an besonderer  
431 finanzieller Unterstützung für Projekte von marginalisierten Kulturschaffenden  
432 (besonders BIPOCs, queere Personen, Armutsbetroffene & behinderten Personen), aber  
433 auch Schutz vor immer häufiger vorkommenden Angriffen, vor allem von rechts. Noch  
434 immer ist die deutsche Kulturlandschaft von weißen, heterosexuellen und patriarchalen  
435 Machtstrukturen geprägt. Teil der Daseinsvorsorge muss es auch sein, diese Systeme zu  
436 durchbrechen und gleiche Teilhabemöglichkeiten für alle zu schaffen.

437 Sozialstaat und bürokratische Dienstleistungen

438 Der Sozialstaat und das gesamte bürokratische System sind voller Barrieren,  
439 insbesondere für marginalisierte Gruppen. Es bedarf einer grundlegenden Reform, die  
440 ein Umdenken mit sich bringt. Die konservative und neoliberale Erzählung, dass das  
441 Streben nach Leistung Grundpfeiler für Ansprüche des Sozialstaates ist, muss ein Ende  
442 haben. Der Anspruch auf Leistungen der sozialen Sicherung gilt allen Menschen, die in  
443 unserem Land leben und Teil unserer Gesellschaft sein wollen. Die Gängelung von  
444 Leistungsempfänger\*innen und Sanktionsmechanismen müssen ein Ende haben. Der hier  
445 investierte Bürokratieapparat könnte stattdessen Beratungs- und Fortbildungsangebote  
446 liefern.

447 Forderungen nach einer Bezahlkarte für Geflüchtete sind vor diesem Hintergrund  
448 unserer Vorstellung nach Teilhabe an gesellschaftlichem Leben nicht mit unserer  
449 Grundüberzeugung vereinbar. Die Bezahlkarte schränkt die Teilhabe und auch die  
450 Integration massiv ein.

451 Abgesehen davon, dass gerade in Großstädten kaum Termine verfügbar sind und im

452 ländlichen Raum vor allem die eingeschränkte Mobilität den Menschen den Zugang zu  
453 öffentlichen Dienstleistungen erschwert, verbindet Stadt und Land die ausbleibende  
454 Digitalisierung von Verwaltung und öffentlichen Dienstleistungen. Hierbei handelt es  
455 sich wohl um eine der größten bisher verpassten Chancen der Daseinsvorsorge im  
456 Bereich Bürokratie und Sozialstaat. Der digitale Zugang kann - wenn er richtig und  
457 möglichst einheitlich gestaltet wird - massiv Barrieren abbauen und außerdem  
458 Ressourcen durch die Optimierung von Prozessen einsparen.

459 Die Beantragung von Leistungen und auch allgemeine Beratungen oder Auskünfte müssten  
460 eigentlich aufgrund des Online-Zugangs-Gesetzes längst möglich sein. Die Chance, bei  
461 der Ausgestaltung durch eine einheitliche und benutzer\*innenfreundliche Anwendung in  
462 verschiedenen Bereichen Barrieren abzubauen und Kosten zu sparen, sowie die  
463 Digitalisierung zu nutzen, um Prozesse zu hinterfragen wurde offenbar jedoch  
464 weitestgehend verpasst. Die Digitalisierung der Bürokratie gleicht einem  
465 Flickenteppich, der weiteren bürokratischen Aufwand schafft, anstatt zum Abbau  
466 bürokratischer Hürden beizutragen. Gelungene Online-Angebote sind häufig zu  
467 unbekannt.

#### 468 Bildung

469 Anspruch unserer jungsozialistischen Politik ist es, dass jeder Mensch das Leben  
470 führen kann, das er\*sie führen möchte. Zur Erfüllung dieses Anspruchs ist Bildung  
471 nicht alles, aber ohne Bildung ist alles nichts. Sie ist der zentrale Schlüssel  
472 dafür, dass die persönliche Zukunft nicht länger von der eigenen Herkunft abhängt.  
473 Bildung ist eines der wesentlichen Elemente der Daseinsvorsorge und nimmt (zurecht)  
474 in den meisten Landes- und Kommunalhaushalten einen der größten Investitionsbereiche  
475 ein. Dennoch ist der Investitionsstau im Bildungsbereich enorm. In vielen Städten  
476 sind die Schulen baulich in äußerst fragilen Zuständen. In ländlichen Gemeinden ist  
477 der Schulweg für viele junge Menschen aufgrund fehlender weiterführender Schulformen  
478 besonders lang. Die Ausstattung mit sonderpädagogischem Fachpersonal oder Lehrkräften  
479 ist nahezu überall unzureichend. Zudem sind die technischen und digitalen  
480 Infrastrukturen vieler Schulen veraltet, was den Zugang zu zeitgemäßem Unterricht  
481 erheblich erschwert.

482 Unsere Vision ist es, ein Bildungssystem zu schaffen, das wirklich allen offensteht,  
483 unabhängig von sozioökonomischer Herkunft, Diskriminierungserfahrung oder Wohnort.  
484 Dazu gehört, dass Bildungseinrichtungen von der Kita bis zur Hochschule finanziell so  
485 ausgestattet sind, dass sie ihrer wichtigen Rolle gerecht werden können. Wir brauchen  
486 moderne, gut ausgestattete Schulgebäude und dazugehörige Lehrkräfte, die den  
487 Anforderungen eines inklusiven und zukunftsorientierten Lernens gerecht werden.

488 Ein weiteres zentrales Anliegen ist die Abschaffung des mehrgliedrigen Schulsystems.  
489 Statt frühzeitig über die Zukunft der Schüler\*innen zu entscheiden, wollen wir eine  
490 gemeinsame Schule für alle schaffen, in der individuelle Förderung im Vordergrund  
491 steht. Nur so können wir sicherstellen, dass alle Kinder und Jugendlichen ihre  
492 Potenziale voll entfalten können, ohne durch soziale Barrieren oder selektive  
493 Bildungssysteme benachteiligt zu werden.

494 Darüber hinaus setzen wir uns für das lebenslange Lernen ein. Bildung darf nicht mit  
495 dem Schulabschluss enden. Wir brauchen flexible Bildungsangebote für alle  
496 Altersgruppen, die sich an die verschiedenen Lebensphasen und Bedürfnisse anpassen.  
497 Das bedeutet, Weiterbildungsmöglichkeiten, berufsbegleitende Studiengänge und die  
498 Anerkennung von informell erworbenen Kompetenzen zu fördern.

499 Bildung ist der Schlüssel zu sozialer Gerechtigkeit und Chancengleichheit. Vor allem  
500 vor dem Hintergrund des zunehmenden Populismus und Rechtsextremismus ist die  
501 Streichung von Investitionen in politische Bildung für uns nicht nachvollziehbar. Wir  
502 müssen in unsere Bildungseinrichtungen und in die politische Partizipation vor allem  
503 junger Menschen investieren und sicherstellen, dass die Bildungsangebote allen  
504 Menschen zugänglich sind. Nur so können wir unserem Anspruch an eine gerechtere  
505 Gesellschaft gerecht werden.

#### 506 **Kommune, Bund und Land: Es klappt nur Hand in Hand!**

507 Der Staat ist verantwortlich für die Daseinsvorsorge und agiert auf verschiedenen  
508 politischen Ebenen. Dies darf allerdings nicht dazu führen, dass die Mammutaufgabe  
509 einer gelungenen Daseinsvorsorge wie ein Spielball zwischen diesen Ebenen hin und her  
510 gespielt wird, sich am Ende aber niemand für die Umsetzung verantwortlich fühlt.

511 Die kommunale Selbstverwaltung ist ein grundlegendes Element unseres demokratischen  
512 Staatssystems. Sie ermöglicht es Kommunen, eigenständig Entscheidungen zu treffen und  
513 Leistungen anzubieten. Dies ist entscheidend, um die Bedürfnisse der Einwohner\*innen  
514 angemessen zu erfüllen und die Qualität öffentlicher Dienstleistungen  
515 sicherzustellen. Grundsätzlich sind sie daher auch für die Daseinsvorsorge  
516 verantwortlich. Eine ausreichende Finanzierung ist hierfür jedoch unerlässlich.

517 Außerdem gibt es unabhängig von der kommunalen Selbstverwaltungsgarantie Aufgaben der  
518 Daseinsvorsorge, bei denen es sich nicht nur um wirtschaftlichen, sondern vor allem  
519 im Sinne einer möglichst gleichen Teilhabe aller Menschen am gesellschaftlichen Leben  
520 aufdrängt, eine überörtliche Zuständigkeit für die Bereitstellung der Daseinsvorsorge  
521 festzuhalten.

522 Bund und Länder müssen auch endlich ihre Verantwortung für eine effektive Investition  
523 in unsere Daseinsvorsorge übernehmen - Wir brauchen einen kommunalen Altschulden-  
524 Schnitt! Das Märchen der schwankenden Generationengerechtigkeit bei weiteren  
525 Staatsschulden ist längst von der Realität eingeholt: Aktuell bekommen wir die marode  
526 Infrastruktur und die verpassten Investitionen der letzten Jahrzehnte hautnah zu  
527 spüren. Das ist es, was es in Zukunft zu vermeiden gilt. Wir brauchen Investitionen  
528 in eine gerechte Zukunft, statt eine Investitionsbremse.

#### 529 Wohnen

530 Für uns steht fest: Wohnraum muss bezahlbar und für alle Menschen vorhanden sein. Die  
531 Wohnpolitik muss so gestaltet werden, dass sie den Bedürfnissen aller Menschen  
532 gerecht wird und dabei gleichzeitig Nachhaltigkeit und soziale Gerechtigkeit  
533 berücksichtigt. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass...

- 534 • ... mehr mietpreisgebundener Wohnraum geschaffen wird, um die finanzielle

535 Belastung der Haushalte zu reduzieren.

536 • ... eine bauliche Verdichtung mit gleichzeitiger Erhaltung und Förderung urbaner  
537 Grünflächen erfolgt, um lebenswerte Städte zu schaffen und zu erhalten.

538 • ... Kommunen auskömmlich finanziert werden, um Grundstücke langfristig zu  
539 sichern, damit sie Instrumente wie das Erbbaurecht einsetzen können.

540 • ... die Vergabe öffentlicher Bauaufträge nicht nur nach Kosten, sondern  
541 insbesondere nach Qualität erfolgt. Dazu müssen Bauämter personell und technisch  
542 besser ausgestattet werden und der bürokratische Rahmen geändert werden.

543 • ... kommunale Wohnungsbaugesellschaften sowie genossenschaftliches Wohnen und  
544 gemeinwohlorientierte Azubi- und Studiwohnheime gefördert werden, um vielfältige  
545 Wohnoptionen für unterschiedliche Bevölkerungsgruppen und Lebensphasen zu  
546 schaffen.

547 • ... angemessener und zentral gelegener Wohnraum bereitgestellt wird, um eine  
548 gelungene Integration für Geflüchtete in die Gesellschaft zu erleichtern.

549 • ... die Umsetzung dieser Maßnahmen durch finanzielle und handlungstechnische  
550 Unterstützung von Land und Bund begleitet wird, um den Kommunen die nötigen  
551 Ressourcen und Kompetenzen zur Verfügung zu stellen.

#### 552 Mobilität

553 Als Jungsozialist\*innen wissen wir: Mobilität muss für alle Menschen zugänglich sein.

554 Unsere Verkehrspolitik soll ökologisch sinnvoll und sozial gerecht gestaltet werden.

555 Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass...

556 • ... Subventionen wie das Dienstwagenprivileg und die Dieselsubvention  
557 abgeschafft werden.

558 • ... umweltfreundliche Mobilität gefördert wird, indem der Ausbau der  
559 Radinfrastruktur, des Fußverkehrs und von Sharing-Angeboten priorisiert wird.

560 • ... ein Modal-Split umgesetzt wird, der verschiedene Verkehrsmittel wie Bus,  
561 Bahn, Fahrrad und Car-Sharing integriert.

562 • ... die Verkehrsinfrastruktur so gestaltet wird, dass die Bedürfnisse von FINTA-  
563 Personen (Frauen, intergeschlechtliche, nicht-binäre, trans und agender  
564 Personen), älteren Menschen, Menschen mit Behinderung und Kindern berücksichtigt  
565 werden.

566 • ... die Mobilität im ländlichen Raum durch den Ausbau von On-Demand-Lösungen und  
567 Nachtmobilität verbessert wird.

568 • ... Planungshürden gesenkt und bürokratische Barrieren für umweltfreundliche  
569 Mobilität abgebaut werden.

#### 570 Gesundheit

571 Das Gesundheitssystem ist seit Jahrzehnten von Sparpolitik, schlechten

572 Arbeitsbedingungen und nicht ausreichender Versorgung geprägt. Um den Kollaps zu

573 verhindern und eine gute Versorgung für alle Menschen sicherzustellen, kämpfen wir

574 deshalb...

575 ...dafür, dass der Bund den Ernst der Lage endlich erkennt und fordert:

- 576 • eine gesetzlich vorgeschriebene Mindestanzahl von Pfleger\*innen auf den
- 577 Stationen nach der Bemessung einer modernen und aktuellen Pflegepersonal-
- 578 Regelung.
- 579 • Tarifbindung in öffentlichen und privatisierten Einrichtungen
- 580 • die Einführung einer gesetzlichen Bürger\*innenversicherung und Aufhebung der
- 581 Zwei-Klassen-Medizin
- 582 • die Förderung von kultur- und sprachsensibler Pflege
- 583 • die Rekommunalisierung aller Krankenhäuser
- 584 • die Sicherstellung einer medizinischen Grundversorgung, vor allem auch im
- 585 ländlichen Raum. Dabei sollen vor allem auch Modelle, die zur Förderung der
- 586 hausärztlichen Versorgung beitragen gestärkt werden. Modellprojekte wie “Mit
- 587 Praxis zur Praxis” aus dem Kreis Herford können hier als Vorbilder dienen.
- 588 • den Ausbau der durch LWL und LVR bereitgestellten hausärztlichen Notdienste.
- 589 • vereinfachte Zugänge in den Krankenkassen

590 ... auf Landesebene und in den Kommunen für:

#### 591 Energie- und Abfallversorgung

592 Um den Herausforderungen in den Bereichen Energie, Umwelt und Wasser gerecht zu  
593 werden, setzen wir uns für folgende Maßnahmen ein. Diese Forderungen zielen darauf  
594 ab, erneuerbare Energien zu fördern, Umweltkriminalität zu bekämpfen, die  
595 Kreislaufwirtschaft voranzutreiben und das Wassermanagement zu verbessern. Wir  
596 fordern, dass...

597 Erneuerbare Energien weiter ausgebaut werden, indem:

- 598 • ... eine Solarpflicht für Neubauten eingeführt wird, um die Nutzung von
- 599 Solarenergie zu fördern.
- 600 • ... verstärkt in die Forschung und Entwicklung von Energiespeichertechnologien
- 601 investiert wird, um eine stabile Energieversorgung zu gewährleisten.
- 602 • ... Projekte gefördert werden, die Synergieeffekte nutzen, wie die Kombination
- 603 von Abwasserbehandlung und Stromerzeugung.

604 Umweltkriminalität bekämpft wird, indem:

- 605 • ... strengere Kontrollen zur Überwachung und Durchsetzung von Gesetzen gegen
- 606 illegalen Mülltransfer und -export eingeführt werden.
- 607 • ... die internationale Zusammenarbeit gestärkt wird, um Umweltverbrechen
- 608 effektiver zu bekämpfen und globale Umweltstandards zu fördern.

609 die Kreislaufwirtschaft weiter gefördert wird, indem:

- 610 • ... klare Vorgaben für Recycling und Upcycling eingeführt und durchgesetzt
- 611 werden, um Abfälle als wertvolle Ressourcen zu nutzen.

- 612 • ... lokale Behörden und Unternehmen bei der Entwicklung und Nutzung  
613 innovativer Recycling- und Upcycling-Technologien unterstützt werden.  
614 • ... in Bildungs- und Sensibilisierungskampagnen investiert wird, um die  
615 Bevölkerung für die Bedeutung und Methoden der Mülltrennung und -verwertung zu  
616 sensibilisieren.

617 das Wassermanagement verbessert wird, indem:

- 618 • ... Wassersparmaßnahmen in Industrie, Landwirtschaft und Haushalten  
619 implementiert werden, um den Wasserverbrauch zu reduzieren.  
620 • ... Technologien und Infrastrukturen zur Wasserrückgewinnung gefördert werden,  
621 um die Wiederverwendung und den Schutz von Wasserressourcen zu sichern.  
622 • ... nachhaltige Bewirtschaftungsstrategien entwickelt und umgesetzt werden, um  
623 zukünftige Wasserressourcen zu sichern und ökologische Schäden zu minimieren.

#### 624 Kultur

625 Kultur ist kein Luxusgut und Kunschtchaffende sind keine Bittsteller\*innen. Deshalb  
626 kämpfen wir dafür, dass...

627 ... der Bund Kulturpolitik endlich als relevanten politischen und wirtschaftlichen  
628 Sektor erkennt und:

- 629 • Eine faire Förderpolitik umsetzt, die nicht nur weiße sogenannte Hochkultur  
630 fördert und eine finanziell stabile Perspektive für Kunst- und Kulturschaffende  
631 bietet. Die Kulturförderungsprogramme sollen langfristig angesetzt sein und  
632 Diversität stärken.  
633 • Gelder für die Kommunen bereitstellt, mit denen diese lokale Projekte fördern  
634 können, besonders für den ländlichen Raum  
635 • für eine bessere Entlohnung für Beschäftigte im Kulturbetrieb und  
636 Mindesthonorare für Kulturschaffende sorgt  
637 • das Angebot des Kulturpasses für 18-Jährige weiter ausweitet und Kulturangebote  
638 so zugänglicher für junge Menschen macht.

639 ... das Land Geld in die Hand nimmt und:

- 640 • Gelder für die Kommunen bereitstellt, mit denen diese lokale Projekte fördern  
641 können, besonders für den ländlichen Raum  
642 • Selbst kulturelle Angebote direkt fördert

643 ... die Kommunen nicht an der Kultur sparen und stattdessen:

- 644 • die finanzielle Förderung von lokalen Kulturangeboten, vor allem für  
645 Jugendliche, sicherstellen.  
646 • für eine angemessene Schwimmbadversorgung sorgen

#### 647 Sozialstaat und bürokratische Dienstleistungen

648 Für uns ist klar: Wir brauchen einen armutsfesten Sozialstaat auf allen Ebenen.

649 Bürokratische Dienstleistungen müssen barrierearm bzw. möglichst barrierefrei

650 zugänglich sein. Deshalb wollen wir dafür streiten, dass...

651 ...der Bund endlich den Investitions-Turbo startet und in Kernbereichen der  
652 Daseinsvorsorge einheitliche Standards garantiert. Deshalb fordern wir:

- 653 • die bundesweite Reform der sozialstaatlichen Leistungen hin zu einer  
654 Grundsicherung, die frei von Sanktionen und bürokratischen Irrgärten ist. Dabei  
655 müssen Bürokratiemonster und bürokratische Bedürftigkeitsüberprüfungen, die  
656 weder wirtschaftlich lohnenswert sind noch unsere Vorstellung von Gerechtigkeit  
657 widerspiegeln, auf den Prüfstand gestellt werden. Der beste Schutz des  
658 Sozialstaats gegen Missbrauch ist nicht, Menschen mit Sanktionen zu gängeln oder  
659 jeden Cent umzudrehen, sondern durch einen aufsuchenden Sozialstaat frühzeitig  
660 Hilfebedarfe zu erkennen und diesen mit Beratungsangeboten und Unterstützung zu  
661 begegnen. Der Sozialstaat muss Mechanismen entwickeln, um Hilfebedürftigkeit  
662 frühzeitig zu erkennen und proaktive Angebote zu schaffen, statt Bürger\*innen  
663 als Bittsteller im bürokratischen Irrgarten alleine zu lassen.
- 664 • die sofortige Einführung einer Kindergrundsicherung, die effektiv verhindert,  
665 dass Kinder durch Armut vom gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen werden.
- 666 • eine Supervision bisheriger Digitalisierungsprozesse, bei der  
667 Verwaltungsprozesse im Hinblick auf ihre Effizienz untersucht werden. Dafür  
668 braucht es ein umfassendes Prozessmanagement.
- 669 • bundeseinheitliche digitale Portale für bundeseinheitliche Leistungen.

670 ...das Land die Beratungsangebote ausbaut und:

- 671 • sicherstellt, dass in jeder Kommune ausreichend und qualitativ hochwertige  
672 Beratungsstellen vorhanden sind, die Menschen in verschiedenen Lebenslagen  
673 unterstützen können. Dies umfasst finanzielle Beratung, Sozialberatung, sowie  
674 Beratungsangebote für Arbeitslose und Menschen in prekären  
675 Beschäftigungsverhältnissen.
- 676 • die Ausbildung und Fortbildung von Beratungspersonal sicherstellt, um dafür zu  
677 sorgen, dass diese auf dem neuesten Stand sind und effektiv auf die Bedürfnisse  
678 der Menschen eingehen können.
- 679 • die Auszahlung von Geldleistungen als solche etabliert, die tatsächliche  
680 Teilhabe und Selbstbestimmung ermöglichen und sich eben nicht in einer  
681 diskriminierenden Bezahlkarte erschöpfen.

682 ...die Kommunen aktiv in die Verbesserung der Daseinsvorsorge eingebunden werden und:

- 683 • niedrigschwellige Zugänge zu sozialen Dienstleistungen in allen städtischen und  
684 ländlichen Gebieten geschaffen werden. Dies beinhaltet die Einrichtung von  
685 Bürger\*innenbüros und Informationszentren, die auch ohne vorherige  
686 Terminvereinbarung aufgesucht werden können.
- 687 • gezielte Programme zur Unterstützung besonders benachteiligter  
688 Bevölkerungsgruppen, wie etwa Alleinerziehende, Menschen mit Behinderungen und  
689 Migrant\*innen, entwickelt und umgesetzt werden.

690 • die Digitalisierung der kommunalen Verwaltungen vorangetrieben wird, um  
691 sicherzustellen, dass alle Bürger\*innen einfachen Zugang zu wichtigen  
692 Dienstleistungen haben und Anträge unkompliziert und schnell online gestellt  
693 werden können.

694 Nur so können wir sicherstellen, dass der Sozialstaat wirklich jeden erreicht und  
695 niemand durch bürokratische Hürden von notwendigen Unterstützungsleistungen  
696 ausgeschlossen wird. Wir müssen Daseinsvorsorge vor dem Hintergrund der sozialen  
697 Sicherheit auf zukunftsfähige Beine stellen.

#### 698 Bildung

699 Außerdem brauchen wir ein Bildungssystem, das allen Menschen gleiche Chancen und  
700 Möglichkeiten bietet. Das Beharren auf den Bildungsföderalismus hat zu einer  
701 Zersplitterung und massiver Ungerechtigkeit im deutschen Bildungssystem geführt.  
702 Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass...

703 ...der Bund und die Länder gemeinsam Verantwortung übernehmen und in zentralen  
704 Aspekten der Bildung einen Konsens erzielen. Wir fordern:

- 705 • die Schaffung einheitlicher Bildungsstandards, die bundesweit gelten und  
706 sicherstellen, dass alle Schüler\*innen unabhängig von ihrem Wohnort die gleichen  
707 Lern- und Entwicklungschancen haben. Die Feingestaltung und Anpassung dieser  
708 Standards kann in der Verantwortung der Länder bleiben, um regionale  
709 Besonderheiten zu berücksichtigen.
- 710 • eine gerechte und auskömmliche Finanzierung des Bildungssystems durch den Bund.  
711 Dazu gehört die Beteiligung an der ausreichenden Ausstattung der Schulen mit  
712 Lehrkräften, pädagogischem Personal und modernen Lehrmitteln sowie die Sanierung  
713 maroder Schulgebäude.
- 714 • die Einführung eines nationalen Bildungspasses, der den Wechsel zwischen Schulen  
715 in verschiedenen Bundesländern erleichtert und sicherstellt, dass erworbene  
716 Kompetenzen und Abschlüsse bundesweit anerkannt werden.
- 717 • die Abschaffung des mehrgliedrigen Schulsystems zugunsten einer inklusiven,  
718 gemeinsamen Schule für alle Schüler\*innen. Eine gemeinsame Schule ermöglicht es,  
719 dass Kinder und Jugendliche unabhängig von ihrer sozioökonomischen Herkunft und  
720 ihren individuellen Fähigkeiten gemeinsam lernen und sich gegenseitig  
721 unterstützen.

722 ...die Länder in der Bildungspolitik enger zusammenarbeiten und:

- 723 • einen ständigen Austausch und Dialog untereinander intensivieren, um Best  
724 Practices zu teilen und voneinander zu lernen. Dies kann im Rahmen regelmäßiger  
725 Bildungsminister\*innenkonferenzen und gemeinsame Arbeitsgruppen geschehen.
- 726 • Bildungspläne und Lehrpläne so weit wie möglich harmonisieren, um Mobilität und  
727 Chancengleichheit für Schüler\*innen zu gewährleisten. Hierbei sollen die Länder  
728 jedoch weiterhin die Möglichkeit haben, spezifische Aspekte in ihre Lehrpläne zu  
729 integrieren und im Rahmen der pädagogischen Freiheit auch Lehrkräften eine

730 individuelle Förderung zu ermöglichen.

731 • gemeinsam Maßnahmen zur Bekämpfung von Bildungsungleichheit entwickeln, wie etwa  
732 Programme zur Förderung von Schüler\*innen aus sozioökonomisch benachteiligten  
733 Familien und spezielle Unterstützungsangebote für Kinder mit besonderen  
734 Bedürfnissen.

735 • das lebenslange Lernen ermöglichen und fördern, indem sie flexible  
736 Bildungsangebote schaffen, die sich an die verschiedenen Lebensphasen und  
737 Bedürfnisse der Menschen anpassen. Dies umfasst Weiterbildungsmöglichkeiten wie  
738 etwa an Volkshochschulen, berufsbegleitende Studiengänge und die Anerkennung von  
739 informell erworbenen Kompetenzen. Bildung darf nicht mit dem Schulabschluss  
740 enden, sondern muss für alle Menschen kontinuierlich zugänglich und attraktiv  
741 bleiben.

742 ...die Kommunen aktiv in die Umsetzung von Bildungsmaßnahmen eingebunden werden und:

743 • vor Ort Bildungsinitiativen unterstützen, die den spezifischen Bedürfnissen der  
744 Gemeinschaft gerecht werden. Dazu gehören auch außerschulische Lernorte und  
745 Angebote zur kulturellen Bildung.

746 • sicherstellen, dass alle Schulen über eine zeitgemäße digitale Infrastruktur  
747 verfügen, um modernen Unterricht zu ermöglichen. Dies beinhaltet auch die  
748 Bereitstellung von Endgeräten und die Fortbildung von Lehrkräften im Bereich der  
749 digitalen Bildung. Sie sollten sich hierbei an einem bundeseinheitlichen  
750 Standard orientieren.

751 • Programme zur Förderung der frühkindlichen Bildung und Betreuung ausbauen, um  
752 sicherzustellen, dass alle Kinder von Anfang an die bestmöglichen  
753 Startbedingungen haben.

754 • lokale Bildungsnetzwerke stärken, die Bildungseinrichtungen, Betriebe und  
755 zivilgesellschaftliche Organisationen miteinander vernetzen, um den Austausch  
756 und die Zusammenarbeit zu fördern und vielfältige Lernangebote zu schaffen.

757 Wir wollen nach wie vor ein Bildungssystem schaffen, das kein Kind zurücklässt und  
758 alle Menschen in ihrer individuellen Entwicklung fördert. Bildung ist ein  
759 Menschenrecht und muss daher in allen Bundesländern gleichwertig und gerecht  
760 gestaltet werden. Es ist an der Zeit, den Bildungsföderalismus zu reformieren, das  
761 mehrgliedrige Schulsystem abzuschaffen und lebenslanges Lernen zu verwirklichen.

## Antrag G02: Solidarisch gegen Klassismus - Klasse erkennen und antiklassistisch handeln

<b>Antragsteller*in:</b>	Juso-Landesvorstand
<b>Sachgebiet:</b>	G - Gemeinwohl, Sozial- und Gesundheitspolitik

### 1 **Was ist Klassismus?**

2 Der Begriff "Klassismus" bezeichnet die Diskriminierung und Benachteiligung von  
3 Menschen aufgrund ihrer sozialen Herkunft oder ihrer sozialen Klasse. Dies betrifft  
4 insbesondere Menschen, die in ärmeren Verhältnissen aufwachsen, weniger Zugang zu  
5 Bildung haben oder in Berufen arbeiten, die gesellschaftlich weniger anerkannt sind.  
6 Klassismus zeigt sich in Vorurteilen, Ungerechtigkeiten und ungleichen  
7 Lebensbedingungen.

8 Unsere Gesellschaft ist in vielerlei Hinsicht von Klassenzugehörigkeit geprägt. Diese  
9 Zugehörigkeit hat Einfluss auf verschiedene Lebensbereiche, beispielsweise auf  
10 Bildung, Berufswahl, auf Gesundheit und sogar auf die Lebenserwartung. Der  
11 Kapitalismus beruht auf eben diesen Klassenunterschieden und zeichnet sich dadurch  
12 aus, dass einige wenige über Macht und Ressourcen verfügen, während die große  
13 Mehrheit der Menschen nichts anderes als ihre Arbeitskraft hat. Die Klimakrise, die  
14 durch die kapitalistischen Verhältnisse erheblich beschleunigt wird, verschärft diese  
15 Ungerechtigkeiten, da ärmere Menschen stärker von ihren Auswirkungen betroffen sind.  
16 Historisch entstand Klassismus, weil viele europäische Gesellschaften im Mittelalter  
17 vom Feudalismus geprägt waren. Im Feudalismus gaben Landbesitzer, die Feudalherren,  
18 Land an Bauern, die dafür hohe Abgaben zahlten. Die Bauern erhielten im Gegenzug  
19 Schutz und das Recht, das Land zu bewirtschaften. Für die meisten Menschen war es  
20 schlichtweg unmöglich, ihren sozialen Status zu verbessern. Das änderte sich mit der  
21 Industrialisierung im 18. und 19. Jahrhundert. Es entstanden neue Klassen wie die  
22 Bourgeoisie, die über die Produktionsmittel z.B. Fabriken verfügten. Auf der  
23 Gegenseite entstand das Proletariat, die Arbeiter\*innenklasse.

### 24 **Klassismus in der heutigen Gesellschaft**

25 Auch heute noch prägt Klassismus grundlegend unsere Gesellschaft. Klassismus wirkt  
26 hier strukturierend und prägt die Teilhabe und Verwirklichungschancen in unserer  
27 Gesellschaft. Ein konkretes Beispiel findet sich im Schulsystem: Die Chance, dass ein  
28 Kind von Akademiker\*innen eine Empfehlung für das Gymnasium bekommt, ist drei Mal  
29 größer als bei einem Arbeiter\*innenkind - und das bei gleichen Noten im Zeugnis.  
30 Dadurch bleiben den Kindern von Nicht-Akademiker\*innen Bildung und Aufstiegschancen  
31 verwehrt. Besonders betroffen sind Kinder mit Migrationshintergrund, die zusätzlich  
32 oft mit struktureller rassistischer Diskriminierung und Unterdrückung konfrontiert  
33 sind.

34 Kulturelle Diskriminierung zeigt sich ebenfalls im Alltag. So werden bestimmte  
35 Musikstile wie Hip-Hop und Rap häufig abgewertet und als "kulturlos" bezeichnet, oft

36 auch mit rassistischen Untertönen. Kleidung wie Jogginghosen oder Jeans mit Löchern  
37 wird bei ärmeren Menschen oft als unangemessen betrachtet und führt zu Ausgrenzung,  
38 während sie bei wohlhabenderen Menschen als modisch gelten.

39 Auch Alleinerziehende, die überproportional von Armut betroffen sind, trifft  
40 Klassismus, etwa, wenn sie trotz Arbeit Schwierigkeiten haben, ihre Familien zu  
41 versorgen. Diese finanzielle Unsicherheit führt oft zu sozialer Ausgrenzung und  
42 weiteren Schwierigkeiten im Alltag.

43 Hinzu kommt die Stigmatisierung von Menschen, die auf Sozialleistungen angewiesen  
44 sind. Personen, die Bürger\*innengeld erhalten, werden oft als faul dargestellt, was  
45 ein falsches und schädliches Stereotyp ist. Auch geflüchtete Menschen, die  
46 Bezahlkarten anstelle von Bargeld erhalten, erleben ein erhebliches Ausmaß an  
47 Stigmatisierung durch massive Einschränkung ihrer Freiheiten und die Kennzeichnung  
48 als Bedürftige. Diese Beispiele zeigen, wie tief Klassismus in unserer Gesellschaft  
49 verankert ist und welche Herausforderungen es noch zu überwinden gilt.

#### 50 **Auswirkungen von Klassismus und Aufrechterhaltung der Klassengesellschaft**

51 Klassismus beginnt auf individueller Ebene bereits in der Kindheit. Beengte  
52 Wohnverhältnisse und fehlende eigene Zimmer haben einen negativen Einfluss auf die  
53 frühkindliche Entwicklung. Der soziale Hintergrund prägt auch den Bildungsweg: Kinder  
54 aus einkommensschwachen Familien haben oft weniger Zugang zu Kulturangeboten und  
55 Bildungsmöglichkeiten. Dies führt dazu, dass sie einen geringeren Wortschatz  
56 entwickeln als Gleichaltrige aus Akademiker\*innenfamilien, was ihre späteren  
57 Bildungschancen erheblich mindern kann. Die fehlende Teilnahme an Vereinsaktivitäten  
58 und andere Bildungsungleichheiten setzen sich oft fort und beeinflussen die Schul-  
59 und Berufslaufbahn. Die Folgen dieser Ungleichbehandlung tragen die Betroffenen ein  
60 Leben lang: Statistisch schlechtere Schulnoten führen zu weniger aussichtsreichen  
61 Bildungswegen und letztlich zu schlechteren Jobchancen. Besonders gravierend ist die  
62 Situation an Universitäten, wo Menschen aus armen Verhältnissen strukturell seltener  
63 vertreten sind.

64 Im Berufsleben haben Menschen aus ärmeren Schichten oft das Nachsehen. Selbst in  
65 denselben Berufen werden sie schlechter bezahlt. Das führt langfristig zu  
66 Altersarmut. Besonders betroffen sind nicht-weiße FINTA, die zusätzlich durch den  
67 „Class Pay Gap“ benachteiligt sind. Auch die Teilhabe an politischen und sozialen  
68 Institutionen sowie die Infrastruktur ist oft eingeschränkt. Dies betrifft nicht nur  
69 die politische Mitbestimmung, sondern auch den Zugang zu sozialen Einrichtungen. So  
70 sind die Auswirkungen von Klassismus auch im Gesundheitsbereich sichtbar: Menschen  
71 aus ärmeren Verhältnissen haben häufig eine geringere Lebenserwartung, was auf  
72 schlechtere Gesundheitsversorgung, höheren Stress und ungünstige Lebensbedingungen  
73 zurückzuführen ist. Ein weiteres Problem ist die Stigmatisierung durch Mythen wie das  
74 Märchen vom Reichtum durch harte Arbeit. Diese Vorstellung verdeckt die strukturellen  
75 Ursachen von Armut und Ungleichheit und beeinflusst das Selbstwertgefühl der  
76 Betroffenen.

#### 77 **Die verschiedenen Ebenen des Klassismus**

78 Klassismus auf institutioneller Ebene umfasst etwa Gesetze und politische  
79 Entscheidungen, die bestimmte Gruppen systematisch benachteiligen. Beispielsweise  
80 können Vorschriften im Bildungswesen dazu führen, dass Schulen in einkommensschwachen  
81 Vierteln weniger gut ausgestattet sind, was die Bildungs- und Zukunftschancen von  
82 Kindern und Jugendlichen aus armen Familien einschränkt. Auch politische  
83 Entscheidungen über Sozialleistungen oder Wohnbaupolitik können dazu führen, dass  
84 benachteiligte Gruppen weiterhin in prekären Lebensbedingungen verharren.

85 Auf gesellschaftlicher Ebene äußert sich Klassismus durch Ausgrenzung und  
86 Stereotypisierung in den Medien und durch gesellschaftliche Normen. Medienberichte  
87 können bestimmte soziale Gruppen negativ darstellen, indem sie etwa Vorurteile und  
88 stereotype Bilder verstärken. Gesellschaftliche Normen und Erwartungen, wie der  
89 Druck, bestimmten Modetrends zu folgen oder bestimmte kulturelle Aktivitäten zu  
90 bevorzugen, können Menschen aus ärmeren Verhältnissen zusätzlich isolieren. Diese Art  
91 der Diskriminierung schränkt den Zugang zu sozialen und beruflichen Netzwerken ein  
92 und verstärkt bestehende Ungleichheiten.

93 Auf individueller Ebene zeigt sich Klassismus durch konkrete Vorurteile und  
94 Verhaltensweisen. Das bedeutet, dass Menschen im Alltag Vorurteile gegenüber anderen  
95 haben, die auf deren sozialer Herkunft basieren. Dies kann sich in alltäglichen  
96 Interaktionen zeigen, wie beispielsweise in der Art und Weise, wie Menschen  
97 miteinander sprechen oder behandelt werden. Individuelle Stereotype führen dazu, dass  
98 Menschen aus armen Verhältnissen diskriminiert werden, sei es bei der Jobsuche, im  
99 Bildungsbereich oder im sozialen Umfeld.

100 Zusammen zeigen diese verschiedenen Ebenen, wie tief Klassismus in unserer  
101 Gesellschaft verwurzelt ist. Jede Ebene verstärkt die andere und trägt zur  
102 Aufrechterhaltung der Klassengesellschaft bei. Das Zusammenspiel von  
103 institutionellen, gesellschaftlichen und individuellen Faktoren macht es besonders  
104 herausfordernd, Klassismus zu überwinden und eine gerechtere Gesellschaft zu  
105 schaffen.

#### 106 **Intersektionalität und Klassismus**

107 Intersektionalität beschreibt, wie verschiedene Formen der Diskriminierung  
108 zusammenwirken und sich gegenseitig verstärken. Statt Diskriminierung als einzelne,  
109 isolierte Probleme zu betrachten, zeigt der intersektionale Ansatz auf, wie  
110 unterschiedliche Benachteiligungen – wie Klassismus, Rassismus oder Sexismus – sich  
111 überschneiden und komplexe Formen der Diskriminierung erzeugen. Diese Sichtweise  
112 hilft zu verstehen, dass Menschen nicht nur aufgrund einer einzigen Eigenschaft  
113 diskriminiert werden, sondern mehrere Aspekte ihrer Identität gleichzeitig  
114 Anknüpfungspunkt für Diskriminierung sein können. So führt die Kombination aus  
115 rassistischen und klassistischen Strukturen zum Beispiel zur Prekarisierung ganzer  
116 Stadtteile, wo Menschen auf besonders engem Raum leben und oftmals hoher  
117 Luftverschmutzung ausgesetzt sind. Armut und Rassismus gehen oft Hand in Hand,  
118 besonders was die Wahrnehmung und Diskriminierung durch die Mehrheitsgesellschaft  
119 angeht. So zeigt sich beispielsweise beim „Talahon“-Trend auf TikTok, dass sich dort

120 über Menschen mit einem Kleidungs- und Verhaltensstil diskriminierend geäußert wird,  
121 die oftmals aus ärmeren und migrantischen Verhältnissen kommen. Auch kann z.B.  
122 Sexismus, kombiniert mit Klassismus, dazu führen, dass Frauen aus ärmeren Schichten  
123 in der Arbeitswelt strukturell schlechtere Chancen auf eine  
124 sozialversicherungspflichtige und gut bezahlte Anstellung haben als andere Frauen.

### 125 **Unsere Forderungen**

126 Für die Arbeit im Verband setzen wir uns dafür ein, dass alle Mitglieder gleiche  
127 Chancen auf Teilhabe und Bildung haben, unabhängig von ihrem sozialen oder  
128 ökonomischen Hintergrund. Dafür wollen wir:

- 129 • Eine barrierearme Kommunikation: Innerhalb unseres Verbandes wollen wir  
130 sicherstellen, dass alle Veranstaltungen und Kommunikationsmittel in  
131 verständlicher Sprache erfolgen, um die Teilhabe aller Mitglieder zu  
132 gewährleisten.
- 133 • Unsere Vernetzungsangebote für von Klassismus betroffene stärken: Wir fördern  
134 aktiv den Austausch und die Zusammenarbeit innerhalb des Verbandes und mit  
135 anderen Bildungs- und Gesellschaftsgruppen, um eine starke und solidarische  
136 Gemeinschaft zu schaffen.
- 137 • Unabhängigkeit von finanziellen Mitteln: Im Verband achten wir darauf, dass alle  
138 Aktivitäten und Angebote für unsere Mitglieder kostenfrei oder erschwinglich  
139 sind, um finanzielle Hürden abzubauen.
- 140 • Klassismus bekämpfen: Wir erkennen Klassismus als Diskriminierungsform an und  
141 arbeiten intern daran, soziale Ungleichheiten zu verringern, indem wir  
142 Bewusstsein schaffen und entsprechende Maßnahmen ergreifen.
- 143 • Wissenshierarchien abbauen: Im Verband setzen wir uns dafür ein, dass Wissen  
144 frei zugänglich ist.

145 Gesamtgesellschaftlich fordern wir eine grundlegende Veränderung hin zu mehr  
146 Gerechtigkeit und Chancengleichheit, damit alle Menschen unabhängig von Herkunft und  
147 sozialem Status gleichberechtigt am gesellschaftlichen Leben teilhaben können.

- 148 • Schule für alle: Bildung muss ein Grundrecht sein, das allen Menschen ein Leben  
149 lang zugänglich ist, unabhängig von sozialem oder wirtschaftlichem Hintergrund.  
150 Wir fordern eine ausreichende staatliche Finanzierung, die gleiche Chancen für  
151 alle gewährleistet. Konkret bedeutet das die Abschaffung des mehrgliedrigen  
152 Schulsystems hin zu einer Schule für alle!
- 153 • Politische Teilhabe für alle: Demokratische Teilhabe soll nicht von Bildung,  
154 Einkommen oder Herkunft abhängen. Jeder Mensch muss die Möglichkeit haben, sich  
155 politisch zu engagieren und mitzubestimmen.
- 156 • Ticketloser öffentlicher Nahverkehr: Um allen Menschen Mobilität und  
157 gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen, fordern wir einen umlagefinanzierten,  
158 ticketlosen öffentlichen Nahverkehr.
- 159 • Zugang zu Wissen für alle: Wir setzen uns dafür ein, dass der Zugang zu Wissen

- 160 nicht durch Zeitmangel oder mangelnde Ressourcen eingeschränkt ist. Öffentliche  
161 Bildungseinrichtungen sollen Wissen barrierefrei zur Verfügung stellen.  
162 Lebenslanges Lernen muss unabhängig von der individuellen finanziellen Situation  
163 für alle möglich sein.
- 164 • Zugang zu Ausbildung: Alle Bildungs- und Ausbildungswege müssen offen und  
165 zugänglich sein. Niemand soll aufgrund finanzieller oder sozialer Barrieren  
166 ausgeschlossen werden. Konkret bedeutet das die endgültige Abschaffung von  
167 individuellen Kosten in Bildung und Ausbildung, etwa in Bezug auf die Bezahlung  
168 bei Pflichtpraktika.
  - 169 • Abschaffung des Class Pay Gaps: Gleiche Bezahlung für gleiche Arbeit ist eine  
170 Notwendigkeit. Wir fordern echte Berufsfreiheit und gleiche Chancen für alle,  
171 unabhängig vom sozialen Hintergrund. Konkret bedeutet das die Stärkung der  
172 betrieblichen Mitbestimmung, denn ist die Tarifdeckung hoch sinkt der Pay Gap.
  - 173 • Stärkere soziale Durchmischung von Stadtteilen: Durch stärkere Durchmischung von  
174 vielfältigen Wohnraumangeboten möchten wir garantieren, dass durch die eigene  
175 Postleitzahl nicht feststehen soll, wer von Armut betroffen ist und wer nicht.
  - 176 • Ausbau von Begegnungsorten, Spielplätzen und Grünflächen für Kinder und  
177 Jugendliche: Öffentliche Aufenthaltsorte sollten für alle frei zugänglich sein  
178 und keine Frage des Geldbeutels sein. Besonders in dicht besiedelten Vierteln  
179 haben Spielplätze eine enorme Bedeutung für Kinder.

# Antrag G03: Recht auf Vergessenwerden – Gegen die sozialrechtliche Diskriminierung Krebsüberlebender

Antragsteller*in:	UB Köln
Sachgebiet:	G - Gemeinwohl, Sozial- und Gesundheitspolitik

1 „Ich habe gegen meine Krankheit und um mein Leben gekämpft. Danach Benachteiligungen  
2 in Form fehlender Möglichkeiten zu erfahren, fühlte sich wie ein weiterer Kampf und  
3 eine Abstempelung als Erkrankte an.“

4 Jedes Jahr erkranken in Deutschland etwa 16.500 junge Erwachsene zwischen 18 und 39  
5 Jahren und ca. 2.100 Kinder bis 17 Jahre an Krebs. Dank der medizinischen  
6 Fortschritte können heute mehr als 80 Prozent von ihnen geheilt werden. Doch neben  
7 den medizinischen Spät- und Langzeitfolgen rücken zunehmend auch soziale  
8 Benachteiligungen in den Fokus.

## 9 **Geheilt! Geheilt?**

10 Nach wissenschaftlichen Standards gilt man bei Rezidivfreiheit in der Regel nach fünf  
11 Jahren als geheilt. Diese sogenannte “Heilungsbewährung” ist in der  
12 Versorgungsmedizin-Verordnung definiert. Schwerbehindertenausweise laufen nach dieser  
13 Zeit aus und das Rückfallrisiko ist ähnlich dem von Nicht-Vorerkrankten. Nachteile,  
14 die die Krankheit in Teilen des Alltags mit sich bringt, bleiben aber bestehen. Denn  
15 plötzlich gelten Patient\*innen nicht mehr als geheilt. 40 Prozent der jungen  
16 Betroffenen berichten einer Umfrage der Deutschen Stiftung für junge Erwachsene mit  
17 Krebs zufolge von Benachteiligungen beim Abschluss von Versicherungen oder  
18 Kreditaufnahmen. Auch der Zugang zu Adoptionen bleibt den ehemals erkrankten jungen  
19 Menschen oft verwehrt.

20 Krebsüberlebende versteht das System also nur kontextbedingt als geheilt. Das scheint  
21 paradox, überrascht in einem unregulierten kapitalistischen System jedoch nicht.

## 22 **Recht auf Vergessenwerden**

23 Das „Recht auf Vergessenwerden“ (auch: „right to be forgotten“) meint, dass  
24 personenbezogene digitale Informationen nicht dauerhaft gespeichert, sondern nach  
25 einer bestimmten Zeit gelöscht werden sollten. 2023 hat die EU erstmals bestimmt,  
26 dass Mitgliedstaaten die Verwendung von Gesundheitsdaten in Bezug auf Blut- und  
27 Krebserkrankungen nach Ablauf einer bestimmten Frist nicht mehr zulassen dürfen, wenn  
28 Versicherungen im Zusammenhang mit Verbraucherkreditvereinbarungen bis 100.000 Euro  
29 abgeschlossen werden. Bei allen Einschränkungen ist dies ein kleiner Durchbruch. Es  
30 ist das erste Mal, dass das „Recht auf Vergessenwerden“ spezifisch für Betroffene  
31 nach Krebs Einzug in eine EU-Richtlinie erhalten hat.

## 32 **Deutschland als Vorreiter in Europa? Schön wär's!**

33 Grundsätzlich sind Bürger\*innen in Deutschland u. A. durch das Allgemeine  
34 Gleichbehandlungsgesetz (AGG) vor einer Ungleichbehandlung geschützt. Dieser Schutz

35 ist fahrlässigerweise aber lückenhaft. Gesundheitsfragebögen gehören in der Regel zum  
36 Antragsprozess vieler Versicherungen und müssen auch nach der Zeit der  
37 Heilungsbewährung wahrheitsgemäß ausgefüllt werden. Darüber hinaus dürfen  
38 Versicherungsgesellschaften nach dem Gendiagnostikgesetz vor und nach  
39 Vertragsabschluss Ergebnisse aus bereits durchgeführten genetischen Untersuchungen  
40 verlangen und mit Blick auf die Risikoberechnung verwenden. Dies gilt für  
41 Lebensversicherungen, Berufsunfähigkeitsversicherungen,  
42 Erwerbsunfähigkeitsversicherungen und Pflegerentenversicherungen, wenn eine Leistung  
43 von mehr als 300.000 Euro oder eine Jahresrente von mehr als 30.000 Euro vereinbart  
44 wird.

45 Das Ergebnis ist: Junge ehemalige Betroffene werden von der Vergabe von  
46 Versicherungsabschlüssen und Krediten gänzlich ausgeschlossen oder pauschal mit  
47 unangemessen hohen Prämien konfrontiert.

48 Aber nicht nur bei der Umsetzung ins nationale Recht gilt es, den Standpunkt der  
49 Bundesregierung kritisch zu betrachten. Ein Richtlinienentwurf der EU von 2008 zur  
50 Gleichbehandlung u. A. aufgrund einer Behinderung wird seither von Deutschland wegen  
51 eines „allgemeinen Vorbehalts“ blockiert. Ein Abschluss der Verhandlungen der  
52 Richtlinie ist erstmal nicht absehbar, was entsprechende Ungleichbehandlungen und  
53 Diskriminierungen für die Betroffenen in der Bundesrepublik Deutschland weiterhin  
54 möglich macht.

#### 55 **Und der Rest Europas?**

56 In vielen europäischen Ländern wurde das „Recht auf Vergessenwerden“ für  
57 Krebsüberlebende bereits erfolgreich umgesetzt. In acht Staaten (Belgien, Frankreich,  
58 Italien, Niederlande, Portugal, Rumänien, Spanien und Zypern) gibt es konkrete  
59 gesetzliche Regelungen, die ein „Recht auf Vergessenwerden“ nach 5 bis 10 Jahren  
60 Rezidivfreiheit umsetzen. Mit Slowenien befindet sich ein weiteres EU-Mitgliedsland  
61 aktuell im Gesetzgebungsprozess. Hinzu kommen fünf weitere Nationen (Dänemark,  
62 Griechenland, Irland, Luxemburg und Tschechien), die mit sogenannten „Codes of  
63 Conduct“ eine Selbstregulierungspraxis in Zusammenarbeit mit Versichererverbänden  
64 geschaffen haben.

65 Das zeigt, es ist möglich die Diskriminierung von Krebsüberlebenden zu minimieren und  
66 sie nach dem Kampf gegen die Krankheit nicht allein zu lassen. Das muss auch in  
67 Deutschland passieren.

#### 68 **Daher fordern wir:**

- 69 1. die Umsetzung eines vollumfänglichen „Rechts auf Vergessenwerden“ für  
70 Krebsüberlebende auch in Deutschland nach fünf Jahren Rezidiv-Freiheit (Empfehlung  
71 der European Society for Medical Oncology (ESMO) einzuführen,
- 72 2. die Aufgabe der Blockadehaltung der deutschen Vertretung im Europäischen Rat und  
73 die Verabschiedung der EU-Richtlinie zur Gleichbehandlung ungeachtet der Religion  
74 oder der Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Ausrichtung  
75 (Vorschlag der EU zur Erweiterung der Richtlinie 2000/78/EG des Rates vom 27.

- 76 November 2000 zur Festlegung eines allgemeinen Rahmens für die Verwirklichung der  
77 Gleichbehandlung in Beschäftigung und Beruf),
- 78 3. die Umsetzung der Richtlinie (EU) 2023/2225 über Verbraucherkreditverträge und zur  
79 Aufhebung der Richtlinie 2008/48/EG auch in Deutschland, um ehemaligen  
80 Krebspatient\*innen u.a. Zugang zu Finanzprodukten bis 100.000 Euro Kreditrahmen zu  
81 gewährleisten,
- 82 4. eine Präzisierung des AGG in Bezug auf eine Offenlegungspflicht für  
83 Risikobewertungen von Versicherungsunternehmen und die entsprechende Risikobewertung  
84 auf Grundlage der in der Bundesrepublik Deutschland erhobenen Krebsregisterdaten
- 85 5. das Ende der Benachteiligung von Wunscheltern bei Adoptionsbemühungen, wenn eine\*r  
86 oder mehrere Partner\*innen an Krebs erkrankt waren.

## Antrag G04: Lummerland statt leere Kassen - bessere Finanzierung der Jugendhilfe

<b>Antragsteller*in:</b>	Region Ostwestfalen-Lippe
<b>Sachgebiet:</b>	G - Gemeinwohl, Sozial- und Gesundheitspolitik

1 In der Empfehlung der Landeskommision Jugendhilfe NRW, welche am 25.11.2010  
2 beschlossen wurde, fehlen feste Zuschüsse und Beihilfen für Freizeitaktivitäten.  
3 Momentan sind diese grundsätzlich über den Sachkostenanhaltswert, den die Einrichtung  
4 erhält, abzurechnen. Nur in besonders begründeten Einzelfällen können hier, im Rahmen  
5 der Hilfeplanung, Zuschüsse durch die Jugendämter beantragt werden. Hier können die  
6 Einrichtungen vorerst selbst über das Geld entscheiden, jedoch ist durchaus knapp  
7 damit zu haushalten. Während eine Einrichtung 3,20 € für einen kompletten freien Tag  
8 (ausgeschlossen An- und Abreisetag) zur Verfügung stellt, stellt eine andere 5€ für  
9 ein ganzes Wochenende. Und das ist bei der aktuellen Preisentwicklung eindeutig zu  
10 wenig! Die durchschnittlichen Ausgaben von einem Single in Deutschland für kulturelle  
11 Angebote liegen dagegen bei 150 € pro Monat.

12 Die Möglichkeit von Freizeitangeboten in der Kinder- und Jugendhilfe stellt sicher,  
13 dass alle Kinder und Jugendlichen, unabhängig von ihrem sozioökonomischen  
14 Hintergrund, Zugang zu wertvollen Erfahrungen und Lernmöglichkeiten haben. Dies  
15 fördert die Chancengleichheit und verhindert soziale Ausgrenzung. Außerdem kann  
16 sinnvolle Freizeitgestaltung präventiv wirken, indem sie jungen Menschen Alternativen  
17 zu riskantem Verhalten bietet. Regelmäßige Teilnahme an positiven Aktivitäten  
18 reduziert das Risiko von Drogenmissbrauch, Kriminalität und anderen problematischen  
19 Verhaltensweisen.

20 Gemeinsame Freizeitaktivitäten bieten des Weiteren eine Plattform für soziale  
21 Interaktionen. Die Kinder und Jugendlichen lernen sich noch einmal auf einer anderen  
22 Ebene kennen, als "normale" Kinder und Jugendliche und nicht als willkürlich  
23 zusammengepferchte Menschen ohne richtiges Zuhause.

24 Und dafür braucht es Geld, genug Geld!

25 Deswegen fordern wir einen einheitlichen Satz für Kultur- und Freizeitangebote von  
26 150 Euro im Monat in der Kinder- und Jugendhilfe, der sich regelmäßig an die  
27 Inflation anpasst.

## Antrag G05: Mobilitätshilfe ernst meinen

<b>Antragsteller*in:</b>	UB Rhein-Erft
<b>Sachgebiet:</b>	G - Gemeinwohl, Sozial- und Gesundheitspolitik

1 In Artikel 2 des Grundgesetzes ist, direkt nach „Die Würde des Menschen ist  
2 unantastbar“, die persönliche Freiheit ebenfalls als Grundrecht aufgeführt. Hierzu  
3 zählt auch die Bewegungsfreiheit. Es gibt Menschen, die aufgrund einer Behinderung,  
4 beispielsweise durch einen Rollstuhl, in ihrer Bewegungsfreiheit erheblich  
5 eingeschränkt sind.

### 6 **Die Schwächen des Personennahverkehrs**

7 Es gibt immer noch Bahnhöfe, die nicht barrierefrei sind. In vielen Regionen ist der  
8 ÖPNV zu nächtlichen Zeiten oder an Wochenenden kaum verfügbar. Defekte Aufzüge  
9 gehören zum Alltag. Alternativen wie Fahrräder, Roller oder On-Demand-Verkehr sind  
10 ebenfalls nicht barrierefrei. In Berlin gibt es beispielsweise einen „Aufzugsersatz-  
11 Bus“, der Rollstuhlfahrer\*innen bei einem technischen Defekt abholt und zur  
12 nächstgelegenen barrierefreien Station fährt. Dies ist jedoch die Ausnahme und nicht  
13 die Regel.

### 14 **Die Verpflichtung des Staates**

15 Zum Glück gibt es das Bundesteilhabegesetz, welches den Staat zu Maßnahmen  
16 verpflichtet, die eine Eingliederung von Menschen mit Behinderung in die Gesellschaft  
17 ermöglichen. „Die Leistungen zur Teilhabe umfassen die notwendigen Sozialleistungen,  
18 um unabhängig von der Ursache der Behinderung, die persönliche Entwicklung  
19 ganzheitlich zu fördern und die Teilhabe am Leben in der Gesellschaft sowie eine  
20 möglichst selbständige und selbstbestimmte Lebensführung zu ermöglichen oder zu  
21 erleichtern“ (§ 4 Absatz 1 Satz 4 SGB IX). Dazu gehören auch Maßnahmen zur Mobilität  
22 (§ 83 Absatz 1 SGB IX). Den Leistungsberechtigten steht es zu, entweder durch ein  
23 Unternehmen befördert zu werden oder durch ein Fahrzeug finanziert zu werden. Diese  
24 sogenannte „Mobilitätshilfe“ wird jedoch von den Kommunen unterschiedlich umgesetzt.

### 25 **Mangelhafte Umsetzung der Mobilitätshilfe**

26 Die Stadt Köln zahlt den Leistungsberechtigten für die Beförderung eine Pauschale von  
27 bis zu 250,00 € monatlich, unabhängig von der Anzahl der Fahrten. Die Stadt Hagen  
28 stellt dagegen monatlich zehn Gutscheine für Fahrten aus. Der Rhein-Erft-Kreis  
29 fordert bei der Beantragung eine detaillierte Auflistung der Fahrten und deren  
30 voraussichtliche Häufigkeit. Zudem müssen Kostenvoranschläge von  
31 Beförderungsunternehmen hinzugefügt werden. Freizeitaktivitäten sind jedoch nicht  
32 immer planbar, manche sind spontan, daher kann diese Forderung nur bedingt erfüllt  
33 werden. Zudem ist die Beantragung der Mobilitätshilfe mit einem hohen bürokratischen  
34 Aufwand verbunden. Es muss ein Antrag auf Eingliederungshilfe gestellt werden, wofür  
35 Nachweise über bereits erhaltene Leistungen, das Einkommen und die Behinderung  
36 benötigt werden. Dies könnte aufgrund des Umfangs eine abschreckende Wirkung haben

37 und dazu führen, dass Betroffene den Antrag nicht stellen, obwohl es ihnen rechtlich  
38 zusteht.

### 39 **Vermessenheit des Staates**

40 Das Äquivalent zur sozialen Teilhabe ist die Teilhabe am Arbeitsleben. Auch in diesem  
41 Zusammenhang gibt es Leistungen wie die „Kraftfahrzeughilfe“, um ein Auto oder eine  
42 Beförderungshilfe zur Arbeitsstelle zu finanzieren (§ 49 Absatz 8 Satz 1 SGB IX).  
43 Demnach übernimmt die Eingliederungshilfe, sofern erforderlich, den täglichen  
44 Transport zur Arbeit. Im Gegensatz dazu sind die Freizeitfahrten jedoch begrenzt. Die  
45 Kommunen nehmen sich heraus, den Leistungsberechtigten vorzuschreiben, wie aktiv sie  
46 ihre Freizeit gestalten dürfen. Der Staat sollte nicht das Grundrecht der Freiheit  
47 und Entfaltung der Persönlichkeit unter der Verpflichtung zu arbeiten stellen. Das  
48 ist unfair und anmaßend, weshalb wir uns als NRW-Jusos dagegen stellen müssen.

### 49 **Mobilitätshilfe sinnvoll und bedarfsgerecht gestalten**

50 Besondere Merkzeichen auf einem Schwerbehindertenausweis berechtigen zur Ausstellung  
51 einer Wertmarke. Mit Hilfe dieser Wertmarke kann der ÖPNV vergünstigt (Merkzeichen  
52 „G“ Gehbehindert) oder kostenfrei (Merkzeichen „aG“ außergewöhnlich Gehbehindert)  
53 genutzt werden. Menschen die hilfsbedürftig (Merkzeichen „H“) sind, zahlen für die  
54 Wertmarke kein Eigenanteil. Dieser beträgt sonst ca. 90,00 € p.a. Eine Wertmarke wird  
55 jedoch nicht ausgestellt, wenn der\*die Ausweisträger\*in bereits von der KFZ-Steuer  
56 befreit ist (§ 288 ff. SGB IX). Daher lässt sich anhand des  
57 Schwerbehindertenausweises in Verbindung mit einer gültigen Wertmarke feststellen,  
58 wie erheblich die Einschränkung der Person ist und ob diese über ein Fahrzeug  
59 verfügt.

60 **Deshalb fordern wir als NRW Jusos** eine einheitliche Umsetzung der Mobilitätshilfe für  
61 alle Kommunen und Kreise. Menschen mit den Merkzeichen „aG“ und „H“ auf ihrem  
62 Schwerbehindertenausweis sowie einer Wertmarke

- 63 • dürfen die Mobilitätshilfe beliebig oft beanspruchen.
- 64 • müssen keinen speziellen Antrag stellen. Leistungsberechtigte reichen nun die  
65 Rechnung über die Fahrt zusammen mit einer Kopie des Schwerbehindertenausweises  
66 und der Wertmarke bei dem Träger der Eingliederungshilfe ein. Die Kosten müssen  
67 erstattet werden.

68 Quellen:

69 [https://www.gesetze-im-internet.de/gg/art\\_2.html](https://www.gesetze-im-internet.de/gg/art_2.html)

70 <https://www.bvg.de/de/verbindungen/bvg-muva/aufzugersatz>

71 [https://www.gesetze-im-internet.de/sgb\\_9\\_2018/\\_4.html](https://www.gesetze-im-internet.de/sgb_9_2018/_4.html)

72 [https://www.gesetze-im-internet.de/sgb\\_9\\_2018/\\_83.html](https://www.gesetze-im-internet.de/sgb_9_2018/_83.html)

73 <https://www.stadt-koeln.de/service/produkte/00518/index.html>

74 [https://www.hagen.de/web/media/files/fb/fb\\_55/behindertemenschen/Fahrdienst\\_Stadt\\_Hag](https://www.hagen.de/web/media/files/fb/fb_55/behindertemenschen/Fahrdienst_Stadt_Hag)

75 [en\\_\\_leicht\\_2022\\_07\\_14.pdf](#)

76 <https://portal.rhein-erft-kreis.de/detail/-/vr-bis-detail/dienstleistung/42879/show>

77 [https://www.gesetze-im-internet.de/sgb\\_9\\_2018/\\_\\_\\_49.html](https://www.gesetze-im-internet.de/sgb_9_2018/___49.html)

78 [https://www.gesetze-im-internet.de/sgb\\_9\\_2018/\\_\\_\\_228.html](https://www.gesetze-im-internet.de/sgb_9_2018/___228.html)

79 <https://www.enableme.de/de/artikel/wertmarke-und-schwerbehindertenausweis-2147>

## Antrag G06: Prozessuale Verbesserung bei der Überweisung von Haus- zu Fachärzten

<b>Antragsteller*in:</b>	Region Ostwestfalen-Lippe
<b>Sachgebiet:</b>	G - Gemeinwohl, Sozial- und Gesundheitspolitik

- 1 Die Überweisung vom Hausarzt zu einem Facharzt kann mit verschiedenen Problemen  
2 verbunden sein, die den Prozess für Patient\*innen komplizieren oder verzögern können.
- 3 1. **Wartezeiten:** Eine der größten Herausforderungen bei der Überweisung zum Facharzt  
4 sind die oft langen Wartezeiten für einen Termin. Spezialisten können überlastet  
5 sein oder nur begrenzte Verfügbarkeiten haben, was dazu führt, dass  
6 Patient\*innen Wochen oder sogar Monate auf einen Termin warten müssen.
- 7 2. **Fehlende Spezialisierung:** Es kann vorkommen, dass der Hausarzt den Patient\*innen  
8 an einen Facharzt überweist, der nicht die erforderliche Spezialisierung für das  
9 spezifische Gesundheitsproblem der Patient\*innen hat. In solchen Fällen kann es  
10 zu weiteren Verzögerungen kommen, da der Patient möglicherweise an einen anderen  
11 Spezialisten verwiesen werden muss.
- 12 3. **Kommunikationsprobleme:** In einigen Fällen kann es zu Kommunikationsproblemen  
13 zwischen dem Hausarzt und dem Facharzt kommen, insbesondere wenn die  
14 Überweisungsinformationen unvollständig oder unklar sind. Dies kann zu  
15 Missverständnissen führen und die Koordination der Behandlung erschweren.
- 16 4. **Regionale Unterschiede:** Je nach Wohnort und Gesundheitssystem können die  
17 Möglichkeiten zur Überweisung zu Fachärzten variieren. In ländlichen Gebieten  
18 oder Gegenden mit knappen medizinischen Ressourcen können die Optionen begrenzt  
19 sein, was zu längeren Wartezeiten oder weiteren Reisen für die Patient\*innen  
20 führen kann. Um diese Probleme anzugehen, ist es wichtig, dass Hausärzte und  
21 Fachärzte eng zusammenarbeiten und effektive Kommunikationswege etabliert  
22 werden. Darüber hinaus können verbesserte Terminplanungssysteme,  
23 telemedizinische Lösungen und eine stärkere Koordination zwischen verschiedenen  
24 Gesundheitseinrichtungen dazu beitragen, die Effizienz des Überweisungsprozesses  
25 zu verbessern und die Wartezeiten für Patient\*innen zu verkürzen.
- 26 Wir fordern die Implementierung einer Terminplanungsplattform, wo Hausärzte direkt  
27 für Patient\*innen Termine bei Fachärzten vereinbaren können. Hier solle durch den  
28 Facharzt mögliche Termine eingestellt werden, die dort direkt gebucht werden können.  
29 Zusätzlich sollen Patient\*innen Zugang zu Ihren Vorgängen auf der Plattform bekommen,  
30 um Ergänzungen wie Symptome im Vorfeld zur Verfügung zu Prozessuale Verbesserung bei  
31 der Überweisung von Haus- zu Fachärzten stellen. Weiterer Abstimmungsbedarf kann über  
32 die Plattform erfolgen. Hierzu sollte auch eine Funktion für eine Onlineberatung zur  
33 Verfügung gestellt werden. Terminabsagen oder Verschiebungen können durch den  
34 Patienten direkt über das Portal durchgeführt werden. Die freien Termine stehen somit  
35 weiteren Patient\*innen direkt zur Verfügung.

## Antrag G07: Schmerz lass nach – Zeit für mehr Aufklärung und Unterstützung bei Endometriose und Adenomyose

Antragsteller*in:	UB Essen
Sachgebiet:	G - Gemeinwohl, Sozial- und Gesundheitspolitik

1 Endometriose ist eine chronische Erkrankung, bei der Gewebe, welches dem Endometrium  
2 (der Gebärmutter Schleimhaut) ähnelt, außerhalb der Gebärmutter wächst. Dieses Gewebe  
3 kann sich an verschiedenen Stellen im Körper ansiedeln, wie zum Beispiel an den  
4 Eierstöcken, den Eileitern, der Blase oder dem Darm.

5 Adenomyose ist eine verwandte, aber separate Erkrankung, bei der das Endometrium-  
6 ähnliche Gewebe in die Muskelwand der Gebärmutter einwächst. Dies führt zu einer  
7 Verdickung der Gebärmutterwand, was starke Menstruationsblutungen und schmerzhafte  
8 Krämpfe verursachen kann. Menschen mit Adenomyose haben oft eine vergrößerte  
9 Gebärmutter, was ebenfalls zu Bauchschmerzen und Druckgefühl führen kann.

10 Endometriose und Adenomyose sind chronische, gynäkologische Erkrankungen, die  
11 schätzungsweise 2 Millionen Menschen in Deutschland mit Gebärmutter betreffen (Stand:  
12 Jahr 2022). Beide Krankheiten sind mit starken Schmerzen, zyklusabhängigen  
13 Beschwerden und oft auch mit Unfruchtbarkeit verbunden.

14 Trotz des hohen Auftretens und der erheblichen Beeinträchtigung der Lebensqualität  
15 der Betroffenen sind Endometriose und Adenomyose in der medizinischen Versorgung und  
16 der öffentlichen Wahrnehmung nach wie vor unterrepräsentiert. Es vergehen  
17 durchschnittlich sechs bis zehn Jahre bis zur Diagnose, da die Symptome oft  
18 fehldiagnostiziert oder die Betroffenen nicht ernst genommen werden. Durch die späte  
19 Diagnose sind die Betroffenen oft hohem psychischem Druck ausgesetzt und können  
20 häufig ihren alltäglichen Beschäftigungen nicht nachgehen.

21 Als Jusos setzen wir uns für soziale Gerechtigkeit und Chancengleichheit ein.  
22 Menschen, die an Endometriose oder Adenomyose leiden, sind oft jahrelang unbeachtet  
23 und ohne adäquate Hilfe. Für diese Menschen kämpfen wir.

24 Endometriose und Adenomyose sind immer noch stark tabuisiert und stigmatisiert. Indem  
25 wir dieses Thema aktiv angehen, tragen wir zur Enttabuisierung und Entstigmatisierung  
26 von gynäkologischen Erkrankungen bei und fördern eine offene Kommunikation.

### 27 **Forderungen:**

- 28 • Unterstützung der *16 Vorschläge für die Verbesserung der Situation von*  
29 *Endometriose-Betroffenen in den Bundesländern, verfasst von der Endometriose-*  
30 *Vereinigung Deutschland e.V.* (u.a. „Aufklärung über Menstruationsbeschwerden und  
31 Endometriose als Teil der Agenda des Kultusministeriums“ oder auch „Einrichtung  
32 von Landesfachstellen Endometriose“)
- 33 • Unterstützung der *10 Vorschläge für die Verbesserung der Situation von*  
34 *Endometriose-Betroffenen in Nordrhein-Westfalen*, verfasst von der Endometriose-

35 Vereinigung Deutschland e.V.

- 36 • Sensibilisierung der Mitglieder des Landesvorstandes und der Awareness-  
37 Kommission für das Thema und Angebot der Vernetzung von Betroffenen schaffen

38 Quelle für die Vorschläge der Endometriose-Vereinigung Deutschland e.V.

39 [https://www.endometriose-vereinigung.de/in-den-bundeslaendern/#politische-  
handlungsbedarfe-0](https://www.endometriose-vereinigung.de/in-den-bundeslaendern/#politische-<br/>40 handlungsbedarfe-0)

## Antrag G08: Ohne Bezahlkarte wird es keinen sozialen Frieden geben!

<b>Antragsteller*in:</b>	Region Ostwestfalen-Lippe
<b>Sachgebiet:</b>	G - Gemeinwohl, Sozial- und Gesundheitspolitik

1 Die Debatte über die Einführung einer Bezahlkarte für Geflüchtete hat eine breite  
2 Palette von Fragen aufgeworfen, die weit über die unmittelbare Angelegenheit  
3 hinausgehen. Diese Diskussionen haben wichtige Aspekte der finanziellen Transparenz,  
4 der Gerechtigkeit und der Verhinderung von Missbrauch in den Vordergrund gerückt.

5 Insbesondere wurden folgende Punkte deutlich:

- 6 • **Finanzielle Transparenz und Kontrolle:** Die Einführung einer Bezahlkarte für  
7 Geflüchtete wurde als Instrument zur Überwachung und Kontrolle finanzieller  
8 Ströme betrachtet. Die Karte sollte sicherstellen, dass Gelder ordnungsgemäß und  
9 transparent verwendet werden, und gleichzeitig die Möglichkeiten zur  
10 Steuerhinterziehung und Geldwäsche verringern.
- 11 • **Gerechtigkeit und Fairness:** Die Diskussionen über Bezahlkarten für Geflüchtete  
12 betonten die Bedeutung der Gerechtigkeit und der gleichberechtigten Teilhabe  
13 aller Bürger\*innen an den Ressourcen einer Gesellschaft. Eine solche Karte  
14 sollte sicherstellen, dass finanzielle Ressourcen gerecht verteilt werden und  
15 allen Mitgliedern der Gesellschaft gleiche Chancen gewähren.
- 16 • **Prävention von Missbrauch und Risiken:** Ein weiteres wichtiges Anliegen war die  
17 Verhinderung von Missbrauch und die Begrenzung finanzieller Risiken. Die  
18 Bezahlkarte sollte dazu beitragen, dass die Gelder nicht für illegale oder  
19 riskante Zwecke missbraucht werden und die Empfänger vor finanziellen  
20 Schwierigkeiten geschützt werden.

21 Angesichts dieser Bestrebungen ist es nur folgerichtig, ähnliche Standards auch auf  
22 andere Bevölkerungsgruppen anzuwenden, insbesondere auf Millionär\*innen.

23 Klar ist: Eine Bezahlkarte für Geflüchtete verhindert Integration und erschwert durch  
24 zusätzliche Hürden eine gleichberechtigte menschenwürdige Existenz Geflüchteter. Die  
25 mit ihrer Einführung verbundenen Kosten und der bürokratische Aufwand sind immens.  
26 Die vermeintlichen Ziele haben sowohl aus ökonomischer als auch humanistischer  
27 Perspektive keinen oder geringen Mehrwert.

28 Anders ist es bei einer Bezahlkarte für Millionär\*innen: Diese haben bereits Zugang  
29 zu einem breiten Spektrum an Ressourcen und Möglichkeiten. Zudem dürften sich durch  
30 die erhebliche Vermeidung von Steuerhinterziehung, die eine Bezahlkarte für  
31 Millionär\*innen nach sich zieht, staatliche Mehreinnahmen generieren lassen, die  
32 deren Verwaltungskosten bei weitem übersteigen. Diese Einnahmen können für  
33 Zukunftsinvestitionen wie einen sicheren Sozialstaat, ein gerechtes Bildungssystem  
34 und zuverlässige Infrastruktur eingesetzt werden. Die Einführung einer Bezahlkarte  
35 für Millionärinnen ist daher eine sinnvolle Maßnahme, um die finanzielle Integrität  
36 unserer Gesellschaft zu stärken und eine gerechtere Verteilung von Ressourcen zu

- 37 gewährleisten.
- 38 Deshalb fordern wir die Einführung einer Bezahlkarte für Millionär\*innen!
- 39 Zahlungen sollen für diese Personengruppe aufgrund der erheblichen Risiken für unser
- 40 gesellschaftliches Wohl, die sie regelmäßig unter Beweis gestellt haben
- 41 ausschließlich über diese Karte möglich sein. Die Karte gewährleistet die staatliche
- 42 Nachvollziehbarkeit jeder Zahlung und wird halbjährlich von einer zu entwickelnden
- 43 Steuerfahndungssoftware überprüft.

## Antrag G09: Bessere Versorgung von Lipödem betroffenen

<b>Antragsteller*in:</b>	UB Märkischer Kreis
<b>Sachgebiet:</b>	G - Gemeinwohl, Sozial- und Gesundheitspolitik

1 Das Lipödem ist eine Fettverteilungsstörung in den Extremitäten, welche fast nur bei  
2 Frauen\* auftritt. Es betrifft Unterschenkel, Oberschenkel, Hüfte, Unterarme, Oberarme  
3 und die Schultern (beim Tragen von Kompressionswäsche kann Fett- und Lymphflüssigkeit  
4 in Hände und Füße geschoben werden).

5 Das Lipödem wird nicht durch Adipositas ausgelöst, trotzdem wird es oft als dieses  
6 diagnostiziert. Zudem gibt es keine ausreichende wissenschaftliche Evidenz dafür,  
7 dass Lipödem mit einem erhöhten Risiko für die Entwicklung von Adipositas in  
8 Verbindung gebracht werden kann.

9 Genaue Ursachen für die Erkrankung sind noch nicht bekannt.

10 Studien zeigten, dass die Therapie mit Kompressionsversorgung in Kombination mit  
11 Bewegung die Schmerzen und Hämatom Neigung reduzieren kann.

12 Bei der Auswahl des Kompressionsmaterials müssen viele Faktoren wie z.B. Alter,  
13 Zustand der Haut beachtet werden. Die Krankenkassen hingegen wollen oft nur die  
14 günstigere Versorgung zahlen.

15 Die Manuelle Lymphdrainage kann in Kombination mit anderen Therapieformen zur  
16 Behandlung der Schmerzen eingesetzt werden.

17 Die Lymphdrainage kann 30 Minuten, 45 Minuten oder 60 Minuten dauern. Kosten  
18 verlaufen laut dem GKV-Spitzenverband bis zu ca. 70€, wobei die ges. Krankenkassen  
19 dabei 90% der Kosten bei erwachsenen übernehmen. Bei zwei Behandlungen pro Woche  
20 fallen schnell ca. 730€ (14€/Woche x 52 Wochen) im Jahr an.

21 Laut dem Patientenbeauftragten liegt die Erprobungsstudie „LIPLEG – Liposuktion bei  
22 Lipödem in den Stadien I, II, III“ des gemeinsamen Bundesausschuss im Zeitplan. Im  
23 Dezember 2024 sollen die vollständigen Ergebnisse vorliegen. Anhand der Ergebnisse  
24 wird festgelegt, ob die Liposuktion eine reguläre Leistung der Krankenkassen werden  
25 soll und für welche Stadien.

26 Das Lipödem ist eine kostspielige Krankheit, nicht nur die Arbeitsfähigkeit der  
27 Betroffenen Frauen\* wird gefährdet, sondern auch eine hohe Verschuldung wird in Kauf  
28 genommen.

29 Obwohl im Koalitionsvertrag folgende Sätze stehen: „Alle Menschen in Deutschland  
30 sollen gut versorgt und gepflegt werden“ und „Wir sorgen für eine bedarfsgerechte  
31 Gesundheitsversorgung(..)“ werden Frauen\* nicht nur in diesem Fall übersehen.

32 Deshalb fordern wir:

- 33 • Kostenübernahme Lymphdrainage unabhängig vom Alter
- 34 • Bessere Versorgung mit Kompressionswäsche

- 35 • gemäß Heil- und Hilfsmittelrichtlinie sollte der medizinische Dienst  
36 eingeschaltet werden (Begutachtungsdienst der gesetzlichen Kranken- und  
37 Pflegeversicherungen), muss eine Fachausbildung vorliegen, um den Sachverhalt  
38 (eine notwendige OP/ Pflegebedürftigkeit) festzustellen
- 39 • Förderung von Auf- und Ausbau der Selbsthilfegruppen

40 Quellen:

41 <https://abstimmung21-mitmachen.de/proposals/262-lipodem-bedarfsgerechte-behandlung-erkrankter-frauen-ermöglichen>

43 <https://lipoedem-gesellschaft.de/das-lipoedem/>

44 [https://www.gkv-heilmittel.de/media/dokumente/heilmittelpreise/Preise-Physiotherapie\\_Stand\\_23-12-22\\_gueltig\\_ab\\_01-03-23.pdf](https://www.gkv-heilmittel.de/media/dokumente/heilmittelpreise/Preise-Physiotherapie_Stand_23-12-22_gueltig_ab_01-03-23.pdf)

# Antrag I01: Sicherheitshalber Links – Für eine jungsozialistische Innen- und Sicherheitspolitik

Antragsteller*in:	Juso-Landesvorstand
Sachgebiet:	I - Inneres, Justiz und Verbraucher*innenschutz

## 1 Die SPD muss sich von „innen“ heraus positionieren!

2 Immer sind die anderen schuld! Wir leben in politischen Umständen, in denen keine  
3 politische Partei bereit ist, progressive Ansätze für eine funktionale Innenpolitik  
4 glaubhaft zu vertreten. Dabei scheitert es häufig nicht an gesellschaftlichen und  
5 parteipolitischen Ideen, wie es unsere Mutterpartei, die SPD, beweist. Doch sobald  
6 innen- und sicherheitspolitische Maßnahmen scheitern, wird in der öffentlichen  
7 Debatte nach der möglichst repressivsten Methode gesucht, um dem vermeintlichen  
8 Problem zu entkommen. Repressive Methoden sind dabei jene, die sich der Unterdrückung  
9 und dem gezielten Einsatz von institutioneller und staatlicher Gewalt in jeglicher  
10 Form bedienen.

11 Natürlich trifft die Frustration über diesen Politikstil im Besonderen auch uns  
12 Jusos. Denn in innenpolitischen Fragestellungen scheint es häufig so, dass unsere  
13 Mutterpartei nicht in der Lage ist, zu ihren Werten zu stehen. Doch nur die  
14 Sozialdemokratie kann im Kern der politische Anker für diejenigen sein, die sich nach  
15 einer glaubhaften Brücke zwischen wissenschaftlichen Erkenntnissen und politischer  
16 Realität sehnen. Stattdessen wird die gesamtgesellschaftliche Debatte zur Innen- und  
17 Sicherheitspolitik von rechten populistischen Narrativen bestimmt.

18 Noch zuletzt, als die CDU ihrer Fantasie Raum verschaffte, das Alter der  
19 Strafmündigkeit von 14 Jahren auf 12 Jahre herabzusetzen. Aber es ist auch eine SPD-  
20 Innenministerin, die, nachdem Ende Mai in Mannheim der Polizist Rouven Laur tödlich  
21 verletzt wurde, eine Abschiebung des Täters nach Afghanistan ins Gespräch brachte.  
22 Dass eine Abschiebung in ein Land, in dem die islamistische Taliban an der Macht ist,  
23 Menschen vor dem Täter schützt, ist stark zu bezweifeln. Solche Debattenaufschläge  
24 versuchen nach rechts hin ein vermeintliches Wähler\*innenpotenzial abzugreifen, sind  
25 tatsächlichen Sicherheitsinteressen aber abträglich. Die Innen- und  
26 Sicherheitspolitik der SPD darf keine rein reaktive sein, sondern muss eine aktive  
27 Rolle in der gesamtgesellschaftlichen Debatte einnehmen. Wenn es sozialdemokratischen  
28 Politiker\*innen nicht gelingt, rechten und konservativen Erzählungen etwas glaubhaft  
29 entgegen zu setzen, trägt die SPD mit die Verantwortung dafür, dass sich Menschen der  
30 politischen Frustration hingeben. Dabei leiden besonders marginalisierte Gruppen  
31 unter den Folgen.

32 Die Lücke zwischen wertorientierter und wissenschaftsbasierter Kriminalpolitik muss  
33 geschlossen werden. Denn nur dann können gesellschaftlich schädliche Erzählungen  
34 langfristig ausgeräumt werden. Die Politik muss weniger von Schnellschüssen geprägt  
35 sein. Wir brauchen eine inhaltliche Politisierung der Gesellschaft, die den Maßnahmen

36 zunächst Raum lässt, ihre potenzielle Funktionalität unter Beweis zu stellen. Dieser  
37 Stil gewinnt nämlich genau dann an Bedeutung, wenn es darum geht, dass sich  
38 präventive Maßnahmen gegenüber den Repressiven durchsetzen müssen. Denn die  
39 Prävention zielt darauf ab, dass über kurz oder lang Maßnahmen implementiert werden,  
40 die das Risiko zur Entstehung von Kriminalität verringern oder gar verhindern.

41 Als Jusos haben wir allzu häufig die Aufgabe, unserer Mutterpartei zu zeigen, wie man  
42 für die eigenen Werte einsteht, dabei wissenschaftliche Erkenntnisse einbezieht und  
43 für die Lebensrealität der Menschen arbeitet. Mit der Erarbeitung eines innen- und  
44 sicherheitspolitischen Profils können wir neue Perspektiven eröffnen und die Relevanz  
45 der jungsozialistischen Kraft innerhalb der SPD einmal mehr herausstellen.

#### 46 **Kriminalität & Prävention**

47 Kriminalpolitik wird oft reaktiv und unkoordiniert angegangen. Viele sehen die  
48 Probleme, aber statt die Ursachen zu bekämpfen, konzentrieren sich die Maßnahmen oft  
49 nur auf die Symptome. Dies führt dazu, dass sich die Probleme ausweiten und weitere  
50 Bereiche betreffen, ohne dass nachhaltige Lösungen gefunden werden. Ein präventiver  
51 Ansatz ist von zentraler Bedeutung, denn er zielt darauf ab, Kriminalität gar nicht  
52 erst entstehen zu lassen. Prävention bedeutet, das Gemeinwohl und die Daseinsvorsorge  
53 in den Vordergrund zu stellen. Während reaktive Maßnahmen oft nur die Symptome  
54 bekämpfen, können präventive Strategien die Ursachen von Kriminalität nachhaltig  
55 angehen.

56 Die Faktoren, die Kriminalität begünstigen, sind vielfältig und komplex. Dazu gehören  
57 soziale Ungleichheiten, mangelnde Bildungschancen und fehlende soziale Netzwerke.  
58 Prävention muss immer im Kontext der spezifischen Umstände angepasst sein und einen  
59 Geist der Prävention fördern. Die Debatte um die Herabsetzung der Strafmündigkeit ist  
60 dabei kontraproduktiv und lenkt von den eigentlichen Ursachen ab. Hilfsangebote für  
61 Familien und die Stärkung sozialer Kontrolle sind essenziell. Schulen sollten  
62 Programme zum Konfliktlösungsmanagement anbieten, eine gute Schüler\*innen-  
63 Lehrer\*innen-Beziehung fördern und den Betreuungsschlüssel zwischen Lehrkräften und  
64 Schüler\*innen optimieren. Die Vereinskultur muss durch kommunale Finanzierung  
65 unterstützt werden, um als Ort der sozialen Kontrolle und Integration zu fungieren.  
66 Zudem sollte die Stadtplanung gezielt auf die Bedürfnisse von armutsbetroffenen und  
67 Geflüchteten eingehen und mehr Bildungschancen schaffen. Ein starkes soziales  
68 Netzwerk ist ebenfalls wichtig. Jugendhilfe sollte mit personellen und materiellen  
69 Ressourcen voll ausgestattet werden, um präventive Maßnahmen effektiv umzusetzen.

70 Statt auf die Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) zu vertrauen, könnte ein  
71 periodischer Sicherheitsbericht ein umfassenderes Bild der Sicherheitslage bieten.  
72 Forschung im Bereich Jugendkriminalität und spezifisch zu Themen wie  
73 Drogenkriminalität sollte intensiviert werden, um fundierte Präventionsmaßnahmen zu  
74 entwickeln. Darüber hinaus sollte die Kriminologie an Hochschulen generell ausgebaut  
75 werden. Eine fundierte wissenschaftliche Basis kann dabei helfen, wirksame Strategien  
76 zu entwickeln und umzusetzen. Nur durch einen präventiven Ansatz, der das Gemeinwohl  
77 und die Daseinsvorsorge in den Mittelpunkt stellt, können wir verhindern, dass die

78 Flammen der Kriminalität überhaupt erst entstehen und um sich greifen. Es ist an der  
79 Zeit, dass unsere politischen Handlungsmöglichkeiten in diese Richtung ausgerichtet  
80 werden und wir nicht nur reagieren, sondern proaktiv handeln.

### 81 **Für eine kritikfähige und kontrollierbare Polizei**

82 Der demokratische Rechtsstaat bedarf einer kritik- und handlungsfähigen Gewalt, die  
83 Gesetze ausführt und das staatliche Gewaltmonopol ausübt. Diskussionen rund um das  
84 Thema Polizei sind jedoch von einem unkritischen Autoritätsglauben und von  
85 Abwehrreflexen geprägt, die im Widerspruch zu einer modernen und aufgeklärten  
86 Demokratie stehen. Oftmals wird der Polizei die Deutungshoheit über die Zulässigkeit  
87 ihres eigenen Handelns überlassen, das somit strukturell einer Infragestellung  
88 entzogen wird. Zugleich werden Fehler innerhalb der Behörde tabuisiert, obwohl  
89 fehlerfreie Polizeiarbeit ein wichtiges, aber unerreichbares Ideal ist. Doch die  
90 vollziehende Gewalt muss sich vor den Bürger\*innen rechtfertigen – und nicht  
91 umgekehrt. Betroffene übermäßiger polizeilicher Gewaltanwendungen können aktuell aber  
92 ohne Mechanismen, die der polizeilichen Definitionsmacht entgegenwirken, in der  
93 Praxis kaum zu ihrem Recht kommen. Es gibt jedoch Veränderungspotenziale, die es  
94 gewährleisten, dass die Polizei das Recht effektiv durchsetzt und zugleich einer  
95 rechtsstaatlichen Kontrolle und Einhegung unterzogen wird.

96 Wir fordern daher:

- 97 • Eine strukturelle Trennung zwischen Ermittlungen gegen die Polizei und der  
98 Polizei. Dazu bedarf es flächendeckend unabhängiger und gegenüber der Polizei  
99 tatsächlich externalisierter Stellen mit umfassenden Ermittlungskompetenzen. Die  
100 in NRW beschlossene Einführung einer\*ines am Landtag angesiedelten,  
101 unabhängigen Polizeibeauftragten ist daher zu begrüßen. Es bedarf jedoch einer  
102 umfassenden Evaluierung, wie effektiv diese Institution tatsächlich zur  
103 Aufarbeitung polizeilichen Fehlverhaltens beiträgt sowie ggf. entsprechender  
104 Anpassungen. Kritikwürdig ist etwa, dass anonymen Beschwerden nicht nachgegangen  
105 werden muss. Darüber hinaus lassen weitergehende Kompetenzen, die etwa der\*die  
106 Polizeibeauftragte des Bundes bereits hat, in NRW noch auf sich warten.
- 107 • Eine verstärkte Reflektion in der Justiz über das eigene Vorverständnis in Bezug  
108 auf Polizeibeamt\*innen, die bei Staatsanwaltschaften und Gerichten aufgrund des  
109 Näheverhältnisses möglicherweise privilegiert werden.
- 110 • Nach wie vor die Kennzeichnungspflicht für Polizeibeamt\*innen, die in vielen  
111 Bundesländern Realität ist und es in NRW schon einmal war. Bei der Forderung  
112 nach einer solchen anonymen Kennziffer auf der Uniform von Einsatzkräften ging  
113 es nie darum, Polizist\*innen unter einen vermeintlichen „Generalverdacht“ zu  
114 stellen, sondern staatliches Handeln transparent und kontrollierbar zu machen.
- 115 • Die Einführung eines Whistleblower\*innen-Systems innerhalb der Polizei, das den  
116 Hinweisgeber\*innen Anonymität und rechtlichen Schutz gewährleistet. Eine  
117 Möglichkeit, Missstände und Fehlverhalten anonym zu melden, ist notwendig, um  
118 die Furcht potenzieller Whistleblower\*innen vor formellen (etwa Gegenanzeigen

- 119 wegen Strafvereitelung im Amt, wenn eine beobachtete Straftat eines/einer  
120 Kolleg\*in erst mit Verzögerung angezeigt wird) und informelle Sanktionen (dem  
121 Entzug kollegialer Unterstützung) abzuschwächen.
- 122 • Unterstützungsstrukturen im Strafverfahren für Betroffene von Polizeigewalt  
123 sowie die Senkung sprachlicher und finanzieller Barrieren bei der  
124 Anzeigenerstattung und im Strafverfahren bspw. durch einen Opferschutzfond.
  - 125 • Umfassende Studien über diskriminierende Einstellungen und Handlungen bei der  
126 Polizei. Die MEGAVO-Studie vermengt mit den politische Einstellungen und den  
127 Arbeitsbedingungen von Polizist\*innen zwei unterschiedliche Themen miteinander.  
128 Angesichts einer nur freiwilligen Online-Teilnahme sowie der niedrigen  
129 Rücklaufquoten ist sie zudem nicht repräsentativ.
  - 130 • Die jährliche polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) durch einen periodischen  
131 Sicherheitsbericht zu ersetzen bzw. zu ergänzen. Die PKS bildet lediglich – und  
132 teils undifferenziert – Hellfelddaten der von der Polizei bearbeiteten  
133 Straftaten ab. So wird die Überrepräsentanz nicht-deutscher Tatverdächtiger in  
134 der PKS in anknüpfenden medialen Debatten rassistisch geframed. Der periodische  
135 Sicherheitsbericht hingegen soll alle verfügbaren Kriminal- und  
136 Justizstatistiken, sowie Befunde aus kriminologischen Dunkelfeldbefragungen  
137 umfassen, um eine aussagekräftige Grundlage für eine erfolgreiche  
138 Kriminalpolitik im Austausch zwischen Politik, Wissenschaft und Gesellschaft zu  
139 bieten.
  - 140 • Eine transparente statistische Erfassung aller polizeilichen Gewaltanwendungen  
141 und zusammenfassende Analysen in allen Bundesländern.

#### 142 **Ressourcen, Bildung und demokratische Resilienz für eine handlungsfähige Polizei**

143 Personalmangel und unzureichende finanzielle Mittel prägen den Arbeitsalltag von  
144 Polizist\*innen. Auch hier kann eine zu geringe Budgetierung weitreichende  
145 Konsequenzen für den Rechtsstaat haben. In vielen Bereichen wie der Cyberkriminalität  
146 und der organisierten Kriminalität bedarf es hoher personeller Ressourcen sowie einer  
147 Spezialisierung und Expertise in den Sicherheitsinstitutionen, die sich mit einer  
148 rigorosen Sparpolitik nicht vereinbaren lassen. Dabei bringen gerade Straftaten aus  
149 diesen Bereichen den Staat um enorme Summen. Es braucht eine auskömmliche  
150 Finanzierung, zugleich aber auch eine strukturellen Reformierung der Polizei. Der  
151 Fokus polizeilichen Handelns muss deutlich stärker auf Kommunikation und Deeskalation  
152 liegen. Gewaltanwendungen dürfen – entgegen einem Trend zu ihrer Normalisierung,  
153 beispielsweise in Form von Schmerzgriffen – nur ultima ratio sein. Eine Polizei, die  
154 ihrem staatlichen Auftrag, die Rechtsordnung durchzusetzen, gerecht wird, muss  
155 selbstreflektiert und diskriminierungssensibel sein. Verfassungsfeindliche  
156 Einstellungen entwickeln sich erwiesenermaßen eher im Dienst, etwa im Kontakt mit  
157 dienstälteren Kolleg\*innen und ihrem vermeintlichen „Erfahrungswissen“, als dass sie  
158 von außen hereingetragen werden. Zugleich darf nicht verkannt werden, dass die  
159 Polizei, gerade wegen ihres Zugriffs auf das staatliche Machtmonopol, Waffen und  
160 Sonderwissen, ein attraktives Einfallstor für die extreme Rechte darstellt.

161 Daher fordern wir:

- 162 • Eine hinreichende Finanzierung der Polizei, die dem Personalmangel entgegenwirkt  
163 und strukturelle Personalförderungsmaßnahmen, die eine Spezialisierung von  
164 Beamt\*innen ermöglichen.
- 165 • Eine Entkriminalisierung strafbarer Handlungen an sinnvollen Stellen. Auf diesem  
166 Wege kann zu einer Entlastung der Polizei beigetragen werden. Beispielsweise  
167 stellt das Erschleichen einer Beförderung durch ein Verkehrsmittel, also das  
168 „Schwarzfahren“, immer noch eine Straftat (§ 265a Abs. 1 StGB) dar.
- 169 • Eine stärkere Einbindung von externer Expertise in die Polizeiarbeit.  
170 Beispielsweise die Unterstützung von Psycholog\*innen oder Sozialarbeiter\*innen  
171 soll in entsprechenden Problemlagen herangezogen werden.
- 172 • Ein stärkerer Fokus in der polizeilichen Ausbildung und Praxis auf Deeskalation  
173 und Kommunikation. Dies umfasst eine Kommunikation auf Augenhöhe, die die  
174 Besonderheiten des jeweiligen Falls berücksichtigt und darum bemüht ist,  
175 Verständnisbarrieren abzubauen und auf Drohungen zu verzichten.
- 176 • Weiterhin eine Abschaffung des Tasers, der mitnichten ein eingriffsarmes  
177 Instrument, sondern eine Waffe mit einer nur bedingt kontrollierbaren und unter  
178 Umständen tödlichen Wirkung darstellt. Bereits mehrfach endete sein Einsatz in  
179 NRW, aber etwa auch in Rheinland-Pfalz, für die Betroffenen tödlich.
- 180 • Inhalte zur interkulturellen Kompetenz in der Ausbildung von  
181 Polizeivollzugsbediensteten durch Antidiskriminierungskurse zu ergänzen. Auch  
182 nach der Ausbildung sollte diskriminierungssensibilisierende und insbesondere  
183 rassismuskritische Bildung in verpflichtenden Fortbildungen stattfinden.
- 184 • Die Resilienz der Polizei gegenüber rechtsextremer Einflussnahme und  
185 rechtsextremen Ansichten innerhalb der Polizei zu stärken. Hierzu kann etwa die  
186 Einführung eines Whistleblower-Systems beitragen.
- 187 • Eine Stärkung der psychologischen Hilfsangebote für Polizeibeamt\*innen. Dabei  
188 muss gefördert werden, dass diese auch tatsächlich wahrgenommen werden. Teils  
189 steht ein häufig in der Polizei anzutreffendes patriarchales Männlichkeitsbild  
190 einer Inanspruchnahme von Supervision und Hilfe im Weg, weil dies als Schwäche  
191 angesehen wird.
- 192 • Eine kritische und problematisierende Aufarbeitung von Gewaltanwendungen  
193 innerhalb der Polizei. Hierzu bedarf es niedrigschwelliger Foren zur Reflektion.  
194 Eine Sensibilisierung innerhalb der Polizei kann nur dort ihre Wirkung  
195 entfalten, wo sie sich ehrlich, offen und reflektionsbereit mit der eigenen  
196 Fehlerkultur und Perspektiven von Betroffenen polizeilicher Gewaltanwendungen  
197 auseinandersetzt.

#### 198 **Die Überlastung der Justiz gefährdet den Rechtsstaat**

199 Die Justiz ist das Rückgrat unseres Rechtsstaates und unserer Demokratie. Ihre  
200 Aufgabe ist es, staatliches Handeln auf seine Rechtmäßigkeit hin zu untersuchen. Sie

201 sorgt dafür, Konflikte unter Bürger\*innen verbindlich beizulegen. Die Justiz legt die  
202 von den Parlamenten beschlossenen Gesetze aus, wendet sie an und verschafft ihnen auf  
203 diesem Wege Wirkmacht. Ein Rechtsstaat braucht eben nicht nur Recht, sondern auch  
204 eine Rechtsanwendung, die mit liberalen und demokratischen Werten gefüllt ist. Die  
205 deutsche Geschichte belegt die Schlüsselrolle der Justiz nur allzu gut.

206 Die Mühlen der Justiz ächzen bereits unter der kaum stemmbaren Last von Verfahren,  
207 die auf viel zu wenigen Schultern in den Gerichten und Staatsanwaltschaften ruht. So  
208 fehlen nach Angaben des „Bundes der Richter und Staatsanwälte Nordrhein-Westfalen“ in  
209 NRW derzeit mehr als 400 Staatsanwält\*innen. In der Folge ist die Justiz einer viel  
210 zu hohen Arbeitsbelastung ausgesetzt. Richter\*innen und Staatsanwält\*innen versinken  
211 in einer Klageflut. Strafverfahren ziehen sich oft in die Länge oder müssen  
212 eingestellt werden. Die unzureichende Budgetierung der Justiz geht damit zulasten des  
213 Rechtsstaats. Der bereits jetzt bestehende Personalmangel im Staatsdienst wird durch  
214 die zu erwartende Pensionierungswelle – insbesondere in Ostdeutschland, aber auch in  
215 den übrigen Bundesländern – noch massiv verschärft. So sollen bis 2030  
216 deutschlandweit rund 40 Prozent der Jurist\*innen berufsübergreifend aus dem Dienst  
217 ausscheiden. In Ostdeutschland wird sogar mit einer Quote von bis zu 45% gerechnet.  
218 Diese Entwicklung trifft die chronisch unterbesetzte Justiz besonders hart. Hinzu  
219 kommt, dass die meisten der Absolvent\*innen der juristischen Ausbildung kein  
220 Interesse am Staatsdienst haben. Die freie Wirtschaft lockt mit dem vielfachen eines  
221 Gehalts im öffentlichen Dienst und bietet darüber hinaus neuste technische  
222 Ausstattung und vielseitige Weiterbildungs- und Aufstiegschancen. Die bereits  
223 beschriebene Überlastung der Justiz trägt ebenfalls nicht zur Attraktivität des  
224 Staatsdienstes bei. Kurzum: Wir steuern auf eine Situation zu, in der die Justiz  
225 keine vollumfänglich handlungsfähige Staatsgewalt darstellt.

226 Um dem entgegenzuwirken fordern wir:

- 227 • Eine deutliche Aufstockung der Stellen für Staatsanwält\*innen und Richter\*innen  
228 in NRW, die sowohl aktuelle personelle Lücken als auch die anstehende  
229 Pensionierungswelle berücksichtigt.
- 230 • Eine Investitionsoffensive in der Justiz. Insbesondere die Digitalisierung muss  
231 stärker ausgebaut und finanziell gefördert werden, um fehlendes Personal mit  
232 digitalen Tools zu kompensieren. Selbstverständlich ist gerade in der Justiz  
233 besonders bedächtig mit Tools wie „künstlicher Intelligenz“ umzugehen, die keine  
234 menschliche Entscheidung ersetzen können.
- 235 • Eine höhere Besoldung für den öffentlichen Dienst, die nicht derart hinter der  
236 freien Wirtschaft zurückbleibt, wie dies aktuell der Fall ist.
- 237 • Darüber hinaus müssen Überlegungen angestrengt werden, wie mehr Nachwuchs für  
238 den Staatsdienst gewonnen werden kann. Hierbei sind Interessenvertretungen von  
239 Jurastudierenden und Rechtsreferendar\*innen mit einzubeziehen.

#### 240 **Reformbedarf in der juristischen Ausbildung**

241 Während sich die unerledigten Ermittlungsverfahren in den Staatsanwaltschaften

242 türmen, ist NRW-Justizminister Limbach auf Sparkurs und kürzt die Ausbildungsplätze  
243 für Jurist\*innen in NRW um 20%. Zur Einordnung: Wer etwa Richter\*in werden will, muss  
244 zunächst ein universitäres Jurastudium abschließen und das erste juristische  
245 Staatsexamen ablegen. Für die klassischen juristischen Berufe muss zusätzlich der  
246 juristische Vorbereitungsdienst (auch „Rechtsreferendariat“) an einem deutschen  
247 Gerichtsbezirk durchlaufen werden, der sich über zwei Jahre erstreckt. Es verwundert  
248 nicht, wenn bei dieser langen und kostspieligen Ausbildung, bei der zudem lange Zeit  
249 unklar ist, ob man die Examina tatsächlich besteht, viele Absolvent\*innen möglichst  
250 gut bezahlte Jobs anstreben, um Schulden und Kredite abzubezahlen. Die hohen  
251 finanziellen und sozialen Hürden sorgen außerdem dafür, dass nur wenige Kinder aus  
252 Arbeiter\*innenfamilien oder mit Migrationsgeschichte der juristischen Ausbildung  
253 nachgehen und sie mit erheblichen Nachteilen kämpfen müssen. Zwangsläufig bedeutet  
254 diese Exklusion, dass die Justiz die Gesellschaft nicht in ihrer Vielfalt abbildet.

255 Gleichzeitig ist gut qualifizierter Nachwuchs im Staatsdienst dringend nötig. Um mehr  
256 Menschen für den Staatsdienst zu gewinnen, muss schon beim Jurastudium und dem  
257 Referendariat angesetzt werden. Seit vielen Jahren unterbreiten  
258 Interessenvertretungen – insbesondere die Fachschaften – daher konkrete Vorschläge,  
259 die Ausbildung zu verbessern und inklusiver zu gestalten. Statt sich diesen  
260 Vorschlägen zu widmen, wurde bei der Justizminister\*innenkonferenz im vergangenen  
261 Juni lediglich festgestellt, dass ein grundlegender Reformbedarf nicht bestehe. Diese  
262 Aussage wirkt angesichts der schwierigen Nachwuchsgenerierung wie blanker Hohn. Ziel  
263 muss es dagegen künftig nicht nur sein, mehr juristischen Nachwuchs zu gewinnen,  
264 sondern auch, junge Menschen zu aufrechten und aufgeklärten Jurist\*innen auszubilden.  
265 Sie bilden ein wesentliches Element einer rechtsstaatlichen und resilienten  
266 Demokratie.

267 Daher fordern wir:

- 268 • Eine Reformierung sowohl des Jurastudiums als auch des juristischen  
269 Vorbereitungsdienstes. Dabei sind die Interessen- und Personalvertretungen des  
270 juristischen Nachwuchses aktiv zu beteiligen.
- 271 • Die flächendeckende Umsetzung des integrierten Bachelors im Studium der  
272 Rechtswissenschaften. Der integrierte Bachelor fängt das Risiko auf, nach dem  
273 Nichtbestehen der staatlichen Examensprüfung trotz mehrjährigem Jurastudium  
274 keinen Abschluss zu erlangen.
- 275 • Die Anzahl der Ausbildungsplätze für den juristischen Vorbereitungsdienst in NRW  
276 darf nicht gekürzt werden. Junge Menschen sollen nicht viele Monate auf ihren  
277 Einstellungstermin warten oder sogar einen Umzug in ein anderes Bundesland in  
278 Kauf nehmen müssen, um zeitnah ihrer Ausbildung nachgehen zu können.
- 279 • Eine angemessene Unterhaltsbeihilfe im juristischen Vorbereitungsdienst, die  
280 auch in Großstädten den Lebensunterhalt sichert, um die Entscheidung für eine  
281 juristische Ausbildung von finanziellen Zwängen zu befreien.
- 282 • Wissenschaftliche Erkenntnisse – insbesondere aus der Kriminologie – sollen

283 stärker Teil der juristischen Aus- und Weiterbildung sein. Wir NRW Jusos haben  
284 uns in den letzten beiden Jahren mit einer evidenzbasierten Kriminalpolitik  
285 beschäftigt. Doch nicht nur die Politik, insbesondere auch die Strafverfolgung  
286 sollte auf wissenschaftlichen Erkenntnissen aus der Kriminologie beruhen.

### 287 **Eine wehrhafte Demokratie braucht eine standhafte Justiz**

288 Das Grundgesetz feiert seinen 75. Geburtstag in einem Jahr, in dem Deportationspläne  
289 einer im Bundestag vertretenen Partei öffentlich wurden und der Prozess gegen die  
290 Reichsbürger-Gruppe von Prinz Reuß begann. Teil der Gruppe war u.a. Birgit Malsack-  
291 Winkemann, promovierte Juristin und ehemalige Richterin am Landgericht Berlin, die  
292 für das Justiz-Ressort einer neuen Staatsordnung vorgesehen gewesen sein soll.

293 Möglicherweise dient sie als Vorbild für den jungen NPD-Funktionär (offiziell  
294 mittlerweile „Die Heimat“), der sich in diesem Jahr erfolglos für den juristischen  
295 Vorbereitungsdienst am Oberlandesgericht Berlin-Brandenburg bewarb. Wenige Jahre  
296 zuvor dagegen hatte der Sächsische Verfassungsgerichtshof die Nichtzulassung eines  
297 führenden Kaders des „III. Wegs“ zum Referendariat für verfassungswidrig erklärt.  
298 Unterschiedliche Regelungen in den Ländern erschweren es, einheitliche Vorgaben für  
299 die Nichtzulassung von Extremist\*innen aus dem Referendariat festzustellen. So können  
300 die Verfassungsfeinde sich bei einer Ablehnung direkt im nächsten Bundesland um die  
301 Aufnahme in den Vorbereitungsdienst bemühen.

302 Die Integrität der Justiz muss gesichert werden, bevor es dafür zu spät ist und  
303 Rechtsextreme mancherorts in Regierungsverantwortung kommen. Eine besonders wichtige  
304 Funktion übt das Bundesverfassungsgericht aus, das etwa über Parteiverbote  
305 entscheidet. Während der Ausgang eines solchen vielfach diskutierten  
306 Verbotsverfahrens gegen die AfD ungewiss ist und zu Recht im Entscheidungsmonopol der  
307 Verfassungsrichter\*innen liegt, gibt es schon jetzt andere Stellschrauben für den  
308 Staat, sich nachhaltig gegen Rechtsextreme zu wehren.

309 Unsere Forderungen lauten daher:

- 310 • Die Resilienz des Bundesverfassungsgerichts muss gestärkt werden. Beispielsweise  
311 sollte die Wahl der Verfassungsrichter\*innen und die für sie erforderliche  
312 Zweidrittelmehrheit des Bundestags künftig im Grundgesetz geregelt werden.  
313 Derzeit ist dies nur im Bundesverfassungsgerichtsgesetz normiert, das schon mit  
314 einer einfachen Mehrheit geändert werden kann. Sobald Rechtsextremist\*innen eine  
315 Mehrheit im Bundestag bilden, können sie also den Wahlprozess umgestalten. Dem  
316 gilt es vorzubeugen.
- 317 • Es bedarf Rechtsklarheit und einheitlicher Regelungen in den Bundesländern, um  
318 verfassungsfeindlichen Bewerber\*innen die Zulassung zum juristischen  
319 Vorbereitungsdienst zu verwehren. Sie sollen gar nicht erst Zugang zu den  
320 praktischen Kenntnissen über die Justiz erhalten, die für die Aushöhlung des  
321 Rechtsstaats missbraucht werden können.

### 322 **Staatliche Verantwortung und Diskriminierung**

323 Der Staat ist nicht nur über das Grundgesetz gezwungen, Diskriminierung zu

324 unterlassen, wir sehen ihn auch in der Pflicht, aktiv gegen jede Form von  
325 Diskriminierung vorzugehen und für eine gerechte Gesellschaft zu sorgen. Eine  
326 umfassende Antidiskriminierungspolitik, die alle gesellschaftlichen Ebenen einbezieht  
327 und marginalisierte Gruppen stärkt, ist hierfür unerlässlich. Diskriminierung hat  
328 viele Facetten – von Rassismus und Sexismus über Queerfeindlichkeit bis hin zu  
329 Klassismus. Jede dieser Formen stellt eine ernsthafte Bedrohung für den sozialen  
330 Frieden und die individuelle Freiheit dar.

331 Um Diskriminierung in all ihren Formen wirksam zu bekämpfen, ist ein aktives und  
332 entschlossenes Handeln des Staates unerlässlich. Nur durch eine konsequente  
333 Antidiskriminierungspolitik, die auf mehreren Ebenen ansetzt, kann eine gerechte  
334 Gesellschaft geschaffen werden. Der Staat trägt die Verantwortung, rechtliche  
335 Rahmenbedingungen zu schaffen, Bildung und Aufklärung zu fördern sowie umfassende  
336 Unterstützungsangebote bereitzustellen. Diese Maßnahmen müssen ineinandergreifen, um  
337 Diskriminierung präventiv zu begegnen und Betroffenen wirksam zu helfen. Im Folgenden  
338 wird dargelegt, in welchen Bereichen wir den Staat besonders in der Verantwortung  
339 sehen und welche konkreten Maßnahmen erforderlich sind, um eine gerechte und  
340 inklusive Gesellschaft zu gewährleisten.

#### 341 **Gesetzgebung und Rechtsschutz**

342 • Wir fordern eine Verschärfung der Antidiskriminierungsgesetze und die Einführung  
343 neuer Regelungen, die auch moderne Formen der Diskriminierung, wie digitale  
344 Hassrede, berücksichtigen. Der digitale Raum bietet leider neue Plattformen für  
345 Hass und Diskriminierung, die durch entsprechende Gesetze reguliert werden  
346 müssen.

347 • Wir fordern die Stärkung und bessere Finanzierung von  
348 Antidiskriminierungsstellen. Zudem sollten unabhängige Aufsichtsbehörden  
349 geschaffen werden, die Diskriminierungsfälle untersuchen und ahnden können.  
350 Diese Behörden sollen unabhängig arbeiten und die Autorität besitzen, um  
351 wirksame Maßnahmen gegen Diskriminierung zu ergreifen.

352 • Wir fordern einen umfassenden Opferschutz. Anonyme Meldesysteme und sichere  
353 Anlaufstellen für Diskriminierungsopfer müssen eingerichtet werden, damit  
354 Betroffene ohne Angst vor Repressalien Unterstützung suchen können. Opfer  
355 benötigen sichere Räume, um ihre Fälle zu melden und Unterstützung zu erhalten,  
356 ohne Angst vor Stigmatisierung oder Vergeltung haben zu müssen.

#### 357 **Bildung und Aufklärung**

358 • Wir setzen uns für eine inklusive Bildungspolitik ein, die Diversität und  
359 Toleranz fördert. Die Bekämpfung von Diskriminierung darf zudem nicht nur an  
360 Projekttagen stattfinden, sondern sollte auch interdisziplinär Einfluss in den  
361 Schulunterricht finden, um bereits bei Kindern und Jugendlichen das Bewusstsein  
362 für Gleichberechtigung und Toleranz zu schärfen.

363 • Wir fordern groß angelegte Aufklärungskampagnen, die über die verschiedenen  
364 Formen der Diskriminierung aufklären und die Zivilgesellschaft sensibilisieren.

365 Solche Kampagnen sollen nicht nur informieren, sondern auch zum Handeln  
366 ermutigen und die Gesellschaft zur Reflexion anregen.

367 • Wir fordern die verstärkte Förderung von Forschungsprojekten, die die Ursachen  
368 und Auswirkungen von Diskriminierung untersuchen. Interdisziplinäre Ansätze  
369 sollen hierbei besonders unterstützt werden, um ein umfassendes Verständnis der  
370 Diskriminierungsmechanismen zu entwickeln und effektive Gegenstrategien zu  
371 erarbeiten.

#### 372 **Unterstützungsangebote**

373 • Wir fordern den Ausbau von Beratungsstellen, die umfassende Unterstützung für  
374 Diskriminierungsopfer bieten. Diese Beratungsstellen sollen rechtliche,  
375 psychologische und soziale Beratung umfassen und Betroffenen einen sicheren Raum  
376 bieten, um Hilfe zu suchen.

377 • Wir fordern die Bereitstellung von finanziellen Mitteln für Opfer, um ihnen den  
378 Zugang zu Rechtsmitteln und psychologischer Unterstützung zu erleichtern.  
379 Oftmals scheitern Betroffene daran, ihre Rechte durchzusetzen, weil ihnen die  
380 finanziellen Mittel fehlen. Hier muss der Staat einspringen und für  
381 Chancengleichheit sorgen.

#### 382 **Kritischer Umgang mit rechten Gruppen**

383 Ein entschlossener und kritischer Umgang mit rechtsextremen Gruppierungen ist von  
384 entscheidender Bedeutung für den Erhalt unserer Demokratie und für den sozialen  
385 Frieden. Gruppen, wie beispielsweise die Grauen Wölfe, stellen eine ernsthafte  
386 Bedrohung dar, da sie Ideologien verbreiten, die auf Hass und Intoleranz basieren. Um  
387 diesen Gefahren wirksam zu begegnen, sind umfassende Maßnahmen auf verschiedenen  
388 Ebenen erforderlich.

389 Aufklärung und Prävention spielen eine zentrale Rolle. Wir fordern umfassende  
390 Bildungsprogramme, die über die Ideologien und Gefahren rechtsextremer Gruppen  
391 aufklären. Dabei ist es wichtig, auch die Rolle sozialer Medien zu analysieren und zu  
392 verstehen, wie diese Plattformen genutzt werden, um Hass und Intoleranz zu  
393 verbreiten. Nur durch fundiertes Wissen können wir die Mechanismen erkennen und ihnen  
394 entgegenwirken.

395 Ebenso notwendig ist eine verstärkte Überwachung und konsequente Strafverfolgung  
396 rechtsextremer Aktivitäten. Sicherheitsbehörden müssen ausreichende Mittel und  
397 Kompetenzen erhalten, um effektiv gegen diese Bedrohung vorzugehen und die  
398 Gesellschaft zu schützen. Wir betonen, dass eine effektive Überwachung und  
399 Strafverfolgung essenziell sind, um rechtsextreme Strukturen aufzudecken und zu  
400 zerschlagen.

401 Darüber hinaus ist der Dialog und die Integration von gefährdeten Personen und  
402 Gruppen von großer Bedeutung. Präventionsprogramme, die durch Dialog- und  
403 Integrationsangebote gefährdete Menschen erreichen, sind entscheidend. Diese  
404 Programme sollen Alternativen aufzeigen und Wege zur gesellschaftlichen Integration  
405 bieten, um Menschen, die für extremistische Ideologien anfällig sind, von einem

406 Abdriften in solche Ideologien abzuhalten.

407 Ein vielschichtiger Ansatz ist notwendig, um rechtsextremen Gruppierungen effektiv  
408 entgegenzutreten. Durch Aufklärung, Prävention, Überwachung, Strafverfolgung sowie  
409 Dialog- und Integrationsangebote können wir die Demokratie und den sozialen Frieden  
410 schützen und stärken.

#### 411 **Femizide und Frauenhäuser**

412 Die Sicherheit und der Schutz von Frauen vor geschlechtsspezifischer Gewalt sind  
413 fundamentale Anliegen einer gerechten und inklusiven Gesellschaft. Trotz vieler  
414 Fortschritte in den letzten Jahrzehnten bleibt Gewalt gegen Frauen ein drängendes  
415 Problem, das tief in den gesellschaftlichen Strukturen verankert ist. Femizide – die  
416 Tötung von Frauen aufgrund ihres Geschlechts – und andere Formen  
417 geschlechtsspezifischer Gewalt sind traurige Realität für viele Frauen weltweit. In  
418 diesem Kontext sind Frauenhäuser und unterstützende Einrichtungen unverzichtbare  
419 Zufluchtsorte und bieten lebensrettende Dienste für Frauen, die vor Gewalt fliehen.  
420 Die Bekämpfung von Femiziden und die Unterstützung von Frauenhäusern sind für uns von  
421 zentraler Bedeutung.

422 Wir fordern daher:

- 423 • die Verschärfung der Strafen für geschlechtsspezifische Gewalt und die  
424 Einführung spezieller Schutzmaßnahmen für gefährdete Frauen. Strengere Gesetze  
425 und gezielte Schutzmaßnahmen können dazu beitragen, die Sicherheit von Frauen zu  
426 erhöhen und die Täter abzuschrecken. Damit die Polizei in Zukunft noch  
427 effektiver gefährdeten Frauen helfen kann, setzen wir uns für die  
428 flächendeckende Einführung von Risikokalen, wie etwa der Danger Assessment  
429 Scale ein.
- 430 • Eine ausreichende und kontinuierliche Finanzierung von Frauenhäusern und  
431 Notunterkünften ist unerlässlich. Mit dem so genannten Drei-Säulen Modell der  
432 Finanzierung, liegt seit langem ein konkreter Vorschlag zur Sicherung der  
433 Schutzhäuser vor. Zudem muss die Kapazität dieser Einrichtungen ausgebaut  
434 werden, um allen betroffenen Frauen Schutz und Unterstützung bieten zu können.  
435 Die Istanbul-Konvention gibt seit Jahren einen Schlüssel für die Bedarfsanalyse  
436 an die Hand.
- 437 • Wir setzen uns für ein umfassendes Beratungs- und Unterstützungssystem ein, das  
438 betroffenen Frauen in allen Lebensbereichen – von rechtlicher bis zu  
439 psychologischer Unterstützung – hilft. Ein solches System muss leicht zugänglich  
440 und gut vernetzt sein, um effektive Hilfe zu leisten.

#### 441 **Nach Berliner Vorbild, aber mit geschlossenen Schutzlücken**

442 Berlin hat mit seiner Antidiskriminierungspolitik und dem ersten  
443 Antidiskriminierungsgesetz auf Landesebene (LADG) wegweisende Fortschritte erzielt.  
444 Diese Maßnahmen haben gezeigt, wie wichtig und wirksam rechtliche Rahmenbedingungen  
445 im Kampf gegen Diskriminierung sein können. Wir fordern ein ähnliches  
446 Landesantidiskriminierungsgesetz (LADG) auch für Nordrhein-Westfalen, um den Schutz

447 und die Rechte von Diskriminierungsopfern zu stärken. Dabei ist es unerlässlich,  
448 bestehende Schutzlücken zu schließen und die Maßnahmen weiter zu entwickeln.

449 Es bedarf einer umfassenden und robusten Strategie, die nicht nur auf präventive  
450 Maßnahmen setzt, sondern auch die Unterstützung und den Schutz von  
451 Diskriminierungsopfern in den Mittelpunkt stellt.

452 Ein ganzheitlicher Ansatz ist notwendig, der die rechtlichen, finanziellen und  
453 institutionellen Rahmenbedingungen verbessert, um eine nachhaltige und wirksame  
454 Antidiskriminierungspolitik zu gewährleisten. Nur durch eine solche konsequente und  
455 umfassende Politik können wir eine Gesellschaft schaffen, in der alle Menschen frei  
456 von Diskriminierung leben können und gleiche Chancen und Rechte haben.

457 Daher fordern wir:

- 458 • Einen Prozesskostenfonds, der Diskriminierungsopfer bei den Kosten für  
459 Rechtsstreitigkeiten unterstützt, welcher den Zugang zur Justiz erleichtern und  
460 finanziellen Druck von den Betroffenen nehmen soll. Oftmals scheuen  
461 Diskriminierungsopfer den Rechtsweg, weil sie die hohen Kosten fürchten. Ein  
462 solcher Fonds kann Abhilfe schaffen.
- 463 • Um Diskriminierungsopfern mehr Zeit zur rechtlichen Klärung zu geben, plädieren  
464 wir für eine Verlängerung der Verjährungsfristen in Diskriminierungsfällen.  
465 Diskriminierung ist oft schwer nachzuweisen und erfordert eine gründliche  
466 Aufarbeitung, die mehr Zeit benötigt.
- 467 • Eine auskömmliche Finanzierung von Organisationen und Projekten, die sich gegen  
468 Diskriminierung engagieren, ist notwendig. Nur durch eine stabile finanzielle  
469 Basis können diese Organisationen nachhaltig und effektiv arbeiten.

#### 470 **Erforschung von Klassismus**

471 Klassismus, die Diskriminierung aufgrund der sozialen Herkunft, bleibt oft im  
472 Schatten anderer Diskriminierungsformen und erhält nicht die Aufmerksamkeit, die es  
473 verdient. Diese Form der Benachteiligung prägt das Leben vieler Menschen und führt zu  
474 erheblichen sozialen Ungleichheiten. Es ist von entscheidender Bedeutung, dieses  
475 Phänomen intensiv zu erforschen, um ein tiefes Verständnis der Mechanismen und  
476 Auswirkungen zu entwickeln. Nur so können wir wirksame Maßnahmen zur Bekämpfung  
477 sozialer Ungleichheit entwickeln und Chancengleichheit fördern. Indem wir die  
478 Forschung stärken, Bildungs- und Aufklärungsarbeit intensivieren und gezielte  
479 politische Maßnahmen einführen, können wir dazu beitragen, die tief verwurzelten  
480 Barrieren des Klassismus zu überwinden.

481 Wir fordern:

- 482 • die Förderung von Forschungsprojekten, die die Mechanismen und Auswirkungen von  
483 Klassismus untersuchen. Interdisziplinäre und intersektionale Ansätze sollen  
484 besonders gefördert werden, um ein umfassendes Bild von den Ursachen und Folgen  
485 dieser Form der Diskriminierung zu erhalten.
- 486 • Aufklärungskampagnen, die über die Auswirkungen von Klassismus informieren und

487 für mehr Chancengleichheit werben, sind ein zentrales Anliegen. Diese Kampagnen  
488 sollen das Bewusstsein für soziale Ungleichheiten schärfen und zur  
489 gesellschaftlichen Reflexion anregen.

## Antrag I02: Damit feministische Innenpolitik keine Floskel bleibt

Antragsteller*in:	KV Recklinghausen
Sachgebiet:	I - Inneres, Justiz und Verbraucher*innenschutz

1 Fragt man nach klaren Konzepten, die Frauen im öffentlichen Raum vor gewalttätigen  
2 Übergriffen schützen sollen, fällt die Antwort knapp aus: Sie existieren entweder gar  
3 nicht oder sind aufgrund ihrer Defizite mehr Pseudofeminismus als alles andere.  
4 Erweitert man die Perspektive im Sinne eines intersektionalen Ansatzes, der auch  
5 weitere besonders gefährdete Personengruppen berücksichtigt, fällt dieses ohnehin  
6 ernüchternde Ergebnis noch ernüchternder aus. Für uns ist klar: Der Schutz von FINTA  
7 muss endlich zu einem echten innenpolitischen Thema werden. Es reicht nicht aus, den  
8 Begriff "Feministische Innenpolitik" in den Mund zu nehmen, seinen Worten im  
9 Anschluss jedoch keine Taten folgen zu lassen.

### 10 **Echter Schutz von FINTA braucht einen institutionellen Rahmen!**

11 Um den Schutz von FINTA auf institutioneller Ebene voranzutreiben, müssen die  
12 Rahmenbedingungen für den Schutz von FINTA verbessert werden. Hier muss sowohl der  
13 Gesetzgeber als auch die Exekutive deutlich nachbessern.

### 14 **Opfer von Stalking bedürfen mehr Schutz!**

15 Immer wieder werden Opfer von Stalking bei der Polizei abgewiesen, da der  
16 Straftatbestand von §238 noch nicht erfüllt wurde bzw. noch keine konkrete Gefahr die  
17 Polizei zum Handeln ermächtigt.

18 Bereits 2017 ist die geänderte Fassung des § 238 StGB „Nachstellung“ in Kraft  
19 getreten. Zuvor musste zur Verwirklichung des Straftatbestandes das Leben des Opfers  
20 tatsächlich beeinträchtigt sein. Nun ist Stalking bereits strafbar, wenn die  
21 Handlungen des Stalkers objektiv dazu geeignet sind, die Lebensgestaltung  
22 schwerwiegend zu beeinträchtigen. Diese Entwicklung ist, genau wie die Integration  
23 von Stalking im Internet, begrüßenswert, reicht jedoch bei Weitem nicht aus. Fraglich  
24 ist, wann eine solche Beeinträchtigung des Opfers tatsächlich vorliegt. Hierbei gibt  
25 es für die Polizei einen gewissen Ermessensspielraum, der dafür sorgt, dass Täter im  
26 Zweifel davonkommen, da die Polizei keine Verwirklichung des Straftatbestandes sieht.  
27 Hier muss dringend nachgebessert werden.

### 28 **Deshalb fordern wir:**

- 29 • Eine Neufassung des §238 StGB, welcher deutlicher herausstellt, welche  
30 Tatbestandsvoraussetzungen für das Stalking vorliegen müssen
- 31 • Eine Verschärfung solcher Regelungen
- 32 • Eine einheitliche Handlungsanweisung für Polizeibeamte in Nordrhein-Westfalen,  
33 um mit Fällen von Stalking umgehen zu können

### 34 **Ein Femizid ist ein Mord!**

35 Jeden dritten Tag wird in Deutschland eine Frau getötet, weil sie eine Frau ist. Seit  
36 dem 01.10.2023 können geschlechtsspezifische Umstände in Deutschland ausdrücklich  
37 strafscharfend berücksichtigt werden. Diese Novelle des § 46 Abs. 2 StGB ist zwar ein  
38 erster Schritt in die richtige Richtung zur konsequenten Verfolgung von Femiziden,  
39 allerdings besteht insbesondere in Hinblick auf die Straftaten gegen das Leben (Mord  
40 und Totschlag) und das Verständnis der Rechtsanwender\*innen hinsichtlich  
41 patriarchaler Gewalttaten noch großer Handlungsbedarf.

42 Bislang hatte die deutsche Justiz (scheinbar) lediglich die Möglichkeit, die  
43 besondere Dimension der Femizide durch das Mordmerkmal der niedrigen Beweggründe, §  
44 211 Abs. 2 UA. 1 Alt. 4 StGB, anzuerkennen.

45 Diese Generalklausel ist erfüllt, wenn die Motivation der vorsätzlichen Tötung nach  
46 allgemeiner sittlicher Wertung auf tiefster Stufe steht und deshalb besonders  
47 verwerflich ist. Die Gerichte waren jedoch bislang, jedenfalls in Bezug auf Taten von  
48 als deutsch gelesenen Menschen, sehr zurückhaltend in der Anwendung der niedrigen  
49 Beweggründe bei Femiziden. Im Gegenteil zeigte die Justiz teils sogar Verständnis  
50 dafür, wenn ein Mann seine ehemalige Partnerin tötet, weil diese sich selbstbestimmt  
51 von ihm trennt. Diese Anwendung in der Praxis muss endlich aufhören.

#### 52 **Deshalb fordern wir:**

- 53 • Eine Reform von § 211 StGB mit der Ergänzung von geschlechtsspezifischen
- 54 Mordmerkmalen
- 55 • Ein Ende der Rassistischen Stigmatisierung rund um sogenannte "Ehrenmorde" und
- 56 eine gleichwertige Behandlung aller Femizide

#### 57 **Den Schutz von FINTA in den Fokus polizeilicher Arbeit und Ausbildung rücken!**

58 Neben wesentlichen gesetzlichen Rahmenbedingungen muss sich die Polizei  
59 Strafverfolgung und Gefahrenabwehr deutlich besser aufstellen, um sowohl präventiv  
60 als auch repressiv den Schutz von FINTA voranzutreiben.

61 Dazu braucht es geschulte Polizist\*innen, die die Lage von Opfern verstehen und im  
62 Zweifel durch Expert\*innen besser auf die betroffenen Personen eingehen können. Es  
63 fällt immer wieder auf, dass gerade männliche Polizeibeamte nicht sensibel genug mit  
64 den Opfern sexualisierter Gewalt umgehen und Druck auf sie ausüben, Geständnisse  
65 abzulegen oder bestimmte Untersuchungen über sich ergehen zu lassen. Hier muss die  
66 Polizei deutlich sensibler und mit deutlich mehr Fachkompetenz handeln, damit Opfer  
67 nicht traumatisiert werden oder im Zweifel sogar das Hinzuziehen der Polizei im  
68 Nachhinein als Fehler betrachten.

#### 69 **Deshalb fordern wir:**

- 70 • Speziell ausgebildete Kontaktbeamtinnen im Bereich Frauenschutz, die als
- 71 Ansprechpersonen für Opfer von sexualisierter Gewalt zuständig sind
- 72 • Mehr Lehrmodule zum Umgang mit Opfern von sexualisierter Gewalt im dualen
- 73 Polizeistudium in NRW, sowohl in der Theorie an der HSPV als auch im
- 74 Berufspraktischen Training

- 75 • Mehr weibliche Polizistinnen und eine stärkere Bevorzugung von weiblichen  
76 Bewerberinnen sowohl bei der Einstellung als auch der Beförderung, um die  
77 Perspektive von FINTA in der Polizei deutlich mehr hervorzuheben

#### 78 **Einheitliche Regeln für Gewaltprävention im öffentlichen Raum**

79 Eine Innenpolitik, die sich nicht nur feministisch nennt, sondern es auch tatsächlich  
80 ist, darf ihre Augen nicht vor den anhaltenden Übergriffen gegen FINTA im  
81 öffentlichen Raum verschließen. Legen wir die Fakten auf den Tisch: Laut  
82 Bundesministerium für Verteidigung meiden mehr als die Hälfte der in Deutschland  
83 lebenden Frauen bestimmte Orte bei Dunkelheit. Eine im Jahr 2021 im Auftrag der  
84 Pariser Jean-Jaurès-Stiftung durchgeführte repräsentative Befragung offenbarte, dass  
85 jede dritte Frau bereits auf der Straße verfolgt wurde. Fast jede zweite Frau musste  
86 laut einer Pilotstudie des Bundesfamilienministeriums aus dem Jahr 2022 schon einmal  
87 sexistische Übergriffe im öffentlichen Raum erleben. Junge Frauen zwischen 16 und 24  
88 Jahren sind in besonders hohem Maß betroffen. Mehr als jede Dritte erfährt mehrmals  
89 pro Monat sexuelle Belästigung.

90 Diese Zahlen sind mehr als nur alarmierend. Sie sind ein Armutszeugnis für unsere  
91 Gesellschaft und eine unerträgliche Last für alle Betroffenen. Gleichzeitig sind sie  
92 aber auch ein Weckruf an uns alle, jetzt nicht zu resignieren, sondern endlich  
93 konsequent aktiv zu werden. Die wichtigsten nun zu ergreifenden Maßnahmen sind  
94 diejenigen, die die öffentliche Belästigung von FINTA schon im Vorfeld verhindern -  
95 Prävention ist hier das Schlüsselwort.

96 Mit Blick auf den öffentlichen Raum stellt der Bereich der Mobilität einen besonders  
97 kritischen Faktor dar. Die Gefahr, Gewalt zu erfahren, beginnt bereits auf dem Weg  
98 zur Haltestelle, hält während der Wartezeit und der anschließenden Fahrt an und endet  
99 erst, wenn der Zielort erreicht ist. Alternative Transportwege, geschützte  
100 Rückzugsorte oder geschulte Ansprechpersonen sucht man zumeist vergebens. Kurz, aber  
101 bestimmt nicht schmerzlos: Mit Bus und Bahn zu fahren, ist für FINTA ein großes  
102 Sicherheitsrisiko.

#### 103 **Deshalb fordern wir:**

- 104 • Schutzräume an Bahnhöfen, in die sich FINTA zu jeder Zeit zurückziehen können  
105 • Ein Awarenesskonzept für den Nah- und Fernverkehr, der Grenzen und mögliche  
106 Konsequenzen für Grenzüberschreitungen klar benennt und somit auch als Leitfaden  
107 für das Bahnpersonal dienen soll  
108 • Notfallknöpfe in Bus und Bahn

109 Nichtsdestotrotz wird es bedauerlicherweise immer wieder zu Situationen kommen, in  
110 denen Grenzen überschritten werden. Zum Teil bleiben diese Taten unbeobachtet, zum  
111 Teil schreiten Zeug\*innen nicht ein - weil sie sich nicht können oder schlichtweg  
112 nicht wollen. In diesen Momenten sind die betroffenen Personen auf sich allein  
113 gestellt. Sich nach einem Übergriff selbstständig Hilfe zu holen, ist alles andere  
114 als einfach. Einerseits müssen sich Betroffene überwinden, Dritte in eine Situation

115 einzubeziehen, die sie oftmals als beschämend und emotional belastend empfinden.  
116 Andererseits wird von ihnen erwartet, selbstständig in Erfahrung zu bringen, wer und  
117 wo in diesem Moment die richtige Anlaufstelle für sie ist. Diese doppelte Hürde muss  
118 endlich aus dem Weg geräumt werden.

119 Codewörter sind hierfür ein wichtiger Ansatz. Ein positives Beispiel stellt die 2016  
120 vom Frauen-Notruf Münster e.V. ins Leben gerufene Kampagne "Luisa ist hier" dar.  
121 Aufgrund der (leider) anhaltend hohen Nachfrage beteiligen sich mittlerweile  
122 zahlreiche Kreise und Städte aus insgesamt 9 deutschen Bundesländern sowie aus  
123 Österreich und der Schweiz an dem Programm. Auch darüber hinaus finden sich an immer  
124 mehr Orten des öffentlichen Lebens wie Bars, Clubs oder Fußballstadien ähnliche  
125 Schutzkonzepte. Die Idee ist gut - die Umsetzung ist es jedoch oftmals (noch) nicht.  
126 Durch die Vielzahl von Codewörtern, die etwa in der Bundesliga von "Wo ist Elli" (FC  
127 Schalke 04) bis hin zu "Fuchsbau" (SC Freiburg) reicht, ist Verwirrung  
128 vorprogrammiert. Welche Formulierung an welchem Ort die richtige ist, muss im  
129 Ernstfall zunächst von der betroffenen Person selbst in Erfahrung gebracht werden.  
130 Erschwerend kommt hinzu, dass niedrigschwellige, professionelle Hilfe längst nicht  
131 garantiert ist, wenn das korrekte Codewort genannt wird. Das investigative Format  
132 VOLLBILD vom SWR prüfte in diesem Jahr die Anlaufstellen in den Bundesligastadien  
133 stichprobenartig und stellte dabei z.T. erhebliche Mängel fest: Codewörter waren  
134 unbekannt, Schutzräume nicht vorhanden und ein diskreter Austausch nicht möglich.

135 **Deshalb fordern wir:**

- 136 • Ein von der Landesregierung in Nordrhein-Westfalen finanzierte Kampagne, die  
137 allen Interessent\*innen Merchandise (z.B. in Form von Plakaten, Stickern o.ä.),  
138 Informationsmaterial sowie Schulungen für Personal kostenlos zur Verfügung  
139 gestellt und öffentlich beworben wird.

## Antrag I03: Kontrolle und Reformen: Unser Jungsozialistischer Ansatz für Polizeiarbeit

<b>Antragsteller*in:</b>	RuhrJusos, KV Paderborn
<b>Sachgebiet:</b>	I - Inneres, Justiz und Verbraucher*innenschutz

1 Die deutsche Polizei befindet sich in vielfältiger Hinsicht in der Krise.  
2 Rechtsextreme Chatgruppen, Fälle von ungerechtfertigter Polizeigewalt und mangelnde  
3 Hilfestellungen für diejenigen, die auf sie angewiesen wären, sind dafür nur einige  
4 Beispiele. Diese Krise kann aus jungsozialistischer Perspektive nicht singulär  
5 betrachtet werden. Die polizeiliche Arbeit findet im Kontext des sie umgebenden  
6 Staatsapparates statt.

7 Der demokratische Sozialismus wird nicht ohne den Staat erreicht werden. Vielmehr  
8 sind wir davon überzeugt, dass wir ihn auch durch seine Institutionen erreichen  
9 können. Die Verstaatlichung der öffentlichen Daseinsvorsorge, Bildungsangebote und  
10 die staatliche Bereitstellung der für die Demokratisierung der Wirtschaft benötigten  
11 tatsächlichen und rechtlichen Voraussetzungen sind essentielle Säulen auf diesem Weg.  
12 Eine Welt der Freien und Gleichen ist zudem undenkbar ohne miteinander vereinbarte  
13 Regeln des Zusammenlebens. Eine Gesellschaft, in der die Durchsetzung dieser Regeln  
14 nicht als staatliche Aufgabe begriffen wird, wird dabei über kurz oder lang weder  
15 frei noch gleich bleiben. Das Gewaltmonopol des Staates ist grundsätzlich eine  
16 Errungenschaft der liberalen Demokratie, hinter die wir nie wieder zurückfallen  
17 wollen. Staat bedeutet dabei immer ein Herrschaftssystem. Unser Ziel ist somit nicht  
18 die völlige Abschaffung von Herrschaftssystemen, sondern deren maximal mögliche  
19 Reduktion und demokratische Kontrolle. Der Erhalt des staatlichen Gewaltmonopols  
20 bedingt unter anderem den Erhalt einer staatlichen Sicherheitsstruktur und der damit  
21 verbundenen Institutionen.

### 22 **Polizei unter Reformdruck**

23 Dabei ist offensichtlich, dass es gerade in diesem Bereich gewaltiger Reformen  
24 bedarf. Rassismus und andere Diskriminierungsformen sind dem kapitalistischen Staat  
25 systemimmanent. Das wird auch und im Besonderen im Bereich der Polizei deutlich. Die  
26 Polizei dient immer der Aufrechterhaltung und Reproduktion des sie beherrschenden  
27 Systems. In einem strukturell rassistischen Staat wird es keine rassismussfreie  
28 Polizei geben. In einem Staat, der die Aufrechterhaltung kapitalistischer  
29 Herrschafts- und Klassenverhältnisse zum Ziel hat, wird dieses Ziel auch immer die  
30 polizeiliche Arbeit ungeachtet ihrer Struktur und des ihr zu Grunde liegenden  
31 gesetzlichen Rahmens beeinflussen. Umgekehrt bedeutet dieser Anpassungs- und  
32 Reproduktionsmechanismus der Polizei auch ihre grundsätzliche Vereinbarkeit mit  
33 unseren Vorstellungen eines diskriminierungsfreien und sozialistischen Staates und  
34 der ihn ausmachenden Gesellschaft.

35 Eine Reform der Polizei innerhalb unseres kapitalistischen Systems kann hingegen

36 immer nur zum Ziel haben, innerhalb der systemimmanenten Grenzen größtmögliche  
37 Sicherheit und Kontrolle für die Gesellschaft zu ermöglichen. Darüber hinaus ist es  
38 neben der Reform der Institution Polizei weiterhin unser Ziel, gesellschaftlichen  
39 Debatten über den Umgang mit regelabweichendem Verhalten abseits der Kriminalisierung  
40 insbesondere für Delikte, die nicht die körperliche Integrität, sexuelle  
41 Selbstbestimmung oder das Leben betreffen, voranzutreiben.

42 Damit eine Reform hin zu einer besseren Polizei funktionieren kann, ist es somit  
43 elementar, die polizeiliche Arbeit und Ausbildung attraktiv zu gestalten. Eine  
44 Umsetzung darf nicht an mangelnden monetären Mitteln scheitern. In Bezug auf die  
45 deutsche Polizei sind wir somit ausdrücklich nicht für eine Streichung von  
46 finanziellen Mitteln. Nach unserem rechtsstaatlichen Verständnis braucht die Polizei  
47 so viel innerorganisatorische Demokratie und gleichzeitig so viel  
48 außerorganisatorische demokratische Kontrolle und Steuerung wie möglich.

#### 49 **Zuständigkeit der Polizei**

50 Aus jungsozialistischer Perspektive muss die entscheidende Frage für unsere  
51 Vorstellung von Polizei sein, was sie in unserem Verständnis im staatlichen  
52 Gewaltmonopol leisten soll. Grundsätzlich gilt für uns, dass wir Zuständigkeiten  
53 verschlanken und an Expert\*innen auslagern müssen. Polizeiarbeit kann nur durch  
54 Kontrolle, klare Zuständigkeiten und nachvollziehbare Strukturen funktionieren. Dabei  
55 erkennen wir an, dass sich polizeiliche Arbeit nicht nur aus Gefahrenabwehr und  
56 Strafverfolgung besteht, sondern auch Prävention eine entscheidende Rolle spielt.

57 Ein zentrales Problem im polizeilichen Handeln ist das sogenannte Ermessen.  
58 Grundsätzlich sind jegliche Handlungen eines Polizisten an Tatbestandsvoraussetzungen  
59 und Rechtsfolgen gebunden. Diese Tatbestandsvoraussetzungen und daraus ableitbaren  
60 Handlungsanweisungen sind jedoch oft sehr offen formuliert und sorgen dafür, dass  
61 Ermessensspielräume teils sehr weit ausgedehnt werden. Wir erkennen an, dass die  
62 polizeiliche Praxis oft Situationen schafft, die unvorhersehbar sind, jedoch muss in  
63 unserem Verständnis von Polizei und Rechtsstaatlichkeit polizeiliches Handeln immer  
64 an Recht und Gesetz gebunden sein.

#### 65 **Deshalb fordern wir:**

- 66 • Dass die Polizei Aufgaben an Stellen abgeben soll, die mit mehr Fachkompetenz  
67 und mehr Niederschwelligkeit den Bürger\*innen gegenüberstehen
- 68 • Dass ganz grundsätzlich über Dienstanweisungen und polizeitaktische  
69 Verhaltensweise, gerade beim Einsatz auf Demonstrationen gesprochen wird
- 70 • Dass durch Gesetzgebung polizeiliches Ermessen in Situationen reduziert wird, wo  
71 großes Missbrauchspotenzial gegeben ist.

#### 72 **Struktur der Polizei- Polizeikultur und Sozialisation**

73 Die Polizeistruktur fördert in ihrer aktuellen Form die Entstehung und Festigung  
74 rassistischer, ableistischer, armutsfeindlicher und sonstiger diskriminierender  
75 Einstellungen von Polizeibeamt\*innen. Sie ist zudem weiterhin eine Weiße und cis  
76 männlich geprägte Struktur. Die Aufgabenteilung und Zusammenarbeit in der Struktur

77 sorgen für eine Cop Culture, die Fehlverhalten bedingt und dessen Aufarbeitung  
78 erheblich erschwert.

79 In den meisten der bestehenden Polizeistrukturen arbeiten kleinere und größere  
80 Funktionseinheiten in der immer gleichen personellen Besetzung und sachlichen  
81 Zuständigkeit zusammen. Klassisches Beispiel ist die gemeinsame Besetzung von  
82 Streifenwagen. Dabei wird eine nahezu para-familiäre Beziehung zwischen den  
83 Mitgliedern solcher Funktionseinheiten gefördert, die sie von externen Einflüssen  
84 auch innerhalb der Gesamtstruktur abschottet. Dieser Prozess muss durchbrochen  
85 werden. Ziel muss es sein, dass Polizist\*innen sach- und fallorientiert kollegial und  
86 professionell zusammenarbeiten. Dafür ist eine höhere personelle Durchmischung  
87 innerhalb und unter den polizeilichen Dienststellen notwendig.

88 Der polizeilichen Praxis entspricht es seit Jahrzehnten Personen, Personengruppen und  
89 soziale Mileus als das polizeiliche Gegenüber zu bezeichnen und in polizeifreundlich  
90 und –feindlich einzuordnen. Diese Praxis ist unbedingt zu unterbinden. Sie führt  
91 letztendlich zu einer Kultur des sich Abgrenzens und einer schädlichen Identifikation  
92 der Polizeimitarbeiter\*in mit der Institution der sie angehören. Die Unterbindung ist  
93 zum einen eine Anforderung an die Ausbildung zukünftiger Polizist\*innen, muss aber  
94 auch Anspruch an polizeiliche Führungskräfte sein. Der formalen Unterbindung der  
95 Nutzung dieser Kategorien müssen praktische Wege der Begegnung zwischen Polizei und  
96 Zivilgesellschaft folgen.

97

98 Polizist\*innen sind in ihrem Arbeitsalltag immer wieder belastenden, teilweise  
99 traumatisierenden Situationen ausgesetzt. Die Arbeit bei der Polizei ist extrem  
100 anspruchsvoll und bietet viele spontane Herausforderungen. Polizist\*innen sind somit  
101 auch immer dem Risiko ausgesetzt Fehler zu begehen, die unter Umständen mit nicht  
102 unwesentlichen Folgen für Kolleg\*innen, Unbeteiligten oder Betroffene von  
103 polizeilichen Maßnahmen verbunden sein können. An einer dem angepassten Fehler- und  
104 Reflektionskultur mangelt es in der Polizei vollständig. Selbst Polizist\*innen die  
105 nur intern auf Fehler hinweisen, werden als „Nestbeschmutzer\*in“ betitelt. Auf dem  
106 Weg zu einer der Bedeutsamkeit der polizeilichen Aufgabe gewachsenen Fehlerkultur  
107 sind Superrevisions- und Reflektionsangebote unerlässlich. Gleichzeitig kann eine  
108 Fehlerkultur der Polizei gerade keine rein interne Fehleraufarbeitung bedeuten.  
109 Vielmehr müssen die Zugänge der Öffentlichkeit zur Meldung und Bearbeitung von  
110 polizeilichem Fehlverhalten deutlich erweitert werden. Polizist\*innen müssen zudem in  
111 ihren Möglichkeiten selbst Fehlverhalten zu melden geschult werden.

112 Wie in vielen Bereichen der Polizeiforschung wird der Wissenschaft und Öffentlichkeit  
113 die Ermöglichung von Studien, die die Wirkweise und Zusammensetzung der Struktur  
114 Polizei konkreter erfassen können, verweigert. Die fehlende empirische Forschung  
115 erschwert es wesentlich die richtigen Ansatzpunkte und Maßnahmen für Strukturreformen  
116 zu erkennen. Darüber hinaus trägt es zur allgemeinen Intransparenz der Polizei bei  
117 und ist somit Teil der aktuellen Verweigerungsstrategien gegenüber notwendiger  
118 demokratischer Kontrolle.

119 **Wir fordern in Bezug auf die Struktur der Polizei:**

- 120 • Die staatliche Ermöglichung und Förderung einer wissenschaftlichen Erforschung
- 121 von Polizeistrukturen
- 122 • Die wissenschaftliche Begleitung einer Umstrukturierung der Polizei
- 123 • Externe Superrevisions- und Reflektionsstrukturen auf jeder Ebene der
- 124 Polizeistruktur zu installieren
- 125 • Die Entwicklung eines geeigneten Rotationssystems zwischen Polizeirevieren
- 126 • Die Schichtbesetzungen im Pool Modell, wobei explizit auf rotierende und
- 127 möglichst diverse Zusammensetzung von Funktionseinheiten zu achten ist
- 128 • Einführen eines möglichst umfassenden Informationsrechts für Bürger\*innen und
- 129 Wissenschaft über die polizeiliche Arbeit und Struktur
- 130 • Verpflichtende Bildungsangebote zur Cop Culture und Fehlerkultur für alle
- 131 Polizeibeamt\*innen
- 132 • Die Unterbindung der Kategorie des polizeilichen Gegenübers
- 133 • Verpflichtende Fortbildungen zur Überwindung der aktuellen Cop Culture als
- 134 Voraussetzung für die Übernahme von Führungsfunktionen
- 135 • Konzepte für die dezentrale Begegnung und den Austausch zwischen Vertreter\*innen
- 136 der Zivilgesellschaft und der lokalen Polizei
- 137 • Schaffung einer einheitlichen Hierarchie innerhalb von Revieren und
- 138 Funktionseinheiten anhand von Tätigkeitsfeldern

139 **Die Polizeiliche Arbeit an der Kapazitätsgrenze**

140 Die Polizei in NRW zeichnet sich, wie die meisten Polizeibehörden, durch ihre  
141 Unflexibilität aus. Dies entspricht nicht mehr den modernen Anforderungen an den  
142 öffentlichen Dienst und wird den großen Herausforderungen rund um Personalmangel,  
143 Digitalisierungsprozessen und vielfältigen Aufgaben nicht gerecht.

144 **Das Beamtenverhältnis muss flexibler sein, damit der öffentliche Dienst überleben**  
145 **kann!**

146 Der Demografische Wandel trifft den öffentlichen Dienst bis ins Mark. Über Jahrzehnte  
147 wurden die notwendigen Neueinstellungen versäumt und die Konsequenzen werden  
148 deutlich: Viele Beamt\*innen stehen kurz vor dem Ruhestand und es gibt zu wenig  
149 Neueinstellungen. Außerdem sind viele Polizeivollzugsbeamt\*innen seit Jahren im  
150 Innendienst eingesetzt, da es wenig Verwaltungsbeamtin\*innen bei der Polizei gibt und  
151 fehlen bei der Schutzpolizei. Darüber hinaus fehlen Führungskräfte, da die meisten  
152 Beamt\*innen im (ehemals) gehobenen Dienst, mit wenig Perspektive auf eine Beförderung  
153 in den (ehemals) höheren Dienst hängen geblieben sind.

154 Das Innenministerium versucht bereits seit Jahren, Maßnahmen zu ergreifen, um den  
155 erwarteten Schaden abzumildern. Neben der Einstellung von 3.000  
156 Kommissaranwärter\*innen wird auch versucht, die Attraktivität des  
157 Beamtenverhältnisses zu erhöhen. Dies ist auch bitter notwendig. Beamt\*innen haben

158 große Schwierigkeiten, in ihrer Laufbahn aufzusteigen oder sich weiter zu  
159 qualifizieren. Das liegt vor allem an einem willkürlichen und subjektiven  
160 Beurteilungssystem und fehlenden Weiterbildungsmöglichkeiten sowie  
161 Beförderungsstellen ab A12. So sehen viele keine wirkliche Karriereperspektive im  
162 ö.Dienst. Hier wurde bereits versucht, nachzubessern.

163 Die "Attraktivitätsoffensive" bot jedoch keine wirkliche Steigerung der  
164 Attraktivität, sondern lediglich kleine Verbesserungen. Dies reicht lange nicht aus.

#### 165 **Wir fordern:**

- 166 • Den Umbau der Beamtenlaufbahnen, um Attraktivität zu erhöhen, besonders die  
167 Einstellung im Beförderungsamts, die Verkürzung des Beamtenverhältnisses auf  
168 Probe und mehr geförderte Weiterbildungsmöglichkeiten
- 169 • Förderung der Modularen Qualifizierung von Beamt\*innen oder berufsbegleitenden  
170 Studienplätzen für die Einstellung in den ehemals höheren Dienst
- 171 • Die Abschaffung des Beurteilungssystems nach Punkten
- 172 • Eine attraktive Gestaltung von Teilzeit und Elternzeit
- 173 • Das Vorantreiben der Digitalisierung, insbesondere in der reinen  
174 Datenverarbeitung und Weitergabe auch an die Bürger\*innen, um Kapazitäten zu  
175 entlasten
- 176 • Mehr Einstellung von Verwaltungsbeamt\*innen, damit die Schutzpolizisten ihre  
177 eigentliche Arbeit aufnehmen können

#### 178 **Polizeiarbeit psychologisch begleiten, Polizeigewalt verhindern**

179 Polizist\*innen sind nicht dafür ausgebildet, in Einsatzsituationen bedarfsgerechte  
180 psychische Betreuung zu leisten. Deshalb ist es für uns zentral, dass Psycholog\*innen  
181 auf Abruf für Einsatzsituationen bereit stehen. Unter anderem der Tod des 16-jährigen  
182 Mouhamed in Dortmund zeigte eindeutig das Versagen der Einsatzkräfte auf mehreren  
183 Ebenen. Dies ist kein Einzelfall. Immer wieder eskalieren Einsatzgeschehen, weil  
184 Polizist\*innen nicht in der Lage sind, deeskalierend zu handeln. Denkbar wäre hier  
185 die Schaffung einer neuen Berufsgruppe bei der Polizei. Man könnte mit der Hilfe von  
186 speziell ausgebildeten Deeskalierer\*innen vor Ort das Einsatzgeschehen kontrollieren  
187 und so potenziell bewaffnete Polizist\*innen daran hindern, Konflikte weiter  
188 anzutreiben. Damit hätte man auch eine weitere potenzielle Kontrollinstanz, die im  
189 Zweifel das Einsatzgeschehen rekonstruieren kann. Wichtig ist hier, dass es nicht im  
190 Ermessen der Dienstgruppenleitung steht, wann diese Personen mitfahren, sondern klar  
191 per Dienstanweisung geregelt und im Ermessen der Fachkraft liegt.

#### 192 **Deshalb fordern wir:**

- 193 • Den verpflichtenden Einsatz von unabhängigen Psycholog\*innen bei  
194 Einsatzgeschehen mit Eskalationspotential
- 195 • Eine Evaluierung der Einsatztaktiken mit Blick auf deeskalierendes Verhalten

#### 196 **Die Polizeiausbildung**

197 Die Polizeiausbildung in NRW wird auf drei Säulen gestützt. Theoretische Inhalte des

198 Bachelorstudiums werden an der Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung  
199 gelernt, Berufspraktisches Training im Landesamt für Ausbildung, Fortbildung und  
200 Personalangelegenheiten der Polizei NRW (LAFP) lässt die Anwärter\*innen das Gelernte  
201 üben, bevor sie diese Fähigkeiten in der Praxis in den Kreispolizeibehörde anwenden  
202 können. Dieses System hat sich in der Vergangenheit teils bewährt, scheitert jedoch  
203 an den aktuellen Herausforderungen an die Polizei.

#### 204 **Die Ausbildung leidet stark unter dem Personaldruck**

205 Der bereits beschriebene hohe Personaldruck durch den Demografischen Wandel und  
206 geringe Einstellungszahlen in der Vergangenheit belastet die Ausbildung stark. Der  
207 politische Druck durch den Innenminister auf die handelnden Personen im Ministerium  
208 und den Landesoberbehörden, auf biegen und brechen 3000 neue Polizist\*innen  
209 einzustellen, bringt das System an den Rande des Kollaps. Das hat schwerwiegende  
210 Folgen.

211 Die Anforderungen im Einstellungsverfahren werden runtergesetzt und es wird keine  
212 umfassende charakterliche Eignungsprüfung mit den Bewerber\*innen durchgeführt.

213 Außerdem werden die Anforderungen im Studium heruntergesetzt. Trotzdem lässt sich  
214 eine hohe Abbrecher\*innenquoten von über 20 Prozent verzeichnen, die das Land im Jahr  
215 Unmengen an Geld kostet. Auch logistisch ist die Einstellung von 3.000 Beamt\*innen  
216 höchst kompliziert. Die Liegenschaften platzen aus allen Nähten, Lehrende müssen  
217 Mehrarbeit und Überstunden am Wochenende und Abends machen, und der Abzug von  
218 Personal aus dem operativen Polizeidienst in die Lehre sorgt für Personalmangel an  
219 anderer Stelle. Als Konsequenz fällt Herbert Reul bereits jetzt immer wieder mit  
220 Falschaussagen zu der tatsächlichen Zahl an Neueinstellungen auf, um die  
221 beschriebenen Probleme öffentlich abzumildern.

222 Es wird deutlich: Herbert Reuls Versprechen, die Polizei mit 3.000 neuen Beamt\*innen  
223 pro Jahr fit für die Zukunft zu machen, ist nicht haltbar und auch nicht sinnvoll. Es  
224 muss andere Wege geben, um dem Personalmangel gerecht zu werden, als in Teilen  
225 ungeeignete Anwärter\*innen einzustellen, die sich während des Studiums gegen den  
226 Beruf entscheiden oder dem dualen Studium bereits nicht gerecht werden. Bestrebungen,  
227 den (ehemals) mittleren Dienst bei der Polizei wieder einzuführen, um dem Land Geld  
228 zu sparen und auch Nicht-Abiturient\*innen die Chance auf eine Karriere bei der  
229 Polizei zu ermöglichen, sind dem Konzept der Fachoberschule Polizei gewichen. Diese  
230 Laufbahn ermöglicht es Menschen mit einem Realschulabschluss, ihr Fachabitur an einem  
231 Berufskolleg abzulegen und nahtlos in das Polizeistudium einzusteigen. Ein guter  
232 Ansatz, der weiterer Förderung bedarf.

#### 233 **Wir fordern daher:**

- 234 • Die Prüfung der charakterliche Eignung von Anwerber\*innen vor der Einstellung
- 235 • Die Herabsetzung der Einstellungszahlen auf ein angemessenes Maß
- 236 • Den Ausbau der Fachoberschule Polizei, um die Anzahl an potenziellen
- 237 Bewerber\*innen zu erhöhen und mehr Menschen die Chance auf eine Karriere bei der
- 238 Polizei zu geben

239 **Die Ausbildungsinhalte müssen evaluiert werden!**

240 Neben den äußeren Einflüssen muss auch die Ausbildung an sich evaluiert werden. Neben  
241 der unzureichenden Auseinandersetzung mit Rassismus innerhalb der Behörden liegen  
242 auch der Polizeiwissenschaft rassistischen Theorien zu Grunde, die Teils immernoch  
243 Bestandteil der Lerninhalte an der HSPV sind. Beispielhaft zu nennen ist hier die  
244 rassistische Theorie der Kulturdimensionen nach Hofstede, die weiterhin als Grundlage  
245 für Verhörtaktiken gegenüber migrantisierten Menschen verwendet wird. Die HSPV als  
246 Hochschule zeigt jedoch keine wirkliche Reformbereitschaft oder versucht, die Lehre  
247 zu evaluieren, da sie direkt an das Innenministerium angegliedert ist und in der Art  
248 der wissenschaftlichen Arbeit nicht mit regulären Hochschulen zu vergleichen ist.  
249 Auch die Rollenspieler im Training imitieren oft stereotypische Verhaltensweisen oder  
250 Konfliktsituationen, die weiterhin rassistische Narrative bedienen.

251 **Wir fordern daher:**

- 252 • Die Evaluation sämtlicher Lehrinhalte auf rassistische Narrative durch  
253 Expert\*innen von außen
- 254 • Ein rassismuskritisches Modul über gesamtes Studium, immer angepasst an die  
255 anderen Fächer, die gelehrt werden, mit mehreren verpflichtende Fachgesprächen  
256 als Prüfungsleistung wie bei Verwaltungsbeamt\*innen
- 257 • Eine ernsthafte Prüfung, ob Teile der Ausbildung Universitäten ausgelagert  
258 werden können, um das Abkoppeln von der Zivilgesellschaft abzuschwächen
- 259 • Mehr Dialogformate in der Ausbildung und darüber hinaus mit  
260 Sozialarbeiter\*innen, Lehrer\*innen und zivilgesellschaftlichen Initiativen

## Antrag I04: Pistorius' Wehrdienstmodell: Eine Scheinlösung auf Kosten der Jugend

Antragsteller*in:	UB Münster
Sachgebiet:	I - Inneres, Justiz und Verbraucher*innenschutz

1 Pistorius stellte im Juni 2024 ein neues Wehrdienstmodell vor. Geplant ist, dass  
2 künftig alle wehrfähigen Männer und Frauen einen Fragebogen zu ihrer Haltung zur  
3 Bundeswehr zugesandt bekommen. Nur die angeschriebenen Männer müssen diesen  
4 Fragebogen verpflichtend beantworten und sich im Falle einer Einladung auch einer  
5 Musterung stellen. Das Ableisten des neuen sechsmonatigen Grundwehrdienstes ist den  
6 Plänen zufolge zunächst freiwillig. Mit dem Wiederaufbau der vor 13 Jahren  
7 ausgesetzten Erfassung von Wehrfähigen macht Pistorius einen ersten Schritt in  
8 Richtung einer möglichen Wiedereinführung der Wehrpflicht. Bei der Vorstellung seiner  
9 Pläne betonte der Minister wiederholt, dass mittelfristig eine Regelung vorgesehen  
10 ist, die es erlaubt, junge Menschen auch gegen ihren Willen einzuziehen. Mit seinen  
11 Überlegungen zur Wiedereinführung des Wehrdienstes stößt Pistorius keine neue Debatte  
12 an. Bereits seit der Aussetzung der Wehrpflicht im Jahr 2011, die einer Abschaffung  
13 von Wehr- und Zivildienst gleichkam, plädieren diverse Politiker\*innen für ihre  
14 Rückkehr. Die Diskussion beschränkt sich dabei nicht nur auf den Dienst bei der  
15 Bundeswehr, sondern umfasst auch Überlegungen zur Einführung eines sozialen  
16 Pflichtjahres. Viele Befürworter\*innen argumentieren, dass eine allgemeine  
17 Dienstpflicht zur Stärkung der Bundeswehr, des Katastrophenschutzes und  
18 Rettungsdiensten beitragen sowie soziale Einrichtungen und gemeinnützige  
19 Organisationen unterstützen könnte. Erst im Sommer 2022 entfachte Bundespräsident  
20 Steinmeier mit seiner Forderung nach einer „sozialen Pflichtzeit“ eine breite  
21 Diskussion und auch die CDU setzt sich jetzt sogar in ihrem neuen Grundsatzprogramm  
22 für ein „Deutschland-Jahr“ ein, das sowohl militärische als auch zivile Dienste  
23 umfassen würde. Klar ist, dass weder das vorgeschlagene Wehrdienstmodell noch eine  
24 allgemeine Wehrpflicht strukturelle Probleme wie den Fachkräftemangel, die  
25 mangelhafte Modernisierung sowie die unattraktiven Arbeitsbedingungen in der  
26 Bundeswehr lösen können. Wieder einmal wird die Verantwortung für politische  
27 Versäumnisse auf die Schultern junger Menschen abgewälzt.

### 28 **Eine Dienstpflicht löst den Fachkräftemangel nicht**

29 Angesichts des gravierenden Personalmangels in verschiedenen Bereichen sehen viele  
30 Befürworter\*innen die Einführung einer Dienstpflicht für junge Menschen als wichtige  
31 Maßnahme, um personelle Engpässe auszugleichen. Dies betrifft nicht nur die  
32 Bundeswehr, sondern auch Bereiche wie das Gesundheitswesen, die ebenfalls unter  
33 akutem Personalmangel leiden. Dabei kann der Mangel sowohl im Gesundheitssystem als  
34 auch in der Bundeswehr nicht durch Schulabgänger\*innen gelöst werden, da es sich in  
35 beiden Bereichen vor allem um einen Mangel an hochqualifizierten Fachkräften handelt.

36 In der Bundeswehr herrscht insbesondere in technisch anspruchsvollen Berufen ein  
37 Mangel an Fachkräften. Dazu zählen unter anderem Ingenieur\*innen, Spezialist\*innen  
38 für die Reparatur von Kampfhubschraubern sowie IT-Fachkräfte, die Computernetzwerke  
39 betreuen und moderne Fernmeldetechnik warten können. Im Bereich der Cyberabwehr sind  
40 besonders hohe Spezialisierungen erforderlich. Aufgrund der Komplexität moderner  
41 Ausrüstungen und Waffensysteme sind Wehrpflichtige nicht ausreichend qualifiziert, um  
42 den Personalmangel in der Bundeswehr auszugleichen. Wer behauptet, dass die  
43 Wiedereinführung der Wehrpflicht die Verteidigungsfähigkeit Deutschlands stärken  
44 könnte, lenkt von den eigentlichen Problemen ab. Darüber hinaus müssten für eine  
45 Wiedereinführung der Wehrpflicht die Ausbildungsstrukturen völlig neu aufgebaut  
46 werden. Um wieder große Gruppen von Wehrdienstleistenden auszubilden, müssten  
47 komplett neue organisatorische Rahmenbedingungen geschaffen werden. Kasernen müssten  
48 neu gebaut oder erweitert, zusätzliche Ausbilder\*innen eingestellt und große Mengen  
49 militärischer Ausrüstung beschafft werden. Der Aufwand und die finanziellen Mittel,  
50 die mit dem Aufbau dieser neuen Strukturen verbunden wären, stünden in keinem  
51 Verhältnis zum Nutzen. Eine Wehrpflicht für wenige kann hingegen im Sinne der  
52 Wehrgerechtigkeit keine Alternative darstellen. Die Entscheidung darüber, wer ein  
53 halbes Jahr für die Bundeswehr dienen muss, sollte nicht dem Zufall oder einer  
54 Losentscheidung überlassen werden.

55 **Deshalb fordern wir:**

- 56 • Rücknahme des vorgeschlagenen Wehrdienstmodells
- 57 • Spezifische Maßnahmen zur Anwerbung und Ausbildung hochqualifizierter  
58 Fachkräfte, insbesondere in technisch anspruchsvollen Berufen wie IT,  
59 Cyberabwehr, und Technik

60 **Bessere Arbeitsbedingungen für eine stärkere Bundeswehr**

61 Wie bereits dargestellt hat die Bundeswehr einen erheblichen Fachkräftemangel.  
62 Besonders Berufe wie Techniker\*innen und Ingenieur\*innen sind schwer zu besetzen, da  
63 die Industrie häufig attraktivere Arbeitsbedingungen bietet. Dort finden Fachkräfte  
64 nicht nur bessere Arbeitszeiten und höhere Bezahlung, sondern auch allgemein bessere  
65 Arbeitsbedingungen. Insbesondere bei flexiblen Arbeitszeiten, der Vereinbarkeit von  
66 Beruf und Familie sowie bei Kinderbetreuungsstrukturen kann die Bundeswehr nicht  
67 mithalten. Dies ist besonders nachteilig für Frauen, da sie häufig stärker von der  
68 Notwendigkeit flexibler Arbeitszeiten und einer guten Vereinbarkeit von Beruf und  
69 Familie betroffen sind. Viele Soldat\*innen beklagen zudem Überstunden, die sich über  
70 mehrere Wochen summieren. Solche belastenden Arbeitsbedingungen führen dazu, dass  
71 zahlreiche Soldat\*innen vorzeitig aus dem Dienst ausscheiden. Zudem haben sich die  
72 Wege zu den Arbeitsorten der Bundeswehr erheblich verlängert. In den vergangenen  
73 Jahrzehnten wurden viele Kasernen geschlossen, wodurch die Bundeswehrstandorte oft  
74 weit von den Wohnorten der Soldat\*innen entfernt liegen. Viele von ihnen müssen jedes  
75 Wochenende hunderte Kilometer zurücklegen, um nach Hause zu gelangen. Auch bestehen  
76 trotz des 100 Milliarden Euro schweren Sondervermögens weiterhin Probleme bei der

77 Bundeswehr in Bezug auf Material und Finanzen. Viele Bundeswehrkasernen sind in  
78 schlechtem Zustand, haben häufig nicht einmal funktionierendes WLAN, und ein großer  
79 Teil der Ausrüstung ist defekt.

80 **Daher fordern wir:**

- 81 • Einführung flexibler Arbeitszeiten und Teilzeitarbeitsmodelle
- 82 • Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie, einschließlich besserer  
83 Kinderbetreuungsstrukturen
- 84 • Investitionen in die Renovierung und den Ausbau von Kasernen
- 85 • Bessere Ausrüstung für Soldat\*innen

86 **Rechtsextremismus bekämpfen und demokratische Werte stärken**

87 Ein häufig vorgebrachtes Argument für die Wiedereinführung der Wehrpflicht ist, dass  
88 sie die Bundeswehr repräsentativer aufstellen und weniger anfällig für  
89 verfassungsfeindliche Bestrebungen machen würde. Diese Annahme ist nicht  
90 grundsätzlich falsch. Tatsächlich sprechen die hierarchischen Strukturen der  
91 Bundeswehr, das Konzept der "Kameradschaft" und das Militärische im Allgemeinen eher  
92 autoritär oder extremistisch denkende Menschen an. Wer jedoch die Wehrpflicht als  
93 alleinige Lösung betrachtet, verkennt die tatsächliche Lage. Zu lange wurden  
94 innerhalb der Bundeswehr und des Bundesverteidigungsministeriums strukturelle  
95 Probleme als "Einzelfälle" abgetan, und notwendige Reformen wurden aufgeschoben. Erst  
96 nach einer Vielzahl von "Einzelfällen" und dem Verschwinden erheblicher  
97 Munitionsmengen wächst die Sensibilität für dieses Thema innerhalb der Bundeswehr,  
98 was sich beispielsweise an der verstärkten Nutzung von Meldestellen zeigt. Neben der  
99 inneren Verantwortung der Bundeswehr, keinen Raum für Rechtsextremismus zu lassen,  
100 stellt sich auch die Frage nach ihrer gesamtgesellschaftlichen Rolle. Gerade der  
101 russische Angriffskrieg gegen die Ukraine hat die Bedeutung des Militärs als  
102 Verteidiger der Demokratie wieder stärker in den Fokus gerückt. Wünschenswert wäre,  
103 dass das von der Zeitenwende ausgehende Umdenken dazu führt, dass die Bundeswehr  
104 nicht durch eine Faszination für Waffen, Kameradschaft und übertriebenen  
105 Nationalismus attraktiv wird, sondern weil sie essentiell ist, um demokratische  
106 Staaten und ein friedliches Europa vor autoritären Kräften zu verteidigen. Das kann  
107 die Bundeswehr jedoch nur leisten, wenn sie auch intern vor diesen Kräften geschützt  
108 ist. Im klaren Widerspruch zu diesem Verständnis von republikanischer  
109 Landesverteidigung stehen die aktuell öffentlich gewordenen Ergänzungen des  
110 Traditionserlasses der Bundeswehr von 2018. Ehemalige NSDAP-Mitglieder, ein  
111 „Fliegerass“ der Luftwaffe oder der erfolgreichste U-Boot-Kapitän des II. Weltkrieges  
112 können auch nach der Zeitenwende keine unkritisch positiven Traditionslinien der  
113 Bundeswehr sein. Das Bild einer die Demokratie und Freiheit schützenden Bundeswehr  
114 muss sie deshalb auch nach außen transportieren und bei der Rekrutierung leben.

115 Wir fordern daher:

- 116 • Ausweitung der bereits verpflichtenden Schulungen zu demokratischen Werten und  
117 Anti-Extremismus auf alle Dienstgrade und Einsatzgebiete. Dabei sollten auch

- 118 regelmäßige Auffrischkurse eingeführt werden
- 119 • Ausbau der anonymen Meldesysteme, um eine noch niedrigschwelligere und sicherere
- 120 Möglichkeit für Meldungen zu bieten
- 121 • Förderung der Bekanntheit dieser Meldesysteme innerhalb der Bundeswehr durch
- 122 Informationskampagnen
- 123 • Überarbeitung der Rekrutierungsverfahren, um sicherzustellen, dass
- 124 Bewerber\*innen gründlich auf rechtsextremistische Neigungen überprüft werden
- 125 • Umfassendere Untersuchung und Aufarbeitung rechtsextremistischer Vorfälle
- 126 innerhalb der Bundeswehr
- 127 • Die Überarbeitung des Traditionserlasses der Bundeswehr, um sie als
- 128 republikanische Parlamentsarmee zu stärken

### 129 **Freiwilliges Engagement statt Zwangsdienst**

130 Soziales Engagement ist zweifellos bereichernd und kann sowohl den gesellschaftlichen

131 Zusammenhalt als auch die Demokratie stärken. Dies kann jedoch nicht durch Zwang

132 erreicht werden. Abgesehen davon, dass ein soziales Pflichtjahr gemäß der Verfassung

133 als Zwangsdienst verboten ist und nur durch eine Grundgesetzänderung ermöglicht

134 werden könnte, würde ein verpflichtendes soziales Jahr einen tiefen Einschnitt in die

135 persönliche Freiheit und Lebensplanung junger Menschen darstellen. Freiwilliges

136 Engagement motiviert durch persönliche Überzeugung und das Bewusstsein für

137 gesellschaftliche Verantwortung trägt wesentlich mehr zur Förderung des Gemeinwohls

138 bei. Junge Menschen, die sich aus eigenem Antrieb sozial engagieren, entwickeln ein

139 nachhaltiges Verständnis für soziale Belange und tragen langfristig zu einer

140 solidarischeren und demokratischeren Gesellschaft bei. Ein erzwungenes soziales

141 Pflichtjahr hingegen könnte zu Widerstand und Ablehnung führen, wodurch der

142 eigentliche Zweck des Engagements – nämlich die Stärkung des Gemeinschaftsgefühls und

143 der demokratischen Werte – konterkariert würde. Zudem ist Zwang gar nicht nötig, um

144 junge Menschen davon zu überzeugen, sich zu engagieren, denn sie bringen sich weit

145 mehr ein als andere Altersgruppen. Eine Studie der Ruhr-Universität Bochum zeigte,

146 dass zwei Drittel der jungen Menschen ehrenamtlich aktiv sind. Jedes Jahr gibt es

147 mehr Bewerber\*innen für das Freiwillige Soziale Jahr (FSJ) und den

148 Bundesfreiwilligendienst, als angenommen werden können. Es braucht also keinen Zwang,

149 sondern vor allem eine Erweiterung des Angebots an Freiwilligendiensten. Dies ist

150 besonders relevant, da erst dieses Jahr die Mittel für Freiwilligendienste gekürzt

151 wurden, was zu einem großen Aufschrei von Freiwilligendienstveranstaltern führte und

152 sogar eine Petition nach sich zog. Eine bessere finanzielle Ausstattung und

153 Unterstützung dieser Programme wäre ein sinnvoller Schritt, um das freiwillige

154 Engagement junger Menschen zu fördern und den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu

155 stärken. Auch sollte mehr darüber nachgedacht werden, wie Freiwilligendienste

156 attraktiver gemacht werden können, bevor über die Einführung eines Pflichtjahrs

157 gesprochen wird. Eine wichtige Rolle spielen dabei finanzielle Aspekte. Die

158 derzeitigen rund 400 Euro pro Monat sind unzureichend für die Finanzierung eines

159 Dienstes, insbesondere da in der Regel weder Unterkunft noch Fahrtkosten übernommen  
160 werden. Das führt dazu, dass sich viele junge Menschen aus finanziellen Gründen gegen  
161 ein FSJ entscheiden. Eine angemessene finanzielle Unterstützung wäre ein  
162 entscheidender Schritt, um sicherzustellen, dass alle jungen Menschen unabhängig von  
163 ihrer finanziellen Situation die Möglichkeit haben, sich zu engagieren. Nur so kann  
164 die Teilnahme an Freiwilligendiensten wirklich attraktiv und zugänglich gemacht  
165 werden.

166 **Wir fordern daher:**

- 167 • Ausbau der Kapazitäten für das Freiwillige Soziale Jahr (FSJ), das Freiwillige  
168 Ökologische Jahr (FÖJ) und den Bundesfreiwilligendienst (BFD)
- 169 • Anhebung der monatlichen Vergütung für Freiwilligendienste auf den Mindestlohn
- 170 • Bereitstellung ausreichender finanzieller Mittel für Organisationen die  
171 Freiwilligendienste durchführen
- 172 • Vertragliche Sicherstellung, dass Freiwilligendienstleistende keine Aufgaben von  
173 Fachkräften übernehmen müssen, für die sie nicht qualifiziert und/oder nicht  
174 ausreichend bezahlt sind
- 175 • Verbesserung der Rahmenbedingungen und Anerkennung von Freiwilligendiensten  
176 durch Zertifikate und Vorteile bei der Bewerbung um Ausbildungs- und  
177 Studienplätze
- 178 • Ausbau der Informationsangebote über Freiwilligendienste, z.B. an Schulen

## Antrag I05: "Abreuliche Idee" - bis 2018 fand das nur die AfD gut: Die Herkunft von Straftäter\*innen als Motiv auslegen

Antragsteller*in:	UB Rhein-Erft
Sachgebiet:	I - Inneres, Justiz und Verbraucher*innenschutz

1 Die Diskussion um die Veröffentlichung von Nationalitäten von Straftäter\*innen in  
2 Pressemitteilungen der Polizei hat in den letzten Wochen an Brisanz gewonnen. Herbert  
3 Reul, der Innenminister von Nordrhein-Westfalen, möchte nach erstmaligen Vorstößen in  
4 2019 nun erneut eine Regelung einführen, die es der Polizei vorschreibt, stets die  
5 Nationalität von Straftäter\*innen gegenüber der Presse offenzulegen. Diese Maßnahme  
6 sehen wir Jusos als problematisch an, da sie grundlegende Prinzipien der  
7 Gleichstellung und der Menschenwürde in Frage stellt.

8 Es ist von entscheidender Bedeutung, dass sich unser Verband gegen eine solche  
9 Regelung positioniert, die nicht nur diskriminierend ist, sondern auch das Potenzial  
10 hat, gesellschaftliche Spaltungen zu vertiefen und rechte Narrative zu fördern.

11 Die Problematik liegt darin, dass die Angabe der Nationalität in Pressemitteilungen  
12 eine pauschale Verallgemeinerung und Stigmatisierung von bestimmten  
13 Bevölkerungsgruppen zur Folge haben kann. Obwohl die Herkunft eines Täters/einer  
14 Täterin in bestimmten Fällen für polizeiliche Ermittlungen von Bedeutung sein kann,  
15 ist sie kein verlässlicher Indikator für Straffälligkeit. Es ist zu erwarten, dass  
16 eine Fokussierung auf die Nationalität dazu führt, dass schon durch Berichterstattung  
17 über Ermittlungsverfahren Vorurteile und Stereotype verstärkt werden. Dies schadet  
18 der gesellschaftlichen Harmonie und widerspricht dem Prinzip der Gleichheit vor dem  
19 Gesetz.

20 Um diesen negativen Entwicklungen entgegenzuwirken, schlagen wir als NRW-Jusos einen  
21 Lösungsansatz vor, der die Rechte aller Straftäter auf Gleichbehandlung und die  
22 Wahrung ihrer Menschenwürde in den Mittelpunkt stellt. Es ist unerlässlich, dass die  
23 Berichterstattung über polizeiliche Ermittlungen und Straftaten verantwortungsvoll  
24 erfolgt und nicht zur Verbreitung von Vorurteilen beiträgt. Zudem betonen wir, dass  
25 in Fällen, in denen die Herkunft des Täters oder der Täterin für das Verständnis des  
26 Sachverhalts von Bedeutung ist, die Entscheidung über die Veröffentlichung dieser  
27 Informationen nicht bei einzelnen Polizeibeamt\*innen liegen sollte.

### 28 **Wir als NRW-Jusos fordern daher:**

- 29 • Die Wahrung des Pressekodex, der eine diskriminierende Verallgemeinerung  
30 verbietet.
- 31 • Die Feststellung, dass alle Straftäter\*innen ein Recht auf Gleichstellung haben  
32 und ihre Menschenwürde gewahrt werden muss.
- 33 • Die Beibehaltung der bestehenden Regelungen, die eine Fokussierung auf die  
34 Nationalität in Pressemitteilungen untersagen.

35 Zusammenfassend ist es von äußerster Wichtigkeit, dass wir als NRW-Jusos klar  
36 Stellung beziehen und uns gegen die geplante Regelung von Herbert Reul aussprechen.  
37 Wir müssen sicherstellen, dass die Gleichheit und die Menschenwürde aller  
38 Bürger\*innen in Nordrhein-Westfalen gewahrt bleiben und dass die  
39 Medienberichterstattung nicht zur Verbreitung von Vorurteilen beiträgt. Nur so können  
40 wir eine offene und gerechte Gesellschaft fördern und auch über die Ländergrenzen  
41 hinaus als Leuchtturm für Solidarität und Rechtsstaatlichkeit strahlen.

42 Quellen:

43 [https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/medien/polizei-in-nrw-soll-kuenftig-  
44 nationalitaet-aller-tatverdaechtigen-nennen-16353785.html](https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/medien/polizei-in-nrw-soll-kuenftig-nationalitaet-aller-tatverdaechtigen-nennen-16353785.html)

45 [https://www1.wdr.de/nachrichten/nationalitaet-tatverdaechtige-innenministerium-  
46 erlass-100.html](https://www1.wdr.de/nachrichten/nationalitaet-tatverdaechtige-innenministerium-erlass-100.html)

# Antrag I06: Für ein diskriminierungsfreies Anti-Diskriminierungsrecht!

<b>Antragsteller*in:</b>	UB Kreis Mettmann, UB Wuppertal, UB Düsseldorf, UB Solingen, UB Remscheid
<b>Sachgebiet:</b>	I - Inneres, Justiz und Verbraucher*innenschutz

1 Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (kurz: AGG) soll Betroffene von  
2 Diskriminierungen im Rechtsverkehr schützen, allerdings zeigen sich seit dem  
3 Inkrafttreten des AGG im Jahr 2006 einige Probleme, die es zu erläutern und zu lösen  
4 gilt.

## 5 **1. Problem - Wer ist betroffen?**

6 Das erste Problem wird schon beim Blick in den § 1 AGG schnell ersichtlich. Dieser  
7 ist wie folgt formuliert:

8 § 1 AGG „Ziel des Gesetzes ist, Benachteiligungen aus Gründen der Rasse oder wegen  
9 der ethnischen Herkunft, des Geschlechts, der Religion oder Weltanschauung, einer  
10 Behinderung, des Alters oder der sexuellen Identität zu verhindern oder zu  
11 beseitigen“

12 Der § 1 AGG ist als abschließender Katalog verfasst und unterteilt sprachlich  
13 zwischen verschiedenen Personengruppen.

14 Zum einen führt die abschließende Einteilung in der Praxis dazu, dass manche  
15 Diskriminierungsformen gar nicht erfasst sind, denn Wer nicht genannt ist, ist auch  
16 nicht geschützt. Ein Beispiel für eine Personengruppe, die nicht geschützt ist, sind  
17 Klassismus-Betroffene.

18 Zum anderen reproduziert die Einteilung in Personengruppen Stereotypen. Als trauriges  
19 Beispiel hervorzuheben ist der Begriff „Rasse“, der sich leider bis heute im  
20 Gesetzestext wiederfindet. Dies ist anders als eine Grundgesetzänderung auch durch  
21 eine einfache Mehrheit im Bundestag änderbar.

## 22 **2. Problem - Arbeitsrechtlicher Diskriminierungsschutz**

23 Das zweite Problemfeld betrifft die Arbeitswelt. Hierbei ist zu erwähnen, dass das  
24 AGG nicht bei Kündigungen anwendbar ist (§ 2 Abs. 4 AGG). Dies ist nach Auffassung  
25 der Antidiskriminierungsstelle des Bundes sogar europarechtswidrig. Die Gerichte  
26 wenden das AGG zwar indirekt dennoch auf Kündigungen an, aber dies nur eingeschränkt,  
27 um dem Gesetz nicht völlig zu widersprechen. Dies wäre mit einer Streichung gar nicht  
28 nötig und würde rechtliche Klarheit schaffen.

29 Es geht beim AGG auch darum, Diskriminierungen zu verhindern, bevor sie entstehen.  
30 Dies gelingt dem AGG jedoch nicht immer. Zum Beispiel ist der Arbeitgeber nach  
31 jetziger Gesetzeslage zwar verpflichtet, vorbeugende Maßnahmen gegen  
32 Diskriminierungen von z.B. Arbeitskolleg\*innen oder Kund\*innen zu treffen (vgl. § 12  
33 AGG), allerdings gehen aus der genannten Norm keine konkreten Verpflichtungen hervor.

34 Der\*Die Arbeitgeber\*in hat also keinen genauen Auftrag vom AGG eine Maßnahme konkret  
35 umzusetzen. Auch mangelt es an echten Folgen für Arbeitgeber\*innen bei Versäumnis,  
36 wie einen Entschädigungsanspruch Betroffener.

### 37 **3. Problem - Praktische Hürden der Ansprüche**

38 Nun zum dritten Problemfeld, und zwar der praktischen Hürden zur Durchsetzung von  
39 Ansprüchen aus dem AGG. Zum Kontext ist anzufügen, dass das AGG zwischen  
40 arbeitsrechtlichen Ansprüchen und Ansprüchen aus dem allgemeinen Zivilrecht  
41 unterscheidet.

42 Die Schmerzensgeldansprüche Betroffener im Arbeits- und Zivilrecht sind in der Praxis  
43 viel zu gering. In einer Datenbankrecherche wurde ermittelt, dass die  
44 durchschnittliche Entschädigungssumme zwischen 2011 und 2015 bei 5000 Euro lag.  
45 Klingt nach viel, allerdings waren bei der Hälfte der Fälle anteilige  
46 Kostenübernahmen zu tätigen und bei vielen Fällen sind die Prozesskosten abzuziehen.  
47 Damit ergibt sich ein Wert, bei dem es sich für viele Betroffene vor allem aufgrund  
48 der langen Prozessdauer nicht lohnt, eine Klage zu erheben. Auch ist die Höhe des  
49 Schmerzensgeldanspruchs bei Nicht-Einstellung seltsamerweise auf drei Monatsgehälter  
50 beschränkt (§ 15 Abs. 2 S. 2 AGG).

51 Darüber hinaus gilt für die Geltendmachung des materiellen Schadensersatzanspruchs im  
52 Arbeitsrecht (also von tatsächlich entstanden Kosten wie Kosten für die Bewerbung),  
53 dass der Schädigende vorsätzlich oder fahrlässig gehandelt haben muss (§ 15 Abs. 1 S.  
54 2 AGG i.V.m § 276 Abs. 1 S. 1 BGB). Dieses Erfordernis ist erneut europarechtswidrig  
55 und hemmt die praktische Durchsetzbarkeit enorm, da das Gericht dieses Verschulden  
56 mühsam ermitteln muss.

57 Zudem ist die Frist zur Geltendmachung des Anspruchs im Arbeitsrecht viel zu kurz.  
58 Sie beträgt lediglich zwei Monate (§ 15 Abs. 4 AGG). Zum Vergleich: Die allgemeine  
59 Verjährungsfrist beträgt drei Jahre. Angesichts dessen, dass Betroffene von  
60 Diskriminierungen ihre Diskriminierung nicht immer sofort als solche wahrnehmen und  
61 dies oft auch erst viel später passieren kann, ist die verkürzte Frist vollkommen  
62 unangemessen. Bei den zivilrechtlichen Ansprüchen ist kritisch zu betrachten, dass  
63 keine ausdrückliche Möglichkeit eines Kontrahierungszwangs besteht, also der  
64 Möglichkeit gerichtlich durchzusetzen, dass ein Vertrag zustande kommt. Dies ist  
65 insbesondere im Mietrecht von hoher Bedeutung und oft der einzige Weg, die  
66 Diskriminierung zu beseitigen.

### 67 **4. Problem - Keine Anwendung auf die Verwaltung**

68 Das vierte Problemfeld betrifft die öffentliche Verwaltung. Dort ist das AGG nämlich  
69 gar nicht anwendbar, stattdessen regelt jedes Land den Diskriminierungsschutz für  
70 ihre eigene Verwaltung selbst. Bisher hat jedoch nur das Land Berlin ein eigenes  
71 Gesetz erlassen. Dies ist vor allem deswegen sehr unglücklich, da unter die  
72 öffentliche Verwaltung auch die Polizei fällt. In NRW fehlt ein entsprechendes  
73 Gesetz. Das gilt es zu ändern!

74 **Die NRW Jusos fordern daher:**

- 75 • Eine komplette Überarbeitung des § 1 AGG nach dem Vorbild des § 2 LADG des  
76 Landes Berlin (dieser erfasst Diskriminierungen aufgrund von Klassismus und  
77 definiert die einzelnen Gründe neu) zusätzlich dazu soll eine Öffnungsklausel  
78 hinzugefügt werden, die mögliche Lücken vorbeugt
- 79 • Das gesamte AGG soll den Begriff „Diskriminierung“, statt „Benachteiligung“  
80 verwenden • Das AGG soll auf Kündigungen anwendbar sein. Der § 2 Abs. 4 AGG soll  
81 also ersatzlos gestrichen werden
- 82 • Der\*Die Arbeitgeber\*in soll konkreten Pflichten unterliegen, um  
83 Diskriminierungen vorzubeugen
- 84 • Die Höhe der Ansprüche von Betroffenen soll mittels eines Orientierungs-Katalogs  
85 ermittelt werden. Dahingehend soll der § 15 Abs. 2 S. 2 AGG ersatzlos gestrichen  
86 werden
- 87 • Das Verschuldenserfordernis des § 15 Abs. 1 S. 2 AGG soll ersatzlos gestrichen  
88 werden
- 89 • Die verkürzte Frist des § 15 Abs. 4 AGG soll ersatzlos gestrichen werden
- 90 • Ein Anspruch auf Kontrahierungszwang (zwingender Vertragsabschluss) für das  
91 Zivilrecht soll im AGG als Möglichkeit normativ ausdrücklich geregelt werden
- 92 • Ein Landesantidiskriminierungsgesetz in NRW soll angestrebt werden

## Antrag I07: Die Diskussion um Grenzkontrollen zu Deutschland sofort beenden!

<b>Antragsteller*in:</b>	UB Münster
<b>Sachgebiet:</b>	I - Inneres, Justiz und Verbraucher*innenschutz

1 Im Rahmen der Fußball-Europameisterschaften in Deutschland gab es für Einreisende  
2 Grenzkontrollen. Nun bezeichnen Politiker\*innen die Grenzkontrollen als vollen Erfolg  
3 als Mittel gegen illegale Migration und Forderungen aus vielen Ecken werden laut,  
4 diese beizubehalten. Das diese Debatte nicht nur rassistisch, sondern auch kein  
5 sinnvolles Mittel ist, ist für uns Jusos klar!

6 Die Debatte, von unter anderem auch SPD, Grenzkontrollen jetzt als wirksames Mittel  
7 einsetzen zu wollen, ist rein populistisch motiviert um im rechten Spektrum  
8 Wähler\*innen abzufischen. Das alles passiert unter dem Deckmantel von  
9 Sicherheitsbedenken. Wer ernsthaft denkt, durch Grenzkontrollen zu Deutschland  
10 illegale Migration bekämpfen zu können, verrät entweder nur sein eigenes  
11 Unverständnis von globaler Politik oder zeigt seine rassistische Weltanschauung. Denn  
12 klar ist, die Migration an sich und vor allem Fluchtursachen werden durch  
13 Grenzkontrollen nicht bekämpft. Wenn ein Mensch flüchtet, wird damit ein eh schon  
14 hohes Sicherheitsrisiko in Kauf genommen. Die Entscheidung, in die EU zu flüchten,  
15 ist also schon gefallen. Durch Grenzkontrollen wird sich diese Entscheidung dann auch  
16 nicht mehr ändern lassen. Was allerdings passiert, ist das man die Gefahr für  
17 Geflüchtete auf ihrer Fluchtroute verstärkt. Denn wenn bekannt ist, das an den  
18 Grenzen zu Deutschland kontrolliert wird, erhöht man damit die Gefahr, dass  
19 Geflüchtete sich an Schmuggler\*innen und Schleuser\*innen wenden, um auf  
20 unscheinbarerer, womöglich sehr gefährlichen Routen nach Deutschland zu kommen.

21 Auch bedient die Forderung nach Kontrollen an den deutschen Außengrenzen den Mythos  
22 der Push- und Pull-Faktoren. Bei der migrationswissenschaftlich schon lange  
23 widerlegten „Theorie“ handelt es sich um die Annahme, dass bestimmte Faktoren  
24 Menschen überhaupt erst dazu veranlassen würde zu flüchten. Klar ist aber, der Grund  
25 für Flucht aus dem eigenen Land ist immer eine Bedrohungssituation vor Ort. Trotzdem  
26 lässt sich zunehmend beobachten, dass Asyl- und Migrationspolitik sich an diesem  
27 Mythos orientiert. Als aktuelle Beispiele lassen sich dafür der Ruanda-Deal in  
28 Großbritannien oder auch die Einführung der Bezahlkarte in Deutschland nennen. Und so  
29 ist auch die Analyse, Grenzkontrollen in Deutschland würden Migration verhindern,  
30 schlichtweg falsch.

31 Die aktuelle Debatte zeigt noch einmal mehr, dass sich auf rechte Hetze eingelassen  
32 wird, statt tatsächlich wirksame Asyl- und Migrationspolitik umzusetzen. Wir als  
33 Jusos fordern schon lange eine humane Politik, die unter anderem sicher Fluchtrouten  
34 und eine feministische Außenpolitik verlangt.

35 Verstärkt wird das Ganze zusätzlich, wenn man einen kurzen Blick auf die EU-

36 rechtliche Lage wirft. Der Schengen-Kodex – wie das EU-Recht heißt, welches die  
37 Grenzkontrollen regelt – besagt, dass EU-Staaten Grenzkontrollen mit einer  
38 Maximaldauer von bis zu drei Jahren einführen dürfen. Bedingung dafür ist, dass "Die  
39 öffentliche Ordnung oder die innere Sicherheit ernsthaft bedroht" muss. Angebliche  
40 Gefahren durch Migration werden dabei immer wieder als Begründung geliefert, wie zum  
41 Beispiel auch in Österreich. Hier werden die Grenzkontrollen mit dieser Begründung  
42 seit mehreren Jahren immer wieder verlängert, und dass obwohl zwischenzeitlich der  
43 EuGH eingeschaltet wurde. Der allgemein herrschende Rassismus zeigt sich also auch  
44 darin, dass Migration als ernsthafte Gefahr für die innere Sicherheit gewertet wird,  
45 sodass Grenzkontrollen fortlaufend genehmigt werden.

46 Aber nicht nur beim Thema Asyl- und Migration wirken Grenzkontrollen innerhalb der EU  
47 destruktiv. Vorrübergehende Grenzkontrollen führten in der Vergangenheit zu  
48 übermäßigen Staus, was vor allem Pendler\*innen und den Handel eingeschränkt hat.  
49 Grenzkontrollen haben also auch negative Auswirkungen auf die Wirtschaft. Und auch  
50 realistisch betrachtet ist die Umsetzung der Kontrollen nur schwierig personell zu  
51 stemmen, wie beispielsweise die Gewerkschaft der Polizei anmerkt.

52 Die Debatte über die Grenzkontrollen ist noch in einer weiteren Hinsicht mehr als  
53 fragwürdig. Wenn man junge Menschen im EU-Wahlkampf gefragt hat, was sie mit der EU  
54 verbinden, dann war eine der häufigsten Antworten: Reisefreiheit.

55 Auch während des Wahlkampfes wurde von Politiker\*innen immer wieder die Reisefreiheit  
56 als größte Errungenschaft der EU genannt. Es ist hämisch, dies nur wenige Wochen nach  
57 der Europawahl nun wieder in Frage zu stellen.

58 **Deshalb fordern wir:**

- 59 • Keine Grenzkontrollen, sowohl an der deutschen Grenze als auch im Rest der EU
- 60 • Scheindebatten um die Grenzkontrollen durch neue und solidarische Ansätze und  
61 Theorien bereichern
- 62 • Das Respektieren des geltenden EU-Rechts ohne das Suchen von Schlupflöchern
- 63 • Die vollständige Erhaltung von Reisefreiheit innerhalb der EU
- 64 • Sichere Fluchtrouten und eine humane Asyl- und Migrationspolitik, die sich nicht  
65 am Push- und Pull-Mythos orientiert, beispielsweise durch die Stärkung von  
66 Zentren für Migration und Entwicklung, die vom BMZ finanziert werden

## Antrag I08: Gesetzesdschungel entrümpeln – mit Synopsen zur Klarheit!

<b>Antragsteller*in:</b>	UB Kreis Mettmann, UB Wuppertal, UB Solingen, UB Düsseldorf, UB Remscheid
<b>Sachgebiet:</b>	I - Inneres, Justiz und Verbraucher*innenschutz

1 Demokratie lebt vom öffentlichen Diskurs, Argument und Gegenargument. Öffentlichkeit  
2 ist damit ein wesentlicher Bestandteil der Demokratie und des so auch des  
3 Gesetzgebungsverfahrens (so auch: BVerfGE 70, 324, Rn. 131).

4 Dementsprechend sollte auch jede\*r an diesem Diskurs teilhaben können. Hinderlich  
5 sind dabei vor allem unverständliche und unübersichtliche Gesetzesvorlagen von Bund  
6 und Ländern. Ein gutes Beispiel sind die Änderungsbefehle bei Gesetzesänderungen.  
7 Hier ein Beispiel aus dem Bundesministerium des Innern und für Heimat:

8 „Das Staatsangehörigkeitsgesetz (...) wird wie folgt geändert:

9 In § 3 Absatz 1 Nummer 5 wird die Angabe „40b und 40c“ gestrichen.

10 Dass man aus so einer Vorlage nicht schlau wird, ist selbsterklärend. Viel besser zur  
11 Darstellung von Gesetzesänderungen sind Gesetzessynopsen. Das sind tabellarische  
12 Gegenüberstellungen vom ursprünglichen Gesetz und der geplanten Gesetzesänderung,  
13 welche die Änderungen auch sichtbar markieren. Dies würde für das obige Beispiel wie  
14 folgt aussehen:

15 **Alte Fassung: Neue Fassung:**

16 (1) Die deutsche Staatsangehörigkeit wird erworben (1) Die deutsche  
17 Staatsangehörigkeit ...

18 1. durch Geburt (§ 4), (...) 1. durch Geburt (§ 4), (...)

19 5. durch Einbürgerung (§§ 8 bis 16, 40b und 40c) 5. durch Einbürgerung (§§ 8 bis 16,  
20 ~~40b und 40c~~).

21 Einigen Gesetzesänderungsentwürfen liegen Synopsen bei Einreichung vor. Besonders  
22 vielen aber nicht. Insbesondere bei großen Gesetzesänderungsvorhaben kann dies zur  
23 Unübersichtlichkeit führen. Die Kritik, dass Synopsen bei kleineren Änderungsvorhaben  
24 zu umständlich sind, ist unberechtigt. Angemerkt sei zu dieser Kritik, dass eine  
25 Synopse intern in den allermeisten Fällen schon existiert. Anders sind  
26 Änderungsbefehle auch nicht zu verstehen. Der Mehraufwand ist damit minimal und der  
27 Nutzen für Abgeordnete sowie Bürger\*innen verhältnismäßig groß. Synopsen schaffen im  
28 Ergebnis Übersichtlichkeit, Zugänglichkeit und vereinfachen so die Teilhabe am  
29 Diskurs. Kurz: So starr die Begrifflichkeit auch ist, Synopsen schaffen mehr  
30 Demokratie. Nicht verwunderlich also, dass der Bund diese für seine Ministerien seit  
31 diesem Jahr endlich verpflichtet hat. Dies zeigt, dass eine Verpflichtung möglich  
32 ist. Im Land NRW fehlen jedoch jegliche Bestrebungen zu verpflichtenden Synopsen.

33 Aus diesem Grund mögen die NRW Jusos beschließen:

- 34 • Bei der Einbringung von Gesetzesänderungen, die vom NRW-Landtag oder der
- 35 Landesregierung eingebracht werden, sollen Synopsen verpflichtend beigefügt
- 36 werden. Dies soll mit Änderungen der Geschäftsordnungen erfolgen
- 37 • Die Synopsen sollen bei neuen Novellierungen auch dem Gesetz- und
- 38 Verordnungsblatt NRW beigefügt werden

## Antrag K01: Junge Stimmen, starke Zukunft: Für mehr Jusos in der Kommunalpolitik!

Antragsteller*in:	KV Recklinghausen, UB Kreis Mettmann
Sachgebiet:	K - Kommunales, Infrastruktur, Mobilität und Wohnen

1 Marode Infrastruktur, hohe Preise für Schwimmbäder, unzureichende personelle sowie  
2 technische Ausstattung von Bildungseinrichtungen und vieles mehr. All diese Probleme  
3 begegnen uns mit Blick auf unsere Kommunen fast täglich. Kaum eine andere staatliche  
4 Struktur hat so viel Einfluss auf unser alltägliches Leben und doch bleiben unsere  
5 Kommunen viel zu oft aus dem Fokus. Angesichts der bevorstehenden Kommunalwahlen im  
6 Jahr 2025 ist es an der Zeit, den Fokus - auch für unseren Verband - neu zu  
7 justieren!

8 Eine erfolgreiche Kommune, die die genannten und viele weitere Probleme bewältigen  
9 möchte, braucht vor allem eines: Menschen! Menschen, die ihre wertvolle Zeit  
10 aufopfern, um ihre Gemeinde zu gestalten. Doch gerade an diesen Menschen fehlt es  
11 viel zu häufig. Gerade junge Gesichter sind eine Rarität in Gemeinderäten. So ist es  
12 nicht verwunderlich, dass junge Perspektiven im öffentlichen Raum untergehen und  
13 unsere Fraktionen von alten weißen Männern nur so wimmeln. Damit einher geht auch  
14 eine männlich dominierte Debattenkultur, die wiederum mehr junge Menschen und vor  
15 allem FINTA (= Frauen, inter-, non-binäre- und agender-Personen) und BIPoC (= Black,  
16 Indigenous and People of Colour) von der Arbeit im Ortsverein oder der Fraktion  
17 abhält. Unser Verband hat hier eine Schlüsselrolle, junge Menschen in die  
18 Kommunalpolitik einzugliedern und so dieser Debattenkultur eine Kampfansage zu  
19 präsentieren.

20 Der erste Kontakt mit der Kommunalpolitik ist für viele junge Menschen abschreckend.  
21 Häufig endet er mit einem Wirrwarr an Abkürzungen und Namen, die häufig unbekannt  
22 sind. Bei manchen führt ein solcher Kontakt dazu, dass sie sich von der  
23 Kommunalpolitik abwenden und sich auf andere politische Handlungsfelder, in denen sie  
24 selbstwirksamer handeln können, fokussieren. Wenn die Hemmschwelle des ersten  
25 Kontaktes überwunden werden konnte, erkennen viele: **Mit einer jungsozialistischen**  
26 **Kommunalpolitik wird vielen Menschen geholfen.** Die drückenden Probleme, welche zwar  
27 globalpolitisch keine Auswirkung haben, jedoch für die Bürger\*innen vor Ort  
28 weltbewegend sind, können häufig vor Ort gelöst werden. Durch vernünftige  
29 Kommunalpolitik kann man beobachten, wie sich die eigene Gemeinde, das Dorf oder die  
30 Stadt zum Positiven verändert.

31 Damit diese Veränderung auch weiterhin jungsozialistisch geprägt werden kann, braucht  
32 es junge Stimmen in der Kommune. Diese jungen Stimmen müssen entdeckt, entwickelt und  
33 gestärkt werden. Wir müssen junge Stimmen in unserem Verband finden und ihnen helfen,  
34 die Hemmschwelle des ersten Kontaktes zu überwinden. Wir müssen junge Stimmen in  
35 unserem Verband entwickeln, indem wir **Bildungsangebote** für sie zugänglich machen. Wir

36 müssen junge Stimmen stärken, indem wir **Vernetzungen** schaffen, um Erfahrungen und  
37 Probleme zu teilen, und wir müssen junge Stimmen stärken, indem wir einen leicht  
38 zugänglichen **Wissensaustausch** ermöglichen.

### 39 **Bildungsangebote**

40 Die Bildungsarbeit ist ein wesentlicher Bestandteil unserer Verbandsarbeit und  
41 befähigt uns alle, informiert politisch aktiv zu sein. Auch zu kommunalpolitischen  
42 Themen soll das in Zukunft der Fall sein. Die örtlichen Strukturen decken oft nicht  
43 die notwendigen Ressourcen ab oder sind nicht niedrigschwellig zugänglich für Jusos.  
44 Deshalb soll es Angebote der NRW Jusos geben - und das nicht nur auf dem Weg zur  
45 nächsten Kommunalwahl, sondern stetig.

### 46 **Wir fordern:**

- 47 • Bildungsangebote für Kandidierende/Interessierte Jusos:
  - 48 • Schulungen zur einfachen Ansprache (Wie vermittelt man kommunale Themen,  
49 ohne bei Adressat\*innen Müdigkeit auszulösen?)
  - 50 • Rhetorik-Schulungen für alle
  - 51 • Workshops zur Ausschuss- und Ratsarbeit
  - 52 • Workshops zur Kommunalen Jugendarbeit (SJR/RPJ)
  - 53 • Workshops zu z.B. Kommunalfinzen
- 54 • Regional wechselnde Einführungsseminare, welche die unterschiedlichen  
55 kommunalpolitischen Bedürfnisse von Stadt und Land berücksichtigen

### 56 **Vernetzungsangebote**

57 Sind junge Stimmen einmal identifiziert und geschult, ist die Arbeit noch nicht  
58 getan. Um junge Stimmen aufblühen zu lassen, bedarf es einer konstanten Stärkung  
59 dieser. Gleiche Erfahrung oder auch gleiche Probleme bringen Kommunalpolitiker\*innen  
60 zusammen. Man könnte sagen, es bringt Kommunalpolitiker\*innen zusammen in einer  
61 Gemeinschaft wie einst Helen Keller sagte: „Alleine können wir so wenig erreichen,  
62 gemeinsam können wir so viel erreichen.“

### 63 **Wir fordern:**

- 64 • Die Schaffung einer kommunalpolitischer Vernetzung in NRW; vor allem soll diese  
65 langfristig bestehen und durch die Schaffung von Kommunal-Tagen verstärkt werden

### 66 **Wissensaustausch**

67 Gute Kommunalpolitiker\*innen tauschen sich aus und sind wissbegierig, allerdings  
68 fehlt vielen in der eigenen Fraktion oder im eigenen Ortsverein der Anschluss. So  
69 müssen wir als Verband einen vielfältigen Wissensaustausch ermöglichen.

70 Kommunalpolitische Perspektiven müssen sich auch in unserer Öffentlichkeitsarbeit  
71 widerspiegeln, wir brauchen mehr Social-Media-Content zu kommunalpolitischen Themen,  
72 wie der kommunalen Altschuldenlösung. Hierfür geeignet sind Best-Practice Postings  
73 auf Social-Media, Inputs für die eigene kommunalpolitische Arbeit bieten. Ebenso  
74 geeignet ist das Hervorheben von jungen Kommunalpolitiker\*innen auf Social-Media.

75 Denkbar sind hierbei Insta Take-Overs oder das Vorstellen von Projekten, die Jusos in  
76 ihrer Kommune vorangetrieben haben.

77 Zum Einstieg bedarf es vielen aufstrebenden Kommunalpolitiker\*innen an Kontakten, die  
78 sie an die kommunalpolitische Arbeit heranführen. Auf diese Weise gelingt es an  
79 Erfahrungen praktizierender Kommunalpolitiker\*innen teilzuhaben und sich den teils  
80 schwer verständlichen Debatten in der Fraktion anzunähern. Im besten Falle findet man  
81 eine solche Person in der eigenen Fraktion oder im Ortsverein, doch nicht überall hat  
82 man dieses Glück. Hier gilt es die Lücke der Ungleichheit zu schließen. Wir streben  
83 daher ein kommunales Mentor\*innen-Programm für Jusos an. Das ermöglicht auch Jusos,  
84 die in ihrer eigenen Fraktion keinen Anknüpfungspunkt gefunden haben, den Einstieg in  
85 die Kommunalpolitik zu finden.

86 Ist man einmal engagiert in der Kommunalpolitik, hören die Fragen aber nicht auf. Es  
87 begegnen einem viele komplexe Themenfelder, für die man auf Anhieb nicht immer die  
88 richtige Lösung parat hat. Aus diesem Grund braucht es eine breite Masse an  
89 Informationsquellen für die jungsozialistische Kommunalpolitik. Eine Möglichkeit ist  
90 die mittelfristige Einrichtung eines digitalen Expert\*innenpools. Hierfür sind  
91 Personen anzusprechen, die auf freiwilliger Basis dem Verband ihr Wissen zur  
92 Verfügung stellen wollen und bei Fragen über den digitalen Weg erreichbar sind.  
93 Ebenfalls von hoher Bedeutung wäre ein Kommunal-Katalog, in dem jungsozialistische  
94 Perspektiven zu verschiedenen kommunalpolitischen Themen in einfacher Sprache  
95 vermittelt werden.

96 **Wir fordern:**

- 97 • Mehr kommunalpolitische Themen auf Social Media
- 98 • Social Media Auftritte von Juso-Kommunalpolitiker\*innen
- 99 • Ein Mentor\*innenprogramm für Jusos
- 100 • Einen digitalen Expert\*innen/Referent\*innen-Pool
- 101 • Einen eigenen Kommunal-Katalog
- 102 • Eine Juso Quote bei der Kommunalakademie der SGK vor Ort (Jugendquote)

## Antrag K02: Jusos aller Kommunen vereinigt Euch!

<b>Antragsteller*in:</b>	UB Mülheim Ruhr, UB Hamm
<b>Sachgebiet:</b>	K - Kommunales, Infrastruktur, Mobilität und Wohnen

1 Kommunalpolitik bedeutet unmittelbares Wirken vor Ort in unseren Nachbarschaften.  
2 Nirgendwo anders kann Politik so nahbar erfahren werden, wie auf kommunaler Ebene,  
3 weshalb ihr eine besondere Bedeutung zukommt. Hier haben wir Jusos die Chance, direkt  
4 auf das politische Geschehen einzuwirken und unsere Städte und Kreise zu gestalten -  
5 die Dorfstraße kennt keine Umleitung über unterschiedliche Gremien auf verschiedenen  
6 Ebenen. Entsprechend bedeutsam ist die ehrenamtliche Arbeit von Jusos in zumeist  
7 leider verkrusteten Strukturen in Partei, Stadt, Kreis und Gemeinde.

8 Nach aktuellem Stand im August 2024 sind nur 10,7% aller Ratsmitglieder der  
9 kreisfreien Städte Nordrhein-Westfalens Jungsozialist\*innen. Gleichzeitig nimmt in  
10 den meisten Unterbezirken und Kreisverbänden die Anzahl der Mitglieder ab.

11 Die ehrenamtliche Arbeit auf kommunaler Ebene wird dadurch deutlich erschwert und  
12 führt zur Mehrbelastung einzelner Mitglieder. Das führt dazu, dass die Aufstellung  
13 geeigneter Kandidierender und die Besetzung von Ämtern beeinträchtigt wird.

14 Auf lange Sicht ist keine Trendwende zu erwarten, im Gegenteil. Dies bedeutet, dass  
15 für uns Jusos Entlastungen geschaffen werden müssen, damit das kommunalpolitische  
16 Wirken unseres Verbandes gestärkt und bewahrt bleibt. Die Auswirkungen sind sichtbar  
17 in Juso-Strukturen, in der inhaltlichen Arbeit (z.B. in Form von Anträgen auf  
18 Parteitag) sowie in der Ausführung von oder der Teilnahme an Veranstaltungen.  
19 Besonders Vernetzungen von marginalisierten Gruppen innerhalb der einzelnen  
20 Unterbezirke und Kreisverbände stehen hier vor großen Herausforderungen. So ist die  
21 Umsetzung dieser Vernetzungen oder ähnlichen Angeboten und damit der Safer Space für  
22 FINTA (Frauen, Inter, nicht-binär, Trans und Agender-Personen), BIPOC (Black,  
23 Indigenous People of Color) und Queers erschwert.

24 Dem entgegen zu wirken bedarf neben Entlastungen wie Antragshilfen oder solidarische  
25 Unterstützungen, wie ein kommunales Antrags-Wiki, in dem Jusos kommunal gestellte  
26 Anträge freiwillig uploaden und nachschlagen können. Zeitgleich benötigen wir  
27 Bildungsarbeit, die die Jusos in ihren Unterbezirken und Kreisverbänden zu  
28 eigenständigem Handeln ermutigt und befähigt, sich aktiv am politischen Prozess zu  
29 beteiligen.

30 Daher fordern wir:

- 31 • **Orientierungshilfe beim Antragsprozess durch die Bereitstellung von Antrags-**  
32 **Muster kommunalpolitischer Positionen der Jusos.**
- 33 • **Schaffung eines Antrag-Tools oder Wikis, in dem Vorsitzende der Jusos**  
34 **Unterbezirke/ Kreisverbände kommunale Anträge hochladen und einsehen können.**
- 35 • **Weiterbildungsangebote kommunalpolitischer Arbeit und Strukturen.**

36 • **Funktionär\*innenschulungen niedrigschwellig öffnen.**

## **Begründung**

Wir Jusos bringen die Perspektiven und Anliegen junger Menschen in die kommunalpolitischen Debatten ein. Dies ist besonders wichtig, da die Bedürfnisse junger Menschen oft in der Politik unterrepräsentiert sind.

Wir fördern das politische Engagement und die Bildung junger Leute, was die politische Kultur und das Interesse an lokaler Politik stärkt.

Insgesamt tragen wir dazu bei, die Kommunalpolitik dynamischer, vielfältiger und inklusiver zu gestalten. Wir sind ein wichtiger Bestandteil des politischen Systems und leisten einen entscheidenden Beitrag zur Entwicklung lokaler Gemeinschaften.

Damit die gute kommunalpolitische Arbeit von uns Jusos erhalten bleibt, bedarf es Unterstützungen dort, wo Jusos sich vor strukturellen Herausforderungen sehen. Wir benötigen da Support, wo wenige Mitglieder immer mehr Last tragen müssen. Stärken wir uns selbst, indem wir uns solidarisch helfen.

## Antrag K03: Schwammstädte für NRW: Nachhaltige Stadtplanung für einen besseren Umgang mit Extremwetter

<b>Antragsteller*in:</b>	UB Bonn
<b>Sachgebiet:</b>	K - Kommunales, Infrastruktur, Mobilität und Wohnen

1 In den letzten Jahren sind Wetterextreme auch in Deutschland immer häufiger  
2 aufgetreten. Lange Dürreperioden, Hitzewellen und Starkregenereignisse stellen die  
3 Kommunen vor neue Herausforderungen. Große Hitze kann insbesondere für ältere und  
4 erkrankte Menschen mitunter lebensgefährlich werden. Dass auch Überschwemmungen und  
5 Starkregen tödliche Folgen haben, wurde vor allem durch die Flutkatastrophe im Juli  
6 2021 beängstigend deutlich. Kleine Bäche wurden zu reißenden Strömen, die teilweise  
7 Autos, Menschen und Teile von Gebäuden mit sich spülten. Das Entsetzen daraufhin war  
8 groß, aber wie viel hat sich seither geändert? In der Zukunft wird diese Art von  
9 Wetterereignissen auch als Folge des menschengemachten Klimawandels weiter zunehmen  
10 und immer wieder auftreten. Darauf sind die Kommunen bisher jedoch noch nicht  
11 ausreichend vorbereitet.

12 In den letzten Jahren wurde vor allem in NRW mehr Anstrengung darauf verschwendet,  
13 Flächen zu "versiegeln" anstatt sich auf die Zukunft vorzubereiten. Dadurch kann das  
14 Wasser nicht im Boden versinken, sondern sucht sich andere Abflusswege, wodurch zum  
15 Beispiel dann reißende Strömungen auf Straßen entstehen können.

16 Nach der Katastrophe im Sommer 2021, die insbesondere das Ahrtal hart getroffen hat,  
17 wurden Wege und Lösungen diskutiert, wie man in Zukunft mit Hitze und Starkregen  
18 umgehen kann. Hierunter befindet sich unter anderem das Konzept der sogenannten  
19 Schwammstadt. Die Idee hinter der sog. Schwammstadt ist, dass sich die Stadt in den  
20 natürlichen Wasserkreislauf einfügt. Unterschiedliche Maßnahmen sollen dafür sorgen,  
21 dass Niederschlag – wie bei einem Schwamm – aufgesaugt und gespeichert wird. Außerdem  
22 soll überschüssiges Wasser lokal abgeleitet werden oder durch Entsiegelung  
23 Möglichkeiten geschaffen werden, direkt vor Ort zu versickern. Bestenfalls kann der  
24 gespeicherte Niederschlag in einer Hitzeperiode wieder zur Bewässerung genutzt werden  
25 oder durch Verdunstung zu einer abkühlenden Wirkung beitragen. Insgesamt können die  
26 Umsetzungen der Ideen hinter einer Schwammstadt generell zu einem geringeren  
27 Wasserbedarf führen. Auch kann die lokale Speicherung des Wassers dazu führen, dass  
28 der Grundwasserspiegel steigt. Dies ist insbesondere in Hinblick auf spätere  
29 Dürreperioden für die Wälder lebensnotwendig.

30 In das Konzept der Schwammstadt lassen sich verschiedensten Maßnahmen einfügen. So  
31 können beispielsweise Sammel- oder Versickerungsbecken für Wasser bei der  
32 Stadtplanung berücksichtigt werden, damit Wasser einen Weg finden und  
33 Überschwemmungen vorgebeugt werden kann. Gerade vor dem Hintergrund der hohen  
34 Bevölkerungsdichte in NRW und der daraus resultierenden Notwendigkeit von versiegelten  
35 Flächen stellen Versickerungsmulden in Randgebieten und Flussläufen effektive

36 präventive Maßnahmen gegen Überschwemmungen dar. Generell tragen durchlässige und  
37 entsiegelte Flächen sowie asphaltfreie Auslaufflächen dazu bei, dass überschüssiges  
38 Wasser besser versickern kann. Darüber hinaus haben auch begrünte Dächer und Fassaden  
39 sowie bepflanzte Grünflächen wasserspeichernde Wirkung und sind zugleich Maßnahmen  
40 gegen übermäßige Hitze. Nicht zuletzt tragen mehr Grünflächen auch fördernd zu der  
41 städtischen Biodiversität bei.

42 Folglich sind weniger Asphalt und mehr Grünflächen geeignete Maßnahmen, um Städten  
43 einen besseren Umgang mit Extremwettersituationen wie Hitze und Starkregen zu  
44 ermöglichen und weiteren Katastrophen vorzubeugen. Daher fordern wir:

- 45 • dass das Land NRW eine Evaluation der Flächenversiegelung der Kommunen fördert  
46 und eine Evaluation der landeseigenen Flächenversiegelung durchführt Elemente  
47 der Schwammstadt in potenziell gefährdeten Städten NRWs umzusetzen, um etwaigen  
48 Hochwasser- und Hitzekatastrophen vorzubeugen;
- 49 • die Berücksichtigung von Wasserspeicherkonzepten bei Neubauten und der weiteren  
50 Stadtplanung;
- 51 • Fassadenbegrünung bei Neubauten, insbesondere in städtischen Ballungsräumen und  
52 Innenstädten zur Vermeidung von Überhitzung der Städte.

## Antrag K04: Abschaffung „kleiner Sonderbauten“ in NRW

<b>Antragsteller*in:</b>	UB Kreis Soest, UB Hochsauerland, UB Märkischer Kreis, KV Olpe, UB Siegen-Wittgenstein
<b>Sachgebiet:</b>	K - Kommunales, Infrastruktur, Mobilität und Wohnen

### 1 **Gegenstand**

2 Dieser Antrag ist an den Vorstand der Jusos im SPD-Unterbezirk Soest gerichtet. Er  
3 wird ersucht,

- 4 • sich bei den Jusos des SPD-Landesverbands dafür einzusetzen,
  - 5 • dass sich diese beim Vorstand des SPD-Landesverbandes dafür einsetzt,
  - 6 • dass dieser die SPD-Fraktion im Landtag ersucht,
- 7 auf eine vollständige Abschaffung der sog. „kleinen Sonderbauten“ im Rahmen der  
8 nächsten Änderung der Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen hinzuwirken.

### 9 **Einleitung**

10 Bundesweit herrscht Einigung darüber, dass im großen Stil Wohnraum geschaffen werden  
11 muss. Je nach Ort und Region sind deutliche Defizite in der Versorgung der  
12 Bevölkerung mit bezahlbarem Wohnraum vorhanden. Aus sozialdemokratischer Sicht liegt  
13 ein deutlicher Handlungsbedarf vor.

14 Die Schaffung von Wohnraum hängt elementar mit der Errichtung, dem Umbau oder der  
15 Nutzungsänderung von Gebäuden zusammen. Die zugehörigen Anforderungen und Verfahren  
16 unterliegt im Föderalismus den länderspezifischen Regularien (Bauordnungsrecht) in  
17 Form der jeweiligen Landesbauordnung. Für diese liegt seit spätestens 1959 mit der  
18 Muster-Bauordnung (MBO) ein Ansatz zur Vereinheitlichung vor, welche durch die  
19 bundesweite Arbeitsgemeinschaft der „Bauminister“ verabschiedet wird. Trotzdem liegen  
20 je Bundesland in den jeweiligen Landesbauordnungen deutliche Abweichungen von den  
21 Inhalten der MBO vor, insbesondere in NRW. Zusätzlich sind unzählige weitere  
22 technische Regelwerke im Bauwesen zu beachten, welche teils bundeseinheitlich  
23 anzuwenden sind, teils jedoch nicht. Flankiert vom sog. „Baunebenrecht“, wie dem  
24 Bürgerlichen Gesetzbuch (BGB), dem Strafgesetzbuch (StGB), diversen Schriften des  
25 Arbeitsschutzes oder privatwirtschaftlichen Schriften, ergibt sich eine nur für die  
26 wenigsten Beteiligten überschaubare Fülle an Anforderungen, die Planende, Prüfende  
27 und Bauende berücksichtigen müssen. Theorie und Praxis driften in der Realität  
28 deutlich auseinander. Auch Behördenvertreter besitzen von Amtswegen her i.d.R. nur  
29 einen Überblick über die jeweilig zuständige „Teildisziplin“. Die Verfahren  
30 unterliegen dem Grundsatz der unabhängigen Planung und Prüfung.

31 Es braucht nicht viel Fantasie, um zu erkennen, dass die beschriebene Komplexität  
32 einer Vereinfachung und Vereinheitlichung der Herausforderungen im Bauwesen  
33 essenziell entgegensteht. Hohe quantitative und qualitative Anforderungen führen  
34 zwangsläufig zu hohen Kosten. Sei es durch die Einbindung von Spezialisten, die

35 Planende und/oder Ausführende unterstützen müssen (Ingenieure, Anwälte, Fachplaner,  
36 etc.), oder durch Mehraufwendungen für zusätzliche materielle Dinge.  
37 Zur Schaffung von Wohnraum wird bekanntlich eine Senkung von Baukosten angestrebt.  
38 Förderprogramme von Bund und Ländern können dies nicht alleine erreichen. Daher  
39 werden bereits seit diversen Jahren weitere Schritte gefordert, wie Gebäude mit  
40 geringeren Anforderungen (bei Zustimmung der Bauherrschaft) oder die totale Übernahme  
41 des Bauordnungsrechts durch den Bund. Lösungsansätze gibt es viele. In diesem Antrag  
42 wird ein Baustein von vielen beschrieben und erläutert, der NRW-spezifisch ist.  
43 Gegenstand dieser Betrachtung sind die sog. Sonderbauten, also bauliche Anlagen  
44 (Gebäude), deren bauliche Gestaltung oder Nutzung über das „normale Häuschen“ (sog.  
45 Standard- bzw. Regelbau) hinausgehen. Besonders in NRW ist die Abgrenzung häufig  
46 unklar. In Verbindung mit damit zusammenhängenden Regularien ergeben sich dadurch  
47 deutliche Unsicherheiten bei am Bau Beteiligten und führen in der Konsequenz zu  
48 höheren Anforderungen und damit zu höheren Kosten für den Bau und/oder Betrieb von  
49 Gebäuden.

#### 50 **Der Blick zurück**

51 „Bauliche Anlagen und Räume (bzw. Gebäude) besonderer Art und Nutzung“ sind seit über  
52 100 Jahren bauordnungsrechtlich bekannt (vgl. Einheitsbauordnung im Gesetz über die  
53 allgemeine Landesverwaltung vom 30.07.1883, später Preußische Einheitsbauordnung von  
54 1919 und 1931). Seitdem konnten in Genehmigungsverfahren zum Zwecke der  
55 Gefahrenabwehr besondere Anforderungen gestellt werden. Seit der Muster-Bauordnung  
56 (MBO) von 1981 sind zusätzlich Erleichterungen möglich.

57 Das Risikoniveau von baulichen Anlagen und Räumen besonderer Art und Nutzung wird ab  
58 der MBO von 1959 bzw. ab der Landesbauordnung des Landes Nordrhein-Westfalens (BauO  
59 NRW) von 1962 durch einen Beispiel-Katalog von neun besonderen baulichen Anlagen  
60 konkretisiert (Versammlungsstätten, Krankenhäuser, etc. sowie „bauliche Anlagen und  
61 Räume, die für gewerbliche Betriebe bestimmt sind“). Durch Rechtsverordnung können  
62 besondere Sonderbauvorschriften erlassen werden.

63 In der BauO NRW von 1984 wird das vereinfachte Baugenehmigungsverfahren aufgenommen.  
64 Dieses sieht ein definiertes Spektrum an Gebäuden und baulichen Anlagen vor, bei  
65 denen der Prüfumfang reduziert wird. Einschränkungen im vereinfachten  
66 Genehmigungsverfahren gelten teilweise für Objekte, die als bauliche Anlagen und  
67 Räume besonderer Art und Nutzung anzusehen sind.

68 Mit der BauO NRW von 2000 wurde erstmals der Begriff „Sonderbau“ als Kurzform des  
69 Rechtsbegriffs „baulichen Anlagen und Räume besonderer Art oder Nutzung“ eingeführt.  
70 Analog findet sich der Begriff in der zugehörigen Verwaltungsvorschrift. Der o.g.  
71 Beispielkatalog für Sonderbauten ist in dem Zuge in den Paragraphen 68 für das  
72 vereinfachte Genehmigungsverfahren verlagert worden. Der Katalog bestand folgend aus  
73 19 Punkten, die nicht mehr pauschal gewerbliche Anlagen vorsah, sondern sich  
74 entsprechend differenzierter darstellte. Weiterhin galt das vereinfachte Verfahren  
75 zukünftig für alle baulichen Anlagen, sofern sie nicht dem o.g. Beispielkatalog  
76 entsprachen.

77 Mit der MBO von 2002 wurde erstmalig der bisher rechtlich unbestimmte Begriff des  
78 „Sonderbaus“ definiert. Im § 2 (Begriffe) Absatz 4 wurde der Begriff „Sonderbau“ mit  
79 dem bisherigen Beispielkatalog beschrieben. Dieser hatte einen Umfang von 17  
80 definierten Arten baulicher Anlagen sowie einen 18. Ordnungspunkt, der bauliche  
81 Anlagen und Räume vorsah, die in den Nummern 1 bis 17 nicht aufgeführt und deren Art  
82 oder Nutzung mit vergleichbaren Gefahren verbunden sind. Damit sind Sonderbauten zwar  
83 weiterhin nicht abschließend in ihrer Art definiert, jedoch ist nun erstmals  
84 klargestellt worden, dass das Risikoniveau eines Sonderbaus stets jenen aus dem  
85 bisherigen Musterkatalog entspricht.

86 NRW ist diesem Ansatz **nicht** gefolgt und hat stattdessen mit der BauO von 2018 den  
87 bisherigen Beispielkatalog als abgeschlossene Auflistung zu sog. „Großen  
88 Sonderbauten“ erklärt (§ 50 Abs. 2 BauO NRW). Dieser ist vom vereinfachten  
89 Genehmigungsverfahren ausgenommen. Durch die NRW-spezifische Differenzierung von  
90 „Sonderbauten“ und „Großen Sonderbauten“ ist weiterhin und unter Missachtung der MBO  
91 von 2002 weder der Umfang von Sonderbauten definiert noch deren Risikoniveau benannt.  
92 Es ist lediglich differenziert worden, dass es innerhalb des nicht abschließenden  
93 Spektrums an Sonderbauten einen abgeschlossenen Kreis von Großen Sonderbauten gibt.  
94 Folglich liegt damit in NRW eine Definitionslücke zwischen den Regelbauten (Nicht-  
95 Sonderbauten) und den Großen Sonderbauten vor (die sogenannten „kleinen  
96 Sonderbauten“).

#### 97 **Auswertung**

98 Die „kleinen Sonderbauten“ bilden das Pendant zu den Sonderbauten nach § 2 Abs. 4 Nr.  
99 18 MBO 2002 („baulichen Anlagen und Räume, die in den Nummern 1 bis 17 nicht  
100 aufgeführt und deren Art oder Nutzung mit vergleichbaren Gefahren verbunden sind“).  
101 Der Unterschied liegt darin, dass die MBO ohne eine Differenzierung (klein/groß)  
102 auskommt. Tatsächlich ist aus der Formulierung „Art oder Nutzung mit vergleichbaren  
103 Gefahren“ deutlich abzuleiten, dass die MBO das Risikoniveau von Sonderbauten  
104 vereinheitlicht. In NRW fehlt diese Klarstellung. Im Gegenteil, im Entwurf der  
105 Verwaltungsvorschrift zur BauO NRW (VV BauO NRW) wird beschrieben, dass der Grenzwert  
106 vom Standardgebäude zum („kleinen“) Sonderbau bereits vorliegt, „wenn das Gebäude  
107 andere Gefahrenrisiken aufweist als ein Standardgebäude.“ Folglich werden in der  
108 Praxis bauliche Anlagen, deren Risikoniveau **deutlich unterhalb** der Großen  
109 Sonderbauten liegen, durch planende und/oder prüfende Stellen häufig als „kleine  
110 Sonderbauten“ angesehen. Dafür steht zwar das vereinfachte Genehmigungsverfahren  
111 offen (im Vergleich zur MBO), jedoch ist der Prüfumgang wieder umfangreicher,  
112 einschließlich des Brandschutzes. Durch die Ermächtigung in § 50 Abs. 1 BauO NRW  
113 werden somit durch die Bauaufsicht regelmäßig höhere Anforderungen gestellt.  
114 Folglich liegt der BauO NRW gegenüber der MBO ein höheres Schutzniveau zugrunde. Es  
115 ist jedoch nicht ersichtlich, dass in NRW (pauschal betrachtet) höhere  
116 Gefahrenpotentiale liegen als in anderen Bundesländern, die sich ab 2002 hinsichtlich  
117 der Sonderbauten an der MBO orientiert haben. Ebenso findet sich kein empirischer  
118 Anhaltspunkt zur Notwendigkeit eines höheren Schutzniveaus in der damaligen

119 Begründung des Gesetzesentwurfs zur BauO NRW 2018.

120 Zusammengefasst ist der Umgang mit Sonderbauten in NRW differenzierter als in den  
121 übrigen Bundesländern. Obgleich ein höheres Schutzniveau vorliegt, schafft die  
122 bestehende Situation regelmäßig Unsicherheiten bei planenden und/oder prüfenden  
123 Personen. Weiterhin ist das höhere Schutzniveau nicht begründet und führt regelmäßig  
124 zu höheren Anforderungen und damit zu höheren Bau- und/oder Betriebskosten eines  
125 Gebäudes.

## 126 **Praxisbezug mit Beispielen**

### 127 **Prüfung Brandschutz**

128 Wegen des „weichen“ Übergangs vom Standard- zum Sonderbau kommt es in der Praxis  
129 häufig zu Situationen, in denen unter Unsicherheit in Bauanträgen relevante und in  
130 der Konsequenz fälschliche Angaben getätigt werden (i.d.R. im vereinfachten  
131 Verfahren). In höheren Gebäudeklassen (4 und 5) obliegt die Prüfung des Brandschutzes  
132 nicht den unteren Bauaufsichtsbehörden, sondern staatlich anerkannten  
133 Sachverständigen für die Prüfung des Brandschutzes (saSV), **sofern es keine**  
134 **Sonderbauten sind** (außer Mittelgaragen). Die Bescheinigung des saSV muss dem  
135 Bauantrag beiliegen. Entsprechend werden die saSVs bei Standardbauten beauftragt und  
136 sie prüfen die Planung, bevor die Bauaufsichtsbehörde Kenntnis des Vorhabens hat.  
137 Entscheidet die Bauaufsicht, dass kein Standardbau, sondern ein Sonderbau vorliegt,  
138 wird die Prüfung des saSV hinfällig. Die Folge sind zeitliche Verzögerungen und  
139 deutliche Mehrkosten. Dies steht dem politischen Ziel der Wohnraumschaffung elementar  
140 entgegen.

141 Analog ist das gleiche Szenario realistisch, wenn der Bauantrag im vereinfachten  
142 Verfahren als („kleiner“) Sonderbau eingereicht wird, die Bauaufsicht diesen jedoch  
143 als Standardbau ansieht und folgend eine Bescheinigung eines saSV einfordert. Das  
144 Ergebnis ist das gleiche: Das Verfahren dauert länger und es entstehen höhere Kosten.

### 145 **Besondere Anforderungen**

146 Das Stellen besonderer Anforderungen an „kleine Sonderbauten“ durch  
147 Bauaufsichtsbehörden führt dazu, dass die Baukosten steigen. Dies können  
148 beispielsweise zusätzliche Zufahrten, bauliche oder anlagentechnische Maßnahmen zum  
149 Brandschutz (z.B. Brandmeldeanlagen), zusätzliche Stellplätze oder Bescheinigungen  
150 sein. Nicht selten werden als besondere Anforderung Brandschutzkonzepte gefordert. Je  
151 nach Konstellation ergeht diese Information erst nach Einreichung des Bauantrags. In  
152 dem Fall sieht sich der Bauherr mit weiteren, nicht kalkulierten Kosten konfrontiert,  
153 die noch oberhalb des Honorars der saSV für die Durchführung der Prüfung im  
154 vereinfachten Genehmigungsverfahren liegen. Als Beispiel sei ein Vorhaben in Soest  
155 genannt, bei dem ein gemeinnütziger Träger den Neubau von zwei  
156 Wohngemeinschaftshäusern vorsah, in denen volljährige Heranwachsende gemäß den  
157 Vorgaben des Sozialgesetzbuches VIII eigenständig wohnen sollen (pädagogisches  
158 Personal ist nur bedarfsweise vor Ort). Die Bauaufsichtsbehörde forderte ein  
159 Brandschutzkonzept für die beiden dreigeschossigen Gebäude, die je Geschoss maximal

160 zwei Nutzungseinheiten á max. 300 m<sup>2</sup> vorsahen.

161 Hinweis zur Einordnung: Regulär sind Brandschutzkonzepte erst bei Gebäuden mit  
162 Grundflächen ab 1.600 m<sup>2</sup> oder (umfangreichen) Wohnheimen erforderlich (Große  
163 Sonderbauten).

164 Da die Unsicherheit zwischen Standard- und Sonderbau i.d.R. dann vorliegt, wenn neben  
165 einer „reinen“ Wohnnutzung weitere Nutzungen vorliegen, wird die geschilderte  
166 Problematik häufig in Städten mit zusammenhängender Bebauung auftreten, in denen z.B.  
167 erdgeschossig Ladenlokale oder Bankautomaten vorhanden sind (häufig angespannte  
168 Wohnungsmärkte!). Dies gilt auch für Wohnraum mit neuen Wohnkonzepten, wenn  
169 beispielsweise ein Gemeinschaftsraum vorliegt (z.B. Senioren-WG). Es darf dabei  
170 kritisch hinterfragt werden, warum das Vorhandensein eines Friseur-Salons mit  
171 tagsüber bis zu drei Personen in einem Wohngebäude ein höheres Schutzniveau fordern  
172 darf, als wenn die gleiche Fläche durch eine Wohnung genutzt wird, in der potentiell  
173 mehr als 10 Personen anwesend sein und schlafen können (reales Beispiel aus Herford,  
174 in dem die Behörde ein vollumfängliches Brandschutzkonzept gefordert hat).

#### 175 **Zusammenfassung**

176 Zusammengefasst würde die Abschaffung der „kleinen Sonderbauten“ folgende Vorteile  
177 besitzen:

- 178 • Einheitliche Struktur und Vergleichbarkeit zu anderen Bundesländern.
- 179 • Bürokratieabbau.
- 180 • Vermeidung von Unsicherheiten in Genehmigungsverfahren und Steigerung der  
181 Verständlichkeit bei am Bau Beteiligten.
- 182 • Verringerung der Dauer von Genehmigungsverfahren und damit der Dauer von  
183 Bauvorhaben.
- 184 • Senkung von Baukosten (ggf. auch Betriebskosten) durch Beschleunigung der  
185 Bauvorhaben und Vermeidung erhöhter Anforderungen im Einzelfall.

186 Demgegenüber steht im Einzelfall der Nachteil, dass das Schutzniveau von Gebäuden  
187 geringer sein kann. Dies ist jedoch im Hinblick auf den bundesweiten Standard nicht  
188 begründet.

#### 189 **Ausblick**

190 Sollte NRW sich den Regelungen der MBO anschließen und die Sonderbauten abschließend  
191 mit dem Katalog der Großen Sonderbauten zuzüglich eines eröffnenden Ordnungspunktes  
192 für vergleichbare Objekten definieren, würde dies zu einer deutlichen  
193 Vereinheitlichung und Vereinfachung der Genehmigungsprozesse führen. Auch wenn im  
194 Einzelfall das Schutzniveau sinkt, wird mindestens jenes nach den aktuellen  
195 materiellen Vorgaben der BauO NRW erreicht. Dies entspricht überwiegend dem  
196 bundesweiten Standard.

197 Durch die klare Trennung von Standard- und Sonderbau und getrennte  
198 Genehmigungsverfahren würde eine Transparenz vorliegen, der planenden und  
199 genehmigenden Personen hilft, rechtskonform sowie ohne Zeitverzug und ohne weitere

200 Kosten die Bauvorhaben abzuwickeln und somit schneller und günstiger Wohnraum zu  
201 schaffen.

202 Es ist zu erwarten, dass die Bauaufsichten in deutlich weniger Fällen als heute ein  
203 Bauvorhaben als Sonderbau ansehen würden. In den wenigen Fällen wird –  
204 voraussichtlich zurecht – das umfangreichere „normale“ Genehmigungsverfahren nach §  
205 63 BauO NRW durchgeführt. Im Übrigen wird im vereinfachten Verfahren ohne zusätzliche  
206 bauaufsichtliche Anforderungen geprüft (i.d.R. durch saSV) und genehmigt. Vor dem  
207 Hintergrund der politischen Ziele des Wohnungsbaus und des Fachkräftemangels in den  
208 Bauaufsichtsbehörden würde dies den (Wohnungs-) Bau in NRW deutlich beschleunigen.  
209 Durch den Einsatz von Prüferingenieuren sind weitere Beschleunigungen zu erwarten.

210 Hinweis: Es sei erwähnt, dass die aktuelle NRW-Bauministerin, Ina Scharrenbach (CDU),  
211 Anpassungen der BauO NRW an die Inhalte der MBO sehr offen gegenübersteht. Jedoch  
212 werden häufige Anpassungen der BauO NRW i.d.R. durch die beteiligten Behörden  
213 kritisch gesehen. Die Ministerin wurde entsprechend bereits „ausgebremst“ und  
214 hausintern gebeten, die BauO NRW maximal alle zwei Jahre zu ändern. Weiterhin ist die  
215 starke Lobby der Feuerwehren in NRW ein relevanter Stakeholder  
216 (Brandschutzdienststellen). Da der Entfall der „kleinen Sonderbauten“ auch  
217 Auswirkungen auf die untergesetzlichen Schriften in NRW hat, bedarf das Vorhaben  
218 ausreichend Vorlauf.

## Antrag K05: We're all in this together: Junges Wohnen für Azubis und Studierende fördern!

<b>Antragsteller*in:</b>	KV Recklinghausen
<b>Sachgebiet:</b>	K - Kommunales, Infrastruktur, Mobilität und Wohnen

1 Nicht nur in München und Berlin ist es gerade für junge Menschen schwer bezahlbaren  
2 Wohnraum zu finden. Die Wohnungskrise zieht sich durch ganz Deutschland und macht  
3 auch vor NRW keinen Halt. Dies betrifft vor allem junge Menschen in Studium und  
4 Ausbildung. Kostet ein WG-Zimmer im bundesweiten Durchschnitt 479€ im Monat, beträgt  
5 die Mindestausbildungsvergütung hingegen nur 649€ brutto im ersten Ausbildungsjahr.  
6 Es sind allerdings nicht nur die zu hohen Mieten, sondern auch das Angebot und die  
7 Zugänglichkeit zu passendem Wohnraum ein großes Problem.

8 Deshalb muss **Junges Wohnen** als Gesamtkonzept betrachtet werden. Das Bundesprogramm  
9 Junges Wohnen ist hier sicherlich ein Anfang, doch es braucht weitreichende Konzepte  
10 und vor allem eins: mehr Mittel! Neben Wohnungspolitischen Fragen, nach  
11 Mietpreiskontrollen und einer Wohngeldreform - die wichtig und richtig sind, braucht es  
12 mehr:

13 Wohnraum für junge Menschen muss im Einklang mit dem Infrastrukturausbau und der  
14 Attraktivität unserer Städte in NRW stehen. Günstiger Wohnraum kann auch nur so lange  
15 genutzt werden, wie er zu erreichen ist. Deshalb ist der Ausbau des ÖPNV-Netzes in  
16 NRW ein wichtiger Bestandteil eines ganzheitlichen Konzeptes. Besonders die Anbindung  
17 zu Universitäts- und Ausbildungsstandorten muss gegeben sein, um Wohnraum zugänglich  
18 zu machen und jungen Menschen darüber hinaus die Perspektive zu geben, in ihrer  
19 Heimatstadt wohnen zu bleiben und nicht aufgrund der schlechten Anbindung in die  
20 nächst größere Stadt ziehen zu müssen.

### 21 **Wohnraum bezahlbar machen**

22 Die Finanzierung von Wohnraum ist trotz weitreichender Wohngeldreform der aktuellen  
23 Bundesregierung immer noch eine brennende Frage, die besonders viele Studierende und  
24 Auszubildende trifft. Das Wohngeld kann hier nur ein Mittel zum Zweck sein. Um dieses  
25 nicht nur einfacher, sondern auch schneller zugänglich zu machen - damit es zum  
26 Beginn der Ausbildung oder des neuen Studiums auch mit dem Umzug klappen kann - muss  
27 der Wohngeldantrag digitalisiert und der Einkommenskatalog überarbeitet werden. Damit  
28 Studierende und Azubis tatsächlich vom Wohngeld profitieren können, muss die  
29 Bagatellgrenze erhöht werden. Um eventuelle Rückforderungen zu verhindern, braucht es  
30 zudem eine bessere Aufklärung des Anspruchsberechtigten.

### 31 **Deshalb fordern wir:**

- 32 • Eine Erhöhung der Mittel für das Bundesprogramm Junges Wohnen.
- 33 • Einen Ausbau der ÖPNV-Infrastruktur zu Universitäts-, Hochschul- und (größeren)  
34 Ausbildungsstandorten.

- 35 • Eine aktive Bodenpolitik der Bundesregierung und mehr öffentliche  
36 Wohnungsbaugesellschaften für sozialen Wohnungsbau.
- 37 • Eine flächendeckende Ausweitung der Mietpreisbremse für ganz NRW! Das Land NRW  
38 muss nachziehen und die Mietpreisbremse ausweiten und Förderprogramme für  
39 sozialen Wohnungsbau nutzen!
- 40 • Eine Wohngeldreform, die...
  - 41 • alle armutsbetroffenen Haushalte abdeckt (aktuell sind noch rund 2,8  
42 Millionen armutsbetroffene Haushalte nicht wohngeldberechtigt),
  - 43 • das Problem der zu langen Bearbeitungszeiten ernst nimmt (da mit einer  
44 steigenden Anzahl an Anträgen, auch ein steigender Bedarf an Beschäftigten  
45 einher geht),
  - 46 • für eine höhere Aufklärung Anspruchsberechtigter sorgt,
  - 47 • die Bagatellgrenze erhöht,
  - 48 • den Wohngeldantrag digitalisiert und den Einkommenskatalog überarbeitet
  - 49 • und die Forderungen der Wohlfahrtsverbände nach einer sofortigen Auszahlung  
50 des Wohngeldes umsetzt.

#### 51 **Wohnen neu denken**

52 Der Wohnraum, der aktuell, vor allem durch die Studierendenwerke der größeren  
53 Universitäten für junge Menschen geschaffen wird, besteht meist aus Wohnungen für  
54 größere Wohngemeinschaften. Auch wenn wir hier weiterhin eine sinnvolle Möglichkeit  
55 zur Schaffung günstiger Wohnräume sehen, möchte nicht jede\*r  
56 Studierende/Auszubildende in einer 10 Personen WG leben. Deshalb braucht es  
57 alternative Wohnraumkonzepte, wie bezahlbare Apartments für Singles,  
58 Mehrgenerationenwohnprojekte und weitere.

#### 59 **Deshalb fordern wir:**

- 60 • Die Förderung alternativer Wohnkonzepte, wie Mehrgenerationenwohnprojekte und  
61 Apartments für alleinstehende Menschen.

#### 62 **Azubis und Studierende fördern**

63 Besonders hart trifft die aktuelle Situation Auszubildende. Aufgrund der hohen Mieten  
64 und der niedrigen Ausbildungsvergütungen überlegt man sich mehrmals, ob man wirklich  
65 eine Ausbildung anfangen will.

66 Ein zentraler Bestandteil eines Gesamtkonzeptes Junges Wohnen sollte der Ausbau  
67 Junger Wohnheime sein, in denen junge Menschen, egal ob im Studium oder in der  
68 Ausbildung, gemeinsam leben können. Diese sollten sowohl in Universitätsstädten, als  
69 auch in Städten ohne eigene, aber umliegende Universitäten und Fachhochschulen  
70 errichtet werden. Die Wohnheime sollten so zugänglich sein, dass die Mieten an die  
71 Mietpreise der umliegenden Studierendenwohnheime angeglichen werden. Es sollten  
72 sowohl Wohnungen für Wohngemeinschaften als auch für Einzelapartments zur Verfügung  
73 gestellt werden. Die Häuser sollten mit offenen Treffpunkten, wie Cafés oder Kneipen

74 verbunden werden, in denen die jungen Menschen mit Nachbar\*innen zusammen kommen  
75 können.

76 Die Trägerschaft für diese Wohnheime sollte in öffentlicher Hand liegen und nicht den  
77 Studierendenwerke der Universitäten überlassen sein. Die Schaffung dieser Wohnheime  
78 trägt vor allem im ländlichen Raum dazu bei, den Fachkräftemangel zu bekämpfen und  
79 junge Menschen vor Ort zu halten.

#### 80 **Deshalb fordern wir:**

- 81 • Die Entwicklung eines ganzheitlichen Konzeptes Junges Wohnen, welches  
82 Infrastrukturausbau, Mietpreise und Lebensrealitäten mitdenkt und die  
83 Zielgruppen Studierende und Auszubildende gleichermaßen fördert - 50/50!
- 84 • Den Ausbau Junger Wohnheime in Universitätsstädten und im ländlichen Raum.
- 85 • Beratung der Bewohner\*innen durch Sozialpädagog\*innen. Sie beraten zur  
86 Ausbildungsfinanzierung und vermitteln an Hilfs und Unterstützungsangebote  
87 weiter.
- 88 • Mitbestimmung der Bewohner\*innen über eine Hausversammlung und übergeordnete  
89 Gremien bis hin zur Vertretung im Vorstand als zentraler Bestandteil zur  
90 Förderung der Demokratiekompetenz, nach dem Vorbild des AzubiWerk München e.V.
- 91 • Die Schaffung einer Kompetenzstelle Junges Wohnen NRW, durch die Kommunen und  
92 Träger bei der Realisierung hochwertiger Angebote unterstützt werden.

#### 93 **Wohnungslosigkeit bekämpfen**

94 Mit dem ersten nationalen Aktionsplan zum Thema Wohnungslosigkeit hat die  
95 Bundesregierung einen wichtigen Schritt zur Überwindung der Wohnungslosigkeit  
96 eingeleitet. Der Aktionsplan wurde Ebenen übergreifend mit Bund, Ländern und Kommunen  
97 sowie Wohnungswirtschaft, Wohnungslosenhilfe und der Selbstvertretung wohnungsloser  
98 Menschen erarbeitet und wird auch künftig gemeinsam weiterentwickelt. Insbesondere  
99 die Perspektive junger Menschen ist beim Thema Wohnungslosigkeit zentral, denn der  
100 erste Wohnungslosenbericht des Bundes (2022) belegt, dass vielfach auch junge  
101 Menschen betroffen sind und die Auswirkungen durch Wohnungslosigkeit auf das weitere  
102 Leben und die Chancen der Betroffenen enorm sind.

103 Fast 80 % der weiblichen Personen in verdeckter Wohnungslosigkeit sind unter 40 Jahre  
104 alt. In der Altersgruppe der 18- bis unter 21-Jährigen sind 80 % aller verdeckt  
105 wohnungslosen Personen weiblich. Das Durchschnittsalter der untergebrachten  
106 wohnungslosen Personen liegt bei 32 Jahren. Männliche Personen sind mit  
107 durchschnittlich 34 Jahren etwas älter als weibliche (29 Jahre).

#### 108 **Deshalb fordern wir:**

- 109 • Der nationale Aktionsplan muss konsequent und zügig umgesetzt werden.  
110 Insbesondere Maßnahme 9 „Umsetzung im Koalitionsvertrag vereinbarter miet-  
111 rechtlicher Maßnahmen (insbesondere Verlängerung der Mietpreisbremse und  
112 Absenkung der Kappungsgrenze)“
- 113 • Die Übergänge zwischen sozialen Hilfen, insbesondere zwischen Jugendhilfe und

- 114 Hilfen zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten (§67 SGB XII)- müssen  
115 verbessert werden.
- 116 • Die Förderung von Housing First Projekten muss deutlich ausgebaut werden
  - 117 • Wir fordern eine Quote beim sozialen Wohnungsbau: 10 % aller neuen Wohnungen  
118 sollen in NRW für wohnungslose Menschen vorrangig zur Verfügung gestellt werden.
  - 119 • Die Wohnungslosenhilfe weg von der Projektförderung und zu einer auskömmlichen  
120 Regelfinanzierung weiterentwickelt werden. Hier steht das Land NRW in besonderer  
121 Verantwortung.
  - 122 • Prävention muss gestärkt werden, damit niemand mehr seine Wohnung ohne  
123 Perspektive verliert. Instrumente wie Mietschuldenübernahme müssen  
124 praxistauglich weiterentwickelt werden und große Vermieter müssen stärker in die  
125 Pflicht genommen werden.

## Antrag K06: Eigenheim ohne böses Erwachen

<b>Antragsteller*in:</b>	UB Wuppertal, UB Solingen, UB Remscheid, UB Kreis Mettmann, UB Düsseldorf
<b>Sachgebiet:</b>	K - Kommunales, Infrastruktur, Mobilität und Wohnen

1 Per Landtagsbeschluss vom 28.02.2024 wurden Straßenausbaubeiträge mittels dem  
2 sogenannten „Kommunalabgaben-Änderungsgesetz (KAG-ÄG)“ in Nordrhein-Westfalen  
3 abgeschafft. Die Abschaffung gilt jedoch nicht rückwirkend, sondern nur für  
4 Baumaßnahmen, welche nach dem 01.01.2024 durch die zuständigen, kommunalen Räte  
5 beschlossen worden sind. Ebenfalls von dem Erhebungsverbot ausgeschlossen sind  
6 Maßnahmen, welche dem Endausbau einer Straße dienen. Problematisch wird es dann, wenn  
7 Familien – ob jung oder alt – ein Haus beziehen, welches an einer Straße liegt, die  
8 zwar vor 40, 50 oder 60 Jahren gebaut, allerdings noch nicht „technisch hergestellt  
9 bzw. erschlossen“ worden ist. Das von der schwarz-grünen Landesregierung angestoßene  
10 KAG-ÄG berücksichtigt solche Altfälle und Endausbaumaßnahmen nach 2018 nicht, weshalb  
11 Anwohner\*innen weiterhin bis zu 90 Prozent der Baukosten zu tragen haben. Der Bund  
12 der Steuerzahler e.V. sieht sich als Erfolgsgarant in hiesiger Thematik, wenngleich –  
13 entgegen seiner Behauptung – keine generelle Abschaffung der Straßenausbaubeiträge  
14 beschlossen wurde.

15 Ein Beispiel stellt Familie Haller aus dem oberbergischen Reichshof dar: Wie der WDR  
16 am 10.07.2024 berichtete, rechnet die Familie nach über 50 Jahren mit Kosten von ca.  
17 80.000 Euro, bedingt durch den nachträglichen Endausbau der etwa 100 Meter langen  
18 Straße – 13 Jahre später als ursprünglich durch die Gemeinde geplant. Laut Erik Uwe  
19 Amaya vom Eigentümerverband Haus und Grund haben Kommunen aktuell bis zu 20 Jahre  
20 Zeit, um nachträglich einen Kostenbescheid zuzusenden. Das Bundesverfassungsgericht  
21 hat bereits im November 2021 klargestellt, dass eine rückwirkende Belastung in Form  
22 von Erschließungsbeiträgen „auf eine unbestimmte Zeit“ nicht zulässig ist. Geändert  
23 hat sich in der Praxis jedoch nichts.

24 Wir halten es für sozial ungerecht, dass Anwohner\*innen zeitlich unbegrenzt  
25 rückwirkend finanziell für das Chaos deutscher, konservativer Infrastrukturpolitik  
26 verantwortlich gemacht werden dürfen. Auch zukünftige, nachträgliche  
27 Endausbaumaßnahmen dürfen nicht zu Lasten der Anlieger\*innen durchgeführt werden.  
28 Daher erweitern wir die Forderung des Verbands Wohneigentum NRW e.V. und fordern  
29 neben der Abschaffung von Straßenausbaubeiträgen für extreme Altfälle (mehr als zehn  
30 Jahre) eine juristische Konkretisierung des Passus „auf unbestimmte Zeit“. Ebenfalls  
31 dürfen Kommunen nicht mehr als fünf Jahre Zeit haben, um den Anwohner\*innen  
32 Kostenbescheide zuzusenden. Die seitens der NRW-Landesregierung beschlossene  
33 Abschaffung zukünftiger Straßenausbaubeiträge ist nichts weiter als ein  
34 Etikettenschwindel zulasten zahlreicher Anlieger\*innen, welchen ein Relikt aus alten  
35 Zeiten auch Jahrzehnte später noch zum finanziellen Verhängnis werden kann.

36 Daher fordern wir:

- 37 • Die Abschaffung der Straßenbaubeiträge für alle Maßnahmen, die länger als 10
- 38 Jahre zurückliegen
- 39 • Die gesetzliche Konkretisierung der vom Bundesverfassungsgerichts entwickelten
- 40 Figur der "unbestimmten Zeit" für rückwirkende Belastungen in Form von
- 41 Erschließungsbeiträgen
- 42 • Die Verkürzung der Dauer, in der Kommunen die Beiträge von Bürger\*innen
- 43 nachträglich anfordern können, auf maximal 2 Jahre

# Antrag K07: Für mehr Mieter\*innenschutz bei Eigenbedarfskündigungen!

<b>Antragsteller*in:</b>	UB Herne
<b>Sachgebiet:</b>	K - Kommunales, Infrastruktur, Mobilität und Wohnen

- 1 Wir fordern:
- 2 1. Nach Verkauf einer vermieteten Wohnung sollen die in der Wohnung lebenden
- 3 Personen 6 Monate vor Anmeldung von Eigenbedarf geschützt sein. Erst danach kann
- 4 Eigenbedarf gemäß den unter 2. genannten Fristen angemeldet werden.
- 5 2. Die aktuell geltenden Kündigungsfristen sollen mindestens verdoppelt werden: 6
- 6 Monate bei weniger als 5 Jahren Mietdauer, 12 Monate bei 5 bis 8 Jahren
- 7 Mietdauer und 18 Monate bei einer Mietdauer länger als 8 Jahre.

## Begründung

Mehr als die Hälfte der Menschen in Deutschland wohnt zur Miete. Doch die Wohnungsnot verschärft sich zunehmend, bezahlbarer Wohnraum ist knapp. Hinzukommt: Immer häufiger sind Mieter\*innen von Eigenbedarfskündigungen betroffen.[1] Das stellt die betroffenen Personen vor große Herausforderungen. Denn gerade junge Menschen wohnen häufig nicht so lange in einer Mietwohnung, dass sie von längeren Kündigungsfristen profitieren können. Wer bis zu 5 Jahre in einer Wohnung lebt, hat nach einer Eigenbedarfskündigung nur 3 Monate Zeit, eine neue Bleibe zu finden. Aber heutzutage ist es nahezu unmöglich, in einem Ballungsgebiet innerhalb von 3 Monaten eine adäquate Wohnung zu bekommen. Gerade Azubis und Studierende sind von dieser sehr kurzen Kündigungsfrist betroffen, da sie häufig nicht länger als 5 Jahre in derselben Wohnung leben. Einen günstigen Ersatz kurzfristig zu finden, wird neben der Bewältigung des Arbeits- oder Studierendenleben zur Mammutaufgabe. Neben jungen Leuten sind häufig aber auch Familien in Großstädten mit unterdurchschnittlichem Einkommen betroffen, wenn ihnen die Wohnung wegen Eigenbedarfs gekündigt wird. Eine preislich attraktive Alternative zu finden, dauert in der Regel länger als es die Kündigungsfrist zulässt.

Oft werden Eigenbedarfskündigungen nach dem Verkauf einer Wohnung ausgesprochen, wenn die kaufende Person die Wohnung selbst beziehen möchte. Für Mieter\*innen ist das doppelt frustrierend: Sie können es sich selbst nicht leisten, Eigentum zu erwerben und werden von der offensichtlich wohlhabenderen Person aus der Wohnung gedrängt. Das ist frustrierend, demotivierend und steht stellvertretend für die immer weiter auseinandergehende Schere zwischen Arm und Reich. Gerade deshalb müssen Mieter\*innen vor einer Kündigung nach Verkauf ihrer Wohnung geschützt werden.

Die aktuelle Gesetzeslage stammt aus dem Jahr 2001, ist veraltet und muss an die gegenwärtige Wohnungssituation angepasst werden.

[1]<https://www.tagesschau.de/wirtschaft/unternehmen/eigenbedarf-wohnungen-100.html>

# Antrag N01: Echte Meinungen statt Manipulation: Social Bots stoppen, Fake News eindämmen

Antragsteller*in:	Region Ostwestfalen-Lippe
Sachgebiet:	N - Netzpolitik, Medien und Kultur

1 Die Verbreitung von Social Bots und Falschinformationen (oder auch Fake News) in  
2 sozialen Netzwerken stellt eine zunehmende Bedrohung für die Meinungsbildung und die  
3 demokratischen Prozesse in unserer Gesellschaft dar. Social Bots sind automatisierte  
4 Programme, die menschliches Verhalten imitieren können, indem sie Beiträge posten,  
5 kommentieren und teilen. Oftmals werden sie in großen Mengen eingesetzt, um die  
6 öffentliche Meinung zu manipulieren, Falschinformationen zu verbreiten und gezielte  
7 Propaganda-Kampagnen zu unterstützen. Diese Entwicklungen untergraben das Vertrauen  
8 in Medien und demokratische Institutionen.

9 **Social Bots manipulieren die öffentlichen Meinung:** Social Bots können in sozialen  
10 Netzwerken gezielt eingesetzt werden, um bestimmte Meinungen zu verstärken oder  
11 Trends zu beeinflussen. Durch das massenhafte Posten und Teilen von Inhalten schaffen  
12 sie den Eindruck einer weit verbreiteten Unterstützung oder Ablehnung bestimmter  
13 Themen. Dies führt zu einer verzerrten Wahrnehmung der öffentlichen Meinung und kann  
14 die Entscheidungsfindung der Menschen beeinflussen.

15 **Social Bots verbreiten Fake News:** Fake News sind falsche oder irreführende  
16 Informationen, die gezielt verbreitet werden, um die Meinung der Öffentlichkeit zu  
17 beeinflussen. Social Bots tragen zur schnellen und weiten Verbreitung dieser  
18 Falschinformationen bei, indem sie sie in sozialen Netzwerken teilen und  
19 kommentieren. Dies erschwert es den Nutzern, zwischen wahrheitsgemäßen und falschen  
20 Informationen zu unterscheiden, und schwächt das Vertrauen in verlässliche  
21 Nachrichtenquellen.

22 **Social Bots beeinflussen politische Prozesse:** Social Bots werden zunehmend genutzt,  
23 um Wahlen und politische Entscheidungsprozesse zu manipulieren. Durch gezielte  
24 Propaganda und Desinformationskampagnen versuchen sie, die öffentliche Meinung zu  
25 beeinflussen und politische Gegner zu diskreditieren. Dies kann das Wahlergebnis  
26 verfälschen und das Vertrauen in den demokratischen Prozess untergraben.

## 27 Was bedeutet das konkret?

28 Ein bekanntes Beispiel für die Nutzung von Social Bots zur Propaganda ist die  
29 Beeinflussung der US-Präsidentschaftswahlen 2016. Hier nutzten verschiedene  
30 Akteur\*innen, darunter auch ausländische Regierungen, Social Bots, um die öffentliche  
31 Meinung zu manipulieren und politische Kampagnen zu unterstützen.

## 32 **Mechanismen und Auswirkungen:**

33 Social Bots wurden eingesetzt, um massenhaft Falschinformationen zu verbreiten. Diese  
34 Bots teilten gefälschte Nachrichtenartikel, die oft sensationelle oder polarisierende

35 Inhalte hatten. Diese Fake News wurden gezielt erstellt, um bestimmte Kandidaten zu  
36 unterstützen oder zu schaden. Durch die schnelle und weite Verbreitung dieser  
37 Falschinformationen wurde das Vertrauen in etablierte Medien untergraben und die  
38 öffentliche Meinung stark beeinflusst.

39 Bots wurden genutzt, um bestimmte Hashtags und Themen in sozialen Netzwerken zu  
40 verbreiten und zu verstärken. Indem sie massenhaft Beiträge zu diesen Themen  
41 veröffentlichten, schufen sie den Eindruck, dass diese Themen eine große öffentliche  
42 Unterstützung oder Ablehnung erfahren. Dies führte dazu, dass echte Nutzer\*innen auf  
43 diese Trends aufmerksam wurden und sich daran beteiligten, wodurch die Manipulation  
44 weiter verstärkt wurde.

45 Social Bots wurden auch eingesetzt, um politische Gegner\*innen zu diskreditieren. Sie  
46 verbreiteten negative und oft falsche Informationen über bestimmte Kandidat\*innen, um  
47 deren Ruf zu schädigen und deren Unterstützung in der Bevölkerung zu verringern.  
48 Diese Desinformationskampagnen konnten das Vertrauen in die betroffenen Kandidaten  
49 erheblich schwächen.

50 Social Bots halfen dabei, Echokammern zu schaffen, in denen Nutzer\*innen nur noch mit  
51 Informationen konfrontiert wurden, die ihre bestehenden Überzeugungen bestätigten.  
52 Indem sie gezielt Inhalte teilten, die auf die Vorlieben und Meinungen bestimmter  
53 Nutzer\*innengruppen abgestimmt waren, verstärkten sie die Polarisierung und  
54 verhinderten einen ausgewogenen Diskurs.

#### 55 **Konkretes Beispiel:**

56 Während der US-Präsidentschaftswahlen 2016 wurden Millionen von Tweets und Facebook-  
57 Posts von Social Bots generiert, die den politischen Diskurs beeinflussten.

58 Insbesondere Bots aus dem Ausland, darunter viele aus Russland, verbreiteten gezielt  
59 pro-Trump- und anti-Clinton-Inhalte. Ein bekanntes Beispiel ist der Einsatz des  
60 Hashtags #MAGA (Make America Great Again), der durch Bots verbreitet und verstärkt  
61 wurde, um Trumps Kampagne zu unterstützen. Gleichzeitig wurden Hashtags und Inhalte  
62 genutzt, um falsche Informationen über Hillary Clinton zu verbreiten, wie etwa  
63 Behauptungen über ihre Gesundheit oder ihre Verbindungen zu kriminellen Aktivitäten.

#### 64 **Warum die bisherigen Regelungen nicht ausreichen:**

65 Trotz bestehender Maßnahmen in Deutschland und auf EU-Ebene sind die aktuellen  
66 Regelungen unzureichend, um die Bedrohung durch Social Bots und Fake News effektiv zu  
67 bekämpfen.

68 **Netzwerkdurchsetzungsgesetz (NetzDG):** Das NetzDG verpflichtet soziale Netzwerke,  
69 offensichtlich rechtswidrige Inhalte innerhalb von 24 Stunden zu löschen und über  
70 gemeldete Inhalte halbjährlich zu berichten. Obwohl es darauf abzielt, die  
71 Verbreitung von Hassreden und Falschinformationen zu reduzieren, bezieht es sich  
72 nicht explizit auf Social Bots und deren Einsatz zur Manipulation der öffentlichen  
73 Meinung.

74 **Verhaltenskodex zur Bekämpfung von Desinformation (Code of Practice on  
75 Disinformation):** Dieser freiwillige Kodex, der 2018 eingeführt wurde, verpflichtet

76 große Internetunternehmen wie Facebook, Google und Twitter, Maßnahmen zur Bekämpfung  
77 von Desinformation zu ergreifen. Dazu gehören Transparenzanforderungen, die Sperrung  
78 von Fake Accounts und Mechanismen zur Verfolgung von Fake News. Da der Kodex  
79 freiwillig ist, fehlt es jedoch an verbindlichen Durchsetzungsmechanismen.

80 **Digitale Dienste Gesetz (Digital Services Act, DSA):** Der DSA, der seit Februar 2024  
81 in Kraft getreten ist, enthält umfassendere Bestimmungen zur Bekämpfung von illegalen  
82 Inhalten und Desinformationen. Dazu gehören Sorgfaltspflichten für Online-  
83 Plattformen, Transparenzanforderungen und regelmäßige Berichte über die Maßnahmen zur  
84 Bekämpfung von Desinformation. Allerdings könnte die Umsetzung dieser Maßnahmen Zeit  
85 in Anspruch nehmen, und die spezifische Regulierung von Social Bots bleibt unklar.

86 **Allgemeine Datenschutzverordnung (GDPR):** Die GDPR schützt personenbezogene Daten und  
87 verbietet die Nutzung dieser Daten ohne Einwilligung der betroffenen Personen. Obwohl  
88 dies auch die Erstellung von Fake Profilen betrifft, sind die Regelungen hinsichtlich  
89 der Erkennung und Bekämpfung von Social Bots nicht spezifisch genug.

#### 90 **Weshalb diese Regelungen nicht ausreichen:**

91 Der freiwillige Charakter des Verhaltenskodex zur Bekämpfung von Desinformation und  
92 die unzureichende Spezifizierung der Maßnahmen im Digital Services Act führen dazu,  
93 dass viele Social Bots weiterhin ungehindert operieren können. Das  
94 Netzwerkdurchsetzungsgesetz konzentriert sich hauptsächlich auf die Bekämpfung von  
95 Hassreden und lässt Social Bots und ihre manipulativen Strategien weitgehend  
96 unbeachtet. Die GDPR bietet zwar Datenschutz, jedoch fehlt es an klaren Regelungen  
97 zur Identifikation und Unterbindung von Social Bots.

#### 98 **Deshalb fordern wir die konsequente Regulierung und das Verbot von Social Bots sowie** 99 **die verstärkte Bekämpfung von Fake News in sozialen Netzwerken.**

100 1. **Verbot von Social Bots:** Wir fordern ein umfassendes Verbot des Einsatzes von  
101 Social Bots in sozialen Netzwerken, um die Manipulation der öffentlichen Meinung  
102 und die Verbreitung von Falschinformationen zu verhindern.

103 2. **Kennzeichnungspflicht:** Bis zur vollständigen Umsetzung eines Verbots sollen  
104 Social Bots klar als solche gekennzeichnet werden, sodass Nutzer\*innen sofort  
105 erkennen können, dass es sich um automatisierte Profile handelt.

106 3. **Strengere Regulierung und Kontrollen:** Wir fordern die EU auf, die bestehenden  
107 Regelungen zur Bekämpfung von Social Bots und Fake News zu verschärfen und  
108 regelmäßige Kontrollen durch unabhängige Institutionen durchzuführen.

109 4. **Transparenzpflichten für soziale Netzwerke:** Betreiber\*innen von sozialen  
110 Netzwerken müssen verpflichtet werden, transparente Berichte über die Maßnahmen  
111 zur Bekämpfung von Social Bots und Fake News zu veröffentlichen.

112 5. **Bildung und Aufklärung:** Es müssen Programme zur Medienkompetenz und Aufklärung  
113 über die Gefahren von Social Bots und Fake News gefördert werden, um die  
114 Bevölkerung zu sensibilisieren und zu schützen.

115 Die unkontrollierte Verbreitung von Social Bots und Fake News bedroht die Integrität

116 unserer demokratischen Prozesse und die Glaubwürdigkeit der öffentlichen  
117 Meinungsbildung. Durch ein konsequentes Verbot von Social Bots und verstärkte  
118 Maßnahmen gegen Fake News können wir die Manipulation und Irreführung der  
119 Öffentlichkeit eindämmen und das Vertrauen in unsere demokratischen Institutionen  
120 stärken. Nur so können wir die Integrität der Meinungsbildung und der demokratischen  
121 Prozesse in unserer Gesellschaft im Netz effektiv schützen.

## Antrag N02: Talahon: Rassistischen Stereotypen auf Social Media entgegentreten!

<b>Antragsteller*in:</b>	KV Recklinghausen, UB Mönchengladbach
<b>Sachgebiet:</b>	N - Netzpolitik, Medien und Kultur

1 Erst TikTok Trend, dann in der engeren Auswahl zum Jugendwort 2024 und schließlich  
2 ein Begriff, der einer ganzen Generation bekannt ist. Der Begriff "Talahon" ist seit  
3 einiger Zeit im Umlauf und hat sich schnell von einer vermeintlich harmlosen  
4 Beschreibung zu einem Mittel zur Abwertung von migrantisierten Menschen entwickelt.  
5 Bekannt wurde der Begriff erstmals durch den Song "Ta3al Lahon" von Rapper Hassan und  
6 dessen Verwendung als "Sound" auf TikTok. Dabei wurde ein Ausschnitt des Liedes als  
7 Hintergrundmusik zu Videos verwendet, das migrantisierte Jugendliche zeigt. Die  
8 entsprechenden Videos, die sich auf TikTok schnell in großer Zahl verbreitet haben,  
9 machen sich dabei bewusst über die Kleidung und das Auftreten dieser Jugendlichen  
10 lustig. Durch die schnelle Verbreitung des Trends wurde "Talahon" schnell eine  
11 Fremdzuschreibung, vor allem junger, migrantisierter Männer, die oft an öffentlichen  
12 Orten in Großstädten unterwegs sind. Ohne die genaue Begriffsherkunft zu kennen, kann  
13 vermutet werden, dass der Begriff vom Arabischen "taeal huna", was übersetzt "Komm  
14 her!" bedeutet, stammt.

15 Im Laufe der Wochen seit Beginn des Trends wurde "Talahon" immer häufiger, ähnlich  
16 wie das K-Wort verwendet, um Menschen aufgrund ihrer Ethnie zu rassifizieren und zu  
17 stigmatisieren und sie somit auf rassistische Stereotype zu reduzieren. Auf den  
18 ursprünglichen Trend folgten weitere Videoreihen, wie die Darstellung "Talahonfreier  
19 Orte" oder "Talahonspawner", als Orte in Städten, an denen sich junge, migrantisierte  
20 Männer häufig aufhalten. Der Begriff wurde somit von den einzelnen Personen, die in  
21 den ersten Videos zu sehen waren, gelöst und immer mehr zu einer abwertenden  
22 Beschreibung von BIPOC.

23 Und damit nicht genug. Der "Talahon-Trend" wird inzwischen auch von rechten  
24 Gruppierungen genutzt, um ihre rassistische und diskriminierende Agenda zu stützen.  
25 Sie schüren online Hass und treiben gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit an, indem  
26 sie negative Zuschreibungen mit dem Begriff „Talahon“ verknüpfen. Dies richtet sich  
27 besonders gegen nicht-weiß gelesene und armutsgefährdete Jugendliche. Der Trend hat  
28 somit nicht nur eine rassistische, sondern auch eine klassistische Komponente.

29 Die Dynamik von Social Media bei der Bildung rassistischer Stereotype ist leider  
30 schon länger bekannt: Schon weit bevor das Internet "Talahons" kannte, gab es Memes  
31 über "Premium Chayas" oder "Shishabar Dilaras". In der deutschen Gesellschaft, in der  
32 Rassismus allgegenwärtig ist, ist die Entstehung solcher Memes leider keine  
33 Überraschung. Dabei ist der Grad zwischen zunächst eher harmlosen Späßen und der  
34 Aufladung der Begriffe mit rassistischen Zuschreibungen schmal und meistens sehr  
35 schnell überschritten.

36 Inzwischen steht "Talahon" in der Auswahl für das Jugendwort des Jahres 2024. Der  
37 Begriff ist, mit all seinem rassistischen Potential, im Mainstream angekommen und  
38 wird bald über unsere Generation bekannt sein. Dass ein solches Wort Chancen hat, das  
39 Kommunikationsverhalten unserer Generation zu vertreten, ist bezeichnend und führt  
40 uns vor Augen, dass unser antirassistischer Kampf auch ins Netz gehört!  
41 Nicht nur, aber auch deshalb ist es unsere jungsozialistische Aufgabe, TikTok,  
42 Instagram und Co. nicht den Rechten zu überlassen, sondern selbst aktiv zu werden.

43 **Deshalb fordern wir:**

- 44 • Workshops für zielgruppen- und reichweitenorientierte Social Media Arbeit, mit  
45 Fokus auf TikTok und Instagram für die Unterbezirke und Kreisverbände.
- 46 • #ReclaimTikTok unterstützen, von ihnen lernen und rechte Narrative online  
47 aufgreifen und zerlegen.
- 48 • Die Entwicklung einer Social Media Strategie der NRW Jusos in einem  
49 partizipativen Raum.

## Antrag N03: Die Gretchenfrage des WDR

<b>Antragsteller*in:</b>	UB Bonn
<b>Sachgebiet:</b>	N - Netzpolitik, Medien und Kultur

- 1 Der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist als unabhängiges Medium ein wichtiger und  
2 unverzichtbarer Bestandteil unseres demokratischen Systems und gilt für uns vor  
3 seinen Feinden – vor allem von rechts – zu schützen.
- 4 Die Unabhängigkeit dieses Systems wird unter anderem dadurch bewahrt, dass innerhalb  
5 der Gremien verschiedene gesellschaftliche Akteur\*innen eine Stimme bekommen. Bei uns  
6 in Nordrhein-Westfalen ist diese Zusammensetzung des WDR-Rundfunkrates über im Gesetz  
7 über den Westdeutschen Rundfunk Köln (WDRG) geregelt.
- 8 Für uns ist wichtig, dass diese Zusammensetzung auch zeitaktuell gesellschaftliche  
9 Veränderungen widerspiegelt. So haben die großen öffentlich-rechtlichen christlichen  
10 Religionsgemeinschaften in NRW (die römisch-katholische Kirche und die evangelischen  
11 Landeskirchen) seit Erhebung des Zensus 2011 etwa zwei Millionen Mitglieder verloren,  
12 während der Anteil von Menschen muslimischen Glaubens im selben Zeitraum stieg.  
13 Trotzdem bleibt den Muslim\*innen und Muslimen in NRW die Mitsprache im Rundfunkrat  
14 verwehrt – anders als beispielsweise dem „Landesjagdverband“ und dem erzkonservativen  
15 „Verband kinderreicher Familien“. Zum jetzigen Zeitpunkt haben die beiden großen  
16 Kirchen sowie die jüdischen Gemeinden in NRW jeweils einen gesetzlichen Sitz im  
17 Rundfunkrat.
- 18 Ebenfalls nicht zu unserem Verständnis von einem modernen Rundfunk passt die  
19 inhaltliche Privilegierung der Kirche in den Programmen des WDR. Wer regelmäßig Radio  
20 hört, dem dürfte schon einmal aufgefallen sein, dass beispielsweise auf WDR 2 und in  
21 1LIVE das Programm täglich unterbrochen wird, um Kurzpredigten der evangelischen und  
22 katholischen Kirchen zu senden. Auf den Internetseiten des WDR wird dies wie folgt  
23 beschrieben: „Erfolgreich, jung, cool. Religion und Leben auf den Punkt gebracht. Mit  
24 Denkanstößen zur Alltagslust und zum Alltagsfrust. Und weil sie im Programm an jedem  
25 Tag zu einer anderen Zeit laufen, kommen sie oft unverhofft ins Ohr.“  
26 Dass der WDR den Kirchen entgeltfrei Werbefläche zur Verfügung stellt, und das  
27 übrigens nicht nur im Radio, sondern auch über seine Beiträge zum „Wort zum Sonntag“  
28 im Ersten, liegt an einem Passus in § 8 Abs. 3 des WDR-Gesetzes.
- 29 Für uns ist klar: Ein starker WDR ist ein Garant für die Pressefreiheit in Nordrhein-  
30 Westfalen und er sollte auch in seinen Gremien ein realistisches Bild der  
31 Landesbevölkerung abbilden, ohne zum Spielball wechselnder landespolitischer  
32 Mehrheiten zu werden.
- 33 Wir fordern deshalb:
- 34 • einen ordentlichen Sitz für Vertreter\*innen der muslimischen
  - 35 Glaubensgemeinschaften im Rundfunkrat des WDR, analog zum Hessischen Rundfunk
  - 36 • Streichung der Privilegierung kirchlicher Inhalte in den Programmen des WDR

37 durch eine Reform des § 8 Abs. 3 WDRG

## Antrag N04: Verbot von Glücksspiel in Videospiele - Für ein Unterhaltungssoftware-Monetarisierungs-Gesetz!

Antragsteller*in:	RuhrJusos
Sachgebiet:	N - Netzpolitik, Medien und Kultur

- 1 Lootboxen sind Glücksspiel. Sie bieten ein zufälliges Belohnungssystem, bei dem  
2 Spielende Geld ausgeben, ohne zu wissen, welche Belohnung sie erhalten werden. Dies  
3 kann zu ähnlichem Suchtverhalten führen wie beim Glücksspiel. Kinder und Jugendliche  
4 sind besonders anfällig für die psychologischen Mechanismen, die hinter Lootboxen  
5 stecken. Der Zugang zu solchen Mechanismen sehen wir daher als unverantwortlich und  
6 schädlich.
- 7 Lootboxen können dazu führen, dass Spielende erhebliche Summen Geld ausgeben, oft  
8 stehen diese ausgegebenen Summen in keiner Relation mehr zum tatsächlichen Wert des  
9 erkauften zufälligen Inhalts.
- 10 Der Großteil der Spiele, die sich über Lootboxen finanzieren, generiert ihr Einkommen  
11 über sogenannte Wale. Spielende, die besonders viel Geld für Lootboxen ausgeben, weil  
12 sie bestimmte oder alle Inhalte des Spiels unbedingt haben wollen. Dieses Phänomen  
13 ist den Entwicklungsstudios und den Vertriebskonzernen bekannt und wird bei der  
14 Monetarisierungsstrategie fest eingeplant.
- 15 Besonders besorgniserregend ist, wenn einige Spielende, die süchtig nach dem Öffnen  
16 von Lootboxen werden, ihre finanziellen Mittel erschöpfen und sich in finanzielle  
17 Schwierigkeiten bringen.
- 18 Der Einsatz von Lootboxen kann das Spielerlebnis negativ beeinflussen, da sie oft so  
19 gestaltet sind, dass Spielende ständig dazu ermutigt werden, zusätzliche Käufe zu  
20 tätigen. Dies kann zu einem "Pay-to-Win"-Modell führen, bei dem Spieler, die mehr  
21 Geld ausgeben, signifikante Vorteile gegenüber denen haben, die das nicht tun.
- 22 Lootboxen zerstören Fairness für die Spielenden als auch die künstlerische Freiheit  
23 für Entwicklerstudios.
- 24 Einige Länder, wie Belgien und die Niederlande, haben bereits Maßnahmen ergriffen, um  
25 Lootboxen zu regulieren, da sie dort bereits als eine Form des Glücksspiels angesehen  
26 werden. Diese Präzedenzfälle zeigen, dass es möglich und sinnvoll ist, regulatorische  
27 Maßnahmen zu ergreifen, um Spielende zu schützen.
- 28 **Deshalb fordern wir:**
- 29 Dass sich die NRW-Jusos in den SPD-Strukturen so wie den weiteren Juso Strukturen,  
30 dafür einsetzen, dass auf den entsprechenden legislativen Ebenen ein Gesetz auf den  
31 Weg gebracht wird, welches die Monetarisierung von Unterhaltungssoftware in folgenden  
32 Punkten reguliert:
- 33 1. Erkaufbare zufallsbasierte Mechaniken zur Freischaltung neuer Spielinhalte,  
34 umgangssprachlich Lootbox, sollen nicht mehr möglich sein.

- 35 2. Die sachgrundlose zeitliche Begrenzung vom Erwerb digitaler Inhalte soll nicht  
36 mehr möglich sein.
- 37 3. Ziel muss es sein, nicht die Spiele an sich zu verbieten, sondern nur  
38 unlautere, für den Konsumenten schädliche Monetarisierungsmechaniken und diese gegen,  
39 dem Konsumenten gegenüber fairen Monetarisierungsmechaniken auszutauschen.

40

## Antrag O01: Back to the roots: die NRW Jusos als Arbeiter\*innenjugendverband ernst nehmen

<b>Antragsteller*in:</b>	KV Recklinghausen, UB Mönchengladbach
<b>Sachgebiet:</b>	O - Organisationspolitik

1 Egal ob im Unterbezirk, Kreisverband oder auf Landesebene, wir alle stehen vor der  
2 gleichen Herausforderung: Es gibt viel zu tun, doch wir haben zu wenig Leute dafür.

3 Die Gründe dafür sind vielseitig. Demographischer Wandel, Demokratieverdrossenheit  
4 vieler junger Menschen und die aktuelle Politik der SPD, die wenig Wert auf uns junge  
5 Menschen legt, sind sicherlich einige davon. Jedoch müssen wir uns mit diesen  
6 Herausforderungen auch innerverbandlich auseinandersetzen.

### 7 **Veranstaltungen**

8 Immer wieder stehen wir vor der Frage, wie wir die Beteiligung bei unseren  
9 Bildungsveranstaltungen hoch halten oder wieder steigern können. Obwohl unsere Themen  
10 spannend sind und durch die Einbeziehung der Mitglieder in die Erarbeitung des  
11 Arbeitsprogramms sichergestellt sein sollte, dass sie auch viele Jusos interessieren,  
12 sitzen wir trotzdem bei einigen Veranstaltungen nur mit einer Hand voll Menschen.  
13 Parteipolitische Beteiligung nimmt flächendeckend ab und nicht nur in unseren  
14 Strukturen lässt sich dieser Rückgang beobachten. Dennoch sehen wir uns vor der  
15 Tatsache, dass die Juso-Aktivität vor allem bestimmte Gruppen anspricht und für  
16 andere wiederum weniger ansprechend wirkt.

17 Die große Mehrheit der aktiven Jusos in unserem Verband studiert in Vollzeit. Das  
18 bringt zwar durchaus Nachteile mit sich, hat aber den Vorteil, dass man zeitlich,  
19 vor allem wenn man sein Studium nicht alleine finanzieren muss, sehr flexibel ist -  
20 und darauf sind auch unsere Veranstaltungen ausgelegt. Unsere Veranstaltungen finden  
21 häufig an Wochenenden statt. Dabei füllen sie entweder das ganze Wochenende oder  
22 zumindest einen ganzen Samstag oder Sonntag. Besonders für Arbeitnehmer\*innen, Azubis  
23 und Schüler\*innen bedeutet das oft: Freitags früher Feierabend machen oder sich  
24 freistellen lassen müssen und das ganze freie Wochenende auswärts verbringen. Ab und  
25 an ist das natürlich in Ordnung, aber bei unserer aktuellen Veranstaltungsdichte  
26 kommt es vermehrt zu Monaten, an denen man kaum ein Wochenende oder einen Sonntag zu  
27 Hause verbringt. Das ist mit der Lebensrealität der Arbeitnehmer\*innen, Azubis,  
28 Schüler\*innen, Schichtarbeiter\*innen und Jusos, die zu Hause Care-Arbeit leisten,  
29 nicht vereinbar. In unserem jungsozialistischem Verständnis, ist es uns ein  
30 Anliegen, über die Gruppe der Student\*innen hinaus niederschwellige Bildungsarbeit  
31 anzubieten. Die Berücksichtigung von Arbeits- und Schulzeiten ist dabei ein wichtiger  
32 Aspekt.

33 Deshalb fordern wir:

- 34 • Veranstaltungszeiten, die sich an unsere Lebensrealitäten anpassen:
  - 35 • Abendveranstaltungen auch unter der Woche

- 36 • Veranstaltungen vermehrt online anbieten
- 37 • Eine Reduzierung der Veranstaltungsdichte: weniger ist mehr: die Zahl der
- 38 Veranstaltungen, vor allem der Wochenendveranstaltungen, nach Nachfrage
- 39 entsprechend zu reduzieren
- 40 • Länger und intensiver an einem Themenkomplex arbeiten, statt viele neue
- 41 Themenbereiche zu öffnen.

#### 42 **Arbeit oder Ehrenamt?**

43 Die Arbeit in unserem Verband macht Spaß. Sie ist aber auch teils intensiv,  
44 zeitaufwendig und mit viel Druck verbunden. Es handelt sich trotz aller  
45 Ernsthaftigkeit der Themen immer noch um ein Ehrenamt. Es sollte in Ordnung sein,  
46 wenn sich Jusos nicht an jedem Prozess, Projekt oder an jeder Veranstaltung  
47 beteiligen können - nicht nur weil gerade die Klausurenphase ansteht, sondern auch  
48 weil man gerade einfach mal keine Lust und lieber etwas Freizeit hat. Dieser Anspruch  
49 sollte für die Juso-Arbeit in all unseren Strukturen gelten, egal ob  
50 Unterbezirksvorsitz oder Landesvorstand. In der Arbeit in den Unterbezirken und  
51 Kreisverbänden vor Ort findet außerdem ein hoher Wechsel der Juso-Funktionär\*innen  
52 statt. Bei tendenziell sinkenden Mitgliederzahlen besteht dabei die Gefahr, dass der  
53 Wissenstransfer unter den Funktionär\*innen auf der Strecke bleibt. Hier sollte der  
54 Landesverband ansetzen und durch eine Struktur dafür sorgen, dass Jusos in den  
55 Unterbezirken und Kreisverbänden trotz Wechsel arbeitsfähig bleiben. Insbesondere bei  
56 der Organisation von Vorgängen, die in allen UBKVs regelmäßig erfolgen, kann der  
57 Landesverband sinnvoll helfen.

58 Unsere Bildungsveranstaltungen auf Landesebene werden mit viel Einsatz und Überlegung  
59 geplant, sodass Mitglieder davon profitieren können. Wir schätzen das Engagement  
60 aller Beteiligten sehr und sind dankbar für die Lernmöglichkeiten, die daraus  
61 erwachsen. Aufgrund der begrenzten Zeit sind Veranstaltungen, besonders  
62 Wochenendveranstaltungen, inhaltlich stark ausgelastet. Dabei erfüllen unsere  
63 Bildungsveranstaltungen einen anspruchsvollen Spagat zwischen inhaltlichem Anspruch  
64 und eher lockereren Vernetzungsmöglichkeiten. Ob eine Veranstaltung gut oder schlecht  
65 gelaufen ist, lässt sich aber nicht an der Anzahl der Powerpoint Folien oder  
66 Workshops bemessen, sondern daran, ob sich alle Mitglieder wohl gefühlt haben und  
67 Spaß hatten. Immer unter vielen Menschen zu sein, kann bei Wochenendveranstaltungen  
68 für viele Teilnehmende überwältigend sein. Die Sorge, dass es negativ aufgefasst  
69 wird, wenn man sich einmal zurückzieht, hindert Menschen daran, sich die nötige  
70 Auszeit zu nehmen. Angesichts dessen möchten wir sicherstellen, dass bei all unseren  
71 Veranstaltungen Raum dafür geschaffen wird, dass sich die Teilnehmenden wohlfühlen  
72 und auch Zeit für sich selbst nehmen können, wenn sie dies gerade benötigen. Es ist  
73 uns dabei wichtig, dass die sorgfältig vorbereiteten Bildungsangebote nicht in den  
74 Hintergrund geraten und individuelle Pausen möglich sind, ohne dass der Austausch  
75 darunter leidet.

76 Deshalb fordern wir:

77 • Die Entlastung der Juso-Arbeit in den Unterbezirken und Kreisverbänden durch das  
78 zur Verfügung stellen von Vorlagen, Checklisten und How-To's für Anträge,  
79 Protokolle, Veranstaltungsorganisation und Co.

80 • Dass Pausen während intensiver Bildungsveranstaltungen länger ausfallen. Der  
81 Raum für individuelle Auszeiten soll zudem stärker betont werden.

82 Ein Jugendverband für Einsteiger\*innen

83 Als Arbeiter\*innenjugendverband sollte Niedrigschwelligkeit einer der wichtigsten  
84 Maßstäbe sein, an dem wir unsere Verbandsarbeit messen. Dazu gehört auch ein  
85 transparenter Umgang mit unseren Anträgen und Beschlüssen Unterbezirke und  
86 Kreisverbände sollten nicht nur über den Bearbeitungsstatus ihrer beschlossenen  
87 Anträge der Landeskonferenz oder des Landesausschusses auf dem Laufenden gehalten  
88 werden, sondern auch das Verfahren zur Überweisung von Anträgen auf den Juso  
89 Bundeskongress transparent gemacht bekommen.

90 Deshalb fordern wir:

91 • Ein digitales Beschlussmonitoring für die Organe der NRW JUSOS ( Juso  
92 Landeskonferenz, Juso Landesausschuss, Überweisung von Anträgen/Beschlüssen auf  
93 Juso Bundeskongress) über die Beschlüsse und ihren Bearbeitungsfortschritt über  
94 ein digitales Werkzeug oder System für ordentliche Mitglieder. Dieses Werkzeug  
95 sollte nicht-proprietär, kostenlos und aus Sicherheits- und Datenschutzgründen  
96 auf der eigenen Infrastruktur der Jusos/SPD gehostet werden.

97 • Einen transparenten Prozess zur Auswahl der Anträge für den Juso Bundeskongress,  
98 die über eine Auswahl von Anträgen durch den Juso Landesvorstand auf der Juso  
99 Landeskonferenz digital via Openslides abgestimmt werden sollte.

100 Raus aus der akademischen Blase

101 Über einfache Sprache haben wir im Verband schon häufig diskutiert und wir sind  
102 bereits sehr gut darin, auf Veranstaltungen immer wieder darauf aufmerksam zu machen,  
103 keine Fachbegriffe oder akademisierten Begriffe zu verwenden. Jedoch sollte sich die  
104 Besinnung auf einfache Sprache nicht nur auf das gesprochene Wort beziehen, sondern  
105 sich grundlegend in unserer Verbandsarbeit wiederfinden. Dazu gehört auch, die  
106 Debattenkultur so zu öffnen, dass vor allem Neumitglieder die Möglichkeit haben ohne  
107 Vorwissen über Parteistrukturen oder Politiker\*innen gleichwertig an unseren  
108 Veranstaltungen teilzuhaben. Das bedeutet auch, gegenüber "Fehlern" (wie z.B. der  
109 falschen Verwendung von Begriffen) tolerant zu sein und sich wertfrei zu begegnen.

110 Deshalb fordern wir:

111 • Die Debattenkultur öffnen: Fragen zulassen und Grenzen einhalten.

112 • Den Verband De-Akademisieren: Sprache, Texte und Veranstaltungen für alle  
113 niedrigschwellig anbieten. Durch einfache Sprache in Wort und Schrift und  
114 verschiedene Niveaustufen auf unseren Veranstaltungen Teilhabe ermöglichen.

115 • Den Einstieg bei den Jusos erleichtern: keine Politik Kenntnisse voraussetzen,  
116 sondern (Abkürzungen, Fachbegriffe) erklären und Fragen offen zu lassen.

- 117 • Eine Art Juso-Lexikon mit Erklärungen zu wichtigen Begriffen, Kürzeln und  
118 Personen.

## Antrag U01: Transformation des Energiesektors

<b>Antragsteller*in:</b>	RuhrJusos
<b>Sachgebiet:</b>	U - Umwelt, Energie und Nachhaltigkeit

1 Deutschland steht vor großen Veränderungen. Eine der wichtigsten Herausforderungen  
2 ist der marode und rückschrittliche Energiesektor. Gesellschaft und Wirtschaft ächzen  
3 unter den aktuellen Energiepreisen. Dadurch ist der Produktionsstandort Deutschland  
4 und damit seine Wettbewerbsfähigkeit existenziell gefährdet, durch Produktions-  
5 Abwanderungen ins Ausland und Insolvenzen.

6 Durch Bürokratiehürden wird das Wachstumspotenzial in der Energiebranche stark  
7 verlangsamt und Deutschlands führende Position als Wirtschaftsmacht zur Exposition  
8 gestellt. Gerade in der Zeit des Wandels braucht es schnelle Genehmigungsverfahren,  
9 damit Deutschland nicht abgehängt wird.

10 Das Konstrukt der Energiekonzerne und Branche stehen sich selbst im Weg, der  
11 Übergewinn der Energiekonzerne behindert andere deutsche Konzerne am Produzieren und  
12 wachsen. Strom und Energie muss aus sozialistischer Sicht neu gedacht und definiert  
13 werden. Für Privatpersonen und die Industrie ist Energie hauptsächlich ein  
14 Grundbedürfnis und keine Ware.

15 Energieversorgung muss sozial gerecht und ökologisch sein. Das ist aber in der  
16 aktuellen Situation nicht gegeben. Ein Energiesektor ohne Regeln bestimmt den Markt.  
17 Der aktuelle politische Umgang mit Energie ist rückschrittlich - Energie muss  
18 bezahlbar sein.

19 Die Fortführung des aktuellen Systems ist deshalb nicht vereinbar mit dieser  
20 Zielsetzung. Ein Wandel ist unabdingbar. Die strukturellen Probleme brauchen eine  
21 tiefgreifende Korrektur. Ein Aufbrechen alter Strukturen verbunden mit einer  
22 Neustrukturierung ist notwendig, um die bedarfsorientierte Funktionsweise des  
23 Energiesektors zu gewährleisten. Ein großer Wandel ist dabei nötig, um Strompreise  
24 bezahlbar zu machen und um als Produktionsstandort in Europa attraktiv zu bleiben.  
25 Das Ziel muss eine neue Energieordnung sein, von dem alle profitieren.

26 Investitionen sind ein zentraler Kernpunkt im Kapitalismus. Um diese Investitionen in  
27 den Energiesektor auch der Bevölkerung zu ermöglichen, müssen Privatinvestitionen von  
28 Bürgern in die Energiebranche ermöglicht werden. Eine solche Anlagebeteiligung an  
29 allen erneuerbaren Energieprojekten erhöht die Bereitschaft der Bevölkerung zum  
30 Wandel und erhöht die Akzeptanz und Motivation für Investitionen in zielführende  
31 erneuerbare Projekte.

32 Der Wandel würde also mit der Bevölkerung und nicht gegen die Bevölkerung  
33 vonstattengehen. Ein solch großer Wandel braucht so wie es die soziale  
34 Marktwirtschaft vorgibt klare Regelungen, um das System zu lenken. Das  
35 Bundeskartellamt, die eigentliche zuständige Behörde verletzt seine Aufsichtspflicht  
36 hinsichtlich der Energiekonzerne, durch Nicht-Unterbindung des unlauteren

37 Wettbewerbs. Dass das Bundeskartellamt nicht eingreift, verdeutlicht deshalb  
38 insbesondere das politische Unvermögen, den Irrsinn der Energie-Preispolitik zu  
39 unterbinden.6 Maßnahmen sollen das aktuelle System verändern.

#### 40 **1.Maßnahme: die Vergesellschaftung des deutschen Stromnetzes**

41 Das derzeitige Stromnetz wird von nur 4 Übertragungsnetzbetreibern kontrolliert:  
42 Tennet, Amprion, 50Hertz und Transnet BW.

43 Doch wer sind diese 4 Unternehmen und vor allem: Wer steht hinter Ihnen?

44 Tennet ist zu 100% im Besitz des niederländischen Finanzministeriums, wo hingegen  
45 Amprion zu 25% im Besitz der RWE AG ist. 50Hertz und Transnet BW hat hauptsächlich  
46 Anteilseigner aus dem Investitionswesen. Dies verdeutlicht den Einfluss der Big Four.  
47 Die Big Four steht für die 4 großen Energiekonzerne in Deutschland: RWE, E.ON,  
48 Vattenfall und enBW, die über einen Marktanteil von 50% in Deutschland verfügen und  
49 damit die Energiepreise steuern und diktieren können.

50 Da das Stromnetz vom Privatmarkt gelenkt wird, kann nicht sichergestellt werden, dass  
51 der dringend nötige schnelle Ausbau des Stromnetzes auf die Art und Weise  
52 stattfindet, wie es benötigt wird. Vorbild ist das Bundesland Baden-Württemberg, das  
53 mittlerweile Anteilseigner an ihrem Stromnetz ist. Um eine solche Kontrolle  
54 bundesweit zu erlangen, braucht es die Bundesländer oder den Bund als  
55 Haupteigentümer.

#### 56 **2.Maßnahme: Infragestellung und Reparation des Merit-Order-Prinzips**

57 Die aktuelle Preissteuerung der Energiepreise durch Energiekonzerne kann und sollte  
58 nicht geduldet werden. Das Merit-Order-Prinzip wird außer Kraft gesetzt durch  
59 Spekulationen an der Börse und von der Preispolitik der Energiekonzerne, die beliebig  
60 über den Selbstkostenpreis der Kraftwerke bestimmen können. Das Merit-Order-Prinzip  
61 steht sich selber im Weg, durch die Bindung des Energiepreises fossiler Energien an  
62 den Energiepreis erneuerbaren Energien, was dazu führt, dass der erneuerbare Strom  
63 genauso teuer wird wie die fossilen Energien. Damit erneuerbare Energien also für  
64 ihren vergleichsweise günstigen Preis getrennt vom Energiepreis fossiler Energien  
65 abgegeben werden kann, braucht es die Trennung vom Erneuerbaren Energiepreis vom  
66 Preis der fossilen Energien.

#### 67 **3.Maßnahme: Preisbremse und Deckelung**

68 Um Energie und Strompreis gesamtheitlich lenken zu können braucht es eine Deckelung  
69 einerseits, andererseits eine Preisbremse um den Anstieg in Richtung Deckelung zu  
70 unterbinden.

#### 71 **4.Maßnahme: Übergewinnregelung und Lenkung der Einnahmen**

72 Eine Übergewinnsteuer für Energiekonzerne könnte direkt in den Ausbau des  
73 Stromnetzes, von Gleichstromtrassen und der erneuerbaren Energien investiert werden.  
74 Eine Hand in Hand Kooperation von Einnahmen und Ausgaben im Energiesektor muss also  
75 das Ziel sein.

#### 76 **5.Maßnahme: Dezentralisierung und Grundlastdeckung**

77 Deutschlands Energieproduktion muss in der Zukunft dezentralisiert werden. Ziel  
78 müssen tausende kleine Produzenten sein, die gesamtheitlich den Bedarf decken. Damit  
79 ein solches neues System an erneuerbaren Energieträgern funktioniert braucht es  
80 Energiespeichermedien, die überflüssigen Strom speichern können und im Notfall die  
81 Grundlast decken können.

## 82 **6.Maßnahme: Ein günstiger Industriestrompreis**

83 Deutschland muss einen allgemein gültigen Industriestrompreis festsetzen, der es den  
84 Konzernen und kleinen Betrieben ermöglicht weiterhin in Deutschland zu produzieren.

85 Von der aktuellen Situation profitiert nur ein sehr kleiner Teil der Gesellschaft.

86 Übergewinne und Spekulationen sind nur die sichtbare Spitze des Eisberges, von dem  
87 diese exklusive Minderheit profitiert.

88 Die Oligopolstellung der Energiekonzerne stehen daher einer nötigen Transformation  
89 und der Reduktion der allgemeinen Energiekosten im Weg. Deutschland ist aktiv dabei  
90 den Anschluss und damit auch wichtige Konzerne wie Automobilhersteller,  
91 Nahrungsmittelproduzenten, Elektrotechnikunternehmen, Chemiekonzerne wie BASF, Bayer  
92 und weitere große Industriemarktführer wie ThyssenKrupp zu verlieren. Bei einem  
93 Verlust dieser großen Unternehmen würden wir als Staat nicht nur Steuereinnahmen,  
94 sondern vor allem auch gut bezahlte und vor allem tarifgebundene Arbeitsplätze  
95 verlieren. Diese müssen wir bewahren!

96 Der deutsche Staat und die Bevölkerung kommen ohne eine prosperierende Wirtschaft  
97 nicht aus-der Wohlstand von Deutschland steht auf dem Spiel.

## 98 **Deshalb fordern wir:**

99 -die Vergesellschaftung des deutschen Stromnetzes

100 -einen günstigen Industriestrompreis

101 -eine Energie-und Strompreisbremse

102 -einen Energie-und Strompreisdeckel

103 -die Entkopplung des erneuerbaren Energiepreises vom Energiepreis fossiler  
104 Energieträger

105 -eine Übergewinnsteuer für Energiekonzerne

106 -den Ausbau von Energiespeichern, sowie Subventionen für ebenjenen Ausbau

107 -Bürokratieabbau für schnellere Genehmigungsverfahren sowie eine unverzüglich

108 mögliche private Anlagebeteiligung an allen erneuerbaren Energieprojekten in

109 Deutschland.

# Antrag U02: Wenn das Chaos kommt braucht es einen Plan und Solidarität!

<b>Antragsteller*in:</b>	UB Rhein-Erft
<b>Sachgebiet:</b>	U - Umwelt, Energie und Nachhaltigkeit

1 Die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts, wie der Klimawandel, soziale  
2 Ungleichheiten und globale Krisen, zeigen immer deutlicher, dass ein effektiver  
3 Katastrophenschutz nicht nur eine technische, sondern auch eine soziale Aufgabe ist.  
4 Insbesondere die Bilder der Flutkatastrophe in NRW sind noch sehr präsent in den  
5 Köpfen der Menschen und auch 3 Jahre nach der Flut zeigen weitere  
6 Starkwetterereignisse immer wieder, wie wichtig Katastrophenschutz ist.  
7 Katastrophen treffen meist diejenigen am härtesten, die ohnehin schon unter prekären  
8 Lebensbedingungen leiden<sup>[1]</sup>. Deswegen ist es notwendig, Katastrophenschutz nicht nur  
9 als eine Frage der Sicherheit, sondern auch der sozialen Gerechtigkeit zu begreifen.  
10 Der derzeitige Katastrophenschutz in Nordrhein-Westfalen ist stark auf technische und  
11 logistische Aspekte fokussiert<sup>[2]</sup>. Dies ist für die Bewältigung akuter Katastrophen  
12 unerlässlich, doch vernachlässigt dieser Ansatz häufig die sozialen Dimensionen, die  
13 Prävention und den gerechten Wiederaufbau nach Katastrophen. Ein linker  
14 Katastrophenschutz muss hier ansetzen und soziale Gerechtigkeit, Solidarität und  
15 Teilhabe in den Mittelpunkt rücken.  
16 Besonders die plötzlichen Folgen der Flutkatastrophe 2021 haben uns noch einmal mehr  
17 bewusst gemacht, wie wichtig das Thema Katastrophenschutz ist<sup>[3]</sup>. Durch viele Fehler  
18 hat auch unsere Landesregierung gelernt und die Flutregionen angepasst oder neue  
19 Warnsysteme eingeführt und getestet. Das Thema ist sehr emotional und wir danken  
20 allen für die schnelle Reaktion. Dennoch müssen wir uns einmal mehr mit der  
21 Prävention und besonders dem sozialen Aspekt auseinandersetzen. Wir sind uns als NRW  
22 Jusos bewusst, dass solche Jahrhundertereignisse immer öfter auftreten werden<sup>[4]</sup> und  
23 wir uns präventiv damit auseinandersetzen müssen, wie wir im Ernstfall solidarisch,  
24 wirksam und schnell reagieren können.

25 Wir NRW Jusos fordern:

## 26 1. Soziale Gerechtigkeit und Prävention:

- 27 • Starke Fokussierung auf präventive Maßnahmen, insbesondere in benachteiligten  
28 Vierteln und für sozial schwache Gruppen.
- 29 • finanzielle Unterstützung für Präventionsmaßnahmen in gefährdeten Gebieten (  
30 bspw. Beim Einbau von Kellerpumpen)
- 31 • Kostenlose Beratungsmöglichkeiten zum Thema Klimaanpassungen insbesondere beim  
32 Thema Katastrophenschutz

## 33 2. Partizipation und Bildung:

- 34 • Die Einbindung von Bürger\*innen und insbesondere in die Durchführung von

35 Katastrophenschutzmaßnahmen, sowie flächendeckende Bildung und Aufklärung über  
36 Warnsysteme, Verhalten zum Selbstschutz und präventive Maßnahmen.

### 37 **3. Solidarität und Unterstützung:**

- 38 • Aufbau und finanzielle Unterstützung von Solidaritätsnetzwerken, die in  
39 Krisensituationen schnelle und unbürokratische Hilfe leisten können, z.B. durch  
40 Nachbarschaftshilfen oder ehrenamtliche Unterstützungsangebote.
- 41 • frühe Bildung an Schulen zum Thema Katastrophenschutz und  
42 Engagementsmöglichkeiten.
- 43 • Sicherstellung, dass alle Bürger\*innen Zugang zu den notwendigen Ressourcen  
44 haben, um sich vor Katastrophen zu schützen und nach Katastrophen schnell wieder  
45 auf die Beine zu kommen.

### 46 **4. Ökologische Nachhaltigkeit:**

- 47 • Integration von Maßnahmen zum Klimaschutz und zur Klimaanpassung in den  
48 Katastrophenschutz, um zukünftige Katastrophen zu verhindern oder abzumildern.
- 49 • Förderung von ökologischen und nachhaltigen Bau- und Wiederaufbaumaßnahmen nach  
50 Katastrophen.

51 Ein linker Katastrophenschutz ist nicht nur ein Schutz vor physischen Gefahren,  
52 sondern auch ein Schutz vor sozialer Ungerechtigkeit. Wir fordern die Jusos NRW auf,  
53 sich für die Einführung eines solchen Konzeptes in Nordrhein-Westfalen einzusetzen  
54 und dabei sowohl in der Prävention als auch in der Bewältigung von Katastrophen die  
55 sozialen und ökologischen Dimensionen stärker zu berücksichtigen.

56 [\[1\]](#)

57 [https://www.raonline.ch/pages/edu/haz/haz\\_disasters1600.html#:~:text=Katastrophenvorsorge%20kann%20gr%C3%B6sseres%20Leid%20verhindern,Expertin%20f%C3%BCr%20Katastrophenvorsorge%20bei%20Helvetas.](https://www.raonline.ch/pages/edu/haz/haz_disasters1600.html#:~:text=Katastrophenvorsorge%20kann%20gr%C3%B6sseres%20Leid%20verhindern,Expertin%20f%C3%BCr%20Katastrophenvorsorge%20bei%20Helvetas.)

60 [\[2\]](#)

61 [https://www.bra.nrw.de/system/files/media/document/file/presentation\\_kat\\_konzepte.pdf](https://www.bra.nrw.de/system/files/media/document/file/presentation_kat_konzepte.pdf)

63 [\[3\]](#)

64 <https://www.bpb.de/kurz-knapp/hintergrund-aktuell/337277/jahrhunderthochwasser-2021-in-deutschland/>

66 [\[4\]](#)

67 <https://www.zdf.de/nachrichten/wissen/hochwasser-normalzustand-klimawandel-100.html#:~:text=Der%20Klimawandel%20erh%C3%B6ht%20die%20Wahrscheinlichkeit,Weltmeere%20h%C3%B6her%20als%20je%20zuvor.>